

Daniela Tinková

DASS „REVOLUTIONEN IN DER POLITISCHEN
UND MORALISCHEN WELT SO NOTHWENDIG SEYEN,
WIE STÜRME UND UNGEWITTER IN DER NATUR“

Sympathisanten der Französischen Revolution unter Geistlichen in Südmähren¹

Einführung

Diese Fallstudie beschäftigt sich mit der Geschichte dreier junger Priester aus Südmähren, gegen die zu Beginn des 19. Jahrhunderts wegen ihrer Sympathien für die Französische Revolution bzw., wie es in den Dokumenten der Zeit heißt, wegen ihrer „gefährlichen und bedenklichen Staats-, Religions- und Sittenwidrigen Grundsätze“ ein Untersuchungsverfahren geführt wurde. In dieser Zeit, in der die Habsburgermonarchie von der Furcht vor der Französischen Revolution beherrscht wurde, war dies kein geringes Vergehen. Und das galt umso mehr, als die „Schuldigen“ aus den Reihen derer stammten, von denen erwartet wurde, dass sie unter dem einfachen Volk als Lehrer und sittliche Vorbilder wirkten und sich an der Propaganda gegen die Revolution beteiligten.

Das Ziel dieses Beitrags ist es, Einblick in das intellektuelle Leben einer Generation von Priestern zu vermitteln, die im Geist des Josephinismus und der Spätaufklärung ausgebildet worden waren, die Jahre ihrer Praxis aber in einer völlig veränderten politischen und geistigen Atmosphäre absolvieren mussten. Was faszinierte die jungen Geistlichen an der Französischen Revolution und in welcher Weise verarbeiteten sie dieses zentrale geschichtliche Ereignis? Daneben sollen einige neue und besondere Züge der Polizei- und Ermittlungspraxis in der angespannten Zeit der „Jagd auf die Jakobiner“ in Österreich nach der Aufklärung verdeutlicht werden.

Es handelt sich also um einen Beitrag zur Rezeption revolutionärer Gedanken und Ideale, der sich die tschechische Historiografie vor allem während der dreißiger und der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts gewidmet hat. Eine Konjunktur erlebte das Thema auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine ganze Reihe von Studien zu Fragen der Resonanz der Französischen Revolution entstand, deren Anliegen es war, die mit der Revolution sympathisierenden Elemente hervorzuheben.²

¹ Dieser Artikel ist im Rahmen des Projektes „Cirkulace informací o francouzské a brabantské revoluci v českém a moravském prostředí. Informace a protiinformace“ [Die Zirkulation von Informationen über die Französische und die Brabanter Revolution in Böhmen und Mähren. Informationen und Gegeninformationen] entstanden. Das Projekt wird von der „Grantová agentura Akademie věd České republiky“ (Projekt Nr. IAA801010903) gefördert und an der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität Prag realisiert.

² Vgl. vor allem *Kutnar*, František: Reakce státu v Čechách na Velkou francouzskou revoluci [Die Reaktion des Staates in Böhmen auf die Französische Revolution]. In: *Český časopis*

Bahnbrechende Arbeiten auf diesem Gebiet waren bereits in der Zwischenkriegszeit erschienen. Während František Roubík seinen Aufsatz über das Echo der Französischen Revolution in der böhmischen Provinz auf eine detaillierte Auswertung amtlicher Berichte stützte,³ befasste sich František Kutnar ein Jahrzehnt später in seinen umfangreichen, im „Český časopis historický“ (Tschechische Historische Zeitschrift) publizierten Studien mit Druckschriften,⁴ die in den 1790er Jahren in den böhmischen Ländern im Zusammenhang mit der Revolution entstanden waren. Kutnars Arbeiten brachten nicht nur einen Durchbruch bei der Erforschung des Widerhalls der Französischen Revolution, sondern boten vor allem eine außergewöhnliche funktional-strukturelle Analyse der böhmischen Gesellschaft in der Ära der josephinischen Reformen und der Französischen Revolution. Hatte Kutnar als erster die Aufmerksamkeit auf die negativen Reaktionen der Bevölkerung auf die Revolution gelenkt und ihren Einfluss zudem aus zwei verschiedenen Blickwinkeln als soziale Realität und als Ideal betrachtet, kehrte die marxistische Historiografie, die ansonsten sehr sorgfältig mit den Ergebnissen seiner Forschung arbeitete und diese in vieler Hinsicht weiterführte, wieder zu der Akzentuierung der positiven Resonanz der Revolution „im Volk“ zurück.

Die wichtigsten Überblicksdarstellungen, die sich dem Stoff aus dieser Perspektive annähern und dafür sorgten, dass sich das Thema des „Widerhalls der Revolution“ fest in der Forschung etablierte, wurden Ende der fünfziger und im Laufe der sechziger Jahre von Květa Mejdřícká⁵ (für Böhmen) und Michael Vaňáček⁶ (für Mähren) vorgelegt. Sie fassten die bekannten Fakten über die revolutionären Reaktionen in den böhmischen Ländern zusammen und schufen zugleich einen Rahmen, in dem jeder Teilaspekt der Problematik seinen Platz fand. Die Quellengrundlage beider Bücher bilden einerseits zeitgenössische Publikationen, andererseits Mate-

pis historický (ČČH) 43 (1937) 323-342 und 520-542. – *Ders.*: Velká revoluce francouzská v naší soudobé kritice. Příspěvek ke vlivu Velké revoluce [Die Französische Revolution in der tschechischen zeitgenössischen Kritik. Ein Beitrag zum Einfluss der Großen Revolution]. In: ČČH 40 (1934) 33-79. – *Mejdřícká, Květa*: Čechy a Francouzská revoluce [Böhmen und die Französische Revolution]. Praha 1959. – *Vaňáček, Michael*: Francouzové a Morava v době Velké revoluce a koaličních válek [Franzosen und Mähren in der Zeit der Französischen Revolution und der Koalitionskriege]. Brno 1965. – *Bělina, Pavel*: Politické události let 1789-1797 v názorech měšťanské inteligence a lidových písmáků v českých zemích [Die politischen Ereignisse der Jahre 1789-1797 in den Ansichten der bürgerlichen Intelligenz und von Schreibern aus dem Volk in den böhmischen Ländern]. In: Československý časopis historický (ČsČH) 35 [87] (1987) H. 6, 844-875. – *Kroupa, Jiří*: Moravská společnost a Velká francouzská revoluce [Die mährische Gesellschaft und die Französische Revolution]. In: Časopis matice moravské 108 (1989) H. 2, 243-256.

³ *Roubík, František*: Ohlas francouzské revoluce na českém venkově roku 1793-1794 ve světle úředních zpráv [Der Widerhall der Französischen Revolution 1793-1794 auf dem böhmischen Land im Lichte amtlicher Berichte]. In: Časopis pro dějiny venkova 10 (1923) 176-181.

⁴ *Kutnar*: Reakce státu v Čechách na Velkou revoluci francouzskou (vgl. Anm. 2); *ders.*: Velká revoluce francouzská v naší soudobé kritice (vgl. Anm. 2).

⁵ *Mejdřícká*: Čechy a Francouzská revoluce (vgl. Anm. 2). – Überarbeitet und für ein breiteres Publikum bestimmt: *dies.*: Listy ze stromu svobody [Blätter vom Baum der Freiheit]. Praha 1989.

⁶ *Vaňáček*: Francouzové a Morava v době Velké revoluce (vgl. Anm. 2).

rialien aus den Beständen der beiden Landesregierungen, also des böhmischen und des mährisch-schlesischen Guberniums, die großteils zum ersten Mal ausgewertet wurden und deren Protokolle die verschiedensten Äußerungen von Sympathien für die Revolution überwiegend aus der nichtprivilegierten Bevölkerung verzeichnen. Mejdřícká und Vaňáček knüpften insbesondere bei der Erforschung der Reaktionen der Landbevölkerung und der auf die Verhinderung einer Revolution gerichteten Politik des Staates an die von Roubík und Kutnar in der Ersten Republik geprägte historiografische Tradition an. Allerdings gelangen sie zu anderen Schlussfolgerungen als ihre Vorgänger, und das obwohl sie mit ähnlichem Quellenmaterial arbeiteten wie diese. Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Historikergenerationen bestand in ihrer Sicht auf den Widerhall der Revolution bei den Volksmassen: Hatten die Forscher der Zwischenkriegszeit argumentiert, dass der böhmische Bauer nicht auf den bewaffneten Widerstand vorbereitet war – Roubík vertrat zudem die Ansicht, dass „die übertriebene Furcht der staatlichen Behörden vor der revolutionären Stimmung im Lande nur von den Obrigkeiten ausgenutzt wurde, um durch Übertreibung der drohenden Gefahr den geplanten Vorschlägen zur Ablösung der Roboten zu entgehen“⁷ –, war die marxistische Historiografie bestrebt, die Quellen hervorzuheben, die direkt oder mit Rücksicht auf die staatlichen Eingriffe in die Buchproduktion indirekt auf die revolutionäre Gesinnung der Untertanen verweisen. Wie groß die Sympathien der Bauern für die Revolution auch immer gewesen sein mögen, gesichert ist, dass sie sich mit den herannahenden Schrecken des Krieges allmählich abschwächten und nach der Schlacht bei Austerlitz (Slavkov) im Grunde ganz verloren gingen.⁸ Die Ergebnisse dieser Forschungen zeigten in jedem Fall eine relativ große Bedeutung der Französischen Revolution für die Herausbildung einer modernen staatsbürgerlichen wie auch nationalen Gesinnung in den böhmischen Ländern.

Anlässlich des 200. Jahrestages der Französischen Revolution hat Květa Mejdřícká ihr Buch zu einem populärwissenschaftlichen Werk umgearbeitet, in dem auch die Resonanz der Französischen Revolution in anderen europäischen Ländern behandelt wird.⁹ Das Jubiläum, zu dem in vielen europäischen Ländern neue Studien erschienen – für den deutschsprachigen Raum verdienen vor allem die unter Leitung von Helmut Reinalter und später Holger Böning entstandenen Arbeiten Beachtung¹⁰ –, förderte auch in der Tschechoslowakei die Produktion weiterer Artikel zu

⁷ Roubík: *Ohlas francouzské revoluce 181* (vgl. Anm. 3).

⁸ Vgl. Vaňáček: *Francouzové a Morava v době Velké revoluce 19 ff.* (vgl. Anm. 2).

⁹ Mejdřícká: *Listy ze stromu svobody* (vgl. Anm. 6).

¹⁰ In dieser Zeit befassten sich auch andere Historiografien mit der Resonanz der Französischen Revolution, darunter die österreichische und deutsche. Vgl. vor allem: *Austriaca. Cahiers universitaires d'information sur l'Autriche. Etudes réunies par Georges Castellani*, No 29: *L'Autriche et la Révolution française*, Université de Rouen, Décembre 1989. – Reinalter, Helmut: *Aufgeklärter Absolutismus und Revolution. Zur Geschichte des Jakobinertums und der frühdemokratischen Bestrebungen in der Habsburgermonarchie*. Wien u. a. 1980; *ders.*: *Der Jakobinismus in Mitteleuropa*. Stuttgart u. a. 1981; *ders.*: *Österreich und die Französische Revolution*, Wien 1988; *ders.* (Hg.): *Die Französische Revolution, Mitteleuropa und Italien*. Frankfurt am Main u. a. 1992; *ders.*: *Die Französische Revolution. Forschung, Geschichte, Wirkung*. Frankfurt am Main 1991. – Zu den Projekten unter der

diesem Thema. Hervorzuheben ist ein relativ schmales Bändchen von Jiří Beránek, „Absolutismus und Konstitutionalismus im Böhmen der Zeit der Französischen Revolution“,¹¹ das der in den böhmischen Ländern wenig bekannten Herrschaft Leopolds II. gewidmet ist. Es konzentriert sich auf Fragen, die der vom neuen Herrscher einberufene böhmische Landtag aufwarf. Auch andere Arbeiten, die um das Jahr 1989 entstanden sind, führten die Rezeptions- und Widerhallproblematik weiter aus. So knüpfte etwa Pavel Bělina in seinem Aufsatz von 1987 an ältere Studien über die zeitgenössischen Ansichten zur Französischen Revolution an.¹² Damit steuerte er zwar nichts Neues zu der Frage nach den Wendepunkten der böhmischen Reaktionen auf die Revolution bei. Doch war er der erste, der in diesem Kontext die aufgeklärte absolutistische Herrschaft Maria Theresias und Josephs II. hervorhob. Diese Akzentuierung trug insofern eine konstruktive Argumentation in sich, als sie – wenn auch sehr dezent – andere Möglichkeiten zur Erklärung der gesellschaftlichen Situation andeutete als die, die der in jener Zeit noch dominante marxistische Diskurs anbot. Bělina lehnte die Vorstellung einer „klassenbewussten“, die Revolution insgeheim bewundernden Bevölkerung ab und fand Unterstützung für seine Behauptungen in den Reformanstrengungen der in der Zeit vor der Revolution regierenden Habsburger: „Der aufgeklärte Absolutismus allein konnte keine revolutionäre Situation in den böhmischen Ländern initiieren, sondern trug im Gegenteil zur Erhöhung der Immunität gegen revolutionäre Einflüsse bei.“¹³ In dem Maße, in dem diese Herrschaftsform den Untertanen vor der Revolution Erleichterungen verschafft hatte, habe ihnen Bělina zufolge später der „Polizeiabsolutismus“ neue Bedrückungen auferlegt. „Der feudale Charakter des aufgeklärten Absolutismus bewirkte sein organisches Hinüberwachsen in den konterrevolutionären Polizeiabsolutismus der Epoche Franz’ II.“¹⁴

Die neunziger Jahre, die auch in der europäischen Historiografie allgemein von einer Erschöpfung des im Wesentlichen ideologisch verstandenen Rezeptionsmodells gekennzeichnet waren, erweiterten den Begriff der Rezeption und definierten ihn neu als kreativen Akt, bei dem nicht einfach ein gegebenes, feststehendes Set von Ideen oder Praktiken angenommen wird, sondern im Zuge der Aneignung Sinnverschiebungen vorgenommen werden, wobei in einem neuen Kontext auch neuer Sinn entsteht.¹⁵ Diese Definition gestattete eine Erweiterung des ursprünglich

Leitung von Holger Böning, vor allem *Böning, Holger* (Hg.): *Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit. Wandlungen in Presse und Alltagskultur am Ende des achtzehnten Jahrhunderts*. München u. a. 1972. – Ein Klassiker ist die Arbeit von Droz, Jacques: *L'Allemagne et la Révolution française*. Paris 1949.

¹¹ *Beránek, Jiří*: *Absolutismus a konstitucionalismus v Čechách doby Velké francouzské revoluce* [Absolutismus und Konstitutionalismus im Böhmen der Zeit der Französischen Revolution]. Praha 1989.

¹² *Bělina*: *Politické události let 1789-1797* (vgl. Anm. 2).

¹³ *Ebenda* 870.

¹⁴ *Ebenda*.

¹⁵ *Certeau, Michel* de: *L'invention du quotidien*. 1. Arts de faire. Paris 1990 [Erstveröffentlichung 1980], hier vor allem das 12. Kapitel: Lire un braconage. – *Chartier, Roger*: *Communautés de lecteurs*. In: *ders.*: *Culture écrite et société. L'ordre des livres (XIV^e-XVIII^e siècle)*. Paris 1996 [Erstveröffentlichung 1992], 133-154.

literarischen Ansatzes der „Rezeptionsästhetik“.¹⁶ Eine der möglichen Anwendungen dieses Ansatzes bei der Erforschung der Resonanz der Französischen Revolution in Europa stand am Anfang einer interessanten Sammlung von Studien, die im Kreise von Forschern entstanden, die sich mit den deutsch-französischen Kulturbeziehungen im Allgemeinen befassen, wobei vor allem der Literatur eine wichtige Rolle zukam.¹⁷ Diese Forscher verwendeten den Begriff „Kulturtransfer“,¹⁸ der – im Bemühen um eine Überwindung des teleologischen Zuges des klassischen Studiums von „Einflüssen“ – den Schwerpunkt einerseits auf das Milieu legt, das die kulturellen Erscheinungen rezipiert, andererseits auf die Vermittler des Kulturtransfers. Ihre Studien trugen in vieler Hinsicht zum Wissen über die Verschiebungen und Umformungen der Ideen bei, die zu den Grundlagen der modernen deutschen politischen Kultur gehören.

Wenngleich in der Tschechoslowakei die Zeit nach dem November 1989 eher von einem Rückgang des Interesses an der Revolutionsthematik gekennzeichnet war, unter anderem sicherlich auch wegen ihrer vormaligen ideologischen Belastung, bleibt die Französische Revolution für Historiker, die sich mit dieser Epoche beschäftigen, doch weiterhin ein zentrales Ereignis. Das gilt insbesondere für Historiker, die sich mit Konstitutionalismus, Reformbewegung, Patriotismus und Nationalismus befassen, wie zum Beispiel Miroslav Hroch.¹⁹

Interessanterweise fand Mähren, in dem auch wir uns bewegen werden, bei den Historikern mehr Beachtung als Böhmen. Mähren hatte mehr Berührungspunkte mit der französischen Geschichte. Die Folgen von Revolution und Krieg hinterließen hier wesentlich markantere Spuren und somit auch Quellen. Schon die Aufklärung fiel in Mähren etwas „französischer“ aus als in Böhmen, wie Jiří Kroupa in seinem Buch über die Welt der mährischen Aristokratie der Spätaufklärung gezeigt hat.²⁰ In den beiden mährischen Metropolen Brünn (Brno) und Olmütz (Olomouc) wurden Staatsgefangene interniert, einschließlich einiger Franzosen wie General Lafayette.²¹ In Brünn war auch der bekannte „Wiener Jakobiner“ Andreas von Riedel

¹⁶ Vgl. z.B.: Janß, Hans Robert: Die Theorie der Rezeption. Rückschau auf ihre unerkannte Vorgeschichte. Konstanz 1998.

¹⁷ Voss, Jürgen (Hg.): Deutschland und die Französische Revolution. München, Zürich 1983. – Middell, Matthias/ Espagne, Michel (Hgg.): Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert. Leipzig 1993. – Lüsebrink, Hans Jürgen/ Reichardt, Rolf: Kulturtransfer im Epochenbruch. Frankreich – Deutschland 1775-1815. Leipzig 1997.

¹⁸ Espagne, Michel/ Werner, Michael: La construction d'une référence culturelle allemande en France. Genèse et histoire (1750-1914). In: Annales ESC 1987, Nr. 4, 969-992.

¹⁹ Vgl. vor allem Hroch, Miroslav: Na prahu národní existence. Touha a skutečnost [An der Schwelle zur nationalen Existenz. Sehnsucht und Wirklichkeit]. Praha 1999, vor allem 42 ff.; ders.: Národy nejsou dílem náhody [Nationen sind kein Werk des Zufalls]. Praha 2009. – Dann, Otto/ Hroch, Miroslav/ Koll, Johannes (Hgg.): Patriotismus und Nationsbildung am Ende des Heiligen Römischen Reiches. Köln 2003.

²⁰ Kroupa, Jiří: Alchymie štěstí. Pozdní osvícenství a moravská společnost 1770-1810 [Die Alchemie des Glücks. Die Spätaufklärung und die mährische Gesellschaft 1770-1810]. Brno 1986. Erw. Aufl. Brno 2006.

²¹ Šmerda, Milan: Lafayetteova internace v Olomouci v letech 1794-1797 a moravská společ-

interniert, bevor ihn Marschall Davout nach Paris mitnahm.²² Durch Mähren zogen zudem verschiedene „gefährliche Elemente“, die im Verdacht standen, „jakobinische Emissäre“ zu sein.²³ In noch stärkeren Kontakt mit dem „französischen Freiheitsschwindel“ kam Mähren durch den zweimaligen Durchzug französischer Truppen – im Feldzug von 1805, der in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz seinen Höhepunkt fand, und im Feldzug von 1809, als mit der Schlacht bei Znaim (Znojmo) erneut ein wichtiges Gefecht auf mährischem Boden stattfand.²⁴ Es ist also sicherlich kein Zufall, dass in der Frage der politischen, sozialen und intellektuellen Auswirkungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft das mährische Milieu um einiges besser erfasst ist als das böhmische. Mit dem Verhältnis der katholischen Geistlichkeit zur Französischen Revolution haben sich jedoch die böhmische wie die mährische Historiografie bislang nur ganz am Rande befasst. Der marxistischen Historiografie galt der Klerus ähnlich wie der Adel als „reaktionär“ und „rückwärts-gewandt“.

Der Fall selbst, mit dem wir uns hier beschäftigen werden, ist nicht ganz unbekannt: Seit den achtziger Jahren erschienen einige kleine Teilstudien über ihn,²⁵ die

nost [Die Internierung Lafayettes in Olmütz in den Jahren 1794-1797 und die mährische Gesellschaft]. In: *Časopis Matice moravské* 95 (1976) H. 1-2, 245-264.

²² Vgl. vor allem *Uhliř, Dušan*: Internace vídeňského jakobína Andrease Riedela v Brně [Die Internierung des Wiener Jakobiners Andreas Riedel in Brünn]. Brno 1988, 19-28; *ders.*: Jacobini extra muros. Příspěvek k dějinám jakobínského hnutí v habsburské monarchii [Jakobiner extra muros. Ein Beitrag zur Geschichte der jakobinischen Bewegung in der Habsburgermonarchie]. In: *Časopis Matice moravské* 128 (2009) H. 2, 327-348.

²³ Vgl. *Stoklásková, Zdeňka*: „Francouzský švindl svobody“. Strach z revoluce ve světle zákonů v Rakousku 1792-1805 [Der „französische Freiheitsschwindel“. Die Furcht vor der Revolution im Lichte der österreichischen Gesetzgebung 1792-1805]. In: *Hanuš, Jiří/Vlček, Radomír* (Hgg.): Interpretace francouzské revoluce [Interpretationen der Französischen Revolution]. Brno 2003, 70-80; *dies.*: Cizincem na Moravě. Zákonodárství a praxe pro cizince na Moravě 1750-1867 [Als Fremder in Mähren. Gesetzgebung und Praxis gegenüber Fremden in Mähren 1750-1867]. Brno 2007; *dies.*: Osvicenská církevní politika a její vliv na svobodu pohybu duchovenstva [Die aufgeklärte Kirchenpolitik und ihr Einfluss auf die Bewegungsfreiheit der Geistlichkeit]. In: *Historie – Otázky – Problémy* 1 (2009) H. 2, 69-82.

²⁴ *Uhliř, Dušan*: Slunce nad Slavkovem [Die Sonne über Austerlitz]. Brno 1987. – *Svoboda, Miroslav*: „Kterak proti všemu lidskému nadání s Francauzem vojna nastala ...“ Obraz francouzských vpádů na jižní Moravu na stránkách dobových kronik [„Wie gegen alles menschliche Erwarten der Krieg mit dem Franzosen begann ...“ Das Bild der französischen Invasionen in Südmähren in zeitgenössischen Chroniken]. In: *Fasora, Lukáš/Hanuš, Jiří/Maliř, Jiří* (Hgg.): Napoleonské války a historická pamět. Sborník příspěvků ze stejnojmenné konference konané ve dnech 21.-22. dubna 2005 [Die Napoleonischen Kriege und das historische Gedächtnis. Sammelband der gleichnamigen Konferenz vom 21. bis 22. April 2005]. Brno 2005, 331-352. – Zuletzt zur Schlacht bei Znaim: *Ouvrard, Robert/Rybníček, Drahomír* u.a.: Bitva u Znojma a válka roku 1809. Sborník přednášek a studií k 200. výročí [Die Schlacht bei Znaim und der Krieg des Jahres 1809. Vorträge und Studien zum 200. Jahrestag]. Třebíč 2009. – Für Böhmen ist vor allem zu nennen *Švankmajer, Milan*: Čechy na sklonku napoleonských válek, 1810-1815 [Böhmen am Ende der Napoleonischen Kriege, 1810-1815]. Praha 2003.

²⁵ Auf Grundlage der (heute vermutlich nicht mehr vorhandenen) Schulchronik des Städtchens Luggau berichtete darüber schon ein anonymes Artikel im „Znaimer Wochenblatt“ (Eine Bauernrevolte in Luggau. In: *Znaimer Wochenblatt* 1924, Jubiläumsbeilage, 23-26),

hier mit neuem, bislang „unbekanntem“, unveröffentlichtem Archivmaterial ergänzt werden. Um diese Episode in größere kulturelle, soziale und politische Zusammenhänge einordnen zu können, habe ich nur die sehr ergiebigen Archivbestände des mährisch-schlesischen Guberniums im Mährischen Landesarchiv in Brünn herangezogen,²⁶ sondern auch die des Brünner bischöflichen Konsistoriums und Ordinariats (Brünn, Rajhrad/Groß Raigern)²⁷ sowie die des erzbischöflichen Archivs in Olmütz.²⁸ Zudem wurden die Ratsprotokolle im Bezirksarchiv in Znaim berücksichtigt.²⁹ Wichtig waren ferner auch Materialien der Polizeihofstelle aus dem Österreichischen Staatsarchiv.³⁰ Zur Ergänzung einer Reihe von Informationen diente nicht zuletzt das Studium der Matriken und des Gutsarchivs Frain.³¹

Aufruhr in Luggau

Zu Neujahr 1803 stellte sich in Luggau (Lukov) bei Znaim, einer kleinen südmährischen Gemeinde nahe der Grenze zu Niederösterreich, eine gewaltige Unruhe ein,

der ursprünglich 1881 in Fortsetzungen erschienen war. Auf seiner Grundlage erschien Anfang der siebziger Jahre ein halbseitiger Zeitungsartikel: *Krečler*, Eduard: Nepodařená selská vzpoura [Ein misslungener Bauernaufstand]. In: *Znojemsko* vom 24. 3. 1971. – Zum großen Teil auf der gleichen Quelle beruht die kurze Studie von *Svoboda*, Jiří: Lukovská rebelie [Die Luggauer Rebellion]. In: *Ročenka Okresního archivu ve Znojmě* 6 (1991) 90–94. – Für eine breitere Öffentlichkeit bereitete dann der mährische Historiker Michael Vaňáček in seinem vierseitigen Artikel den Fall auf: *Vaňáček*, Michael: Obdivovatelé Velké francouzské revoluce mezi kněžstvem na Znojemsku [Bewunderer der Französischen Revolution in der Priesterschaft des Kreises Znaim]. In: *Vlastivědný věstník moravský* 13 (1958) H. 4, 232–236; *ders.*: Francouzové a Morava v době Velké revoluce 72–75 (vgl. Anm. 2). – Teilergebnisse veröffentlichte die Autorin dieses Aufsatzes in der kurzen Studie *Tinková*, Daniela: Kněz bez víry? Případ Josefa Sebastiana Langa (1767–1811), absolventa olomouckého generálního semináře, lokálního kaplana ze Znojemska [Ein Priester ohne Glauben? Der Fall des Josef Sebastian Lang (1767–1811), Absolvent des Olmützer Generalseminars, Lokalkaplan im Kreis Znaim]. In: *Historie – Otázky – Problémy* 1 (2009) H. 2, 139–147. Zusammengefasst wurden die Forschungen in *Tinková*, Daniela: *Jakobín v sutaně. Neklidní kněží, strach z revoluce a konec osvícenství na Moravě* [Jakobiner in der Soutane. Unruhige Priester, die Furcht vor einer Revolution und das Ende der Aufklärung in Mähren]. Praha 2011.

²⁶ Moravský zemský archiv v Brně [Mährisches Landesarchiv Brünn, MZA Brno], Bestand B 95 (Moravskoslezské gubernium – Prezidium [Mährisch-schlesisches Gubernium – Präsidium]).

²⁷ MZA Brno und Archiv brněnského biskupství [Diözesanarchiv Brünn], Zweigstelle Rajhrad u Brna: E 80 Biskupský ordinariát Brno [Bischöfliches Konsistorium und Ordinariat Brünn] und E 82, Biskupská konsistoř Brno [Bischöfliches Konsistorium Brünn].

²⁸ Zemský archiv v Opavě [Landesarchiv Troppau, ZA Opava], Zweigstelle Olomouc, Bestand Arcibiskupská konsistoř Olomouc [Erzbischöfliches Konsistorium Olmütz, ACO].

²⁹ Státní okresní archiv ve Znojmě [Staatliches Bezirksarchiv Znaim, SOKA Znojmo], Archiv města Znojmo [Archiv der Stadt Znaim], Úřední knihy a rukopisy z období 1786–1945 [Amtsbücher und Handschriften aus der Zeit 1786 bis 1945], „Rathsprotokoll in Judicialibus, vom 1. Jänner bis Ende Juny 1803“ und „Rathsprotokoll in Judicialibus, vom 1. Juli bis Ende Dezember 1803“.

³⁰ Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv (ÖStA-AVA), Wien. Bestand: Polizeihofstelle.

³¹ MZA Brno, F 97 Velkostatek Vranov nad Dyjí 1500–1945, (VS Vranov).

wie man sie hier noch nie erlebt hatte. Der junge, kaum 35-jährige Lokalkaplan Josef Lang trat in einem eleganten schwarzen Zivilanzug auf die Kanzel der kleinen Fialikirche St. Ägidius und erklärte sich nach einer Lesung aus dem Evangelium zum neuen Besitzer der ganzen Herrschaft Frain (Vranov nad Dyji). Die Obrigkeit, ebenso wie den örtlichen Richter und weitere Beamte, erklärte er für abgesetzt und ernannte neue Verwalter. Seine Mitbürger, denen er den Begriff der Freiheit erklärte, sprach er von der Robot und der Zahlung der Grundrente frei. Dann erklang das Te Deum und die Glocken läuteten. Die Rede machte Eindruck und blieb nicht ohne Folgen. Die Luggauer rebellierten und begannen die Roboten und die Zahlung der Abgaben zu verweigern. An der Autorität des neuen Herrn von Frain hatte offenbar keiner im Ort Zweifel – bis auf den gestürzten Richter Anton Esserl, der sich vergeblich bemühte, die Ordnung wiederherzustellen. Die Gemeinde stellte sich jedoch eindeutig hinter ihren Kaplan, so dass der entsetzte Richter nach Frain eilte, um das Malheur dem Gutsverwalter zu melden. Der Verwalter Pikner vernahm ihn, protokollierte die ganze Angelegenheit und stattete Esserl mit einem Dekret aus, das die Luggauer Gemeinde zum Gehorsam aufforderte und die Verhaftung all derer anordnete, die sich widersetzten. Er gab dem Richter noch einen Beamten und zwei Schergen mit. Als der Richter mit der Verstärkung nach Luggau zurückkehrte, fand er die ganze Gemeinde bei dem neu ernannten Richter versammelt, der ihn mit Drohungen und Beschimpfungen empfing. Vergebens bemühte sich der entsandte obrigkeitliche Beamte, den Aufruf zur Beruhigung zu verlesen. Die Luggauer brachten ihn zum Schweigen und warfen mit Stöcken und Speißen nach ihm. Auf Befehl von Kaplan Lang verprügelten sie ihn schließlich und schlugen auch die beiden Schergen, wobei sie einem von ihnen mehrere Rippen brachen. Der ratlose Verwalter Pikner wandte sich an das Kreisamt in Znaim mit der Bitte um ein Eingreifen des Militärs, woraufhin sich gleich drei Kompanien Infanterie in Richtung Luggau in Marsch setzten. 14 Bauern wurden verhaftet und dem Kriminalgericht in Znaim vorgeführt.³²

Der Lokalkaplan Lang wurde bei den Znaimer Dominikanern interniert, aber seine treuen Luggauer Katholiken kamen nach Znaim, um ihn zu unterstützen, und kommunizierten von der Straße aus durch das Fenster mit ihm. Der beunruhigte Kreiskommissar Königsthal ließ ihn daher aus Sicherheitsgründen nach Brünn überführen, in das Kloster der barmherzigen Brüder, das zur Aufnahme geisteskranker Priester diente. Als es zum Verhör kam, behauptete Lang, er sei Herr der Herrschaft Frain aus dem Willen des Kaisers höchstselbst geworden und habe das Recht – ebenso wie jeder andere Besitzer einer Herrschaft –, die Beamten nach eigenem Gutdünken abzusetzen und einzusetzen. Die schockierten kirchlichen Würdenträger versuchten zunächst, das Problem in den Griff zu bekommen, indem sie ihm die geistige Gesundheit absprachen.³³ Doch wurde unterdessen das Luggauer Pfarrhaus

³² Die grundlegenden Informationsquellen zu diesem Ereignis finden sich im MZA Brno, B 95 (Moravskoslezské gubernium – Prezidium), Karton 269, Inv.-Nr. 389, Sign. 18, fol. 5, fol. 6 und fol. 42-43. – Ursprünglich wurden 13 Menschen festgenommen, bei einem weiteren war sich die Polizei zunächst nicht sicher, inhaftierte ihn nach einigem Hin und Her schließlich aber doch.

³³ MZA Brno, B 95, Karton 269, Inv.-Nr. 389, Sign. 18.

einer eingehenden Durchsuchung unterzogen, die ein überraschendes Ergebnis erbrachte: In Langs Wohnung fand sich eine umfangreiche Korrespondenz von angeblich etwa tausend Briefen, deren wagemutiger Inhalt nicht nur keinerlei Beweis für Langs angebliche Verwirrung bot, sondern sein Handeln auch in völlig neue Zusammenhänge rückte. Den Znaimer Kreiskommissaren, die die Untersuchung übernahmen, gelang es bald, die weiteren Hauptautoren zu identifizieren. Es handelte sich ebenfalls um junge Priester, die im Znaimer Kreis tätig waren: der 38-jährige Jakob Böhm, der als Kooperator (Hilfsgeistlicher) im nahegelegenen Vötau (Bítov) diente, und der 32-jährige Jakub Čermák, der Pfarrer in Oberlatein (Horní Slatina) bei Budischkowitz (Budiškovice) war, das am westlichen Rand des Znaimer Kreises lag. Aus den Verhören und der beschlagnahmten Korrespondenz wurde bald klar, dass die jungen Priester nicht nur einige verhältnismäßig radikale religiöse und politische Ansichten teilten, sondern dass sie auch eine gemeinsame Erfahrung verband: Sie alle hatten im Generalseminar in Hradisch bei Olmütz (Hradisko u Olomouce) studiert, wo sie Schüler des führenden böhmischen Aufklärers, Denkers und Philologen Josef Dobrovský gewesen waren.

Die Generalseminare,³⁴ eine Frucht der persönlichen Initiative Josephs II. und mehrerer kirchlicher Würdenträger aufklärerischer Prägung, waren auf der Grundlage eines Reskripts vom 12. Januar 1782 und eines Dekrets vom 30. März 1783 in zwölf Städten entstanden: in Wien, Graz, Innsbruck, Prag, Olmütz, Pressburg, Pest, Lemberg (je eins für den lateinischen und den griechischen Ritus), Freiburg im Breisgau, Löwen und Pavia. Sie waren der Zuständigkeit der Bistümer entzogen, was einige Repräsentanten der katholischen Kirche, vor allem die am Ort residierenden Bischöfe, nur schwer ertragen konnten. Die bischöflichen und Ordensseminare, in denen der Priesternachwuchs der Diözesen bis dahin erzogen worden war, wurden aufgehoben. Die Generalseminare waren dazu bestimmt, eine dem Staat ergebene Priesterschaft heranzuziehen, die zugleich Trägerin einer neuen religiösen Moral und Vermittlerin des staatlichen Willens sein sollte. Joseph II. stellte hohe moralische Ansprüche an den geistlichen Hirten: Er verlangte von ihm Fleiß, Enthaltensamkeit und Sittsamkeit. Der Priester sollte ein aufgeklärter Hirte, sittliches Vorbild und Lehrer seines Pfarrvolks sein. Zudem wünschte sich Joseph II., dass der Priester auch die Rolle eines Mittelsmannes zwischen dem Staat (dem Herrscher) und dem einfachen Volk übernehmen sollte. Die Anforderungen an die fachliche Qualifikation waren also sehr hoch und gingen weit über die reinen theologischen Kenntnisse hinaus.³⁵

³⁴ Es gibt keine neueren Studien zum Olmützer Seminar. Von den älteren Titeln ist zu nennen *Drábek, Jan*: Moravský generální seminář: 1784-1790 [Das mährische Generalseminar: 1784-1790]. Loštice 1946. – Für die Habsburgermonarchie als Ganzes sei an dieser Stelle verwiesen auf die klassische Studie von *Zschokke, Hermann*: Die theologischen Studien und Anstalten der katholischen Kirche. Wien, Leipzig 1894.

³⁵ Vgl. *Činál, Kamil*: Katolické osvícenství a koncept pastorální teologie [Die katholische Aufklärung und das Konzept der Pastoraltheologie]. In: *Kuděj 2* (2000) H. 2, 28-39. – *Bastl, Ondřej*: Formování „josefinských“ kněží a otázka generálních seminářů [Die Erziehung der „josephinischen“ Priester und die Frage der Generalseminare]. In: *Od barokní piety k interiorizaci víry? Problémy katolického osvícenství v českých zemích* [Von der barocken Pietät zur Verinnerlichung des Glaubens? Probleme der katholischen Aufklärung in

Die Kanzel sollte zur allgemeinen Erziehung und Bildung der Pfarrkinder genutzt werden und zum Beispiel auch über gesundheitliche und landwirtschaftliche Themen aufklären sowie ein gewisses staatsbürgerliches Bewusstsein formen. Zu diesem Zweck wurde unter Joseph II. auch das Pfarrnetz verdichtet. Neue Lokalstellen und Pfarren wurden insbesondere in Orten gegründet, die von der bisherigen Pfarre aus schwer zugänglich oder mehr als eine Wegstunde entfernt waren. Bedingung für die Einrichtung war, dass vor Ort mindestens 700 Menschen lebten.³⁶ Die Generalseminare überlebten ihren Schöpfer jedoch nicht. Nur wenige Monate nach dem Tod Josephs II. wurden sie im Juli 1790 wieder aufgehoben.

Im Idealfall sollten die Studenten im verhältnismäßig jungen Alter von 16 bis 17 Jahren in das Seminar eintreten. Das sollte ihre Unverdorbenheit sicherstellen und versprach zugleich eine größere Ergebenheit und damit leichtere Formbarkeit der Alumnen. Nach sechs Jahren, also mit 23 oder 24 Jahren, sollten die jungen Männer als geweihte Priester in ihre Heimatdiözese zurückkehren. Der chronische Mangel an Geistlichen führte jedoch nach und nach zur Verkürzung des Studiums, sodass bereits 1786 der fünfte und der sechste Jahrgang zusammenfielen. Später wurde das Studium im Generalseminar sogar auf vier Jahre verkürzt.³⁷ Der verhältnismäßig strenge Tagesablauf, der um 5 Uhr morgens mit dem Weckruf begann, zielte darauf, die Alumnen zu Bescheidenheit, Enthaltensamkeit und Gehorsam zu erziehen.³⁸ Um dem josephinischen Ideal des volksnahen Priesters als beispielgebender Staatsbürger und Erzieher seiner Mitbürger gerecht werden zu können, sollte das Studium die zukünftigen Pfarrer auch auf die Mitwirkung an der Vermittlung ökonomischer und schulischer Bildung vorbereiten. Deshalb umfasste der Unterricht auch Naturwissenschaft und Ökonomie, die Adepten wurden beispielsweise über Viehkrankheiten belehrt und in die Verwendung von Pflanzen zu medizinischen wie wirtschaftlichen Zwecken eingeführt.³⁹

In der Zeit zwischen dem Abschluss des Seminars und der Priesterweihe sollte die Einführung in die seelsorgerische Praxis unter Führung des Rektors des Seminars

den böhmischen Ländern]. In: *Historie – otázky – problémy 1* (2009) H. 2, 109-118, hier 113-115. – Winter, Eduard: *Josefinismus a jeho dějiny. Příspěvky k duchovním dějinám Čech a Moravy (1740-1848)* [Der Josephinismus und seine Geschichte. Beiträge zur Geistesgeschichte Böhmens und Mährens (1740-1848)]. Praha 1945, 126-128, 142 und 153. Sofern nicht anders angegeben, wird nach dieser tschechischen Ausgabe zitiert.

³⁶ Zuber, Rudolf: *Osudy moravské církve v 18. století* [Das Schicksal der mährischen Kirche im 18. Jahrhundert]. Bd. I. Olomouc 1987, 187 f. – Cevalová, Zuzana: *Katolicismus kolem roku 1800. Římskokatolický kněz jako příslušník jedné sociální vrstvy, podoby pastorače a její dopad* [Der Katholizismus um das Jahr 1800. Der römisch-katholische Priester als Angehöriger einer sozialen Schicht, Formen der Seelsorge und ihre Auswirkungen]. In: *Lorman, Jaroslav/Tinková, Daniela* (Hgg.): *Post tenebras spero lucem. Duchovní tvář českého a moravského osvícenství* [Nach der Finsternis hoffe ich auf das Licht. Das geistliche Antlitz der böhmischen und mährischen Aufklärung]. Praha 2009, 314-322, hier 319. – Winter, Eduard: *Der Josephinismus und seine Geschichte. Beiträge zur Geistesgeschichte Österreichs 1740-1848*. Brünn u. a. 1943. Überarb. Neuaufl. Berlin 1962, 134.

³⁷ Winter: *Josefinismus a jeho dějiny* 142, 153 (vgl. Anm. 35).

³⁸ *Bastl*: *Formování josefinských kněží* 117 (vgl. Anm. 35).

³⁹ *Čimátl*: *Katolické osvícenství a koncept pastorální teologie* 28-39 (vgl. Anm. 35).

erfolgen. Doch erwirkten die hohen kirchlichen Würdenträger, dass der Alumnus diese Zeit, die zwischen einem halben und einem Jahr dauern konnte, in einem bischöflichen Priesterhaus verbrachte, und zwar möglichst in der Diözese, in der er später tätig sein sollte, damit ihn der Bischof kennenlernen konnte. Dort übte er sich in Predigt und Katechese und pflegte den Kirchengesang.⁴⁰ Das Ziel war, dass umfassend gebildete Männer das Seminar verließen, die der Kirche und dem Staat dienten. Dem entsprachen auch die Anforderungen, die an die Lehrkräfte gestellt wurden: Sie sollten aufgeklärt und dem Staat ergeben sein, wobei ihr „kritischer Verstand“ durch streng vorgeschriebene Lehrbücher begrenzt wurde. Die Unterrichtssprache war Deutsch, Alumnus in den böhmischen Ländern konnten lediglich die Pastoraltheologie auf Tschechisch studieren. Zum Schutz gegen einen allzu starken Einfluss Roms wurde eine besondere Bibliothek mit febronianistischen und jansenistischen Traktaten (Blaise Pascal, Pierre Nicole) eingerichtet, doch waren einige barocke Schriften verboten so wie auch protestantische Autoren, sofern diese nicht ausdrücklich zugelassen worden waren.⁴¹

In den böhmischen Ländern bestanden in den Jahren 1783 bis 1790 zwei Generalseminare, eines in Prag und eines in Olmütz. Das Olmützer Seminar war im Kloster Hradisch (Hradisko) untergebracht. Nach Meinung der Historiker der Olmützer Kirche Jan Drábek und František Cinek waren die Lehrer des Olmützer Seminars zwar ergebene Anhänger des aufgeklärten Absolutismus, zugleich aber wenig markante, schwache Persönlichkeiten ohne ausgeprägte eigene Meinung, Bildung und besondere wissenschaftliche Fähigkeiten. Daher seien sie von den Studenten nicht sonderlich geschätzt worden.⁴² Ehrenvolle Ausnahmen bildeten der aufgeklärte Jurist, Historiker und Rektor der Olmützer Universität Josef Vratislav Monse (1733-1793) und der Philologe und Historiker Josef Dobrovský (1753-1829), einer der bedeutendsten böhmischen Aufklärer überhaupt. Dobrovský war am 23. August 1787 nach Olmütz gekommen. Zwei Jahre darauf wurde er, erst 36 Jahre alt, am 20. August 1789 Rektor des Olmützer Generalseminars.⁴³ Zwar stand er einem übertriebenen Rationalismus recht skeptisch gegenüber, doch war er ein entschiedener Gegner aller Formen religiöser Schwärmerei. Den Aberglauben des Volkes, das mönchische Ideal und die falsche Sentimentalität barocker Gebetbücher wies er entschieden zurück. In einer nur als Fragment überlieferten Rede unter dem Titel „Über die Berufung“ wandte er sich gegen das mönchisch-asketische Ideal der göttlichen Berufung und lehnte dieses als Vergewaltigung der menschlichen Natur ab.⁴⁴ Zugleich betonte Dobrovský jedoch den Wert der Mäßigung, Selbstbeherrschung und

⁴⁰ Drábek, Jan: Moravský generální seminář 16 ff. (vgl. Anm. 34). – Winter: Josefinismus a jeho dějiny 154 (vgl. Anm. 35).

⁴¹ Ebenda 144, 155.

⁴² Cinek, František: K národnímu probuzení moravského dorostu kněžského, 1778-1870 [Zum nationalen Erwachen des mährischen Priesternachwuchses, 1778-1870]. Olomouc 1934. – Drábek: Moravský generální seminář 27-32 (vgl. Anm. 40).

⁴³ Das Ernennungsdekret in: ZA Opava, Zweigstelle Olomouc, Bestand ACO, D4, Karton 2452, fol. 1-6.

⁴⁴ Tábořský, Josef: Reformní katolik Josef Dobrovský [Der Reformkatholik Josef Dobrovský]. Brno 2007, 97.

Entsagung und forderte die Beherrschung der körperlichen Regungen. Es verwundert nicht, dass in der Zeit seines Wirkens in Olmütz auch ein Dialog über den Zölibat entstand, der in der damals populären Form eines Streits zwischen zwei fiktiven Figuren, Allegorien gegensätzlicher Meinungen, verfasst ist. Auf der einen Seite steht „Coelebs“ (Ledig) als Anhänger des Zölibats, auf der anderen Seite sein Gegenspieler „Gamophilus“ (Frauenfreund). Zwar siegt in der Schrift Coelebs, die Rechtfertigung für den Zölibat liegt jedoch weniger in der körperlichen Reinheit an sich als in der Notwendigkeit absoluter Hingabe, die der Priesterberuf erfordere.⁴⁵

Über Dobrovský war bekannt, dass er seine Schüler in die Philosophie Immanuel Kants einführte, die auch auf die Geistesbildung unserer drei Protagonisten entscheidenden Einfluss hatte. Zur Annäherung an das geistige Klima dieser Institution mag zudem ein Detail aus dem Verhör Jakub Čermáks beitragen, der 1803 zugab, im Olmützer Generalseminar ungestört Bücher gelesen zu haben, in denen „abergläubische“ religiöse Praktiken, ja teilweise sogar die Grundlagen des Katholizismus angegriffen wurden.⁴⁶ Diese Bücher konnte er in der Seminarbibliothek oder bei Mitschülern ungehindert ausleihen. Auf Nachfrage der Ermittler nannte er einige damals populäre deutsche Autoren der Aufklärung, insbesondere den bedeutenden Berliner Schriftsteller und Satiriker Christoph Friedrich Nicolai (1733-1811). Er erwähnte auch pietistisch orientierte Denker wie Christoph Martin Wieland (1733-1813) und einige evangelische Theologen, namentlich Johann Salomo Semler (1725-1791),⁴⁷ der die Theologie für eine rationale Wissenschaft hielt und die Religion für einen Ausdruck der persönlichen Überzeugung. Dem Pfarrer sprach Semler eine große Verantwortung zu, denn er musste die Ideen der Aufklärung unter Volk bringen. Ferner führte Čermák auch Karl Friedrich Bahrds (1741-1792) an,⁴⁸ der durch eine radikale Bibelkritik hervorgetreten war und eine wichtige Rolle für die katholische Aufklärung spielte.⁴⁹

Obwohl nicht mehr als eine Generation von Studierenden das Seminar durchlaufen hatte, hinterließ es dauerhafte Spuren. Abgesehen davon, dass die theologischen Fakultäten bis zu einem gewissen Grad die Struktur (und bisweilen auch die Lehrer) der aufgelösten Generalseminare übernahmen, prägten auch einige hundert junge Priester das religiöse Leben in den habsburgischen Erblanden. Eduard Winter zufolge waren es eben die Generalseminare, über die Einflüsse der josephinischen Priesterausbildung bis weit ins 19. Jahrhundert hinein tradiert wurden.⁵⁰

⁴⁵ *Flajšhans*, Vilém: Některé podrobnosti o Josefu Dobrovském [Einige Details über Josef Dobrovský]. In: *Osvěta* 28 (1898) 14-24. – *Táborský*: Reformní katolik 98-100 (vgl. Anm. 44).

⁴⁶ MZA Brno, B 95, Karton 270, Verhör des J. Čermák, Frage 22 und andere.

⁴⁷ *Raupp*, Werner: Johann Salomo Semler. In: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* (BBKL). Bd. 14. Herzberg 1998, Sp. 1444-1473.

⁴⁸ *Bautz*, Friedrich Wilhelm: Bahrds, Karl Friedrich. In: *BBKL*. Bd. 1. Hamm 1975, Sp. 346-347. – *Frank*, Gustav: Bahrds, Carl Friedrich. In: *Allgemeine Deutsche Biographie* (ADB). Bd. 1. Leipzig 1875, 772-774. – Vgl. auch *Sauer*, Bruno: Bahrds, Carl Friedrich. In: *Neue Deutsche Biographie* (NDB). Bd. 1. Berlin 1953, 542 f.

⁴⁹ Vgl. *Wangermann*, Ernst: Die Waffen der Publizität. Zum Funktionswandel der politischen Literatur unter Joseph II. Wien, München 2004, 338 ff.

⁵⁰ *Winter*: Josefinismus a jeho dějiny 166 f. (vgl. Anm. 35).

Während Josef Dobrovský und einige weitere Aufklärer, die in den Generalseminaren tätig waren, relativ gut erforscht sind, hat sich die böhmische/mährische Historiografie mit dem Priesternachwuchs aus den Generalseminaren bislang nur wenig beschäftigt. Über die Gedankenwelt der Absolventen dieser josephinischen Institutionen wissen wir noch so gut wie nichts, obwohl ihr Einfluss, dank des späteren Wirkens der Alumnen in der Seelsorge, nicht gering war. Die Aufhebung der Seminare traf mehrere Dutzend junger Männer während des Studiums, darunter auch unsere Protagonisten, die ihre Studien im wiederhergestellten bischöflichen Seminar fortsetzen mussten.

Über den ältesten, Jakob Böhm, ist bislang sehr wenig bekannt. Er wurde um das Jahr 1765 im schlesischen Oderberg (Bohumín) als Sohn eines Seilers geboren und studierte zuerst in seiner Heimatregion, in Teschen (Těšín). Dann ging er zum Studium der Philosophie nach Olmütz, wo er 1788 promoviert wurde. Ins Seminar in Hradisch bei Olmütz trat er also schon in relativ „fortgeschrittenem“ Alter ein, wahrscheinlich 1789.⁵¹ Im gleichen Jahr begann hier auch der jüngste der drei, Jakob Čermák, zu studieren, über den wir die genauesten Informationen haben – zum einen dank seiner späteren umfassenden Auskunftsbereitschaft im Verhör, zum anderen dank weiterer Quellen.⁵² Jakob Čermák wurde am 18. Juli 1770 in Mährisch Budwitz (Moravské Budějovice) im Kreis Znaim geboren, wahrscheinlich in einer tschechischen Familie. Nach der Matrik war er der jüngste von vier Söhnen. Seine Brüder führten das Handwerk ihres Vaters fort, sie waren Wagenmeister. Außerdem hatten die Čermáks noch vier Töchter. Die Grund- und Mittelschulbildung sowie die humanistische Bildung erwarb Jakob Čermák im nahegelegenen Znaim (wohl bei den Piaristen), dann in Iglau (Jihlava). Philosophie studierte er in Olmütz, wo er mit 19 Jahren in das Generalseminar eintrat, das jedoch schon nach seinem ersten Studienjahr geschlossen wurde. Čermák bot sich aber die Gelegenheit, das Theologiestudium in Wien abzuschließen, was für den armen Jungen aus der mährischen Kleinstadt ein intellektuelles Schlüsselerlebnis bedeutete.

Über den Haupthelden der Geschichte, Josef Lang, erfahren wir dagegen so gut wie nichts, weil er in den Verhören beharrlich schwieg. Nur mit Hilfe einiger indirekter Indizien und gestützt auf weitere Quellen (Matriken) gelang es schließlich zu ermitteln, dass er am 24. Februar 1767 in der mährischen Weinbaugemeinde Pollau (Pavlov) bei Nikolsburg (Mikulov) geboren wurde,⁵³ einem damals rein deutschen Dorf, das heute am Ufer des Neumühler Stausees liegt. Getauft wurde er auf den Namen Josef, in einigen Schriftstücken gab er sich später jedoch den Vornamen Sebastian. Er entstammte einer deutschen Familie, die Landwirtschaft mit Weinbau betrieb. Einem Hinweis in seiner Korrespondenz zufolge absolvierte er die Normal-

⁵¹ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 179-180, Verhör des Jakob Böhm; MZA Brno, E 80 (Biskupský ordinariát Brno), Karton 117, B 83, Inv.-Nr. 483, Jakob Böhm, Vöttauer Koperator.

⁵² MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 63, Verhör des J. Čermák.

⁵³ MZA Brno, E 67, č. 3142, mikrofilm 6391, i. č. 5725 – Matrika narozených, oddaných a zemřelých v obci Pavlov, fara Dolní Věstonice (1727-1784) [Matrikel der Geburten, Untergebenen und Verstorbenen in der Gemeinde Pavlov, Pfarrstelle Unterwisternitz (1727-1784)] 421.

schule (wohl in Brünn). Weiter wissen wir nur, dass er ins Generalseminar aufgenommen wurde, wahrscheinlich 1787. Das wurde nach dem dritten, dem vorletzten Jahr seines Studiums, geschlossen. Kurz danach, in seinem letzten Studienjahr, geriet Lang zum ersten Mal in einen großen Konflikt mit den kirchlichen Autoritäten, vor allem mit dem Konsistorium. Er wurde im Herbst 1790 beschuldigt, einen verhältnismäßig scharfen, gegen das Erzbistum gerichteten Beschwerdebrief an das mährisch-schlesische Gubernium geschrieben zu haben, in dem er die schlechte Stellung und vor allem die unzureichende materielle Absicherung der ehemaligen Alumnen des Generalseminars schilderte, die vom Konsistorium, ob nun bewusst oder nicht, offensichtlich etwas vernachlässigt wurden.⁵⁴ Unter anderem zahlte es ihnen ein wesentlich niedrigeres Stipendium aus, als ihnen das Gesetz zusprach, und sicherte ihnen weder Unterkunft noch Verpflegung, die ihnen vordem das Seminar in Hradisch gewährt hatte. Lang selbst hat sich nie zu dem Brief bekannt, trotzdem sollte er vom Studium ausgeschlossen werden, sein Stipendium verlieren, ebenso die Möglichkeit, die höhere Priesterweihe zu erlangen. Er wandte sich aber (erneut?) ans Gubernium, das sich mit den Worten seines Präsidenten Graf Alois von Ugarte in dem Sinne für ihn verwendete, dass er, selbst wenn er tatsächlich der Autor jener Beschwerde gewesen sein sollte, nichts Schlechtes getan hätte, schließlich sei es legitim, sich an das höchste Landesamt zu wenden, das hier den Staat vertrete, jenen Staat, der den Alumnen die materielle und institutionelle Absicherung versprochen habe.⁵⁵ Das habe aber in keinem Falle zu bedeuten, dass aus Lang kein guter Priester, sitlicher Mensch und ordentlicher Bürger werden könnte. Das Konsistorium habe keinerlei Recht, ihm den Zugang zur höheren Weihe zu verwehren, und sei schon gar nicht befugt, ihm das Stipendium zu entziehen, das sei nur bei schlechten Studenten erlaubt, Lang habe aber mit ausgezeichneten Ergebnissen studiert. Nach dieser Intervention der weltlichen Macht konnte Lang sein Studium doch noch beenden und wurde im Dezember 1791 zum Priester geweiht.⁵⁶ Wir dürfen aber vermuten, dass das Konsistorium diesen Vorfall und Langs „Kollaboration“ mit der Staatsmacht nie vergessen und ihm diese „Sünden“ am Ende seiner kurzen Karriere wieder zur Last gelegt hat.

Während Jakob Böhm sein Studium im wiederhergestellten bischöflichen Seminar fortsetzte, verließen seine beiden Freunde Olmütz. Der 21-jährige Jakub Čermák begab sich im November 1791 zum Studium nach Wien, wo er bis zu seiner Weihe im Jahr 1793 blieb. Neben dem Studium soll er täglich etwa zwei Stunden in der Universitätsbibliothek verbracht haben. Später beim Verhör gab er ganz unumwunden zu, dass er dorthin auch ging, um Autoren wie Montesquieu, Voltaire oder Rousseau zu lesen. Zudem besuchte er auch die Kaffeehäuser, wo er regelmäßig Zeitungen lesen konnte, auf die er in Mähren sicherlich nie gestoßen wäre oder zu denen er dort nur sehr eingeschränkt Zugang gehabt hätte. Seine Hauptinforma-

⁵⁴ Zur „Affäre Lang“ im Seminar: ZA Opava, Zweigstelle Olomouc, Bestand ACO, D4, Karton 2453; Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad, Bestand Biskupský ordinariát Brno, E 80, Karton 495, Sign. L 47, fol. 41 f.

⁵⁵ *Ebenda.*

⁵⁶ *Ebenda.*

tionsquelle wurden die „Stuttgarter Zeitung“ und die „Hamburger Zeitung“. Außerdem las er französische Blätter, vor allem den Pariser „Moniteur“.⁵⁷ Die Tagespresse bot sicherlich genug neuen Stoff zum Nachdenken und eröffnete dem flinken und aufmerksamen jungen Mann ungeahnte Horizonte. Die neuen Eindrücke und Gedanken nahm er nicht nur begierig auf, sondern er verspürte auch das Bedürfnis, diese mitzuteilen. Das größte Verständnis fand er weiterhin bei seinem besten Freund aus Olmützer Studienzeiten, Josef Lang, dessen Briefe er stets mit größter Ungeduld erwartete.

Josef Lang ließ sich unterdessen an seinem neuen Wirkungsort nieder. Bald nach der Weihe, wohl Anfang 1792, bekam er die Stelle des Kooperators in dem Städtchen Schiltern (Štítary) bei Znaim in der Herrschaft Frain, das Sitz des Frainer Dekanats war.⁵⁸

Die Herrschaft Frain, die damals 14 Dörfer mit überwiegend deutscher Bevölkerung zählte, hatte im 17. und 18. Jahrhundert zum Besitz der Grafen Althann gehört, die die strenge gotische Přemyslidenburg auf einem Steilhang über der Thaya in ein repräsentatives Barockschloss, die „Perle des Thayatals“, verwandelten. Als Anfang der 1790er Jahre der letzte des mährischen Zweiges der Althann die überschuldete Herrschaft verlor, kaufte sie ein Advokat aus Südböhmen, Josef Hilgartner, der mit dem Zusatz „von Lilienborn“ in den Ritterstand erhoben wurde. Hilgartner war unternehmerisch sehr aktiv und gründete auch zwei neue Dörfer. Er ermöglichte seinen Untertanen zudem, sich von der Untertänigkeit loszukaufen.⁵⁹ Die Zusage, die Roboten abzuschaffen, die sie zu Neujahr 1803 aus Langs Munde vernahmen, musste ihnen daher keineswegs unglaubwürdig erscheinen. Es ging um eine sensible Frage, da die durch den Tod Josephs II. abgebrochenen Reformen der Urbarialgesetzgebung auf dem Lande für latente Spannungen sorgten.

In der Isolation des Provinzstädtchens Schiltern, das eher ein von der Landwirtschaft geprägtes Dorf war, begann Josef „Sebastian“ bald seine umfangreiche Korrespondenz. Zunächst forschte er nach dem Schicksal seiner einstigen Mitschüler aus Olmütz und teilte ihnen seine ersten Eindrücke und Erfahrungen aus der seelsorgerischen Praxis mit.

Aus dem überlieferten Rest von Langs Korrespondenz, aus seinen Briefen und Konzepten wie auch aus den Entwürfen zu verschiedenen Betrachtungen und „Traktaten“ – er soll auch Gedichte geschrieben haben –, können wir uns ein gewisses Bild von dem Verfasser machen.⁶⁰ Seine Freunde, denen er als Autorität galt, schilderten ihn in den Verhören als einen sehr intelligenten und gebildeten Mann, wengleich sie nicht bestritten, dass er einen etwas „unruhigen“ und vielleicht auch

⁵⁷ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 63, Verhör des J. Čermák.

⁵⁸ Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad, E 82 (Brněnská biskupská konsistoř), Sign. L3, Karton 1726, Nr. 6, fol. 36, 37; *ebenda*, Sign. L3, Karton 1726, fol. 6.

⁵⁹ Janíček, Karel/Paukert, Jiří: Státní zámek Vranov nad Dyjí [Das staatliche Schloss Vranov nad Dyjí]. Brno 1987, 18–21. – Janíček, Karel: Hilgartnerovská epizoda (1793–1799) [Die Episode Hilgartner (1793–1799)]. In: Vranovský zpravodaj (1985) H. 3–4, Historická příloha 1 f. – Peřínka, František Václav: Vlastivěda moravská, Znojemský kraj, Vranovský okres [Mährische Heimatkunde, der Kreis Znaim, Bezirk Vranov]. Brno 1906, 165–175.

⁶⁰ MZA Brno, B 95, Karton 269–271.

problematischen Charakter hatte. Er las viel und fertigte sich von seiner Lektüre sorgfältige Exzerpte an, ließ sich Zeitungen mit Buchrezensionen schicken, die er dann kommentierte. Diese Kommentare schickte er seinen Freunden, denen er vermutlich auch mitteilte, welche Bücher er für seine Bibliothek erworben hatte. Lang schrieb offenkundig gern und es mangelte ihm auch nicht an gewissen philosophischen und literarischen Ambitionen. In seiner Korrespondenz stilisierte er sich eher als „einsamer Philosoph“ und „Lehrer des Volkes“ denn als geistlicher Hirte. Langs Briefe, verfasst in seiner deutschen Muttersprache, verraten Bildung, einen beweglichen Geist und Talent. Teil seiner eigenwilligen Äußerungen waren neben einer farbigen, metaphernreichen Sprache und Wortspielen auch bissige Ironie und Sarkasmus. Zu seinem Stil gehören zudem häufige Exklamationen, absichtlich nicht zu Ende geführte Sätze, die mit mehreren Gedankenstrichen abbrechen, und pathetische Ansprachen, in denen er sich mit Vorliebe des Französischen bediente. In heiklen Passagen wechselte er ins Lateinische. Oft schrieb er in einem ausgelassenen Ton, verwendete Übertreibungen und stilistische Spielereien, die auch heute noch amüsant wirken. Es handelt sich jedoch nicht um die Sprache eines leichtsinnigen Scherzboldes. Heiter anmutende Passagen schlagen häufig in Ausbrüche von Melancholie oder regelrechte Verzweiflung um und lassen immer wieder einen schwermütigen Sinn und eine pessimistische Sicht auf die Welt erkennen. In seinen Briefen und Fragmenten verschiedener Betrachtungen sind Einflüsse von Montesquieu und vor allem von Kant unverkennbar. Bereits häufig gebrauchte Ausdrücke wie „Vormünder“, „Unmündigkeit“ und „Mut zu wissen“ sind offensichtliche Anspielungen auf Kants berühmte Abhandlung über die Aufklärung und andere Schriften des Königsberger Philosophen. Im Laufe der Zeit nimmt aber in Langs Briefen auch die Begeisterung für „Hans Jakob“ Rousseau zu.

Der Briefwechsel und die „gelehrten Abhandlungen“ stellten für den jungen Priester sicherlich eine Möglichkeit dar, aus der Isolation auszubrechen und das Gefühl der Vereinsamung des Gebildeten inmitten der „ungebildeten“ und „abergläubischen“ Bauern zu überwinden.⁶¹ Lang, der in der südmährischen Provinz schon bald unter dem Fehlen von Informationen und Neuigkeiten litt, machte sich umso eifriger auf die Suche nach interessanter Lektüre.

Die jungen Priester lernten neben der Tagespresse die „Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung“ zu schätzen,⁶² die als bedeutendes Instrument der Aufklärung in den süddeutschen Territorien galt.⁶³ Sie wurde zwischen 1788 und 1798 von Lorenz Hübner und Augustin Schelle in Salzburg herausgegeben und brachte dreimal in der Woche relativ ausführliche Rezensionen neuer auf Deutsch (in Ausnahmefällen auch auf Französisch) geschriebener Bücher aus den unterschiedlichsten Fachgebieten. Die jungen Männer hatten so die Möglichkeit, sich mit Publikationen vertraut zu

⁶¹ Z. B. MZA Brno, B 95, Karton 269, Nr. 3 ex Lit. C, fol. 100 (alte Paginierung) oder fol. 61 (neue Paginierung); Lang an einen unbekanntes Verwandten.

⁶² Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung, im oberdeutschen Staatszeitungs-Comptoir, Salzburg, 1788-1798. Österreichische Nationalbibliothek, Sign. 699575-C Alt.

⁶³ Droz: L'Allemagne et la Révolution française 441 (vgl. Anm. 10). – Wangermann: Die Waffen der Publizität 222 (vgl. Anm. 49).

machen, die für sie, insbesondere für Lang, sonst völlig unzugänglich gewesen wären. Lang begann bald, die „Litteraturzeitung“ selbst zu beziehen und ließ sie sich nach Znaim schicken. In seinem Luggauer „Nachlass“ finden sich Abschriften und Kommentare zu verschiedenen in der „Litteraturzeitung“ besprochenen Publikationen, die davon zeugen, dass, obwohl er keinen Zugang zu den Büchern selbst hatte, ihm schon die Rezensionen zur Verfeinerung seiner Ansichten zur Religion oder zum öffentlichen und internationalen Geschehen dienten, in dem er sich insgesamt recht gut auskannte.

„Glaubensbekenntnis eines Vikärs aus Mähren“ –
Gedanken zur kirchlichen Praxis und zum Zölibat

Anfänglich war die Korrespondenz vor allem auf die ersten Erfahrungen in der pastoralen Praxis und eine im Grunde vorbildlich „josephinistische“ Kritik an der katholischen Kirche und ihren Würdenträgern gerichtet. Den thematischen Schwerpunkt stellte die Verspottung der prunkvollen barocken Formen der Frömmigkeit und des „mönchischen“ Ideals dar. Häufig war auch die Kritik an Berufskollegen. Lang verurteilte vor allem deren Ungebildetheit und Unwillen zu weiterer Bildung, der schon damit beginne, dass sie gewöhnlich nichts anderes als das Brevier läsen und ihre Lieblingsunterhaltung das Kartenspiel sei.

Bereits einer der frühesten erhaltenen Briefe von Josef Lang, wohl aus dem Jahr 1791 oder 1792, spricht Bände:

Bester Freund! Seit dem Josephs Plan gescheitert ist, oder wenigstens gescheitert zu sein scheint; stehe ich, sammt allen übriggebliebenen Spießgesellen des aufgelaßenen Generalseminariums unter dem Arm Einer Hohen Geistlichen Obrigkeit. Das Zwerchfell möchte Einem vor dem Gedanken platzen, daß von Dobrowsky gebildete Männer sich itzt mit Gewalt nach Grundsätzen der Römischen Kurie schmiegen sollen! - - und es ist doch in der That so. Wer die Rolle eines Pharisäers recht meisterhaft spielen kann, der ist ein angesehenes Glied der Kirche; ein zu naiver Charakter (wie zum Beispiel der meinige ist) stimmt schlechterdings nicht zu einer Person, für komisch-tragische Theaterstücke, die wir heuer bis zum Ekel dem Publicum aufzuführen die Ehre hatten. Ich werde eher die Hosen verkaufen müssen, als meine Würdigkeit zum Volkslehrerstande bei meiner Hochwürdigem Geistlicher Obrigkeit geltend machen können. [...] Zum Winseln, Kriechen, Liebe Erheucheln, aber zur Demüthigung nach der Terminologie der Christlichen Obrigkeit scheine ich von Mutterlieben aus verdorben zu sein. Wehe mir, und allen Unglücklichen Meinesgleichen, wenn der heilige Hildebrand weiterum von den Todten auf erstehen sollte!⁶⁴

In einem anderen Brief aus der Zeit taucht eine Invokation der josephinischen Aufklärung auf:

Dank sei der Natur, die uns in einen Staat eines Dasein ruffte, wo die mit Teufeln bemahlte Kappen aufgehöret, wo Groß und Klein wetteifert, um sich des Standes der Unmündigkeit,

⁶⁴ MZA Brno, B 95, Karton 269, fol. 74 (alte Paginierung) oder fol. 167 (neue Paginierung) und folgende, Josef Lang an einen unbekanntem Adressaten, ca. 1791 oder 1792. Die Unterstreichungen stammen von den ermittelnden Kommissaren. – „Heiliger Hildebrand“ ist eine Anspielung auf den 1085 verstorbenen Papst Gregor VII., dessen Taufname Hildebrand war. Er hat die unumschränkte Vormachtstellung des Papstes in der katholischen Kirche und den Priesterzölibat durchgesetzt. 1606 wurde Gregor VII. heiliggesprochen. Hervorhebung im Original.

und alles Hanges zur passiven Vernunft zu entschlagen, wo der uralte Drache, der hildebrandische Satan bereits feigen Schurken ähnlich ist, die sich, ungeachtet ihres scheinbaren Muthes von Außen, wie Mäuse in ihre Löcher verkriechen, wenn Josephinischer Geist sie die Rechte der Menschheit fühlen lehrt und so weiter. Skandalisiren Sie sich nicht, bester Freund! wegen meiner Sprache; besprengen Sie Sich nur hübsch oft mit Weihwasser, um den Anfechtungen böser Geister nicht zu unterliegen; und ich will meinerseits die Güte haben, über gegenwärtigen Gegenstand die Feder zu stumpfen.⁶⁵

Bei seinem Freund Jakub Čermák wurden die Zweifel vor allem von der Längeweile des Lebens in der Provinz nach der Rückkehr aus Wien und der Verbitterung über die monotone Arbeit des Geistlichen in einem abgelegenen Dorf geschürt, die vieles mit sich brachte, das ihm als Vertreter der josephinischen Aufklärung zutiefst widerstrebt. In einem langen Brief vom 23. Januar (wahrscheinlich des Jahres 1796) vertraute er sich Lang an:

Fraget nicht, ob mir bene geht. [...] wie kann es mir qua gerechten Gottes Knechte wohlgehen; Ihr wisset meine Gesinnungen und Abscheu gegen alles was schwarz ist; und das heuchlerische, affektirte Leben wird mir vom Tage zu Tage unverträglicher, Das Kreuz aber bey der Messe zu machen, schöne Pukerl dabey zu thun weiss ich vortreflich, und habe bereits solche Fertigkeit darinn, dass binnen 1/4 Stunde der ganze Plunder etc. geendiget ist.⁶⁶

In einem späteren undatierten Brief an Lang wurde Čermák noch kühner: „kurz ich muss euch aufrichtig gestehen, ich bin ein Gottesläugner“.⁶⁷

Es ist jedoch gleichfalls nicht überraschend, dass die Enttäuschung und der Zorn über die Erfahrungen mit den kirchlichen Autoritäten ebenso wie das Empfinden einer gewissen Unzulänglichkeit der zeitgenössischen religiösen Praxis und die Rückkehr des „Sinnlichen“ die nachdenklichen jungen Männer zur Suche nach Alternativen veranlasste. In die Diskussion schaltete sich auch Jakob Böhm ein, der im Herbst 1796 konstatierte: „Menschen wie wir werden heute nicht mehr als Ketzer bezeichnet, das ist aus der Mode gekommen, sondern als Naturalisten, Atheisten usw.“⁶⁸ Und es ist bezeichnend, dass in seinem beschlagnahmten „Nachlass“ unter anderem eine Abhandlung über die Verteidigung des Selbstmords und eine Betrachtung aus dem Jahr 1794 mit dem Titel „Freundschaftsbriefe an eine Madam“ gefunden wurden, worin Böhm, nach dem Polizeibericht, „die Religion in ganz offenkundiger Weise herabsetzt und den Naturalismus anbetet“.⁶⁹

Diese Schüler und Bewunderer Josef Dobrovskýs, die ihrem Lehrer die erste Begegnung mit dem Denken Kants verdankten, arbeiteten sich offenbar nach und nach zu Kants und Rousseaus Religion der Natur und natürlichen Moral voran und

⁶⁵ MZA Brno, B 95, Karton 269, Nr. 1 ex Lit. C [vermutl. 1793]. „Hildebrandischer Satan“ – Die Bezeichnung „Satan“ für Gregor VII. geht auf seinen Zeitgenossen Petrus Damiani zurück.

⁶⁶ MZA Brno, B 95, Karton 270, Nr. 25, fol. 140, Brief J. Čermáks an J. Lang vom 23. Januar [vermutl. 1796]. Hervorhebung im Original.

⁶⁷ *Ebenda*, fol. 105, Čermák an Lang, 30.11., ohne Jahreszahl [1792?]. „Pukerl“ = Buckerl, österr. für Verbeugung.

⁶⁸ *Ebenda* und MZA Brno, B 95, Karton 269, Nr. 30 in den Regesten. Datiert auf den Andreastag (30.11.) 1796.

⁶⁹ *Ebenda* Nr. 2 und 3 in den Regesten zu Böhm's Materialien.

begannen, nicht nur aus dem Rahmen der katholischen, sondern wohl der christlichen Weltanschauung überhaupt auszubrechen.

Am deutlichsten ist diese Entwicklung bei Josef Lang, der sogar Kants Abhandlung „Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ aus dem Jahr 1793 zu seinem „Glaubensbekenntnis“ erklärte.⁷⁰ Ihr Hauptgedanke besteht darin, dass die Sittlichkeit bzw. sittliches Handeln sich nicht auf die Religion gründen und daher auch keiner Vorstellung Gottes als Grundlage bedürfen. Der selbstständig denkende Mensch ist an ethische Normen gebunden, die zu erkennen er selbst allein kraft seines eigenen Verstandes fähig ist. Sofern also der Mensch ein anderes Wesen braucht, das über sein sittliches Verhalten wacht, ist das nicht nur ein Ausdruck der Tatsache, dass er unfrei ist, sondern auch ein Beweis seiner Unsittlichkeit.⁷¹ Analoge ethische Grundsätze finden wir häufig auch in den Betrachtungen des jungen Lang.

Spätestens nach Verlassen des Seminars begann auf Lang aber auch noch eine andere intellektuelle Autorität zu wirken. Schon 1791 bekannte er in einem Brief an Čermák, dass seine Hauptlektüre jetzt neben Kant der „unglückliche Hans Jakob“, also Jean-Jacques Rousseau, sei.⁷² Zwei Jahre darauf arbeitete er bereits an der Schrift „Glaubensbekenntnis eines Vikärs aus Mähren“. Diese Handschrift blieb vermutlich nicht erhalten, nur eine Skizze des Inhalts steht uns zur Verfügung. Doch wird schon im Titel die Inspiration durch Rousseaus „Manifest des Deismus“ im 4. Buch des „Emile“ deutlich, das mit „Glaubensbekenntnis eines savoyardischen Vikärs“ (Profession de foi du vicaire savoyard) überschrieben ist.

Der Kantleser meldet sich aber auch in Čermák zu Wort: „Wir leben in kritischen Zeiten, es nähern sich merklich die Zeiten, wo die Menschen, ja ganze Nationen wetteifern, sich dem Stande der Unmündigkeit zu entziehen, und allen Hang zur passiven Vernunft abzulegen.“⁷³ An einer anderen Stelle entwickelt er einen ähnlichen Gedanken: „die Völker fühlen, dass sie Vormünder haben, und wollen sich

⁷⁰ MZA Brno, B 95, Karton 269, Nr. 5 ex Lit. C, undatierter Brief J. Langs an einen unbekanntem Empfänger („Bruder, Freund, Kollege!“).

⁷¹ Kant, Immanuel: Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft. 1793, 1794. Hier nach der französischen Übersetzung von A. Tremesaygues: *Alcan*, Félix (Hg.): Emmanuel Kant, La Religion dans les limites de la simple raison. Paris 1913. – Zu Kants Schriften vor allem die neueren Studien von Zager, Werner: Kant und die Religion. Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft. In: *ders.* (Hg.): Mut zum eigenen Denken. Immanuel Kant – neu entdeckt. Neukirchen, Vluyn 2006, 63–82. – Jaeschke, Walter: Philosophische Theologie nach Kant. Die Vernunft in der Religion. In: *Danz*, Christian/Dierken, Jörg/Murmann-Kahl, Michael (Hgg.): Religion zwischen Rechtfertigung und Kritik. Perspektiven philosophischer Theologie. Frankfurt am Main 2005, 15–30. – Seel, Gerhard: Le devoir de l'humanité envers elle-même. L'écrit sur la religion: un progrès définitif dans la théorie de Kant. In: *Bianchi*, Lorenzo/Ferrari, Jean/Postigliora, Alberto (Hgg.): Kant et les Lumières européennes. Paris, Napoli 2009, 201–208.

⁷² MZA Brno, B 95, Karton 269, Josef Lang, Brief an Čermák (sic) den 14. August 1791 von „Irnopolis“ [Brno?].

⁷³ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 69–71, Čermák an Lang, Brief Nr. 12, ohne Datum [wahrscheinlich Frühling 1792]. – „Kritische Zeiten“ ist hier nicht im heutigen alltagssprachlichen Sinne zu verstehen. Es handelt sich um eine Anspielung auf Kants Philosophie, gemeint sind Zeiten, die vom kritischen philosophischen Denken beherrscht werden.

selbst regieren. Werfen die Franzosen einmal den Pfaffendienst ab, und können sie ohne selben leben, so haben sie viel gethan“.⁷⁴

Die Kant'schen Begriffe „Unmündigkeit“, „passive Vernunft“ und „Vormünder“ verweisen insbesondere auf die berühmte Abhandlung „Was ist Aufklärung?“ aus dem Jahr 1784. Hier wird die Aufklärung als Prozess des Denkens definiert, also als Ausweg aus dem Zustand der Unmündigkeit, in welchen die passive Vernunft bzw. der Unwille, den eigenen Verstand „aktiv“ zu gebrauchen, die Menschen und Völker geworfen hat. Sie müssen sich von der Anleitung durch „Vormünder“, womit in erster Linie die weltlichen und geistlichen Autoritäten gemeint sind, befreien. Der Mensch ist folglich für seinen Zustand der moralischen Knechtschaft und dieser Unmündigkeit selbst verantwortlich.⁷⁵

Kants Einfluss ist auch in einer weiteren Handschrift des jungen Lang sichtbar, die den Titel „Das sogenannte sechste Geboth nach Prinzipien der Vernunft“ trägt.⁷⁶ Die Haltung der jungen Priester zur Kirche und zum Teil auch zur Französischen Revolution war in hohem Maße von einer Frage bestimmt, die sie selbst ganz persönlich betraf: dem Problem des sechsten Gebots und damit verbunden dem Imperativ des Priesterzölibats. Konnte man auf seine Aufhebung hoffen? Dieses Thema war offensichtlich bereits während ihres Studiums im Olmützer Seminar diskutiert worden, als Dobrovský dazu den Dialog „Coelebs und Gamophilus“ schrieb, der zwei entgegengesetzte Ansichten miteinander konfrontierte.⁷⁷ Es ist anzunehmen, dass die jungen Priester aus seinem Seminar mit der Möglichkeit rechneten, der Zölibat könnte eines Tages aufgehoben werden. Sie müssen im Übrigen gewusst haben, dass dies im revolutionären Frankreich bereits tatsächlich geschehen war. Diese Alternative musste den jungen Seminaristen gewiss nicht völlig unrealistisch erscheinen.

Schon bald, nachdem er sein Amt in Schiltern angetreten hatte, versuchte Lang zu ermitteln, wie seine Studienfreunde diese Situation meisterten:

Wie bekommt Euch die Entmannung? Ihr müßt mich ja beim Teufel! nicht mißverstehen, und etwa gar glauben, daß ich von einer chirurgischen Operation rede, Gott bewahre! Ich rede von der Entmannung propter regnum coelorum, und möchte nur gern wissen, wie sich euer Peitaschl in der Montur des heiligen Melchisedechi benimt.⁷⁸

Seine Gefühle kommentierte er mit bezeichnender Giftigkeit:

⁷⁴ MZA Brno, B 95, Karton 270, Čermák an Lang, Brief Nr. 17.

⁷⁵ „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen. Selbst verschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude [wage es verständig zu sein]! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift 2 (1784) 481-494, hier 481.

⁷⁶ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 20-32, Nr. 4 ex Lit. B.

⁷⁷ *Táborský*: Reformní katolik Josef Dobrovský 98-100 (vgl. Anm. 44).

⁷⁸ MZA Brno, B 95, Karton 269, undatiertes [vermutl. aus dem Jahr 1792] Briefkonzept J. Langs mit der Bezeichnung Nr. 2 ex Lit. C. – Melchisedek, sagenhafter Priesterkönig aus dem Alten Testament (1. Mose, 14, 18), der später als Ideal des Priesters gedeutet wurde.

Der heilige Geist, den man mir bei der heiligen Weihe eingeflüstert hat, muß sich besonders in mein Depot der Liebe ergoßen haben; denn sonst ist es gar nicht zu erklären, warum ich als ein Mann von 25 Jahren nicht gleich meinen übrigen alten und jungen Mitkonsorten lieber auf einer verruchten Dirne Schlitten fahren sollte, als meine Tage mit sterilen Speculationen zu verträumen! – Geht es Euch auch so, wie mir! – nu, da wäret ihr zu bedauern.⁷⁹

Die Reize der schönen Mädchen des Ortes waren ihm eindeutig nicht gleichgültig, in seinen Briefen an die Freunde schilderte er sie genüsslich. Er war sich sehr wohl bewusst, dass das normale Leben auf dem Lande für die Bewahrung der körperlichen Reinheit wesentlich gefährlicher war als das Leben in der Klausur des Seminars: „Wenn man fasten muß, weil man kein Fleisch hat, so läßt es sich noch hören aber Fleisch in Uiberfluß! – [...] pfui Teufel!“⁸⁰

Das Thema Zölibat zieht sich wie ein roter Faden durch die Briefe der jungen Priester und taucht immer wieder in neuen Zusammenhängen auf – als allgemeines Moralthema wie als Frage individueller körperlicher Qual oder Gefühlsverwirrung. Auch Langs Freunde Čermák und Böhlm waren sich in ihren Briefen im Grunde darin einig, dass es eher eine Sünde sei, ehelos zu leben, als das Keuschheitsgelübde zu verletzen.

Der handschriftliche Traktat mit dem Titel „Das sogenannte sechste Geboth nach Prinzipien der Vernunft“ umfasst 24 Seiten und war, wie der Titel bereits andeutet, von Immanuel Kant inspiriert.⁸¹ Der Text ist lakonisch, konzis, sparsam. In der Einleitung verspürte der junge Autor das Bedürfnis, so etwas wie eine eigene „Anthropologie“ zu bestimmen, die relativ rigide „dualistisch“ angelegt ist: Sie geht von den zwei Wesen des Menschen aus – einerseits dem physischen, das verschiedenen (angeborenen) Trieben unterliege, denen es nicht entrinnen könne, andererseits dem „moralischen“, welches vom „gesetzgeberischen“ Verstand geleitet werde. Der Mensch dient so zwei Herren, kommentiert Lang, wählt jedoch freiwillig für sich einen von beiden zum Oberherrn, dem der andere „untergeordnet“ ist. Entweder tritt der Verstand in den Dienst der Triebe oder die Triebe ordnen sich dem Dienst des Verstandes unter. Diese Entscheidung ist die Wurzel von Gut und Böse. Die Triebe selbst, welche doch dem Menschen einfach angeboren sind, sind nicht eindeutig schlecht oder böse, ebenso wie die Natur selbst. Wesentlich ist allein, ob der Mensch der „gesetzgeberischen Form“ des Verstandes den Vorrang gibt oder die Stimme des Verstandes den Trieben unterordnet. Nur dann befindet er sich auf dem falschen Weg, auf dem Weg des Bösen, der Sünde und des Verbrechens.⁸²

Man kann nicht sagen, dass diese Schrift „gegen die Religion gerichtet“ oder „unsittlich“ wäre, wie dies die Polizeibehörden später behaupteten. Sichtlich auf den Spuren Kants bemühte sich Josef Sebastian vielmehr über die Religion hinaus allgemeine Grundsätze für sittliche Entscheidungen des Menschen zu bestimmen. In Anlehnung an Kant ist auch für Lang der Mensch selbst Garant der Moral, nicht eine

⁷⁹ *Ebenda.* „Schlitten fahren“ – derb für Geschlechtsverkehr.

⁸⁰ *Ebenda.*

⁸¹ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 20–32, Nr. 4 ex Lit. B. Das sogenannte sechste Geboth nach Prinzipien der Vernunft. Von Josef Sebastian Lang, Unterseelsorger. Schiltern. Im Jännermonath 1797.

⁸² *Ebenda.*

außerhalb von ihm liegende Gottheit. Und ähnlich wie Kant, der überzeugt ist, dass wer zur Sicherung seiner Moral einen Gott und andere Autoritäten braucht, nur beweist, dass er innerlich unsittlich ist, behauptet auch Lang: „Soweit der Schwärmer es nötig hat, das pompöse Banner der Keuschheit zu schwenken, ist er ein bloßer Vasall, der seine Pflichten nicht achtet.“⁸³ Die scheinbar „unsittliche“ Schrift ist somit paradoxerweise eine Feier der authentischen Sittlichkeit, die keine Deckung außerhalb ihrer selbst sucht und deren Grenzen für sich abzustecken der Mensch selbst in der Lage sein soll, ohne eine äußere Macht, ohne externe Formen des Zwanges. Übrigens verurteilte Lang auch in den anderen Briefen, die in den Polizeiakten als „unsittlich“ bezeichnet werden, das versteckte Umgehen von Vorschriften ebenso wie falsche Vorwände zur Rechtfertigung von Zugeständnissen an diese Triebe. Vielmehr appellierte er an ein hohes moralisches Ethos und die Verantwortung eines jeden Menschen, an das Gewissen des Einzelnen und seine maximale moralische Integrität, und das trotz des ganz offenen Akzeptierens legitimer Ansprüche der animalischen und triebhaften Ebene. Darin zeigt sich Lang unversöhnlich sowohl gegenüber den Jesuiten als auch gegenüber seinen nächsten Freunden und insbesondere auch gegenüber sich selbst. Der aufklärerische Humanist Lang drückt damit seinen festen Glauben an die Befähigung des Menschen zu sittlichem Verhalten unabhängig von religiösen Vorschriften aus. Es ist dabei sicher nicht uninteressant, dass keiner seiner Freunde jemals einen Hinweis auf etwaige Exzesse Langs gegeben hat. Im Gegenteil: Nach dem zu urteilen, was er selbst über sich verriet, wie auch nach dem, was seine Freunde über ihn sagten, scheint Lang (entgegen seinen ausgelassenen Reden und vielfältigen Anspielungen) bestrebt gewesen zu sein, das Keuschheitsgelübde einzuhalten, ja, in gewisser Hinsicht sogar ein moralischer Rigorist gewesen zu sein.

Die Zweifel am gewählten Lebensweg und am Glauben selbst, aber auch verschiedene andere Enttäuschungen nährten jedenfalls in den jungen Priestern andere Hoffnungen, welche die sich wandelnde Welt in sich barg.

Die Begeisterung für die Französische Revolution

Noch gewichtiger und gefährlicher als die Unterhaltungen über Religion und Zölibat war sicherlich das Thema Französische Revolution, das offenbar der jüngste der Priester, Jakub Čermák, in die Korrespondenz eingeführt hatte. Während seines Studiums in Wien hatte er die Möglichkeit, die ausländische Zeitungsberichterstattung zu verfolgen, vor allem die deutsche, aber auch die französische. Er war von der Revolution fasziniert und wollte seine Begeisterung mit jemandem teilen. So übermittelte er die wichtigsten Informationen seinem besten Freund Lang, der die brandheißen Nachrichten kaum erwarten konnte.

In seinen Briefen aus Wien kommentierte Jakub Čermák anfangs hauptsächlich die militärischen Operationen des ersten Koalitionskrieges und freute sich über die Erfolge der französischen Armeen. Er interessierte sich außerdem sehr für die Bildung der ersten „deutschen“ jakobinischen Republik in Mainz. Čermák hielt auch

⁸³ *Ebenda*, § 20, S. 23, § 20, 3. Anmerkung.

seine Begeisterung über die weiteren Neuigkeiten aus der jungen französischen Republik nicht zurück. In mehreren umfangreichen Briefen von der Jahreswende 1792/93 erörtere er ausführlich die Vorzüge der Demokratie bzw. der Republik gegenüber der Monarchie und freute sich über die revolutionären Reformen der Kirche und des religiösen Lebens. Voller Begeisterung teilte er Lang mit, dass sie im Konvent vorgeschlagen hätten, alle Kirchen und Altäre niederzureißen und die Gottesdienste abzuschaffen. Denn man brauche keine anderen Altäre als Altäre des Vaterlandes, dazu noch Freiheitsbäume und Volksfeste.

Die Rede des Gottesläugners weckte in mir sehr angenehme Gedanken auf [...]. Die Kultur fängt doch stark an zu wachsen, und wird durch den allen Monarchien weit gefährlicheren, in allen Fällen schädlicheren Krieg, als sie es kaum denken können, noch mehr wachsen. Diess zeigt, dass die Monarchen nicht denken lernten, nicht studierten, und bloss einfältig dumm ihre sie selbst einst zu Grunde richtende Macht vor Augen haben.⁸⁴

Und der junge Theologe schloss mit den Worten: „Amen, ich wollte itzt immer dieses einerley schwätzen, so sehr beschäftigt mich nun das gebenedeite Produkt der menschlichen Kultur in Frankreich.“⁸⁵

Er gab auch zu erkennen, dass er das Todesurteil gegen Ludwig XVI. billigte, wenngleich es seiner Meinung nach nicht gut war, dass der Nationalkonvent überhaupt nicht berücksichtigte, welche Folgen der Tod für den König selbst haben würde, der dann für diese Sünde nicht die Schuld tragen müsste.⁸⁶ Zudem versicherte er Lang, dass die Wiener „vom Franzosentum erfüllt“ seien und „die Franzosen den Deutschen die Augen öffnen sollen“.⁸⁷ Čermák, der niemals an Bewunderung für seinen älteren Freund sparte, schrieb ihm bereits Ende des Jahres 1792 optimistisch, dass sich die Zeit nähere, da „könntet ihr also einstweilen an der Seite einer Dulcinée als ein Deputirter vom mährischen Departement in Haarzopf und Chapeau bas in der Nazionalversammlung auftreten“.⁸⁸ Später beim Verhör konnte er nur mit Mühe erklären, wie er diese Äußerung – zumal im Zusammenhang mit den ersten Siegen der französischen Armeen – gemeint hatte.

Der jugendliche Čermák gibt sich in seinen Äußerungen weitaus politischer und radikaler, vielleicht um es sich mit dem bewunderten älteren Freund nicht zu verderben. Doch erliegt er auch leichter der Begeisterung wie der Enttäuschung. Sein Freund, „Pylades“ Lang, ist in dem Briefwechsel mit ihm hingegen eher bemüht, als Denker aufzutreten, danach strebend, eine Art allgemeiner Philosophie der Geschichte und des Fortschritts zu entwerfen. Deshalb gibt er auch in den Fragen rund um die Französische Revolution einen gewissen kritischen (und bisweilen auch etwas zynischen) Abstand und Überblick zu erkennen.

⁸⁴ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 105, Čermák an Lang, 30.11. o. J. [1792].

⁸⁵ *Ebenda.*

⁸⁶ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 116 ff., Čermák an Lang, 31.1. [1793].

⁸⁷ *Ebenda.*

⁸⁸ MZA Brno, B 95, Karton 270, Nr. 21, fol. 93-99, Čermák an Lang, 30.11. o. J. [1792], fol. 89. – „Dulcinée“ – französische Form des Namens der Geliebten Don Quixotes. Der Name bedeutet „die Süße“ und wurde spöttisch auch zur Bezeichnung der Liebsten an sich verwendet. „Chapeau bas“ bezeichnet einen sehr flachen Hut, der als Gegensatz zum Dreispitz der vorrevolutionären Adelstracht gesehen werden muss.

Noch in einem Brief, den er wahrscheinlich Ende des Jahres 1792, also kurz nach der Ausrufung der Republik geschrieben hat, erklärte er sich zum „Freund [...] der Französischen Verfassung“. Einige Zeilen darauf beteuerte er, dass selbst wenn Frankreich in tausend Fraktionen zersplitterte und die Verfassung, welche sich das „Volk der Franken“ gegeben hatte, mit Bajonetten und Kanonen niedergemacht würde, er doch nicht die Entscheidungen des französischen Volkes bezüglich der Religion und der Regierungsordnung anzweifeln würde, und hielt auch die ganze Welt sie für nicht gerechtfertigt.⁸⁹

Interessanterweise verteidigte Lang in der gleichen Zeit in seinem Briefwechsel mit Čermák auch die Monarchie und – wörtlich – die „Despotie“, die sich auf die Autorität der römischen Kurie stützte. Er erklärte sie sogar für die einzig mögliche und effektive Form der Regierung, da die Völker noch – mit Kant gesprochen – „Vormünder“ bräuchten. Und er war sogar imstande, überzeugend darzulegen, dass der Despotismus die beste Regierungsform und der Aberglaube des römischen Hofes, also der Kurie, die beste Religion sei.⁹⁰ Es bleibt unklar, in welchem Maße sein zeitweiliges Lob des autoritären aufgeklärten Despotismus auf Kosten einer demokratischen republikanischen Ordnung tatsächlich Ausdruck einer persönlichen pragmatischen Überzeugung war, die aus dem häufig betonten Misstrauen gegenüber dem „Volk“ und seinen Fähigkeiten erwachsen sein könnte, und in welchem Maße es sich um die intellektuelle Pose einer ostentativ zur Schau gestellten Skepsis gehandelt haben könnte. Oder zeigte sich hier nur die bissige Ironie, die für Lang so typisch war? Jedenfalls ist offensichtlich, dass sich Lang – obwohl selbst der Sohn eines Bauern – eine wesentlich größere Distanz zur „Demokratie“ bewahrte als der pompöse „Demokrat“ Čermák.

Zum Vergleich der Vor- und Nachteile von Republik und Monarchie wurde Lang unter anderem durch eine Rezension zu einer Abhandlung über die leopoldinische Toskana angeregt, die von zahlreichen Aufklärern für ein edles Modell der Umwandlung eines Staates auf dem Reformwege (im Gegensatz zur „barbarischen“ Revolution in Frankreich) gehalten wurde.⁹¹

Lang wies in seinem Kommentar auf die geopolitischen Unterschiede zwischen beiden Ländern hin, vor allem auf den „himmelhohen Unterschied“ zwischen einem „Ländchen“, wie es die Toskana mit höchstens einer Million Einwohnern war, und einer Nation von 24 Millionen wie Frankreich, das zudem eine tausendsechshundertjährige Tradition von Knechtschaft und Sklaverei hinter sich hatte. Lang neigte eher der Monarchie zu, da „die monarchische (Verfassung), die einzig wahre, der menschlichen Natur gemäße Regierung wäre“ – freilich unter einer Bedingung: Sie muss gut regiert werden, nämlich mit Vernunft, was heute nicht der Fall sei, wie der junge Priester hinzufügte: „Wer es nicht wissen sollte, daß es, selbst in Europa um

⁸⁹ MZA Brno, B 95, Karton 270, Nr. 4, fol. 139, undatiert, unsigniert [vermutl. Jahresende 1792].

⁹⁰ MZA Brno, B 95, Karton 270, fol. 99-101, Brief J. Čermáks an J. Lang, Wien 20. Dezember [1792].

⁹¹ MZA Brno, B 95, Karton 269, Brief Langs an einen unbekanntes Adressaten („Lieber Amtskollega“; 1794).

den monarchischen Horizont noch sehr finster und neblicht aussehe [...].“⁹² Der Schluss, zu dem Lang kam, war somit nuancierter. Die Angemessenheit der jeweiligen Regierungsform sei relativ, denn jedem Land könne eine andere Form besser entsprechen. In vielen Punkten sei der Monarchie der Vorzug vor der Republik zu geben, in anderen wiederum die Republik der Monarchie vorzuziehen, wobei es auch wichtig sei, wie es denen ergehe, die das Land bestellen.⁹³

Einen ähnlichen Vergleich stellte er zu Großbritannien an: In einem Kommentar zu einer Rezension der berühmten „Betrachtungen über die Französische Revolution“ des konservativen britischen Denkers Edmund Burke ging es Lang darum, die französische Republik gegenüber dem von vielen Aufklärern gelobten Großbritannien zu verteidigen. Er merkte an, dass selten darauf hingewiesen werde, wie sehr Großbritannien korrumpiert sei, das von Oligarcheninteressen und einigen Finanzclans beherrscht werde. Über Burke meinte er, diesem habe nichts anderes als der britische Stolz die Feder geführt. Burke wolle „alte auch noch so deklamatorische und derbe Schriften rechtfertigen“ und sei darauf aus, „die Ketten zu schmieden, und den Irrthum zu verewigen“.⁹⁴

Noch aufschlussreicher für das Verständnis von Langs Ansichten sind seine Anmerkungen zu einer Rezension des Buches „Unpartheyische, vollständige, und actenmässige Geschichte des peinlichen Prozesses gegen Ludwig XVI., König von Frankreich“ des jungen deutschen Historikers Ernst Ludwig Posselt (1763-1804), das 1793 in Basel erschien. Die „Litteraturzeitung“ brachte die Rezension am 8. Januar 1794.⁹⁵ Langs Betrachtungen zum Prozess gegen den König kreisen um einen Aspekt: „Mir scheint, es käme Alles auf die Beantwortung folgender Frage an: ob die französische Nation befugt war, den König abzusetzen, und in eine Republik zu übergehen?“⁹⁶ Zunächst versucht er darauf ebenfalls in dem Sinne zu antworten, dass wenn schon die französische Republik einmal existieren sollte und musste, auch er ohne Bedenken das „Votum des ruchlosen Marat“ unterschreiben würde. An anderer Stelle präziserte er diesen Gedanken so: „So lang Ludwigs Kopf steht, ist die Republik nur ein Kartenhaus, das jedweder Wind untergraben kann.“ Er wollte sich aber auch zur moralischen Dimension der Hinrichtung des Königs äußern:

⁹² *Ebenda.*

⁹³ *Ebenda.*

⁹⁴ Burke, Edmund: Betrachtungen über die Französische Revolution. In: Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung vom 13.1.1794, 17.1.1794, 20.1.1794 und 22.1.1794. Hier zitiert nach: Ders./Genz, Friedrich von: Betrachtungen über die Französische Revolution: Nach dem Englischen des Herrn Burke neu bearbeitet: mit einer Einleitung, Anmerkungen, politischen Abhandlungen, und einem kritischen Verzeichniss der in England über diese Revolution erschienenen Schriften. Berlin 1793, 42, 113-127, 129-143, 145-154. – Josef Langs Kommentar befindet sich in: MZA Brno, B 95, Karton 269, Brief an J. Čermák [?] aus dem Jahr 1794, „Lieber Amtskollega“.

⁹⁵ Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung, Salzburg, 1794, 49-53 (8.1.1794). Vgl. Langs Kommentar in: MZA Brno, B 95, Karton 269, „Lieber Amtskollega“ [1794]. Rec[ension] der unpartheischen und so weiter. Geschichte des Peinlichen Prozeßes und so weiter in 4. St.

⁹⁶ *Ebenda.*

Nehmen wir an (obwohl ich das hier nicht entscheiden kann), dass mit dieser Hinrichtung die Regeln der Gerechtigkeit verletzt wurden. Aber fragen Sie sich auch: Würden diese Regeln nicht vielleicht auch durch die verbündeten Mächte verletzt? Und andersherum: Konnten sich die Franzosen unter diesen Bedingungen nach ihren Regeln verhalten? Wenn im Lande an die zweihunderttausend Soldaten stehen, welche mit drohenden Manifesten eine Regierung erneuern wollen, gegen die das Volk aufgestanden ist, was können wir erwarten?⁹⁷

In einem anderen Kommentar äußerte er sich zum berühmten Streit um die „inviolabilité“, die Unantastbarkeit des Königs, die in der Verfassung der konstitutionellen Monarchie von 1791 verankert war:

Wie man übrigens in einem Staat der bereits Republik war, über Verletzlichkeit und Unverletzbarkeit einer einzigen Person die doch, wenigstens vorgeblicher Verbrechen halber abgesetzt werden, und folglich schon aus dieser Ursach verantwortlich sein mußte, sich die Köpfe so sehr reiben konnte, verstehe ich nicht, vermutlich, weil ich ein schlechter Advokat bin. – Denn ist er unverletzbar, so hätten sie gar nicht einmal das Recht gehabt, Ludwig, abzusetzen. – Oder war es etwa durch Gesetze bestimmt, daß er Verbrechen halber zwar abgesetzt werden konnte, aber ohne weitere Folgen?⁹⁸

Allgemein hat es den Anschein, dass Josef Lang die Französische Revolution und ebenso die Republik für eine Art durch die Umstände erzwungene geschichtliche Notwendigkeit hielt. Der Gedanke der historischen Unausweichlichkeit deutet sich auch in seiner Aussage an, dass „Revolutionen in der politischen und moralischen Welt so nothwendig seyen, wie Stürme und Ungewitter in der Natur“.⁹⁹

Dass er in jedem Falle von der Revolution fasziniert war, äußerte sich wohl auch in der Abfassung eines angeblich revolutionären Gedichts, das der junge Priester Anfang des Jahres 1793 aus Schiltern an seinen Freund Čermák nach Wien schickte. Dieser hat es wahrscheinlich vernichtet, aber in einem Brief findet sich ein Kommentar dazu: Es sei hervorragend, ausgezeichnet verfasst, doch kenne er auch andere Möglichkeiten, um auf den Spielberg zu kommen, schrieb Čermák in Anspielung auf die als Gefängnis für politische Häftlinge genutzte Festung in Brünn.¹⁰⁰ Im Verhör behauptete er später, lediglich Langs herausragendes dichterisches Talent gelobt zu haben.

Auch Jakub Čermák ließ die Faszination durch die Ereignisse in Frankreich nicht mehr los. Diese hielt auch nach seiner Rückkehr aus Wien nach Mähren an, wo er nach seiner Weihe im Jahr 1793 als Kooperator und später als Pfarrer in Oberlatein bei Budischkowitz (Budiškovice) arbeitete. Noch von dort schrieb er begeistert an Josef Sebastian: „des Generalseminaristen, oder Ohnehosenblut wallt auch in meinen Adern“.¹⁰¹ Als sich 1796/97 im ersten Koalitionskrieg die Franzosen der böhmischen Westgrenze näherten, verbarg Čermák seine Freude über deren bald zu erwartendes Eintreffen nicht und schrieb überzeugt: „dann ist das Volk zur Revo-

⁹⁷ *Ebenda.*

⁹⁸ MZA Brno, B 95, Karton 269, „Lieber Amtskollega“ [1794].

⁹⁹ *Ebenda.*

¹⁰⁰ MZA Brno, B 95, Karton 270, Nr. 22, fol. vor 177, Brief Čermáks an Lang, 31. 1. [1793].

¹⁰¹ *Ebenda*, Frage 61, Brief Nr. 26 ex Lit. C, fol. 124. „Ohnehose“ ist eine nicht ganz präzise Übersetzung des französischen „sansculotte“. Culotte ist eine Kniehose. Sie gehörte zur Kleidung des Adels. Die Sansculottes waren Plebejer und trugen knöchellange Hosen.

luzion reif“. Es werde sich, wenn die Franzosen kommen, diesen bestimmt anschließen.¹⁰² Čermák dachte sogar schon darüber nach, wovon er dann leben würde, denn die Kirchen würden bestimmt geschlossen werden, und für ein Handwerk sei er zu schwach. Er wies Lang auch darauf hin, dass es Zeit sei, Französisch zu üben.¹⁰³ Zudem sei der Moment gekommen, den Adel „von seiner schädlichen Höhe“ zu stürzen. Das sei Ausdruck der Sehnsucht eines „unzufriedenen Herzens“.¹⁰⁴

Die Bewunderung für die Französische Revolution, die hier zum Ausdruck kommt, ist sicher nicht allzu überraschend, waren es doch auch in Frankreich gerade die Angehörigen des niederen Klerus, die sich im Juni 1789 als erste den Abgeordneten des Dritten Standes in den Generalständen anschlossen, als diese sich zur „Nationalversammlung“ erklärten. Die niederen Geistlichen kamen überwiegend aus nichtprivilegierten Schichten und teilten somit das alltägliche Leben mit den einfachen Untertanen, deren Probleme ihnen nicht fremd waren. Dennoch liegen uns nur wenige direkte Belege der Sympathien für die Revolution vor. Dass diese Sympathien über einen Zeitraum anhielten und auf einer intensiven Auseinandersetzung mit der Revolution basierten, war noch seltener. Von unserem Fall abgesehen, stellt wohl der auf der Böhmischemährischen Höhe tätige Polyglott und Polyhistor Karl Killar (1746–1806) das einzige belegte Beispiel aus den böhmischen Ländern dar. Dieser Pfarrer aus Kreuzberg (Krucemburk) und spätere Dekan in Polnau (Polná) war Mitglied der Brüner Freimaurer-Gesellschaft. In seiner französisch verfassten Korrespondenz mit dem berühmten „einsamen Philosophen“ Johann Ferdinand Opiz (1741–1812), einem Bankangestellten in Tschaslau (Čáslav), die von 1793 bis zu Killars Tod 16 Jahre später reicht, können wir die Wandlungen seiner Einstellung zum republikanischen und revolutionären Frankreich von der begeisterten Bewunderung bis zur tiefen Enttäuschung verfolgen. Seine Ansichten sind jedoch deutlich gemäßigter als die Einstellungen Josef Langs und seiner Freunde und verlassen an keiner Stelle den Boden der katholischen Glaubenslehre.¹⁰⁵

Ökonomische Schwierigkeiten in Luggau

Nach 1800 brach die Korrespondenz der jungen Priester ab, ein Umstand, über den sich die Polizeibehörden später noch den Kopf zerbrechen sollten. Sie vermuteten,

¹⁰² MZA Brno, B 95, Karton 270, Brief Nr. 8, fol. 158, Čermák an Lang aus Oberlatein, 24. April 1797.

¹⁰³ MZA Brno, B 95, Karton 270, Brief Nr. 10, fol. 129, Čermák an Lang, undat. [vermutl. Ende April 1797].

¹⁰⁴ *Ebenda*.

¹⁰⁵ Vgl. Tinková, Daniela: Názory venkovského faráře aneb „Velká evropská revoluce ještě není završena“. „Correspondance littéraire“ Jana Ferdinanda Opize s Karlem Killarem [Ansichten eines Landpfarrers oder „Die Große europäische Revolution ist noch nicht vollendet.“ Die „Correspondance littéraire“ des Johann Ferdinand Opiz mit Karl Killar]. In: Cornova. Revue České společnosti pro výzkum 18. století 1 (2011) Nr. 1, 81–96; *dies.*: „La grande révolution de l'Europe n'est pas encore achevée“. La Correspondance littéraire de deux „jacobins“ francophones de province en Bohême. In: Chaline, Olivier/Dumanowski, Jaroslav/Figeac, Michel (Hgg.): Le rayonnement français en Europe centrale du XVIIe siècle à nos jours. Centre d'Etudes des Mondes Moderne et Contemporain. Bordeaux 2009, 386–406.

dass Briefe gezielt vernichtet worden waren, weil sie Pläne für eine Verschwörung enthielten. Die Realität war jedoch offenbar prosaischer: Lang, der in dieser Zeit die freigewordene Lokalie in Luggau übernahm, hatte schlichtweg nicht mehr so viel Zeit zum Schreiben. Möglich ist auch, dass sich schon in dieser Zeit seine psychische Erkrankung, vermutlich eine Form von paranoider Schizophrenie, verbunden mit depressiven Zuständen, bemerkbar machte.

In jedem Fall brachte Lang in Luggau seinen Ruf als Rebell zur Vollendung. Konsistorialrat Waldstätten charakterisierte ihn als eigensinnig und unruhig.¹⁰⁶ Gleich nach der Einsetzung in Luggau stellten sich Probleme mit den Pfarrkindern der eingepfarrten Gemeinde Milleschitz (Milčovice) ein, wo Lang es ablehnte, als Geistlicher an einem traditionellen lokalen Fest teilzunehmen, und zwar mit der Begründung, es gehe um „alte Missbräuche“.¹⁰⁷ Während der Visitationen geriet er auch in einen Konflikt mit dem Bischof. Besonders schwer wog jedoch seine Auseinandersetzung mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Pfarrer von Schiltern und Dekan von Frain, Daniel Czykanek. Wie aus den Quellen der Herrschaft Frain hervorgeht,¹⁰⁸ drehte sich der Streit um die Aufteilung der Kompetenzen und der Finanzen zwischen Czykaneks „übergeordnetem“ Pfarramt und Langs „untergeordneter“ Lokalie in Luggau. Die Bestimmung der Rechte und Pflichten war bei Einrichtung der Luggauer Lokalie 1785 nicht genau geklärt worden. In den Archivbeständen des Gutes Frain befinden sich unter den Dokumenten zu den einzelnen Pfarrstellen Beschwerdeschreiben Langs über die schlechte Bewirtschaftung des kirchlichen Besitzes durch die Gutsverwaltung, in deren Folge die ganze Luggauer Gemeinde geschädigt worden sei. Dekan Czykanek zögerte nicht, den ganzen Streit vor das Kreisamt und vor das Brüner Konsistorium zu bringen, das den jungen Beschwerdeführer aus dem Olmützer Seminar noch in lebhafter Erinnerung hatte und sich eindeutig auf die Seite des Dekans stellte. Auch das Kreisamt in Znaim unterstützte Lang offenbar nicht, ebenso der neue Herr von Frain, der polnische Graf und k. k. Kammerherr Stanisław Mnisek, der die Herrschaft 1799 gekauft hatte. In der Folgezeit konnte Lang die finanzielle Krise nicht mehr beherrschen.¹⁰⁹

Lang, der auf Grund dieses Streits offenbar einen Großteil seines bescheidenen Vermögens verlor und körperlich wie seelisch stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, bemühte sich um einen Wechsel seiner Wirkungsstätte. Er überlegte auch, sich an den Kaiser in Wien zu wenden. Im November 1802 berichtete er dem Bischof über seine Reisevorbereitungen.¹¹⁰ Ob er aber je nach Wien fuhr, wissen wir nicht. Zu Neujahr 1803 war er jedenfalls wieder in Luggau, und die Nachricht, dass der Kaiser in Wien ihm die Macht über die ganze Frainer Herrschaft übertragen hatte, musste er unverzüglich seinen Pfarrkindern mitteilen.

¹⁰⁶ Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad: Ordinariát, E 80, Karton 495, Sign. L 47, unpaginiert, Waldstätten an Pfarrer und Dekan von Schiltern D. Czykanek, 16. 7. 1801.

¹⁰⁷ Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad, E 82 (Biskupská konzistoř Brno), Sign. L3, Karton 1726, fol. 31, 38-42.

¹⁰⁸ MZA Brno, F 97 Velkostatek Vranov nad Dyjí 1500-1945.

¹⁰⁹ MZA Brno, F 97, VS Vranov nad Dyjí, Kartons 1697 und 1700.

¹¹⁰ MZA Brno, B 95, Karton 269, Nr. 37 Ex lit. C.

Die polizeiliche Untersuchung

Die Neujahrsmesse 1803 und die Entdeckung von Langs Korrespondenz brachten umfangreiche Ermittlungen in Gang. Die Angelegenheit war keineswegs banal, sondern erwies sich als dramatisch. In der durch Revolution und Krieg angespannten Situation erschienen derartige Konflikte und die Ausbreitung und Übermittlung der „falschen Prinzipien“ weit gefährlicher, als dies in ruhigeren Zeiten der Fall gewesen wäre. Zudem ermöglichten die in Reaktion auf die revolutionären Ereignisse vorgenommenen neuesten Korrekturen der strafrechtlichen Vorschriften den öffentlichen Autoritäten in derartigen Fällen, die strengsten Strafen zu verhängen. Genau im Jahr 1803 erschien ein neues Strafgesetzbuch, mit dem das josephinische Strafgesetzbuch vom Januar 1787 revidiert wurde und das neben der Wiedereinführung der von Joseph II. im Normalverfahren aufgehobenen Todesstrafe insbesondere in Verfahren wegen „politischer“ Vergehen die repressiven Mittel verstärkte. Nach dem josephinischen Strafgesetzbuch war es möglich gewesen, in besonderen Fällen und Situationen eine Ausnahme in der so genannten summarischen Prozedur geltend zu machen, und zwar für das Verbrechen des Aufruhrs nach den Paragraphen 50-53.¹¹¹ Es sollte sogar von Konfiskationen begleitet werden.¹¹² Das Patent über den Hochverrat von 1795, das unter dem Eindruck der „Jakobinerprozesse“ entstand, führte jedoch die Todesstrafe bei Gefährdung der Sicherheit des Staatsoberhauptes oder dem Versuch einer gewaltsamen Änderung der Staatsordnung wieder ein.

Es ist interessant, dass bereits unmittelbar nach den Luggauer Ereignissen, als das Kreisamt in Znaim und das mährisch-schlesische Gubernium gerade erst damit begannen, die Angelegenheit zu untersuchen, der gefürchtete Polizeiminister Johann von Pergen in Wien schon über alles informiert war. Er selbst schrieb, dass er die Informationen dank „eigener Quellen“ gewonnen habe, die er verständlicherweise nicht näher benannte. Dietrichstein teilte er zudem mit, über Lang sei bekannt, dass er seit langem ein Gegner des bischöflichen Ordinariats sei und sich überhaupt „als ein widersetzlicher Mann“ aufführe, der schon eine ganze Reihe von Ausfällen verursacht habe, und dass es jetzt über ihn heiße, er sei verrückt.¹¹³ Während der ganzen Zeit der Untersuchung zeigte Pergen großes Interesse an der „Affäre Lang“ und ließ sich sogar die Originale der beschlagnahmten Briefe nach Wien schicken. Die eigentliche Untersuchung leitete der Brünner Polizeidirektor Johann Nepomuk von Okacz, ein ehemaliger Freimaurer, der einige Zeit zuvor bereits mit der Aufsicht über die einstigen Freimaurer betraut worden war.

Das größte Problem gab es mit Josef Lang. Während der Znaimer Hauptmann Vinzenz Rosenzweig und die Gubernialpräsidenten Johann Rudolf Chotek in Prag und Joseph Dietrichstein in Brünn ebenso wie Polizeiminister Pergen in Wien sich den Kopf über Langs „Absichten“ und den möglichen Ausgang seiner Gedanken

¹¹¹ Allgemeines Gesetz über Verbrechen und derselben Bestrafung. Wien 1787.

¹¹² *Ebenda.* – Zur strafrechtlichen Entwicklung und Praxis vgl. Tinková, Daniela: *Hřích, zločin, šilenství v čase odkouzlování světa* [Sünde, Verbrechen und Wahn in der Zeit der Entzauberung der Welt]. Praha 2004, vor allem 108, hier auch Anm. 196.

¹¹³ MZA Brno, B 95, Karton 269, fol. 123, Brief J. Pergens an K. Dietrichstein.

und Taten zerbrachen, lehnte dieser mit der Begründung, als Herr von Frain müsse er niemandem über sein Verhalten Rechenschaft ablegen und könne tun, was er wolle, wiederholt eine Aussage ab.¹¹⁴ Er wurde deshalb zeitweilig im Kloster der barmherzigen Brüder in Brünn interniert, das für die Aufnahme geisteskranker Priester bestimmt war.

Polizeidirektor Okacz konzentrierte sich also auf die Verhöre der beiden Freunde Langs, Jakob Böhm und Jakob Čermák. In der ersten Phase stand die Suche nach direkten Zusammenhängen zwischen der Korrespondenz und Langs Auftreten in Luggau im Zentrum der Ermittlungen. Man wollte nachweisen, dass es sich um eine durchdachte und gut vorbereitete Verschwörung handelte, die von einer Gruppe von Priestern organisiert worden war und einen größeren sozialen und geografischen Raum erfasste. Von diesem Ziel zeugt auch ein anonymer Bericht aus dem Januar 1803, in dem von einer „geheimen Gesellschaft der Geistlichen“ unter Führung des Luggauer Kaplans Lang die Rede ist. Diese Gesellschaft habe in Mähren einen allgemeinen Aufstand vorbereitet, über den sich ihre Mitglieder in einer verschwörerischen Korrespondenz ausgetauscht hätten, die sich einer Geheimsprache und Tarnnamen bedient habe:

Diese Correspondenz hat die Unterhandlung zum öffentlichen Aufruhr im Lande Mähren, welche in einem Tage aller Orten zum ausbrechen bestimmt war zum Grunde. [...] Diese zusammengesetzte Gesellschaft unterhielt auf die Art die Correspondenz, dass sich jeder in den Briefen nur mit dem ersten Buchstaben bezeichnete. [...] Die Dechanten bekamen den Namen Oberjäger, Pfarrer Revierjäger, und Kapläne Waidjungen. Jeder Ort, wo Geistliche sind, oder jede Herrschaft bekamen die Benennung Revier unter verschiedenen Namen. Z. B. die Herrschaft Vötau wird unter dem Namen Revier St. Wenceslaj, und der dortige Kapellan Jakob Böhm Waidjung aus dem Revier St. Wenceslaj in den Schriften vorgefunden.¹¹⁵

Der anonyme Autor war auf scherzhaft gemeinte Spitznamen hereingefallen, mit denen Josef Lang die Angehörigen der kirchlichen Hierarchie bezeichnet hatte. In den Polizeidokumenten wurde aus den Wortspielen ein geheimer Code, die Sprache einer Verschwörung. Namentlich dank dem kreativen Lang, der gern Übertreibungen und Ironie sowie Metaphern und Neubildungen verwendete, ließen die einzelnen Zitate eine ganze Reihe von Interpretationen zu, die im Kontext einer polizeilichen Untersuchung gut gegen den Schreiber wie gegen den Empfänger verwendet werden konnten. Okacz interessierte sich selbstverständlich auch für die Rolle der Spitznamen, die die jungen Priester, vor allem Lang, verwendeten. Dass sich Čermák und Lang gegenseitig „als die beiden treuen griechischen Freunde“ Orestes (Čermák) und Pylades (Lang) anredeten, erschien als absichtsvolles Streben, die wahre Identität der „Verschwörer“ zu verbergen. Einige dem Freund mitgeteilte humor-

¹¹⁴ Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad, E 80, Karton 495, Sign. L 47, Protokoll des Verhörs von Josef Lang in Znaím, 4. Januar 1803. – Vgl. MZA Brno, B 95, Karton 269, fol. 169 (alte Paginierung) oder fol. 131 (neue Paginierung), Verhör von J. Lang im Brünner Spital der Barmherzigen Brüder. – Vgl. Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien. Bestand Polizeihofstelle, Nr. 576, Mitteilung Dietrichsteins über sein Gespräch mit Lang im Allgemeinen Krankenhaus in Brünn an Perglen vom 1. April 1803.

¹¹⁵ MZA Brno, B 95, Karton 269, fol. 42 (alte Paginierung) oder fol. 191 (neue Paginierung) und fol. 43 (alte Paginierung) oder fol. 192 (neue Paginierung). Hervorhebung im Original.

volle Ansichten wurden von der Polizei falsch gedeutet, was nicht zuletzt daran lag, dass die Abfassung der Briefe schon Jahre zurück lag.

Aber die Hypothese von der „Konspiration“ ließ sich nicht beweisen. In den Briefen war nie von einer Verschwörung die Rede. Zudem war die Mehrzahl der aufgefundenen Briefe schon einige Jahre alt. Briefe aus den letzten Jahren waren nicht erhalten. In jedem Falle konnten keine größeren gesellschaftlichen Auswirkungen der „gefährlichen Ansichten“ nachgewiesen werden und der „Luggauer Aufruhr“ breitete sich nicht aus.

Die Untersuchung ging dann in eine andere Richtung weiter und wandte sich direkt den in der Korrespondenz geäußerten „gefährlichen Grundsätzen“ zu, die für unvereinbar mit dem Beruf und der Sendung des Geistlichen erklärt wurden. Okacz interessierte, wie diese „Grundsätze“ aufgekomen und mit wem sie geteilt worden waren, ob sie sich irgendwann in Taten niedergeschlagen hatten, und wenn ja, in welcher Form. Wiederholt fragte er auch danach, welche Rolle das Generalseminar in Hradisch bei der Ausbildung dieser Ansichten gespielt hatte, und natürlich versuchte er in Erfahrung zu bringen, wie Josef Lang, den er für den „Verführer“ hielt, diese gefährliche Gesinnung bei ihnen gefördert hat.¹¹⁶

Am umfangreichsten ist die Akte zu dem Verhör des 32-jährigen Čermák: Sie zählt mehr als 150 Seiten Großformat.¹¹⁷ Im Vergleich zu Böhm, dessen „Vergehen“ sich auf einige wenige Äußerungen zur Religion beschränkten, hatte er eine wesentlich größere Zahl gewagter Briefe auf dem Gewissen. Und im Unterschied zu Lang war er recht mitteilhaft. Von Beginn an wählte er eine klare Verteidigungsstrategie. Jung und unbedacht sei er gewesen, die falschen Ansichten und Einstellungen habe er bereits im Generalseminar erworben, weil ihm dort der Gedanke eingegeben worden sei, er könne lesen und denken, was er wolle. Dieses Lebensgefühl sei in ihm noch durch die damalige „freie Atmosphäre Wiens“ und den seinerzeit modischen Ton bestärkt worden, zu dem die Kritik, einschließlich der politischen und religiösen, gehört habe. Die Verantwortung schob er natürlich auch auf den „intellektuellen Verführer“ Lang, der gebildet, überzeugend und einfach durch seine ganze Persönlichkeit überwältigend gewesen sei. Čermák gibt an, er habe Lang geglaubt und sich auch ein wenig vor ihm aufplustern wollen, deshalb habe er einige seiner Ansichten bewusst übertrieben. Wiederholt versuchte er seine Vernehmer davon zu überzeugen, dass das alles schon so lange her sei, dass er sich an seine eigenen Äußerungen nicht mehr erinnern könne, geschweige denn wisse, was er mit ihnen damals eigentlich gemeint habe. Okacz war stets gut vorbereitet und in der Lage, auf solche Antworten sofort zu reagieren und mit Hilfe konkreter Zitate aus Čermáks Briefen diesem nicht nur auf die Sprünge zu helfen, sondern auch nachzuweisen, dass er solche schädlichen Ansichten nicht nur „in jungen Jahren“ und in Wien gehabt hatte, sondern auch noch kurz zuvor, als er bereits Pfarrer in Mähren war. Okacz antizipierte Čermáks Antworten Mal für Mal, hatte auf jede „Ausrede“ die passende Antwort, einen Beweis, ein Zitat parat. Daraufhin knickte Čermák ein. Das Protokoll hält fest, dass er mehrmals in Tränen ausbrach und nicht mit Äußerungen des tief-

¹¹⁶ Zur Ermittlung in Luggau z. B. MZA Brno, B 95, Karton 270, Verhör des J. Čermák.

¹¹⁷ MZA Brno, B 95, Karton 270, Verhör des J. Čermák.

sten Bedauerns und der Reue sparte. Am Ende blieb ihm nichts anderes übrig, als die Tatsache zu betonen, dass er seine Ansichten nie öffentlich kundgetan hatte, und er legte auch Zeugnisse über seine Unbescholtenheit sowohl von seinen weltlichen wie geistlichen Vorgesetzten als auch von seinen Pfarrkindern vor.¹¹⁸

Anhand dieser Untersuchung lässt sich die neue Polizeipraxis deutlich nachvollziehen, die in der Zeit der Französischen Revolution in Österreich eingeführt wurde: Obwohl überhaupt keine Vorbereitung einer Verschwörung und auch keine Verbindung zwischen der beschlagnahmten Korrespondenz und Langs Auftreten in Luggau nachgewiesen werden konnte, wurden bereits die Briefe selbst zu einem gewichtigen *Corpus delicti*. Dieser Umstand ist umso bedeutender, als private Ansichten den Gegenstand der Untersuchung bildeten, die in persönlichen, an einen engen Freund gerichteten Briefen mitgeteilt oder in Aufzeichnungen rein privaten Charakters geäußert worden waren. Zudem wurde rückwirkend ermittelt, schließlich war die Mehrzahl der Briefe bereits zwischen sechs und elf Jahre alt. Außerdem fällt auf, dass potenziell nahezu jedes Thema Gegenstand einer Untersuchung mit politischem Inhalt werden konnte, ja, bereits der Stil und die Form eines Textes als verdächtig gelten konnten.

Markant ist auch der Wille, um jeden Preis eine „Verschwörung“ zu enthüllen, auch dort, wo es nie eine gab. Es ist gut möglich, dass Minister Pergen auch in diesem Falle tatsächlich eine Verschwörung aufdecken – oder eher: konstruieren – wollte, wie ihm dies schon acht Jahre zuvor im Falle der Wiener und der ungarischen Jakobiner gelungen war, als es tatsächlich mehrere Hinrichtungen gab und im Land die ersehnte Ruhe einzog. Ein solches Streben könnten wir wohl auch als Versuch interpretieren, gegen eine weitere Schicht der Gesellschaft vorzugehen, die dem nachaufklärerischen Regime von Franz II. potenziell feindlich gegenüberstand, nämlich den josephinisch gebildeten Klerus. Darüber hinaus hätte eine Skandalisierung von Langs Tat dazu beitragen können, der Polizeibehörde zu mehr öffentlicher Sichtbarkeit zu verhelfen.

Das Ergebnis der gesamten Untersuchung fiel jedoch widersprüchlich aus. 14 Luggauer Untertanen, die in Znaim inhaftiert waren, sollten anfangs wegen „Aufruhr und Tumult“, gegebenenfalls wegen „öffentlicher Gewalt“ vor Gericht gestellt werden, Delikte, für die auf der Grundlage des Patentes über den Hochverrat aus dem Jahre 1795 die Todesstrafe drohte. Die intensive Korrespondenz der Znaimer Räte mit dem Gubernium verrät eine gewisse Ratlosigkeit. Offensichtlich befürchteten die Behörden in Znaim, dass allzu harte Strafen Unruhe hervorrufen und möglicherweise sogar Sympathien für die Verurteilten wecken könnten. Und so entschied man sich in Znaim für eine Strafe „polizeilichen Charakters“ – vielleicht auch mit Rücksicht darauf, dass die „Luggauer Messe“ keine größeren Folgen hatte und nach mehrwöchigem Aufenthalt des Militärs in dem Ort Ruhe herrschte. Am Ende wurde auch von einer Polizeistrafe abgesehen, und die Luggauer Bauern wurden nach einigen Monaten Haft auf freien Fuß gesetzt.¹¹⁹

¹¹⁸ MZA Brno, B 95, Karton 270, Verhör des J. Čermák. – Fürsprachen zugunsten von Čermák: MZA Brno, B 95, Karton 281, Inv.-Nr. 489, Sign. 932, fol. 22.

¹¹⁹ SOKA Znojmo, odd. Úřední knihy a rukopisy období 1786–1945 [Abteilung Amtsbücher

Ähnliche Verlegenheit herrschte auch im Falle Böhms und Čermáks. Da die Untersuchung ergeben hatte, dass es bei ihnen im Grunde doch nur um „Delikte im Bewusstsein“ ging, von denen keinerlei Auswirkungen auf das Handeln nachweisbar waren, und sich ihre Umgebung zudem für sie einsetzte, mussten die beiden lediglich den Znaimer Kreis verlassen und wurden unter die Aufsicht zuverlässiger Pfarrer gestellt. Über Böhm, der als Kooperator nach Saitz (Zaječí) nordöstlich von Nikolsburg versetzt wurde, haben wir keine weiteren Nachrichten mehr. Ob es sich bei einem Jakob Böhm, der später Dekan in Jamnitz (Jemnice) wurde,¹²⁰ um dieselbe Person handelt, ist unklar. Jakob Čermák wurde von der Stellung als Pfarrer destituiert und als Kooperator nach Rossitz (Rosice) bei Brünn versetzt. Es ist möglich, dass er aufrichtig Buße tat. In jedem Falle achtete er sehr auf sich, und er geriet nicht mehr in Konflikt mit der Obrigkeit. In Wien fanden sich Dokumente, denen zufolge er mehrmals darum ersuchte, in die Seelsorge zurückkehren zu dürfen.¹²¹ Auch der Brünnener Bischof Vinzenz Joseph von Schrattenbach unterstützte diesen Wunsch, Pergen aber wollte nichts davon hören. Zu Čermáks Glück ging er 1804 in den Ruhestand. Sein Nachfolger Summerau willigte dann zwei Jahre später in eine Beendigung von Čermáks Strafe ein. Es gelang Čermák, eine Pfarrstelle in Radostín auf der Böhmisches-Mährischen Höhe zu gewinnen. Einige Jahre später kehrte er sogar als Dekan nach Rossitz zurück. In dieser Funktion starb er, 66-jährig, im Jahre 1837.¹²² Wie es scheint, hat seine „Jugendaffäre“ seiner Laufbahn keinen irreparablen Schaden zugefügt.

Schwieriger verhielt sich die Sache natürlich mit Lang. Seine Tat war zu konkret, und es drohten schwerwiegende Konsequenzen, wenn auch die konkreten Auswirkungen bei weitem nicht so gravierend waren, wie es anfangs ausgesehen hatte. Während Bischof Schrattenbach glaubte (oder zumindest glauben wollte), dass Lang verrückt war, waren der Präsident des mährisch-schlesischen Guberniums Dietrich-

und Handschriften der Zeit 1786-1945], Rathsprötokoll in Judicialibus, vom 1. Jänner bis Ende Juny 1803. Sitzungsprotokolle vom 9., 13. und 17., 28.1., 2.2., 3.2., 9.2., 12.2. und 24.2., 22.3., 1.4., 9.4.1803; Rathsprötokoll in Judicialibus, vom 1. Juli bis Ende Dezember 1803. Sitzungsprotokoll vom 3.8.1803. – MZA Brno, B 95, Karton 271, fol. 66, Brief des Guberniums (unterzeichnet vom Gubernial-Kanzlisten Hainisch) an das Znaimer Kreisamt, 8.7.1803, fol. 69-70; Brief des Znaimer Kreisamts (in Abwesenheit des Landeshauptmannes unterzeichnet von Johann Nepomuk von Hoffer) an das Gubernium, 14.7.1803, fol. 68; Brief des Guberniums (Hainisch) an das Znaimer Kreisamt, 30.8.1803.

¹²⁰ MZA Brno, E 80 – Ordinariát Brno, K 198, i. č. 3328, Karton 955, Quellen zur Persönlichkeit des Jakob Böhm, Dekan in Jemnitz (Jemnice) von 1794-1840.

¹²¹ ÖStA-AVA, Bestand Polizeihofstelle, Nr. 437 (1806), Karton 154. – MZA Brno, B 95, Karton 281, Inv.-Nr. 489. Anordnungen und Urteile betreffend den Kooperator Jakob Čermák in Rossitz, ehemaliger suspendierter Pfarrer in Oberlatein; fol. 1, Mitteilung von P. Lažanský an die Polizeihofstelle in Wien, Brno 14.7.1807; fol. 2, Mitteilung des Rossitzer Beamten Jos. Christoph vom 12.7.1807; fol. 11, „Relazion“ des Oberkommissars Schmiedhammer vom 26. Juli 1807, Begleitbrief von Okacz zugunsten J. Čermáks; fol. 8, Brief Lažanskýs vom 9.11.1807; fol. 14, Brief Summeraus an das Gubernium für P. Lažanský, Wien, 20.3.1807; fol. 6, Brief Summeraus an P. Lažanský, Wien 30.11.1807 sowie fol. 17, Bitte Lažanskýs um eine Stellungnahme zum Bischof, 8.12.1807.

¹²² Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad, E 82 - fond biskupské konzistoře v Brně, Sign. C 72, Karton 1096, fol. 46, Sterbeprotokoll von Čermák vom 23. September 1837.

stein und Minister Pergen überzeugt, dass sein Wahnsinn nicht so ausgeprägt war, dass er vernehmungsunfähig gewesen wäre. Im Gegenteil: Dietrichstein war der Meinung, Lang sei weniger verrückt als „böseartig“ und simulierte lediglich. Hinter dieser Auseinandersetzung stand eine wichtige Frage: Sollte Lang als „Verrückter“ in der Obhut der Kirche belassen und lediglich „geistlich“ und disziplinarisch bestraft werden, oder sollte er als „ein verachteter Bösewicht“ von der weltlichen Macht zur Verantwortung gezogen werden? Für uns bezeichnet diese Frage auch ein Interpretationsproblem. Es ist zu überlegen, in welchem Maße der recht höflich geführte Streit zwischen Dietrichstein und Schrattenbach, entgegen der äußerlichen Courtoisie, auch das angespannte Verhältnis zwischen Kirche und Staat widerspiegelt, das unter der Reformpolitik Josephs II. Schaden genommen hatte. In diesem Zusammenhang erscheint der Vorschlag des Gubernialpräsidenten, Josef Lang im Priestergefängnis Múrau (Mírov) zu internieren (Dietrichstein: „Allein die Festung Múrau ist ein Ort, wo Narren seines Schlags der bürgerlichen Gesellschaft keinen Schaden anrichten können.“¹²³) als Kompromisslösung. Dort sollte er beobachtet werden und sobald eine Besserung seines Zustandes eingetreten sei, einem ordentlichen Verhör unterzogen werden.

Lang wurde Anfang Juli 1803 auf die Festung Múrau bei Hohenstadt (Zábřeh) gebracht. Auf den durch das Gubernium übermittelten Wunsch des Ministers Pergen hin wurde er sehr genau beobachtet. Alle seine Äußerungen und sein Verhalten wurden sorgfältig von einem Gefängnisaufseher unter Mitwirkung des Múrauer Kaplans aufgezeichnet. Die Berichte übersandte man wöchentlich dem Gubernium und dem Konsistorium in Brünn sowie dem Polizeiministerium in Wien. Wir erfahren aus ihnen, dass Lang es ablehnte, mit seiner Umgebung zu kommunizieren, am liebsten am Fenster saß und „gelehrte Bücher“ las, während er religiöse Schriften unbeachtet liegen ließ. Bisweilen sang er auch leise vor sich hin. Sein Wunsch nach Schreibzeug wurde nicht erfüllt. Er aß spärlich, zum Teil aus obsessiver Furcht vor Vergiftung, auch Wein und Tabak lehnte er ab.¹²⁴

Sein Zustand jedoch – physisch wie psychisch – verbesserte sich nicht, und so stimmten Bischof und Erzbischof im November 1810 einer Verlegung Langs in ein Spital der Barmherzigen Brüder zu. Dafür brauchten sie jedoch auch die Zustimmung des Polizeiministers, der zunächst zögerte und sein Einverständnis erst im Frühjahr gab. Als Lang im Mai 1811 nach Proßnitz (Prostějov) ins Kloster der Barmherzigen Brüder verlegt wurde, war es schon zu spät: Der erschöpfte Priester starb noch am Tag der Ankunft. Er wurde nur 44 Jahre alt. Er starb vergessen, als kranker Narr im Proßnitzer Kloster. Die Behörden hatten es ihm, der in Múrau von sich gesagt hatte, er sei zum Rächer der erniedrigten Menschheit und aller Ungerechtigkeit bestimmt, nicht vergönnt, als romantischer Held abzugehen.

¹²³ ÖStA-AVA, Bestand „Polizeihofstelle“, Nr. 576, Nr. 1252, Brief Dietrichsteins an Pergen, 17. Mai 1803.

¹²⁴ Vgl. z. B. MZA Brno, B 95, Karton 271, Protokoll über die Führung Josef Langs vom 13. Juli bis 12. August 1803. – *Ebenda*, fol. 139 und folgende; Mitteilung Kaplan Rössners an das Gubernium, datiert in Múrau 12. September und in Müglitz 16. September 1803. – Archiv brněnského biskupství, pobočka Rajhrad u Brna, E 80, Karton 495, Sign. L 47, Aufzeichnungen über Langs Führung in Múrau vom 3.7. bis 12.8.1803 u. a.

In der Zwischenzeit waren die Franzosen in Mähren gewesen. Am 18. November 1805 bezog Napoleon sein Quartier in Znaim. Zwei Wochen später siegte er bei Austerlitz. Das Resultat war Vaňáček zufolge ernüchternd: „Als nach dem Sieg vom 2. Dezember und mehr als zwei Monaten Aufenthalt im Lande die französischen Truppen das besetzte Gebiet Mährens verließen, war von der einstigen Begeisterung und Freude nichts mehr zu spüren.“¹²⁵ Welche Gedanken mögen damals wohl den bestraften Rebellen durch den Kopf gegangen sein, die das Kommen der Franzosen doch so sehr herbeigesehnt hatten? Mit der Schlacht bei Austerlitz schwanden die Hoffnungen aller, die das Eintreffen der Franzosen voller Ungeduld erwartet hatten. Vier Jahre später siegten die Franzosen über die Österreicher in der Schlacht bei Znaim und besetzten erneut für einige Monate die Kreise Znaim und Brünn.

Die blühende Landschaft wurde in einem breiten Streifen von Nikolsburg und Znaim bis nach Teschen verwüstet. Die Schäden waren so gewaltig, dass man sie kaum beschreiben konnte: Rauchende Trümmerfelder, verödete, entvölkerte Dörfer, Tausende Leichen, verwüstete Äcker, geraubtes Vieh, zerschlagenes Inventar, das Leben friedfertiger Haushalte war zerrüttet.¹²⁶

Schluss

Gewiss wurde weder in der Herrschaft Frain noch anderswo in Mähren ein Aufruhr vorbereitet, wie amtliche Stellen glaubten oder wohl eher glauben wollten. Und auch die „vaterlandsverräterische und aufrührerische Gesellschaft der Priester“¹²⁷ war allein der Phantasie der Polizei entsprungen, die in jenen Jahren obsessiv nach „Geheimgesellschaften“ und revolutionären Umtrieben suchte. Von geübten Beamtenhänden in neue Zusammenhänge gestellt, erhielten Wortspiele und intellektuelle Grübeleien aus den übermütigen Briefen der jungen Priester jedoch schnell eine neue Dimension und einen anderen Sinn.

Die „Jakobiner in der Soutane“ gerieten in den Machtkonflikt zwischen Staat und Kirche. In der gesamten Zeit der Untersuchung bestand eine Spannung zwischen der Staatsmacht, die in Lang einen politischen Verbrecher mit „bösen Vorsätzen“ sehen und ihn als solchen auch bestrafen wollte, und den kirchlichen Würdenträgern, die Lang nur für geisteskrank hielten und sich selbst um seine Besserung kümmern wollten. Sicherlich spielten in diesen kaum wahrnehmbaren Konflikt die Nachwirkungen der josephinischen Reformen hinein, die das Verhältnis zwischen weltlicher und geistlicher Macht belasteten.

Langs Tat zu Neujahr 1803 war nicht das Ergebnis langjähriger ideologischer und verschwörerischer Vorbereitungen, wie anfangs einige Behörden zu beweisen bemüht waren. Wahrscheinlich war sein Verhalten tatsächlich in erheblichem Maße von der sich entwickelnden psychischen Krankheit beeinflusst. Es könnte sich um eine paranoide Schizophrenie gehandelt haben, die sich in Wahnvorstellungen und

¹²⁵ Vaňáček: Francouzové a Morava 39 (vgl. Anm. 2).

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ MZA Brno, B 95, Karton 269, fol. 42 (alte Paginierung) oder fol. 191 (neue Paginierung) – fol. 43 (alte Paginierung) oder fol. 192 (neue Paginierung).

verwirrten Ansprachen äußert, wie wir sie von Lang kennen. Der Verfolgungswahn, die ständige Angst, jemand wolle ihn vergiften oder ihm die Kehle durchschneiden (weshalb er sich in Mürau nicht rasieren lassen wollte), weisen ebenso in diese Richtung wie seine Überzeugung, der Herr von Frain zu sein und eine außergewöhnliche Mission zu haben. Die konflikthafte Lösung der angespannten Situation im Luggauer Pfarramt um das Jahr 1802 könnte ebenfalls schon mit der Erkrankung im Zusammenhang gestanden haben, die vielleicht dazu beitrug, dass die Probleme in Langs Augen übermächtig wurden, bis er die letzten Hemmschwellen, sein Taktgefühl und möglicherweise auch Urteilsvermögen und Realitätssinn verlor.

Eine rein pathologische Erklärung der ganzen Angelegenheit würde jedoch zu kurz greifen. Schließlich hätte sich die seelische Störung auch auf andere Weise äußern können. Dass sich die mutmaßliche Schizophrenie des jungen Priesters gerade in einem „politischen“ Auftritt auf der Kanzel niederschlug, war sicher kein Zufall. Großen Anteil an Langs Handeln hatten auch die mehrjährigen Auseinandersetzungen mit Dekanat, Bistum und weltlicher Obrigkeit, die bereits in der Studienzeit eingesetzt hatten. Der Auftakt mit der Beschwerde an das Gubernium und weitere Formen der „Kollaboration“ mit der weltlichen Macht wurden ihm von der kirchlichen Hierarchie nie vergessen, wie übrigens auch die Quellen aus dem letzten Wirkungsjahr Langs belegen. Am „Luggauer Aufruhr“ waren jedoch auch mehrere Bauern beteiligt. Er war auch die Folge ungelöster wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Probleme, die das Leben des gesamten Dorfes bzw. der Pfarre betrafen. Zudem darf die spezifische Situation der gesamten Herrschaft Frain, die durch die napoleonischen Kriege noch verschärft wurde, nicht unterschätzt werden. Das hochverschuldete Dominium, das ausgerechnet in den politisch angespannten 1790er Jahren mehrfach den Besitzer wechselte und dessen Beamte durch schlechte Bewirtschaftung die Untertanen schädigten, erlebte offensichtlich eine „Krise der Autorität“. Und so konnte der junge Kaplan, der gebildet und sicherlich charismatisch war und die Leiden seiner Pfarrkinder teilte, für die Untertanen leicht jene unmittelbare Autorität erlangen, an die sie sich anlehnten und deren Aussagen und Entscheidungen sie nicht anzweifelten.

Langs paranoides und schizophrenes Verhalten dürfte jedoch noch tiefere Wurzeln gehabt haben, die in der Persönlichkeitskrise des begabten und empfindsamen jungen Mannes, der durch eine Fügung des Schicksals zum Priester wurde, zu suchen sind. Das Gefühl der intellektuellen Isolation sowie die fortdauernde Verbitterung über die Erfahrungen mit den kirchlichen Autoritäten bestätigten ihn in seinem Misstrauen gegenüber dem höheren Klerus wie in seinen Zweifeln an dem unumkehrbar gewählten Lebensweg, wahrscheinlich sogar am Glauben selbst. Zugleich handelte es sich aber auch um die innere Krise eines josephinistischen Aufklärers im Angesicht der fortbestehenden Modelle einer traditionellen Gesellschaft und einer traditionellen Kirche. Langs persönliche Krise war so möglicherweise auch Ausdruck einer tieferen kulturellen und gesellschaftlichen Krise, die sicherlich mehr als nur *einen* Aufklärer erfasste und den josephinischen Klerus nicht ausnahm. Den realen Zusammenhang zwischen der „Luggauer Messe“ und den „tausend Briefen“ aus dem Luggauer Pfarrhaus finden wir so nach zwei Jahrhunderten möglicherweise ganz woanders als da, wo ihn einst die Polizeibehörden suchten.

Es ist anzunehmen, dass Lang und seine Freunde in vieler Hinsicht vorbildliche Vertreter der josephinischen Aufklärung mit hohen moralischen Ansprüchen an die Priester als gebildete nach der Hebung der einfachen Untertanen strebende „Lehrer des Volkes“ blieben. Zugleich bieten sie einen der seltenen direkten Belege für die frühe Rezeption von Kant und Rousseau, deren Philosophie die Grenzen des Josephinismus bereits hinter sich ließ. Auch die Bewunderung für die Revolution entsprang bei den jungen Priestern sicherlich der Wertschätzung für das „Werk der Vernunft“, das die Aufklärung anstrebte. Die Revolution traf jedoch zugleich auf Vorstellungen, die in den jungen Priestern durch Kants Lehre über den Austritt der Völker aus dem Zustand der Unmündigkeit heranreiften. Die Revolution bot ihnen so den Stoff zum Durchdenken nicht nur der Ideen Kants, sondern auch zur Konzeptualisierung ihrer Einstellungen zu den verschiedenen Formen der staatlichen Ordnung, deren Vorbilder sie vor allem aus der französischen Philosophie, namentlich von Montesquieu und Rousseau, bezogen.

Es steht ebenfalls zu vermuten, dass sich die jungen Priester auch eine Aufhebung des Zölibats erhofften. Die Mitteilung der durch die erzwungene körperliche Enthaltsamkeit verursachten seelischen und körperlichen Qual ist in dieser Zeit gewiss nichts Außergewöhnliches. Auch das „Warten auf den Franzosen“, das mit der zweimaligen Besetzung Mährens durch die napoleonische Armee in bitterer Enttäuschung endete, war in den böhmischen Ländern keine so große Seltenheit.

Die Sonde in die Gedankenwelt der Schüler Josef Dobrovskýs öffnet den Blick auf eine „frustrierte“ Generation, deren Bildung im Geist der josephinischen Aufklärung noch in ihrer frühen Jugend, an der Schwelle zum aktiven Leben, abgebrochen und mit der restaurierten konservativen Welt des franziszeischen Österreich und der erneuerten Autorität der katholischen Kirche und ihren „barocken“ Formen der Frömmigkeit konfrontiert wurde: Die im josephinischen Geist gebildeten jungen Männer mussten so einerseits einem gewissen antiaufklärerischen Druck begegnen, sich aber andererseits auch mit den radikalsten Strömungen der Aufklärung und mit der Französischen Revolution intellektuell auseinandersetzen. In der folgenden Zeit der „österreichisch-katholischen Restauration“ (Eduard Winter), des „erneuerten Josephinismus“ unter Franz II.,¹²⁸ als die Überwachung der Nichtkatholiken erneut verschärft wurde und alle Formen des Abfalls vom Katholizismus wieder erschwert wurden, kam es zur Wiederbelebung kirchlicher Orden und Wallfahrten. Die Religion blieb zwar weiterhin in vielen Aspekten im Grunde auf einen Garanten der Ordnung reduziert und Franz II. behielt einen gewissen pragmatischen Ansatz bei, doch war er sich bewusst, dass es sowohl zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Gehorsam als auch für die Bestätigung seines Bildes als Herrscher von Gottes

¹²⁸ Winter: *Josefinismus a jeho dějiny* 211 ff. (vgl. Anm. 37). – Vgl. neuerdings auch Gaží, Martin: *Římští katolíci mezi „barokním“ katolictvím a „moderním“ katolicismem* [Die Katholiken zwischen „barockem“ Katholischsein und „modernem“ Katholizismus]. In: *Nešpor, Zdeněk u. a. (Hgg.): Náboženství v 19. století. Nejcírkevnější století nebo období zrodu českého ateismu? [Die Religion im 19. Jahrhundert. Das kirchlichste Jahrhundert oder die Geburtszeit des tschechischen Ateismus?]*. Praha 2010, 16–95. – *Kaiserová, Kristina*: *Exkurs: Římskokatolická církev a Němci v českých zemích [Exkurs: Die römisch-katholische Kirche und die Deutschen in den böhmischen Ländern]*. In: *ebenda* 96–113.

Gnaden besser war, der „barock empfindenden Bevölkerung“ entsprechend barock aufgeladene religiöse Vorstellungen anzubieten, obwohl diese ihm selbst fremd waren.¹²⁹

Es bleibt die Frage, bis zu welchem Grad man die relativ radikalen politischen und religiösen Ansichten der jungen Priester aus dem Znaimer Kreis als repräsentativ, als allgemeinen intellektuellen Trend oder auch Lebensgefühl eines Teils ihrer Generation ansehen kann – oder ob man hier von einem Ausnahmefall sprechen muss. Immerhin ist es wahrscheinlich, dass auch andere junge Vertreter des Josephinismus und der Aufklärung, darunter auch Priester, enttäuscht von der unerwarteten „Dämmerung des Aufklärungszeitalters“, ähnliche Gedanken und Zweifel teilten. Die überlieferten Materialien unserer jungen Priester bilden aber den bislang umfangreichsten Bestand handschriftlicher Quellen aus den böhmischen Ländern, in dem ein langfristiges positives und intensiv reflektiertes Verhältnis von Angehörigen des niederen Klerus zur Französischen Revolution dokumentiert ist. Zudem handelt es sich um einen nahezu einmaligen Beleg für den Einfluss von Kant und Rousseau auf katholische Geistliche in den böhmischen Ländern vor Bernard Bolzano.

Aus dem Tschechischen übersetzt von Michael Wögerbauer und Stephan Niedermeier.

¹²⁹ *Gaži: Římští katolíci* 59 (vgl. Anm. 128).

Klaus Buchenau

SOZIALER PROTEST IN RELIGIÖSER SPRACHE
DIE ORTHODOXE BEWEGUNG IN DER PODKARPATSKÁ
RUS (1919-1938)

Fragestellung

Der neueren Historiografie über Religion und Kirche geht es oftmals um den Nachweis, dass die europäische Moderne doch religionshaltiger gewesen sei als bislang angenommen. Das ist sicher so, zumindest haben Historiker in den letzten zwei Jahrzehnten vieles zutage gefördert, das für diese Annahme spricht. Allerdings sollte man fragen, ob es wirklich immer um Religion im engeren Sinne geht, und wo Religion eher ein institutionelles und symbolisches Feld ist, auf dem sich ganz unreligiöse Interessenkonflikte abgespielt haben.

Die „Religionisierung“ menschlicher Aktivitäten setzt meist schon bei der Entstehung der Quellen ein. Die Protagonisten vieler „religiöser“ Bewegungen sind Missionare, die bestimmte Gruppenbelange oder gesellschaftliche Strömungen aufnehmen, ihnen eine religiöse Deutung verleihen und daran arbeiten, dass diese Deutung breit rezipiert und akzeptiert wird. In die allgemeine Geschichtsschreibung werden diese Einschätzungen leicht übernommen, vor allem dann, wenn die Historiker im Wesentlichen auf kirchliche Quellen angewiesen sind. Dies ist in den traditionellen Bauerngesellschaften Ostmitteleuropas, wo der Klerus lange Zeit praktisch die einzige schreibkundige Elite auf dem Lande stellte, sehr häufig der Fall.

Auch die orthodoxe Konversionsbewegung bei den Russinen unter tschechoslowakischer Herrschaft (1919-1938) wird im Allgemeinen als religiöses Phänomen verbucht. Die Forschung hat sich bislang vor allem mit der institutionellen Seite, also dem Aufbau orthodoxer Strukturen in der Tschechoslowakei beschäftigt und ist dabei zwangsläufig in das religionisierende Fahrwasser geraten. Weniger beachtet wurden dagegen die Anliegen der Konvertiten selbst, die lokalen Dynamiken der Bewegung, die konfessionelle Problematik im gesellschaftlichen Gesamtkontext der Podkarpatská Rus.¹ Die relativ gut entwickelte allgemeine historische Literatur zu den Russinen kann zwar beim letzten Punkt weiterhelfen, allerdings widmet sie der orthodoxen Bewegung nur begrenzte Aufmerksamkeit. Die konfessionellen Ausein-

¹ *Marek, Pavel / Bureha, Volodymyr: Pravoslavní v Československu v letech 1918-1953. Příspěvek k dějinám Pravoslavní církve v českých zemích, na Slovensku a na Podkarpatské Rusi [Die Orthodoxen in der Tschechoslowakei 1918-1953. Beitrag zur Geschichte der orthodoxen Kirche in den böhmischen Ländern, der Slowakei und der Podkarpatská Rus]. Brno 2008. – Bureha, Vladimír [Volodymyr]: Problema jurisdikcii Pravoslavnoj Cerkvi v Češskich Zemljach v XX veke [Das Problem der Jurisdiktion der orthodoxen Kirche in den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert]. In: Cerkovno-istoričeskij vestnik 8 (2002) 154-185.*

andersetzungen werden hier meist im Zusammenhang mit der Konstruktion nationaler Identitäten abgehandelt, also unter einem eingeschränkten Blickwinkel, der blind ist für die durchaus vorhandene Eigenlogik der orthodox-unierten Kämpfe.²

Wie ich im Folgenden darlegen werde, hatte die orthodoxe Bewegung in der Podkarpatská Rus im Wesentlichen soziale Ursachen und soziale Forderungen. Dass sie als religiöse und nicht als soziale Bewegung³ in die Geschichte einging, hängt mit der Tatsache zusammen, dass sich die soziale Frustration der russinischen Bauern gegen unierte Pfarrer richtete, die als Ausbeuter empfunden und aus dem Dorf gejagt wurden. Diese Ausgangslage wendete sich in den späten zwanziger Jahren fast in ihr Gegenteil, d.h. nun galten mitunter auch orthodoxe Priester als Ausbeuter und man verfuhr mit ihnen ganz ähnlich wie zuvor mit den unierten Kollegen.

Ein Überblick

Die Tschechoslowakische Republik entstand 1918/19 aus Gebieten der Habsburgermonarchie, die seit Jahrhunderten fest im Griff der katholischen Kirche gewesen waren. Nach der Vereinigung setzte an den Rändern des Staates, vor allem in den böhmischen Ländern und in der Podkarpatská Rus, eine Los-von-Rom-Bewegung ein.⁴ Gerade bei den Russinen, die nach der Union von Užhorod 1648 innerhalb von 70 Jahren komplett von der Orthodoxie zur unierten („griechisch-katholischen“) Kirche übergetreten waren, profitierte davon die orthodoxe Kirche. Schon die erste tschechoslowakische Volkszählung dokumentierte ein rapides Wachstum. Während es vor dem Ersten Weltkrieg bei Tschechen und Russinen eher vereinzelt, oft russophil-panslawistisch motivierte Übertritte gegeben hatte,⁵ waren es 1921 bereits

² Magocsi, Paul Robert: *The Shaping of a National Identity. Subcarpathian Rus' 1848-1948*. London 1978. – Ševčenko, Kirill: *Rusiny i mezvoennaja Českoslovakija. K istorii etnokul'turnoj inženerii* [Die Russinen und die Zwischenkriegs-Tschechoslowakei. Zur Geschichte des ethnokulturellen Engineerings]. Moskva 2006. – Švorc, Peter: *Zakletá zem. Podkarpatská Rus 1918-1946* [Verwünschenes Land. Die Podkarpatská Rus 1918-1946]. Praha 2007.

³ In der Soziologie werden soziale Bewegungen oft als lose Netzwerke von Personen und Gruppen definiert, die zwar organisiert auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, aber auch von Heterogenität und internen Konflikten geprägt sein können. Vgl. u.a. Scott, John/Marshall, Gordon (Hgg.): *Oxford Dictionary of Sociology*. Oxford u.a. 2005, 612-614. Diese Merkmale treffen auch auf die Orthodoxen der Podkarpatská Rus zu. Die Bezeichnung als „Bewegung“ ist m. E. daher durchaus gerechtfertigt, trotz des für soziale Bewegungen eher untypischen ländlichen Rahmens und der damit zusammenhängenden weniger dichten Kommunikation.

⁴ Schulze Wessel, Martin: *Konfessionelle Konflikte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik: Zum Problem des Status von Konfessionen im Nationalstaat*. In: *Ders./Maner, Hans-Christian* (Hgg.): *Religion im Nationalstaat zwischen den Weltkriegen 1918-1939. Polen – Tschechoslowakei – Ungarn – Rumänien*. Stuttgart 2002, 73-101.

⁵ Am deutlichsten war diese Tendenz Anfang des 20. Jahrhunderts im Komitat Máramaros. Die ungarischen Behörden gingen mit drastischen Mitteln dagegen vor. 1904 wurde 22 Konvertiten der Prozess gemacht, 1913/14 saßen gar 94 Personen auf der Anklagebank. Weil die Orthodoxen sich der Russischen Orthodoxen Kirche anschließen wollten, wurde ihnen vorgeworfen, mit dem Übertritt letztlich auf die Abtrennung des Gebietes an Russland hinauszuwollen. Vgl. Marek/Bureba: *Pravoslavní v Československu v letech 1918-1953*, 38 (vgl. Anm. 1).

9221 Orthodoxe in den böhmischen Ländern und 60997 in der Podkarpatská Rus. In der östlichen Slowakei bekannten sich im selben Jahr 2879 Personen zur Orthodoxie.⁶ 1927 konstatierte der orthodoxe Bischof Gorazd Pavlík in einem Memorandum an das Prager Bildungsministerium, gegenüber 1921 habe sich die Zahl der Orthodoxen in den böhmischen Ländern mit inzwischen etwa 17000 Personen fast verdoppelt, und in Podkarpatská Rus mit 130000 mehr als verdoppelt, in der Slowakei mit etwa 10000 beinahe vervierfacht. Insgesamt gäbe es in der Tschechoslowakei inzwischen 150000-160000 Orthodoxe.⁷ Dass Bischof Gorazd mit seinen Angaben ungefähr richtig lag, zeigte sich bei der Volkszählung von 1930. Hier wurden knapp 146 000 orthodoxe Christen gezählt – davon in Böhmen, Mähren und Schlesien fast 25000, in der Ostslowakei über 9000 und in der Podkarpatská Rus knapp 112000.⁸ Ethnisch handelte es sich an erster Stelle um ehemals unierte Russinen, danach um Tschechen, und schließlich um russische Emigranten. Zusammen stellten sie nur ein Prozent der Bevölkerung, unter den Russinen machten sie aber immerhin 20 Prozent aus. Die Prager Regierung war ständig mit dem orthodoxen Thema befasst, was auch an dem Dauerkonflikt zwischen der Serbischen Orthodoxen Kirche, die seit Habsburger Zeiten die Aufsicht über die versprengten Orthodoxen des Gebiets inne hatte, und dem Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel lag, welches die Oberherrschaft über alle Orthodoxen in den so genannten Missionsgebieten beanspruchte. Die tschechoslowakische Regierung legte sich 1926, nicht zuletzt unter dem Druck der jugoslawischen Diplomatie, auf die serbische Jurisdiktion fest, was aber nichts daran änderte, dass auch die konstantinopolitanische Gruppe weiterbestand und Widerstand leistete.

Der tschechische und der russinische Teil der Bewegung waren, wenn auch organisatorisch miteinander verbunden, ganz unterschiedliche Phänomene. Die tschechischen Orthodoxen waren von Beginn an in zwei Jurisdiktionen gespalten, die serbische, vertreten durch Bischof Gorazd Pavlík und verschiedene serbische Emissäre im Bischofsrang, und die konstantinopolitanische, vertreten durch Bischof Savvatij Vrabec und kurzzeitig (1923/24) Bischof Veniamin Fedčenkov, einen russischen Emigranten. Weil beide Seiten den Anspruch erhoben, ihre Jurisdiktion auch bei den Russinen durchzusetzen, hatte der tschechische Zwist deutliche Auswirkungen in der Podkarpatská Rus. Aber mehr auch nicht. Bei den tschechischen Orthodoxen standen hinter den Jurisdiktionen nicht nur unterschiedliche kirchenrechtliche Argumentationen, sondern auch divergierende Wertvorstellungen. Die Gorazd-Orthodoxie war ein Ausdruck kultureller Kreativität, d. h. ein Versuch ehemaliger katholischer Reformpriester, der tschechischen Los-von-Rom-Bewegung so etwas wie konservative Stabilität zu verleihen. Mit der Selbstzuordnung zur orthodoxen Christen-

⁶ Marek, Pavel: *Pravoslavní v Československu v letech 1918-1942. Příspěvek k dějinám Pravoslavné církve v českých zemích a na Slovensku* [Die Orthodoxen in der Tschechoslowakei 1918-1942. Beitrag zur Geschichte der orthodoxen Kirche in den böhmischen Ländern und der Slowakei]. Brno 2004, 113.

⁷ Národní archiv (NA) Prag, Ministerstvo školství a národní osvěty (MŠANO) 1343-47VII-811, Memorandum von Bischof Gorazd (Pavlík) an das Ministerium, 28. 4. 1927.

⁸ NA MŠANO 2076-47III-3907, Register der geistlichen Institutionen der orthodoxen Kirche in der Tschechoslowakischen Republik, 28. 4. 1932.

heit war allerdings keineswegs die komplette Übernahme traditioneller orthodoxer Weltbilder und Lebensführung gemeint. Vielmehr beanspruchte Gorazd Pavlík, ein aus dem katholischen Modernismus herkommender ehemaliger katholischer Priester, von Beginn an schöpferische Freiheit für die tschechische Orthodoxie in liturgischen Formen, aber auch in der Gesellschaftsphilosophie. Sie sollte die westliche Prägung der Tschechen aufnehmen und ausdrücken und einen Kontrapunkt zu negativen Erfahrungen mit der katholischen Kirche setzen. Wichtig waren Gorazd vor allem die Einbindung der Gemeinde in den Gottesdienst, verständliche liturgische Formen, eine „demokratische“ Kirchenarchitektur mit geringer Abgrenzung zwischen Altarraum und Gläubigen und nicht zuletzt Unabhängigkeit gegenüber dem Staat.⁹

Die Savvatij-Orthodoxie war dagegen eher ein Importphänomen, ins Land gebracht von repatriierten Wolhynien-Tschechen, die im Russischen Reich zur Orthodoxie gekommen waren, und von ehemaligen habsburgischen Soldaten, die sich an der Front mit orthodoxen Russen verbrüdet hatten. Savvatij und seine Anhänger hegten keinen Anspruch auf intellektuelle Originalität, pflegten russisch-orthodoxe liturgische Formen und betrachteten Gorazds Neuerungen mit Misstrauen. Nicht zuletzt sahen sie sich selbst als die eigentlichen, älteren Orthodoxen im Land, weil sie bereits unmittelbar nach Kriegsende eine erste tschechisch-orthodoxe Gemeinde in Prag gegründet hatten, während Gorazd Pavlík zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied der Tschechoslowakischen Kirche war und mit orthodoxen Elementen allenfalls experimentierte.¹⁰ Selbst als sich Pavlík 1921 in Belgrad zum Bischof weihen ließ, war nicht erkennbar, ob diesem Schritt so etwas wie eine „reumütige Umkehr“ vorangegangen war oder ob das Experiment lediglich ein neues Stadium erreicht hatte.¹¹

In der Podkarpatská Rus war von diesen Hintergründen nur wenig zu spüren. Beide Jurisdiktionen waren hier präsent, aber nicht im Sinne von inhaltlichen Alternativen, sondern von Organisationskernen, die einander auch ohne Argumente heftig bekämpften und versuchten, der Gegenseite die Priester abspenstig zu machen.¹² Sowohl die serbische als auch die konstantinopolitanische Jurisdiktion versuchten, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele eigene Priester zu weihen und auf diese Weise den Konkurrenten zu verdrängen. Da unierte Priester praktisch nie zur Kon-

⁹ *Marek/Bureha*: *Pravoslavní v Československu v letech 1918–1953* (vgl. Anm. 1).

¹⁰ *Marek, Pavel/Bureha, Volodymyr/Danilec, Jurij*: *Arcibiskup Sawatij (1880–1959). Nástin života a díla zakladatelské postavy pravoslavné církve v Československé republice [Erzbischof Sawatij (1880–1959). Eine Skizze zu Leben und Werk einer Gründergestalt der orthodoxen Kirche in der Tschechoslowakischen Republik]*. Olomouc 2009.

¹¹ Siehe dazu Gorazd Pavlíks Festrede im Anschluss an seine Bischofsweihe in Belgrad, abgedruckt bei *Lukić, Božidar D.*: *Manifestacija ćirilometodijevske ideje. Povodom posvećenja moravsko-šleskog episkopa D-r Gorazda (Pavlika) [Manifestation der kyrillo-methodianischen Idee. Zum Anlass der Weihe des Bischofs von Mähren und Schlesien Dr. Gorazd (Pavlik)]*. Beograd 1922, 8–12.

¹² NA *Předsednictvo Ministerské rady (PMR) 626-263-142*, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 29. 3. 1924; NA *MŠANO 930-91-349*, Vizegouverneur der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 18. 6. 1924.

version bereit waren und kein orthodoxes Priesterseminar existierte, kämpften die Jurisdiktionen um einen Arbeitsmarkt, auf dem es nur wenige geeignete Kandidaten gab. Sie konnten nur minimale Hürden für eine Priesterweihe aufstellen, mit dem Ergebnis, dass die Qualität der Kader teils miserabel war und die orthodoxen Neupriester ihre Konfession leicht in Misskredit brachten. In den tschechischen Quellen wurden entsprechende Vorwürfe am häufigsten gegen die konstantinopolitanische Fraktion erhoben, die ihre Priester in einem dreimonatigen Schnellkurs im Städtchen Buštyno qualifizierte und offenbar häufiger auch Eintrittsgebühren von den zukünftigen Priestern verlangte, d.h. eine Art von Ämterkauf praktizierte.¹³ Die serbische Jurisdiktion konnte das Problem teilweise abmildern, indem sie junge Männer an serbischen Seminaren ausbilden ließ.¹⁴

Die Frage eines möglichen „eigenen“ russinischen Wegs zur Orthodoxie wurde von keiner der beiden Jurisdiktionen diskutiert, stattdessen betonten orthodoxe Missionare wie auch Gläubige in ihren Petitionen immer wieder, „das Volk“ in den Karpaten sei schon immer orthodox gewesen und nur die Priester hätten im 17. Jahrhundert die Union angenommen, ohne die Gemeinden davon in Kenntnis zu setzen. Um eigener Privilegien im katholischen Ungarn willen hätten sie sich gegen ihr eigenes Volk gestellt, das weiter orthodox gefühlt habe, aber diese Gefühle nicht mehr öffentlich ausdrücken konnte.¹⁵

Ähnliche Argumentationen gegen die Union sind auch aus Galizien, Rumänien oder von der kroatischen Militärgrenze bekannt; sie bezeichnen ein Ressentiment, das zum Standardrepertoire orthodoxer Identität zu gehören scheint. Die westliche Literatur ist sich uneins in der Beurteilung der Union – manche Autoren stimmen der orthodoxen Sichtweise zu,¹⁶ andere betonen, die Unionen seien Bestandteil eines unausweichlichen (und damit positiven!) Modernisierungsprozesses gewesen.¹⁷ Die russinische Situation der Zwischenkriegszeit zeigt, dass die vermeintlich „organische“ Neigung der Bauern zur Orthodoxie und der „künstliche“ Charakter der Union mehr eine Behauptung als Tatsachen waren. Sicher hatten die orthodoxen

¹³ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Bildungsministerium, 28. 5. 1925, 21. 11. 1925; Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 15. 11. 1925; NA PMR 626-263-143, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 26. 7. 1926; NA MŠANO 930-91-349, Vizegouverneur der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 18. 6. 1924.

¹⁴ *Buchenau*, Klaus: Auf russinischen Spuren. Orthodoxe Antiwestler in Serbien, 1850-1945. Wiesbaden 2011, 302 f.

¹⁵ NA PMR 626-263-141, Memorandum einer russinischen Delegation an das Innenministerium, 13. 8. 1920; Memorandum des „Zentralen Orthodoxen Komitees“ an den Ministerpräsidenten, 30. 12. 1921; Bericht des tschechischen orthodoxen Aktivistens Miloš Červinka, 24. 11. 1920; NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 26. 1. 1925.

¹⁶ *Aleksov*, Bojan: „The Union“ as a Seed of Dissension Between Serbs and Croats. In: *Maner*, Hans-Christian/*Spannenberger*, Norbert (Hgg.): Konfessionelle Identität und Nationsbildung. Die griechisch-katholischen Kirchen in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2007, 211-223.

¹⁷ *Tornow*, Siegfried: Handbuch der Text- und Sozialgeschichte Osteuropas. Von der Spätantike bis zum Nationalstaat. Zweite, überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2011, 214 f.

Missionare recht, wenn sie darauf verwiesen, dass die Liberalität der Tschechoslowakei in religiösen Fragen ältere, zuvor unterdrückte Strömungen aufdeckte – darunter eben auch die Orthodoxie, die es unter ungarischer Herrschaft nicht hatte geben dürfen. Andererseits zeigt die Dynamik der Bewegung, dass allein ein freier äußerer Rahmen eben doch nicht ausreichte, um die Menschen zur „Rückkehr“ in die orthodoxe Kirche zu bewegen.

In den landwirtschaftlich genutzten Ebenen der südöstlichen Podkarpatská Rus verbreitete sich die orthodoxe Bewegung relativ leicht, wobei oft ein Ort den nächsten „ansteckte“.¹⁸ Im Westen und in den bergigen Regionen der Verchovina dagegen kam sie deutlich langsamer voran. Hier hemmten geringe Besiedlungsdichte und erschwerte Kommunikation die Ausbreitung, was in der Ebene nicht der Fall war. Die Bauern des Flachlandes waren wirtschaftlich traditionell auf die ungarische Tiefebene ausgerichtet; gerade sie verspürten jetzt die Nachteile der neuen Grenze zu Ungarn, die sie sowohl von einem Absatz- als auch von einem regionalen Arbeitsmarkt abschnitt. Außerdem waren die Dörfer der Ebene sozial stärker in wohlhabende und arme Bauern differenziert als die Bergdörfer, litten also mehr unter sozialen Spannungen. Die Frustrationen kamen unter anderem der orthodoxen Bewegung zugute, der sich meist die Ärmeren zuwandten, während die Wohlhabenderen zur unierten Kirche hielten.¹⁹ Zu diesem Bild passt auch, dass die orthodoxe Bewegung in den Städten der Podkarpatská Rus kaum Fuß fassen konnte und dass die Intelligencija, insbesondere die Lehrerschaft, für ihre Loyalität zur unierten Kirche bekannt war.²⁰

1922 vermutete die Zivildirektion der Podkarpatská Rus, dass die „orthodoxe Bewegung ihren Zenith bereits überschritten hat“. Die Gewalt gegen unierte Priester gehe tendenziell zurück, und trotz intensiver Agitation wachse die Zahl der Orthodoxen nicht mehr so schnell wie zuvor.²¹ Für die darauffolgenden Jahre gibt es immer wieder ähnliche Analysen, ab 1926 stagnierte die Bewegung und verwandte nun die meiste Energie auf die innere Konsolidierung.²² In besonderem Maße galt das für die Ostslowakei, wo die Bewegung insgesamt sanfter verlief.²³ Die Dynamik lässt sich gut an der unierten Kirchenzeitung „Blagověstnik“ (Blahovistnyk, Der Frohbote) ablesen: Das zweimal monatlich in Užhorod erscheinende Blatt beschäf-

¹⁸ NA PMR 626-263-141, Kanzlei des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 28. 5. 1923.

¹⁹ *Švorc*: Zakletá zem 140 (vgl. Anm. 2). – NA PMR 602-237-132, Schreiben Dr. Korlaths, des Vorsitzenden des Bundes russinisch-ungarischer Parteien, an Präsident Masaryk, 10. 4. 1921; NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 12. 5. 1923.

²⁰ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, den Ministerrat und den Präsidenten der Republik, 5. 11. 1923.

²¹ NA PMR 626-263-141, Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 25. 4. 1922.

²² NA PMR 626-263-141, Kanzlei des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 28. 5. 1923; NA PMR 626-263-143, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 11. 2. 1926.

²³ NA MŠANO 2034-471+země-3822, Referat des MŠANO in Bratislava an MŠANO, 28. 7. 1923; NA PMR 626-263-143, Brief Bischof Savvatjjs an das bevollmächtigte Ministerium für die Slowakei, 30. 9. 1926.

tigte sich bis 1926 ständig mit der „orthodoxen Gefahr“, danach wurde das Thema nur noch sporadisch angesprochen und von Berichten über die eigene Mission, die Rückkehr einzelner Gemeinden zu den Unierten und teilweise spöttischen Kommentaren über den inneren Zustand der orthodoxen Konkurrenz verdrängt. In den dreißiger Jahren berichtete „Blagověstnik“ nur noch selten über die Orthodoxen, Schwerpunkt wurde jetzt die Vertiefung eines unierten, russinisch-patriotischen Geschichtsbildes. Den Wandel spiegelte auch das Konkurrenzorgan, die ebenfalls 14-tägig erscheinende orthodoxe Zeitung „Pravoslavnaja Karpatskaja Rus“ (Orthodoxe Karpatenrus). In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nahm auch hier die interkonfessionelle Polemik ab, stattdessen legte man mehr Wert auf Vertiefung orthodoxer Inhalte. In den dreißiger Jahren wurde die Zeitung zunehmend theologisch und blickte tendenziell mehr nach innen als nach außen.

Der Verlauf der Bewegung hing stark von lokalen Voraussetzungen ab. Waren die Bauern völlig von landwirtschaftlichen Arbeiten in Anspruch genommen, wie im Frühjahr oder Sommer, erlahmte die Aktivität, um dann im Herbst wieder Fahrt aufzunehmen.²⁴ Vor großen Feiertagen wie etwa Ostern konnten Streitigkeiten um Kirchengebäude aufflammen, wenn Unierte und Orthodoxe das religiöse Fest in derselben Kirche begehen wollten.²⁵ Nachbardörfer positionierten sich dabei mitunter ganz unterschiedlich, je nachdem, ob der unierte Priester in seiner Gemeinde beliebt war oder nicht. War er schlecht gelitten, so hatten orthodoxe Missionare eine Chance; das Gleiche galt für Dörfer, in denen die unierten Pfarrstellen mangels Priesternachwuchses unbesetzt blieben. Umgekehrt ebte die Bewegung oft ab, sobald die betreffende Gemeinde einen eigenen unierten Priester erhielt.²⁶ Auch konnte es vorkommen, dass seit langem verfeindete Nachbardörfer sich um einen der raren unierten Priester stritten, wodurch schließlich Raum geschaffen wurde für die Angebote eines orthodoxen Missionars.²⁷

Die Motive

Das Kriegsende 1918 war in der Podkarpatská Rus geprägt von politischem Chaos, großer Armut und sozialen Unruhen. Die Landbevölkerung litt unter Bodenknappheit und wartete ungeduldig auf eine Agrarreform. Kommunistische Agitatoren forderten die Bauern auf, sich zu nehmen, was eigentlich ohnehin dem Volk gehöre. In Dovhe²⁸ griffen Bauern zur Selbstjustiz und besetzten auf eigene Faust das Land

²⁴ NA PMR 626-262-141, Schulkommission der Podkarpatská Rus an das Bildungsministerium, 27. 4. 1920; Kanzlei des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 28. 5. 1923.

²⁵ NA PMR 626-263-141, Zivildirektion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 1. 7. 1922.

²⁶ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 4. 6. 1923; NA PMR 580-215-124, Landratsamt in Dovhe an das Kreisamt Sevljuš [seit 1946: Vynohradiv], 17. 10. 1924; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3914, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 25. 2. 1925.

²⁷ So im Falle der Dörfer Makar'ovo und Barbovo südöstlich von Mukačevo. NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 16. 3. 1925.

²⁸ Die tschechoslowakische Administration verwendete für die Ortschaften der Podkarpatská

ehemaliger ungarischer Magnaten. In der Verchovina führte Nikola Šuhaj mit seiner Bande einen Guerillakampf gegen die tschechische Gendarmerie, wie zuvor bereits gegen ungarische und rumänische Sicherheitskräfte. In der Bevölkerung waren die Sympathien für Šuhaj groß, so dass die aus dem Westen des Landes abkommandierten tschechischen Beamten das Gefühl beschlich, sie befänden sich in einem Räuber-*nest*. Als Šuhaj im August 1921 gemeinsam mit seinem Bruder von Gendarmen erschossen wurde,²⁹ war das Problem keineswegs erledigt – schnell bildete sich ein Robin-Hood-Mythos, der sich nicht nur in den Karpaten, sondern ab den dreißiger Jahren auch unter der tschechischen Jugend verbreitete.³⁰

Auch die Situationsberichte der Behörden zeichnen für die frühen zwanziger Jahre ein Bild höchster Instabilität. In Berehovo und Umgebung verübten 1923 ungarische Separatisten mehrere Anschläge, und Gerüchte machten die Runde, dies sei der Anfang vom Ende der tschechischen Herrschaft. Die Ungarn würden zurückkehren und jeden bestrafen, der mit der Tschechoslowakei zusammengearbeitet habe. Vizegouverneur Petr Ehrenfeld versuchte gegenzusteuern und ließ verteilt über die Podkarpatská Rus Suppenküchen errichten, auch um das Volk besser gegen Agitatoren zu „immunisieren“.³¹ Dennoch bekämpften sich Bauern und Gendarmen, so in Dulovo westlich der Stadt Chust, wo Waldarbeiter in staatlichem Auftrag den Wald aufforsteten und von bewaffneten Gendarmen geschützt werden mussten. Als die Bauern aus der Umgebung die Beamten mit Steinen angriffen, weil sie das Gebiet als Viehweide nutzen wollten, setzten die Gendarmen scharfe Waffen ein. Dabei wurde ein Angreifer erschossen, zwei Beamte und ein weiterer Bauer wurden verletzt. In der Podkarpatská Rus, so heißt es in dem Bericht über den Vorfall, fehle den Bauern das ökologische Verständnis, dass nur Bewaldung das Land vor Verkarstung schützen könne. Im Übrigen habe die Gendarmerie vollkommen korrekt gehandelt.³²

Die Konflikte zwischen Orthodoxen und Unierten hingen eng mit der sozialen Problematik zusammen. Die Unierte Kirche wirkte in dem Gebiet, dessen Bevölkerung durch Krieg und Nachkriegswirren viele alte Sicherheiten verlorengegangen

Rus eigene, zum Teil uneinheitliche Namensvarianten, in diesem Fall z. B. „Dovhoje“ und „Dovha“. Ich habe, zur leichteren Orientierung auf aktuellen Landkarten, im Haupttext die heute gültigen ukrainisierten Namensformen transliteriert, in diesem Falle „Dovhe“. Bei Personennamen verwende ich diejenige Form, die auch in den tschechischen Quellen vorkommt.

²⁹ NA PMR 671-314-152, Situationsberichte der Politischen Direktion der Podkarpatská Rus für Juni 1921 (v. 1. 7. 1921), für August 1921 (v. 5. 9. 1921) und für Juni 1922 (v. 8. 7. 1922).

³⁰ *Budín*, Viktor: Podkarpatská Rus očima Čechů [Die Podkarpatská Rus in tschechischen Augen]. Praha 1996, 39–43. – Der Šuhaj-Kult verbreitete sich bei den Tschechen vor allem über eine romantisierende Biografie aus der Feder des tschechischen Schriftstellers und Journalisten Ivan Olbracht, die in der Zwischenkriegszeit insgesamt neun Mal aufgelegt wurde und damit zu den populärsten tschechischen Büchern überhaupt gehörte. *Obracht*, Ivan: Nikola Šuhaj loupežník: román [Nikola Šuhaj, der Räuber: ein Roman]. Praha 1933.

³¹ NA PMR 842-505-222, Situationsbericht des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an den Ministerpräsidenten, 15. 2. 1923.

³² NA PMR 842-505-222, Situationsbericht des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an den Ministerpräsidenten, 1. 11. 1923.

waren, wie ein Relikt aus alten, habsburgisch-imperialen Zeiten. Die unierten Priester bildeten in der russinischen Gesellschaft eine Elite, die sich durch Bildung und Habitus stark von der Landbevölkerung abgrenzte. Vor allem seit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich waren sie in den Sog der Magyarisierung geraten, in etlichen Priesterhaushalten wurde überwiegend Ungarisch gesprochen, während die Gemeinden bei ihren unstandardisierten ostslawischen Dialekten geblieben waren.³³ Zum elitären Bewusstsein der unierten Priester gehörten entsprechende materielle Vorstellungen. Die Bauern mussten für den Lebensunterhalt der Pfarrer mit Naturalabgaben in Form von Getreide (*koblina*) und Frondiensten (*rokovina*) aufkommen.³⁴ Nimmt man den sprachlichen und den materiellen Aspekt zusammen, so wird deutlich, dass hier eine Beziehung entstand, die an das Verhältnis zu den ungarischen Großgrundbesitzern erinnerte. So erscheint es auch in den tschechoslowakischen Behördenschriften, die oft sehr kritisch gegenüber dem unierten Klerus waren und diesem neben proungarischen Sympathien vorwarfen, „allzu sehr wie ein Landadel“ aufzutreten und das „einstige ideale slawische, patriarchale Verhältnis zu ihrem Volk“ verloren zu haben.³⁵ Vor 1914 hatten sich die Bauern meist kein anderes Leben vorstellen können, und wenn sie es doch taten, schritten die ungarischen Behörden gegen sie ein.³⁶ Durch das Kriegsende aber waren die alten Gewissheiten und Autoritäten verschwunden, und die Belastungen durch „*koblina*“ und „*rokovina*“ erschienen schwer erträglich. Anlässlich des 70. Geburtstags von Präsident Masaryk schaffte die Regierung im März 1920 zwar beide Abgaben ab, konnte durch diese Maßnahme aber zunächst nicht viel bewirken. Da die finanzielle Entschädigung des Klerus erst 1926 geregelt wurde, weigerten sich viele unierte Priester zunächst, auf die alten Einnahmequellen zu verzichten. Außerdem verlangten manche von ihnen noch bis Mitte der zwanziger Jahre Nachzahlungen für die vergangene Dekade, was die Gemüter zusätzlich erhitzte und von orthodoxen Propagandisten genüsslich ausgeschlachtet wurde.³⁷

Für die Einschätzung der orthodoxen Bewegung erweisen sich die tschechoslowakischen staatlichen Quellen als relativ hochwertig, vor allem wenn man sie mit den Quellen orthodoxer und unierter Provenienz vergleicht. Die orthodoxe Seite hat kaum analytische Dokumente hinterlassen. Sowohl die orthodoxe Presse vor Ort als auch die serbischen und russischen Missionare neigten dazu, ihre Narrationen mit aprioristischen Feststellungen darüber zu beginnen, dass das Volk in den Karpaten immer schon orthodox gewesen sei und sich nun wieder offen zu seiner tiefsten

³³ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 10. 4. 1925.

³⁴ NA MŠANO 2049-47III+země-3883, *Koblina a rokovina*, 3.12.1928; Elaborat von Dr. V. Kalousek über *Koblina* und *Rokovina* in der Slowakei und der Podkarpatská Rus, 24.12.1924.

³⁵ NA MŠANO 2049-47III+země-3883, Ministerium für die Angelegenheiten der Slowakei an das Bildungsministerium, 4. 11. 1922.

³⁶ *Švorc*: *Zakletá zem* 28 f. (vgl. Anm. 2).

³⁷ NA MŠANO 2049-47III+země-3883, Bildungsministerium an den Ministerrat, 15. 12. 1928; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3916, Vorsteher des Bezirks Košice an das unierte Bistum Prešov, 1. 6. 1926; NA MŠANO 2078-47VII-3909, Orthodoxes Flugblatt vom Winter 1924/25.

Identität bekenne.³⁸ Die unierten Quellen der frühen zwanziger Jahre sind nicht viel besser, hier ist in Bezug auf die Orthodoxen meist von „Schismatikern“, Kommunisten und Verbrechern die Rede, die sich in das Gewand einer religiösen Bewegung kleideten, um zu stehlen und in blinder Wut die gesellschaftliche Ordnung zu zerstören.³⁹

Die Quellen der tschechisch dominierten Administration sind dagegen analytisch durchaus ernst zu nehmen. Die tschechischen Beamten, die in das Gebiet kamen, waren in der Regel säkular orientiert und stellten sich auf den Standpunkt der Gewissensfreiheit. Ihre Sympathien für beide Seiten in dem Konflikt waren begrenzt. Orthodoxe Missionare standen in Verdacht, zur Gewalt gegen Unierte und gegen die Staatsgewalt aufzurufen und die öffentliche Ordnung zu gefährden – der unierte Klerus galt als zivilisierter, aber als magyarophil und irredentistisch. Die Tatsache, dass sowohl unierte als auch orthodoxe Protagonisten den tschechischen Beamten vorwarfen, gegen die jeweils eigene Seite zu sein, spricht letztlich dafür, dass sich die „fremde“ Administration in religiösen Dingen Unabhängigkeit bewahrte. Konfessionelle Sympathien spielten eine relativ geringe Rolle, im Mittelpunkt vieler Berichte stand die gesellschaftliche Gesamtsituation, die Kräfte hervorbrachte, die aus tschechischer Sicht die öffentliche Sicherheit bedrohten. Ob dies mit der „Professionalität“ der Beamtenschaft oder mit dem Verzicht der tschechischen Seite auf mythengestützte eigene Ansprüche in der Podkarpatská Rus zusammenhängt, sei dahingestellt. Auffällig ist jedenfalls, dass die tschechoslowakischen Behörden bemüht waren, eine distanzierte Schiedsrichterposition einzunehmen – ganz im Gegensatz zum jugoslawischen Religionsministerium, welches sich gelegentlich einmischte und dabei die Argumentation der Orthodoxen praktisch komplett übernahm. Die Trennung zwischen Religion und Politik, zu der sich beide Mitgliedsstaaten der Kleinen Entente demonstrativ bekannten, wurde also durchaus unterschiedlich umgesetzt.⁴⁰

Beispielhaft für die tschechische Herangehensweise sind die Berichte des Vizegouverneurs Petr Ehrenfeld. Nach einer Visitation verschiedener vom Religionsstreit erfasster Dörfer berichtete er dem Ministerrat im Oktober 1921:

Ich habe die Möglichkeit gehabt, auch schon früher an anderen Orten zu beobachten, dass sich der Unwille des orthodoxen Volks heute z. B. gegen den griechisch-katholischen Pfarrer rich-

³⁸ Die Serbische Orthodoxe Kirche sah das Volk in den Karpaten als Teil des russischen Volkes, das nun zu seiner wahren Identität zurückkehre und darin von der Serbischen Orthodoxen Kirche aus Dankbarkeit gegenüber Russland darin unterstützt werden müsse. Vgl. *Dimitrijević, Stevan M.: Uzajamne veze između Srba i Rusa u prošlosti* [Wechselseitige Verbindungen von Serben und Russen in der Vergangenheit]. In: *Crkva (Kalendar Srpske Pravoslavne Patrijaršije za prestupnu 1948 godinu)* 48-79, hier 77.

³⁹ Siehe dazu die Eingaben des unierten Bischofs Antonij Papp an tschechoslowakische Regierungsstellen, z. B. seine Briefe an den Ministerpräsidenten vom 1. 12. 1920, NA PMR 626-263-141, und vom 6. 9. 1921, NA MŠANO 2076-47III-3907.

⁴⁰ Siehe z. B. die Reaktion des Belgrader Religionsministeriums auf ein Memorandum der Serbischen Orthodoxen Kirche zur Lage der Orthodoxie in der Tschechoslowakei an den Völkerbund; das Ministerium übernahm dabei die oben beschriebene Sichtweise vollkommen. *Arhiv Jugoslavije, Fond Ministarstvo Vera* (Archiv Jugoslawiens, Fond Religionsministerium), 69-10-23, Religionsministerium an das Außenministerium, 2. 1. 1926.

tet, morgen gegen den Notar oder den Landrat, und dies gerade deswegen, weil sie ihren schweren Dienst im Rahmen des Gesetzes verrichten. Morgen kann sich das fanatisierte Volk gegen die gesamte Beamtenschaft richten, vor allem die tschechische, die ihm aus irgendwelchen Gründen nicht genehm ist. Das erklärt das Volk auch ganz offen.⁴¹

Eine orthodox-kommunistische Bewegung?

Die Behörden zerbrachen sich den Kopf über den Zusammenhang zwischen kommunistischer und orthodoxer Agitation. Angesichts der verbreiteten Kommunismophobie der Zwischenkriegszeit liegt der Verdacht nahe, dass es sich hier um einen Propagandatopos der staatlichen Verwaltung gehandelt haben könnte, die nach Argumenten suchte, um die orthodoxe Bewegung zu stigmatisieren. Die Quellen sprechen allerdings eine andere Sprache – die Politische Direktion der Podkarpatská Rus und auch die niederen Polizeibehörden waren durchaus in der Lage einzustehen, wenn sie mit ihrer These vom Zusammenhang zwischen kommunistischer und orthodoxer Bewegung falsch lagen. Polizeiliche Ermittler mussten häufig zugeben, dass sich ihr Kommunismusverdacht gegen orthodoxe Priester nicht erhärten ließ. In Gegenden mit starker orthodoxer Bewegung wurde viel kommunistisch gewählt, aber auch einige unierte Dörfer galten als „rot“.⁴² Die Kreisverwaltung Sevljuš (seit 1946: Vynohradiv) stellte im Februar 1924 fest, es gäbe zwischen Orthodoxie und Kommunismus keine ideelle Verbindung, zum Kommunismus tendierten eher die Landarbeiter als die landbesitzenden Bauern. Wo der Kommunismus Wurzeln geschlagen habe, herrsche wenig Sehnsucht nach der Orthodoxie und umgekehrt. Die Ineinssetzung beider Phänomene sei vor allem ein Propagandatopos des unierten Klerus, der auf diese Weise den Orthodoxen schaden wolle. Ähnlich äußerte sich Vizegouverneur Rozsypal, der Ende 1923 Petr Ehrenfeld in diesem Amt gefolgt war.⁴³ Rozsypal sah die Verantwortung für die Situation durchaus auch bei den tschechischen Behörden, denen es an Verständnis für die Nöte der lokalen Bevölkerung fehle.⁴⁴

Dennoch ging Rozsypal dem Zusammenhang systematisch nach. Schon kurz nach seinem Amtsantritt als Vizegouverneur fragte er bei den lokalen Behörden an, ob es sich bei der orthodoxen Bewegung nicht auch um versteckten Kommunismus handeln könne. Die Ämter meldeten daraufhin verschiedene Beobachtungen, etwa die, dass man es mit einer allgemeinen Proteststimmung zu tun habe, von der je nach Situation Kommunisten oder orthodoxe Missionare profitieren könnten,⁴⁵ dass Orthodoxe und Kommunisten die Ablehnung der Obrigkeit gemeinsam hätten,⁴⁶

⁴¹ NA PMR 626-263-141, Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 7.10.1921.

⁴² NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 9.4.1925 und 8.5.1925.

⁴³ Pop, Ivan: Podkarpatská Rus. Osobnosti její historie, vědy a kultury [Podkarpatská Rus. Persönlichkeiten ihrer Geschichte, Wissenschaft und Kultur]. Praha 2008, 219.

⁴⁴ NA PMR 626-263-142, Kreisamt Groß-Sevljuš an die Politische Direktion der Podkarpatská Rus, 11.2.1924; Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 29.5.1924, 4.

⁴⁵ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 26.2.1924; Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 29.5.1924.

⁴⁶ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, den Ministerrat und die Kanzlei des Präsidenten der Republik, 5.11.1923.

dass ganze Gruppen erst vom Uniatismus zur Orthodoxie und von dort weiter zum Kommunismus wanderten, wenn die Orthodoxie die Erwartungen enttäuschte. Letztere Beobachtung bezog sich auf das Dorf Neresnyca bei Tjačiv, wo 1921 die unierte Pfarre geplündert und der Bruder des unierten Priesters brutal überfallen und verletzt worden war. Drei Angreifer hatten Viktor Chyra insgesamt 73 Schnittwunden beigebracht, ihm orthodoxe Kreuze in Hände, Beine und die Brust geritzt.⁴⁷ Daraufhin beorderte der Vizegouverneur einen ständigen Polizeischutz für den unierten Priester und die Dorfkirche von Neresnyca. Die Orthodoxen sahen sich jetzt in ihrer Hoffnung getäuscht, die Kirche in Besitz nehmen zu können, und traten angeblich alle zum Kommunismus über.⁴⁸ Nach Auffassung der Behörden hatten in den unruhigen russinischen Regionen die Orthodoxen wenig mit der gleichnamigen Religion und die Kommunisten wenig mit der gleichnamigen politischen Lehre gemein, in der Regel wurden soziale Ursachen bzw. lokale Konstellationen für das Auftauchen beider Bewegungen verantwortlich gemacht.⁴⁹ Über das konkrete Zusammenwirken stellte die Politische Direktion der Podkarpatská Rus am Beispiel des Bezirks Dovhe fest:

Das Besetzen von Kirchen wird überall von den orthodoxen Priestern vorbereitet. In letzter Zeit wurde das Volk auch von kommunistischen Agitatoren dazu angespornt. Wie schon einige Male vom Landratsamt in Dovhe bemerkt worden ist, verbirgt sich hinter der orthodoxen Bewegung eine Bewegung bolschewistischen Typs. Das konnte man direkt nach der Besetzung von Kirchen hören, wenn die Menschen sich gegenseitig bestärkten: „Wenn wir die Kirchen nehmen konnten, dann nehmen wir uns auch die Pfarren, Weiden, Wälder und allmählich alles. Wir brauchen diese Beamten und Herren, die es hier gibt, nicht, sondern Menschen wie uns, die leben wie wir, die Bohnen und Kartoffeln essen.“ Die orthodoxen Priester sind ungebildet und verbreiten durch ihr Handeln und ihre Hetze die bolschewistische Idee.⁵⁰

Unter den kommunistischen wie unter den orthodoxen Agitatoren stellten ehemalige habsburgische Ostfront-Soldaten, die in Russland Verbrüderungserlebnisse mit russischen Soldaten gehabt hatten, eine wichtige Gruppe dar. Für manche lokalen Revolutionäre lagen Orthodoxie und Kommunismus offensichtlich nicht sehr weit auseinander, und sie setzten sich offen für die Orthodoxen ein. Auf einer kommunistischen Versammlung in Yl'nyca lenkte der Redner Ivan Mondok den Schwerpunkt auf die Vertreibung der „Herren“, mit denen er die Tschechen meinte, und betonte die Toleranz des Kommunismus gegenüber der Religion.⁵¹ Auf einer kommunistischen Antikriegsdemonstration in Iršava forderte der Redner Ivan Bodnar, statt Tschechen sollten Angehörige der autochthonen Intelligencija in den Behörden

⁴⁷ NA PMR 626-263-141, Schreiben des unierten Priesters Alexander Chyra an seinen Bischof Antonij Papp, 27. 6. 1921; Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 31. 7. 1921.

⁴⁸ NA PMR 626-263-141, Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 28. 6. 1922.

⁴⁹ NA PMR 842-505-222, Situationsbericht des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an den Ministerpräsidenten, 17. 9. 1923; NA PMR 626-263-142, Kreisamt Groß-Sevljuš an die Politische Direktion der Podkarpatská Rus, 11. 2. 1924.

⁵⁰ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 7. 4. 1924.

⁵¹ NA PMR 493-122-95, Bericht über eine kommunistische Versammlung in Yl'nyca [in der tschech. Quelle: Ilnice] am 13. 7. 1924.

eingestellt werden, und äußerte den nebulösen Satz: „Vom Westen kann man keine Befreiung erwarten, weil die Schrift die Ankunft der Befreiung aus dem Osten versprochen hat. Diese ist bereits in Russland.“⁵² Bei anderen Gelegenheiten bezeichnete er Jesus als „ersten Kommunisten“, den „die Bourgeoisie verkauft und ans Kreuz genagelt“ habe;⁵³ oder er freute sich auf den Tag, an dem die Revolution den unierten Klerus der Beamtenklasse zurechnen und enteignen werde, um seinen Besitz unter den Armen zu verteilen.⁵⁴ Im Kreisamt Sevljuš ging 1924 ein Drohbrief ein, in dem die Tschechen gewarnt wurden, nicht die Fehler der Ungarn zu wiederholen und die Orthodoxen zu bedrängen:

Achtung Herren! Denn eine Revolution kann leicht kommen, denn jetzt weiß jeder, was eine Revolution ist, und jetzt verhüte [sic] Gott. Hofft nicht auf die Armee, weil die Armee zum ersten Mal Macht über sich selbst haben wird. Und betet zu Gott, solange sie noch irgendwie gehorcht. Wisst, ihr Herren, dass diejenigen, die jetzt orthodox sind, nicht mehr zur Union zurückkommen werden; sie werden eher Revolutionäre, als zu den Katholiken zurückzukehren. Wohin ich nicht will, dorthin werdet auch ihr Herren mich nicht verheiraten.⁵⁵

Für den „kommunistischen“ Charakter der orthodoxen Bewegung machten die Behörden auch den orthodoxen Klerus verantwortlich. Während der Tenor dahin ging, dass die orthodoxen Priester aufgrund ihrer Unbildung nicht in der Lage seien, sich gegen die kommunistische Unterwanderung zu wehren, standen einzelne Priester in Verdacht, selbst aktiv kommunistische Propaganda zu betreiben.⁵⁶ Als kommunistisch unterwandert galt auch das erwähnte provisorische Priesterseminar in Buštyno.⁵⁷ Kommunisten wurden unter anderem verdächtigt, den Charakter der orthodoxen Bewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen, und zwar durch Finanztransfers. Eine zentrale Figur in diesem Prozess war der orthodoxe Tscheche Vladimír Krátký, der sich 1925 gemeinsam mit dem Priester Georgij Opalenik anschickte, eine eigene politische Partei als Sammelbecken für die Orthodoxen zu gründen. Gegenüber einem verdeckten Ermittler hatte Krátký zugegeben, seine Partei anderen politischen Kräften quasi zum Kauf angeboten zu haben, wobei die Kommunisten bei weitem die größte Summe aufbringen wollten, um mit den Orthodoxen ein politisches Bündnis schließen zu können. Vor seiner Karriere als orthodoxer Funktionär war Krátký wegen Veruntreuung von Parteigeldern aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.⁵⁸

⁵² NA PMR 493-122-95, Bericht über eine kommunistische Antikriegsdemonstration in Iršava am 3.8.1924.

⁵³ NA PMR 493-122-95, Bericht über eine kommunistische Versammlung in Velykyj Byčkov [in der tschech. Quelle: Veliki Bočkov], 5.10.1924.

⁵⁴ NA PMR 493-122-95, Bericht über eine kommunistische Versammlung in Solotvyno [in der tschech. Quelle: Marmaroška Solotvina], 25.1.1925.

⁵⁵ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 26.4.1924.

⁵⁶ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 22.9.1924.

⁵⁷ NA PMR 493-122-95, Innenministerium an das Bildungsministerium, 15.12.1924.

⁵⁸ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 18.6.1925 und 20.7.1925.

Auch Krátkýs Kompagnon, der Priester Opalenik, war eine schillernde Figur. Bis 1925 setzte er sich vehement dafür ein, das autochthone Element, dem er selbst angehörte, gegenüber dem russischen Klerus zu stärken und den Jurisdiktionsstreit hinter sich zu lassen. Seine Mission betrieb er unter anderem über Flugblätter, die er heimlich in Schulen verteilen ließ. Darin forderte er, die unierten Priester müssten aus den Dörfern vertrieben werden, denn sie seien unmoralisch und versoffen. Allerdings galt er in seiner orthodoxen Gemeinde in Saldoboš selbst als gierig und trunksüchtig. Nach etlichen Problemen in der Gemeinde – die Kirche war 1925 den Unierten zugesprochen worden, worauf sich ein Großteil der Unentschiedenen im Ort von der Orthodoxie abgewandt hatte und teils zur Union zurückkehren, teils zum Adventismus weiterwandern wollte – erklärte Opalenik öffentlich, er habe die unierte Kirche niemals verlassen, und stellte einen Antrag auf Aufnahme in den unierten Klerus.⁵⁹

Das Profil der orthodoxen Anführer

Bis in die späten zwanziger Jahre war jeder orthodoxe Priester praktisch automatisch Missionar, denn die Bewegung war auf Wachstum angelegt. Häufig wirkten orthodoxe Priester über ihre eigene Gemeinde hinaus auf Nachbardörfer, motiviert von der Vorstellung, dass auf diese Weise schließlich alle Russinen zu ihrem „eigentlichen“ Glauben zurückkehren würden. Daneben gab es Anführer der orthodoxen Bewegung, die nicht dem Klerus angehörten, sondern ihren Lebensunterhalt in der Regel in der Land- und Forstwirtschaft verdienten. Aufgrund des niedrigen Organisationsgrads der orthodoxen Bewegung bis etwa 1926 ist es sicherlich gerechtfertigt, summarisch von einer Gruppe von „Anführern“ zu sprechen. Diese hob sich vom Rest der orthodoxen Bewegung vor allem dadurch ab, dass sie aktiv für die Ausbreitung der Orthodoxie kämpfte und so herausragenden Einfluss auf die Bewegung nahm.

Unter den Anführern fanden sich sehr unterschiedliche Persönlichkeiten. In den frühen zwanziger Jahren kam der Klerus vor allem aus dem Ausland, wobei sich zwei Typen von „Ausländern“ gegenüberstanden: einerseits Russinen, die in den USA zur Orthodoxie konvertiert und nach 1918 in die Heimat zurückgekehrt waren, andererseits russische Emigranten, die nach dem traumatischen Erlebnis der Revolution einen neuen Lebensinhalt suchten. Die Behörden werteten beide Gruppen äußerst negativ; die Russen wurden des Irredentismus verdächtigt und die „Ausländer“ insgesamt der Verantwortungslosigkeit, was die Gewalthaftigkeit der Bewegung verstärkte.⁶⁰ Der Verdacht gegen die Flüchtlinge aus der Sowjetunion speiste

⁵⁹ NA MŠANO 2078-47VII-3909, Politische Direktion der PR an das Bildungsministerium, 2.3.1925; NA MŠANO 2049-47III-3884, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an MŠANO, 20.5.1925; NA PMR 626-263-143, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, das Präsidium des Ministerrats, die Kanzlei des Präsidenten der Republik, MŠANO, 23.1.1926, 17.4.1926.

⁶⁰ NA PMR 626-263-141, Vorschläge Miloš Červinkas zur Organisation der Orthodoxie in der Slowakei und der Podkarpatská Rus, 17.5.1922, 1; Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 19.4.1923; Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 12.5.1923, S. 4; NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 20.2.1924; MŠANO an das Innenministerium, 16.6.1924.

sich aus der Tatsache, dass viele von ihnen überzeugt waren, in den Russinen einen versprengten Teil des russischen Volkes vor sich zu haben, der nun, nach jahrhundertelangen ungarisch-katholischen Attacken, wieder zu seiner „wahren“ Identität zurückfinde. Dieser Ansicht entsprechend waren die Publikationen der Orthodoxen (abgesehen von Flugblättern) ganz überwiegend in Standardrussisch gehalten, was in eigenartigem Widerspruch zur Behauptung der Orthodoxen stand, die „eigentliche“ Volkskirche in der Region zu sein.⁶¹ Trotz dieser aus staatlicher Sicht problematischen Tendenz hatten die russischen Missionare gegenüber vielen einheimischen Protagonisten den Vorteil, dass viele von ihnen im Zarenreich eine reguläre theologische Ausbildung absolviert hatten, sich stärker auf Priesteraufgaben im engen Sinne konzentrierten und sich bei lokalen Gewaltausbrüchen wenig exponierten. Als beispielhaft für dieses Profil können Vsevolod Kolomackij in der Podkarpatská Rus und Vitalij Maksimenko⁶² in der Ostslowakei gelten, wogegen im Falle von Bischof Veniamin Fedčenkov die Behörden zu dem Schluss kamen, er wiegele das Volk gegen den Staat auf, und ihn nach kurzer Tätigkeit im Mai 1924 des Landes verwiesen.⁶³

Eher mäßigend wirkten die Emissäre der Serbischen Orthodoxen Kirche, von denen die meisten eine russische Ausbildung im späten Zarenreich durchlaufen hatten. Auch sie gingen von einer im Kern russischen Identität der Podkarpatská Rus aus und verstanden sich als Sachwalter der durch Bolschewismus und Repression handlungsunfähig gewordenen Russischen Orthodoxen Kirche. Darüber hinaus fühlten sie sich der jugoslawisch-tschechoslowakischen Freundschaft verpflichtet und wollten trotz teils heftiger Kritik an der tschechischen Herrschaft in der Provinz nichts unternehmen, was den öffentlichen Frieden gefährdete. Die Bischöfe Dositej Vasić, Serafim Jovanović, Josif Cvijović, Irinej Ćirić und Damaskin Grdanički, die nacheinander die serbische Mission in der Podkarpatská Rus leiteten, teilten wie die Russen das Geschichtsbild und die Grundziele der Bewegung, waren aber daran interessiert, die Bewegung in geordnete und friedliche Bahnen zu lenken – nicht nur aus Prinzip, sondern auch um die Sympathien der Prager Regierung zu erringen und so die konkurrierenden „Konstantinopolitaner“ leichter ausschalten zu können.⁶⁴

⁶¹ Das orthodoxe Zentralorgan „Pravoslavnaja Karpatskaja Rus“ beschwerte sich 1929, dass sich das vorwiegend tschechische Personal in den Standesämtern weigere, bei den Orthodoxen als Nationalität und als Muttersprache „russisch“ einzutragen, und stattdessen unabhängig von den Wünschen der Betroffenen „russinisch“ notiere. Načalstvo i porjadok v urjadach [Leitung und Ordnung in den Ämtern]. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 3 vom 1.2.1929, 3. – Die offizielle Sprachpolitik schwankte zwischen Russisch, Ukrainisch und einem nicht näher definierten Russinisch, wobei letztere zunehmend bevorzugt wurden. Ausführlich dazu Ševčenko: Rusiny i mežvoennaja Čechoslovakija (vgl. Anm. 2); kurz und knapp Švorc: Zakletá zem 221 f. (vgl. Anm. 2).

⁶² NA PMR 626-263-142, Pravoslávne hnutie [Die orthodoxe Bewegung], 23.5.1924.

⁶³ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, den Ministerrat und die Kanzlei des Präsidenten der Republik, 13.10.1923; NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 7.4.1924. – Marek/Bureha: Pravoslavní v Československu v letech 1918-1953, 316-319 (vgl. Anm. 1).

⁶⁴ NA PMR 626-263-141, Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 11.8.1922; NA PMR 626-263-143, Botschaft der ČSR in Belgrad an das Außenministerium, 15.6.1926;

Unter den russinischen Rückkehrern aus den USA waren einige „aggressive“ Missionare wie Afanasij Hubiak, der als US-Staatsbürger den Behörden immer wieder damit drohte, die internationale Öffentlichkeit gegen die Tschechoslowakei zu mobilisieren. Das US-Exil steuerte auch Mittel für orthodoxe Propaganda und für den Lebensunterhalt der Priester bei, damit diese ihre Dienste „billiger“ als der unierte Kollege bzw. kostenlos anbieten konnten.⁶⁵ Versuche zur Gewinnung einheimischer Priester verschoben zwar den Schwerpunkt zugunsten der Autochthonen, allerdings änderte sich wenig am Führungsproblem. Ausländische Kleriker wurden ab 1924 häufiger des Landes verwiesen,⁶⁶ aber die im Schnellverfahren zu Priestern erhobenen russinischen Bauern zeigten sich oft unfähig oder nicht willens, die Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken.

Dies wird vor allem bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen um Kirchengebäude deutlich. Nach den Beobachtungen der Polizei verliefen orthodoxe Kirchenbesetzungen in der Regel so, dass ein Volksauflauf bzw. eine größere Gruppe von Frauen und Kindern den orthodoxen Priester buchstäblich in die Dorfkirche zerrte und ihn zwang, dort einen Gottesdienst zu feiern. Im Anschluss verbarrikadierten sich dann orthodoxe Gläubige mit oder ohne ihren Priester in der Kirche. Es folgte eine Anzeige des unierten Bistums bei den Behörden, worauf die Gendarmerie in das Dorf einrückte, um die Besetzer aus der Kirche zu werfen. Die Besetzer(innen) ließen dann häufig die Kirchenglocken läuten, worauf die Männer von den Feldern angelaufen kamen und die Gendarmen mit Steinen, Mistgabeln oder ähnlichem bedrohten.⁶⁷ Jetzt schlug die Stunde der „laikalen“ Anführer, die der Menge die Stoßrichtung vorgaben und sich häufig durch Provokationen gegenüber der Polizei profilierten. Bei manchen von ihnen stellte die Polizei auch Feuerwaffen sicher, z. B. Gewehre oder Handgranaten.⁶⁸ In den meisten Fällen reichte es, wenn die Gendarmen Warnschüsse in die Luft abfeuerten, um die Menge zu zerstreuen. In anderen aber griffen die Polizisten – so heißt es zumindest in ihren Berichten – zur Notwehr und schossen auf die Angreifer, wobei es Verletzte oder auch Tote gab. Auf Aufrufe der Polizei, die verletzten Dorfbewohner sollten sich melden und ärztlich versorgen lassen, reagierte in der Regel niemand, was auf ein großes Misstrauen der Dorfbewohner gegenüber der Polizei schließen lässt.

Zivilverwaltung der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 2. 2. 1927; Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 25. 2. 1927.

⁶⁵ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 12. 5. 1923; Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 10 vom 1. 11. 1928, 2; Bor'ba za cerkov' [Kampf um die Kirche]. In: Blagovestnik 6 (1923) Nr. 3, 85-89, hier 86; NA MŠANO 2034-47I+země-3822, Referat des MŠANO in Bratislava an MŠANO, 28. 7. 1923.

⁶⁶ NA PMR 626-263-142, MŠANO an das Innenministerium, 16. 6. 1924.

⁶⁷ Zum Beispiel: NA PMR 626-263-141, Bezirksvorsteher von Mukačevo an die Zivildirektion der Podkarpatská Rus [über einen Vorfall im Dorf Rus'ke], 22. 7. 1922; Polizei Chust an die Landespolizeikommandatur für die Podkarpatská Rus [über einen Vorfall in Kopašnov], 2. 4. 1923; Zivildirektion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat [über einen Vorfall in Dubrovka], 19. 4. 1923.

⁶⁸ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, den Ministerrat und die Kanzlei des Präsidenten der Republik, 25. 9. 1923; Polizei Chust an die Landespolizeikommandatur für die Podkarpatská Rus, 2. 4. 1923; Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 22. 1. 1923.

Regelmäßig wurden nach solchen Vorfällen auch die orthodoxen Priester befragt. Meistens rechtfertigten sie sich, „das Volk“ habe es so gewollt und sie selbst seien dem kollektiven Willen gegenüber machtlos.⁶⁹ Die Behörden glaubten diese Version oft nicht und vermuteten stattdessen, dass es sich hier um ein abgesprochenes Arrangement handelte, mit dem die Rolle bestimmter Protagonisten verschleiert werden sollte. Frauen und Kinder würden gezielt eingesetzt, damit die Gendarmerie vor Gewaltanwendung zurückschreckte und man sie im gegenteiligen Fall auf internationalen Foren wie vor dem Völkerbund der Brutalität gegenüber wehrlosen Personen beschuldigen konnte. In der Regel konnte dieser Verdacht allerdings nicht bewiesen werden, vielmehr traten Frauen mitunter selbst als Gewalttäterinnen in Erscheinung, die sich an Prügeleien beteiligten und auch mit Mistgabeln umzugehen wussten.⁷⁰

So bleibt insgesamt der Eindruck, dass der niedere Klerus häufig Dinge geschehen ließ und dass dieses Geschehen von laikalen Anführern und von kollektiven Dynamiken bestimmt wurde. Ähnliches lässt sich über das weit verbreitete Phänomen des Terrors gegen die in orthodoxen Dörfern verbliebenen unierten Minderheiten sagen. Auch hier traten die orthodoxen Priester selten in Erscheinung. Anschläge auf Pfarrhäuser, Angriffe auf den unierten Priester, seine Familie und alle, die zu ihm hielten, dienten offenbar dem Ziel, die unierten Gemeinschaften vollkommen auszulöschen und auf dieser Grundlage leichter Anspruch auf das unierte Eigentum erheben zu können.⁷¹ Die tschechischen Behörden leisteten dieser Entwicklung bis etwa 1923 Vorschub, indem sie sich in Gemeinden mit orthodoxer Mehrheit für eine Mitnutzung des Kirchengebäudes durch die Orthodoxen einsetzten bzw. das unierte Eigentum komplett an die Orthodoxen überschrieben, wenn in einer Gemeinde keine Unierten mehr lebten.⁷² Dann aber wurde dieser Kurs korrigiert und unierte Rechtstitel in jedem Fall verteidigt – mit Erfolg, denn in den orthodoxen Gemeinschaften verbreitete sich die Einsicht, dass Gewalt letztlich zu nichts führe und man stattdessen mit einem harten Kern wirklich an der Orthodoxie Interessierter an den friedlichen Aufbau von Gemeindestrukturen gehen müsse.

⁶⁹ NA PMR 626-263-141, Bericht über die orthodoxe Agitation in Bilky, 19.8.1920; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3914, Innenministerium an das Bildungsministerium, 2.7.1922.

⁷⁰ NA MŠANO 2049-47III+země-3883, Dokument MŠANO Nr. 154775 v. 30.11.1923; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3916, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an MŠANO, 27.2.1924; NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 5.12.1924.

⁷¹ NA PMR 626-263-141, Schreiben des unierten Bischofs Antonij Papp an den Ministerpräsidenten, 23.4.1921; an Außenminister Beneš, 1.7.1921; Überblick über die Tätigkeit der orthodoxen Bevölkerung im Jahr 1921, 13.1.1922; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3914, Innenministerium an das Bildungsministerium, 2.7.1922; Hausmitteilung, 23.1.1923; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3914, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Bildungsministerium, 18.11.1924.

⁷² NA PMR 626-263-141, Protokoll der Sitzung beim Vizegouverneur der Podkarpatská Rus am 8.3.1923; Schreiben des unierten Bischofs Antonij Papp an das Innenministerium, 23.4.1923; NA PMR 842-505-222, Situationsbericht des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus an den Ministerpräsidenten, 1.11.1923.

Religionisierung – der Beitrag der Missionare

In den lokalen Kämpfen zwischen Orthodoxen, Unierten und der tschechoslowakischen Gendarmerie ließ praktisch nichts darauf schließen, dass Glaubensüberzeugungen im engeren Sinne im Spiel waren. Die Polizeiberichte notierten regelmäßig, welche Losungen das Volk skandiert und wie sich die militanten Anführer geäußert hatten. Viel war von „Herren“ die Rede, die man vertreiben müsse, üblich waren auch Beschimpfungen (mitunter gar Todesdrohungen) an die Adresse der Gendarmerie. Als die Polizei am 2. Januar 1926 in Rachiv einrückte, um die Dorfkirche dem unierten Bistum zurückzugeben, floh ein orthodoxer Aktivist mit einer Axt auf den Kirchturm und drohte den ihn verfolgenden Gendarmen, ihnen die Köpfe abzuschlagen. Sein Kollege Ivan Vorochta schrie bei seiner Verhaftung,

[...] dass die Gendarmen Schweine sind und dass es besser wäre, wenn hier Ungarn und Rumänen wären, dass die Gendarmen arbeiten gehen sollen, anstatt zu faulenzten und dafür 3000 Tschechoslowakische Kronen im Monat zu kassieren, dass es hier überhaupt keine [richtigen] Gendarmen gäbe und dass sie ihn lebendig nicht fangen würden, auch wenn 500 Gendarmen kämen. Weiter schrie er, die Gendarmen seien Verbrecher, und stachelte das Volk von neuem an, die Gendarmen anzugreifen, keine Steuern zu zahlen. [...] Stefan Vorochta schrie bis zur Heiserkeit, die Gendarmen seien tschechische Schweine, Verbrecher und keine Gendarmen, sondern Zigeuner.⁷³

Vom wahren oder falschen Glauben war dagegen nichts zu hören, weder vom Papsttum noch vom „Filioque“⁷⁴ oder anderen Standardfragen orthodox-katholischer Auseinandersetzungen. Obwohl die Orthodoxen eindeutig Anspruch auf die Kirchen mitsamt Inventar erhoben, behandelten manche von ihnen dieses Eigentum nicht immer rücksichtsvoll, sondern plünderten, beschädigten oder zerstörten es. Pfarrhäuser und Kirchen waren meist aus Holz erbaut und fielen, wenn sich der Kampf nicht leicht entscheiden ließ, immer wieder Brandstiftungen zum Opfer.⁷⁵ Als es der Polizei im April 1925 gelang, die orthodoxe Besetzung der Kirche von Jasyňa zu beenden, mussten sich die Beamten beim Betreten des Gotteshauses die

⁷³ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 8.1.1926. Weitere Fälle siehe unter: Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 1.12.1925; NA PMR 626-263-143, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 11.5.1926.

⁷⁴ Die Filioque-Kontroverse zählt zu den wichtigsten Streitpunkten zwischen Ost- und Westkirche seit dem frühen Mittelalter. Das Erste Konzil von Konstantinopel (381) hatte beschlossen, dass der Heilige Geist vom Vater ausgehe. In der Westkirche setzte sich dennoch die Auffassung durch, dass der Heilige Geist vom Vater und vom Sohn (filioque) herrühre; maßgeblich war insbesondere das Dritte Konzil von Toledo im Jahr 589. Viele griechische Theologen fassten den Zusatz zum Glaubensbekenntnis als „Verunreinigung“ auf, ihre westlichen Kollegen dagegen verstanden ihn als „Präzisierung“ des Glaubens, welche durch die Umstände der Zeit notwendig geworden sei. Historisch gesehen war das „filioque“ die Antwort der lateinischen Kirche auf den Arianismus, welcher die göttliche Natur Christi bezweifelte. Der Arianismus war unter den germanischen Herrschern des Frühmittelalters sehr verbreitet. Vgl. Oberdorfer, Bernd: Filioque. Geschichte und Theologie eines ökumenischen Problems. Göttingen 2001.

⁷⁵ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 27.5.1925 und 29.6.1925; NA MŠANO 2049-47III+země-3883, Meldung der Polizeistation Iza, 19.4.1937.

Nase zuhalten: „Die Kirche war verunreinigt, weil die Orthodoxen ihre Notdurft dort verrichtet hatten, aber Schaden war dadurch nicht angerichtet worden.“⁷⁶

Die Missionare bemühten sich von Beginn an, den Unmut religiös zu deuten, d. h. aus einer Auseinandersetzung zwischen dörflicher Mittelschicht und Landproletariat einen Streit um die wahre Kirche zu machen. Da sich das religiöse Motiv aber fast nie aus der Szenerie vor Ort ergab, musste die Kirchenpresse erhebliche Deutungsarbeit leisten. Zentral in diesem Prozess war die Zeitschrift „Pravoslavnaja Karpatskaja Rus“, die Erzpriester Vsevolod Kolomackij zwischen 1928 und 1934 im Dorf Rus'ke produzierte. Kolomackij und sein Redaktionskreis, zu dem im Wesentlichen die gebildeteren Priester serbischer Jurisdiktion gehörten, lieferten jenen Überbau nach, der den Auseinandersetzungen vor Ort fehlte. Sie arbeiteten die Behauptung, das Volk sei „schon immer orthodox“ gewesen, in Essayserien zu einem detaillierten Geschichtsbild aus. Um dieses Geschichtsbild auch unter die Menschen zu bringen, ersann Kolomackij 1927 einen Call for papers, mit dem er Beiträge für eine kritische „Geschichte der griechisch-katholischen Union in den Karpaten“ einwarb. Ausdrücklich verwies er in der Ausschreibung darauf, die Autoren sollten nicht nur Ereignisse rekonstruieren, sondern auch die versteckte Absicht hinter der Union und das unehrliche Verhältnis des unierten Klerus zur „russischen“ Kultur darstellen. Offenbar hatte Kolomackij für sein Projekt eine reich sprudelnde Finanzierungsquelle aufgetan: Autoren versprach er ein Preisgeld von 1000 Tschechoslowakischen Kronen (mehr als das Monatsgehalt eines Dorflehrers!⁷⁷), außerdem sollte der Band – trotz aufwändiger Ausstattung mit Illustrationen – zu einem erschwinglichen Preis in großer Zahl unter das Volk gebracht werden.⁷⁸

Im September veröffentlichte die Zeitschrift einen Artikel über den Beginn der orthodoxen Bewegung im Dorf Iza bei Chust, wo sich schon 1901 die ersten Bewohner von der Union losgesagt hatten. Den Bauern von Iza sei es nur um den Glauben gegangen. Trotz der materiellen Bedrückung durch die Unierte Kirche hätten sie sich für diesen Aspekt nicht interessiert, sondern sich mit ihrem unierten Priester über das „Filioque“ gestritten. Die ungarischen Behörden hätten die Orthodoxen dafür nicht nur zu Gefängnisstrafen verurteilt, sondern sie auch geschlagen, verspottet und gequält – etwa dadurch, dass sie sie nachts mit kaltem oder heißem Wasser übergossen hätten.⁷⁹ Ob nun diese Version stimmte oder vielmehr die unier-

⁷⁶ NA MŠANO 2049-47III-3884, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Bildungsministerium, 18.4.1925.

⁷⁷ Das Jahresgehalt eines Dorflehrers in der Podkarpatská Rus betrug 10000 Kronen, das Mindestgehalt von Priestern wurde im Kongrua-Gesetz von 1926 auf 9000 Kronen festgesetzt. Vgl. Švorc: Zakletá zem 128 (vgl. Anm. 2).

⁷⁸ Der Aufruf richtete sich auch an die Orthodoxen in der Ostslowakei. Dazu: Pravoslavnaja lemkovščina. Zbornik materialov o pravoslavnom dviženii na Lemkovščine [Das orthodoxe Lemken-Gebiet. Sammelband zur orthodoxen Bewegung in der Lemkovščina]. Lado-mirova 1928, 11.

⁷⁹ Iz istorii vozstanovlenija Pravoslavnoj verry v južno-karpatskoj Rusi [Aus der Geschichte der Wiederherstellung des orthodoxen Glaubens in der südlichen Karpaten-Rus']. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' vom 17.9.1929, 2 und vom 1.11.1929, 2.

te, wonach die Menschen in Iza von russischen Spionen aufgehetzt worden waren, die Ungarn durch slawische Irredenta schwächen wollten⁸⁰ – der Gegensatz des hier konstruierten Geschichtsbildes zur (auch in Iza) gewaltgeladenen Realität der zwanziger Jahre war ganz offensichtlich.

„Pravoslavnaja Karpatskaja Rus“ führte theologische Polemiken gegen den unierten Klerus, kritisierte ihn für katholische Neuerungen, wobei allerdings der Nexus zur anti-unierten Stimmung der Bevölkerung vor Ort sehr vage blieb. Beim Leser musste der Eindruck entstehen, dass sich das „falsche Leben“ der unierten Pfarrer mehr oder weniger zwangsläufig aus einer „falschen Lehre“ ergeben hatte.⁸¹ Hinter dem Schutzmantel der Behauptung, das Volk sei „eigentlich“ orthodox, arbeitete die Zeitschrift eifrig daran, diese Eigentlichkeit überhaupt erst herzustellen. Dazu gehörten häufige und intensive Belehrungen der Leserschaft darüber, was Orthodoxie, orthodoxe Theologie, orthodoxe Kirchenmusik und -architektur ausmache. Einige dieser Texte mit Manifestcharakter wirkten vor dem Hintergrund der realen Geschehnisse geradezu absurd. So schrieb Kolomackij im Juni 1928, zu den größten Stärken der Orthodoxie gehöre neben der dogmatischen Wahrheit die Tatsache, dass sie niemals mit Gewalt eingeführt, sondern stets freiwillig von den Menschen angenommen worden sei⁸² – eine Verhöhnung jener Menschen, die in den tschechischen Polizeiberichten immer wieder als Opfer „orthodoxen“ Terrors beschrieben wurden.

Konversionserzählungen, in welchen die Menschen individuell beschreiben, wie sie ihren „wahren Glauben“ wiederentdeckt haben, hätten den religiösen Charakter der Bewegung glaubhaft demonstrieren können. Aber offensichtlich standen sie der Redaktion der „Pravoslavnaja Karpatskaja Rus“ nicht zu Verfügung – anderenfalls wären sie wohl publiziert worden. Ich habe in der Zeitschrift nur eine einzige Konversionserzählung finden können, und zwar die eines greisen russinischen Bauern aus der Ostslowakei, der berichtete, wie er 1895 nach Pennsylvania ausgewandert war, wo ihm zufällig ein orthodoxes Buch über die Geschichte der Union in die Hände kam, das zuerst Zweifel an der unierten Kirche und wenig später seinen Übertritt zur Orthodoxie auslöste.⁸³

Ein weiteres Mittel zur Verfestigung der orthodoxen Identität war, die sozialen Unterschiede zwischen der orthodoxen und der unierten Gemeinschaft theologisch-anthropologisch zu verabsolutieren. So schrieb Aleksij Sivak, ein orthodoxer Aktivist aus der Ostslowakei, im Dezember 1928 über die Unierten:

Sie haben eine ganz andere Lehre und Richtung. Die Lehre ist eine irdische, neue, zeitweilige. Sie haben den Herrn Jesus Christus gegen den römischen Papst getauscht, den sie für einen

⁸⁰ *Stankaninec*, Ju.: Ščo bulo v Ize [Was in Iza geschehen ist]. In: *Blagovestnik* 17 (1934) Nr. 14, 105-107.

⁸¹ *Gibel'nye posledstvija unii* [Die fatalen Folgen der Union]. In: *Pravoslavnaja Karpatskaja Rus'* Nr. 2 vom 17. 4. 1928, 4.

⁸² *Kolomackij*, Vsevolod: V čem sila Pravoslavija, a slabost' unii na Karpatskoj Rusi [Worin die Stärke der Orthodoxie und die Schwäche der Union in der Karpaten-Rus' besteht]. In: *Pravoslavnaja Karpatskaja Rus'* Nr. 5 vom 18. 6. 1928, 2.

⁸³ *Kokoš*, Michail: Kak ja poznal pravoslavie [Wie ich die Orthodoxie kennengelernt habe]. In: *Pravoslavnaja Karpatskaja Rus'* Nr. 10 vom 1. 11. 1928, 2.

Heiligen und Halbgott halten, der ihnen die Absolution erteilt. [...] Sollen die Söhne der Griechisch-Katholiken im Luxus leben und wir in Armut. Sie haben die Ehre, den Stolz, wir streben nach Demut. Sie denken an den weltlichen Ruhm, aber wir werden uns an den himmlischen Ruhm erinnern. Sie sind reich, wir arm. Aber selig sind die geistig Armen.⁸⁴

In einem weiteren Artikel gestand Sivak dann allerdings indirekt ein, dass die schroffe Dichotomie, die er entworfen hatte, wenig mit der Wirklichkeit zu tun hatte. Er warnte seine Leser, es sei zu wenig für einen Orthodoxen, einfach nur die Union abzulehnen und weiterzuleben wie bisher: Man müsse die frühere Zugehörigkeit zur Union persönlich bereuen, viel beten und fasten, Nächstenliebe zeigen und regelmäßig in die Kirche gehen⁸⁵ – Dinge, die er offensichtlich vermisste und von denen auch staatliche Quellen wenig zu berichten wussten.

Der Versuch der „Orthodoxierung“ der Orthodoxen gipfelte 1929 in der Gründung der Bruderschaft des hl. Vladimir (Svjato-Vladimirskoe bratstvo), die sich um die innere Mission, die Aktivierung der Laien und die Heranbildung einer eigenen orthodoxen Bildungsschicht kümmern sollte. Das Ziel präziserte „Pravoslavnaja Karpatskaja Rus“ folgendermaßen:

Von den Ablagerungen der römischen Union soll keine Spur bleiben. Die Unierten haben daran gearbeitet, die Spuren der Orthodoxie zu beseitigen, und wir sollen an der Befreiung von den schandhaften Spuren der römisch-unierten Irrlehre arbeiten.⁸⁶

Das Bedürfnis nach Abgrenzung war so groß, dass selbst die Hilfe aus Belgrad nicht mehr orthodox genug erschien. So konstatierte der russische Emigrant Ivan Gardner im April 1930, die Serben betrieben in ihren Priesterseminaren zu wenig „entlarvende Theologie“ (obličitel'noe bogoslovie), d.h. sie schulten ihre Priester nicht genug in der Polemik gegen den Katholizismus. Dem könne nur durch die Gründung eines eigenen Seminars in den Karpaten abgeholfen werden.⁸⁷

Derartiges Reden verwies scheinbar auf ein serbisches, meinte aber ein russinisches Problem: die Tatsache, dass viele Neuorthodoxe in den Karpaten weiterhin ihren Glauben so praktizierten und verstanden, wie sie es aus ihrer unierten Vergangenheit gewohnt waren. Die Bruderschaft des Heiligen Vladimir beschwerte sich 1930, die Architektur neu erbauter orthodoxer Kirchen entspreche vielerorts nicht dem „orthodoxen Stil“, der Gottesdienst, die liturgische Praxis sei von katholischen bzw. unierten Elementen „verunreinigt“. Das Volk müsse sich von seinen Gewohnheiten trennen und eine rein orthodoxe Kultur aufbauen.⁸⁸ An anderer Stelle hieß es,

⁸⁴ Sivak, Aleksij: Pravoslavnym christianam prjaševkoj Rusi ot central'nago komiteta [Das Zentralkomitee an die orthodoxen Christen der Rus' von Prjaševo]. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 14 vom 25.12.1928, 1.

⁸⁵ Sivak, Aleksij: Čto značit byt' pravoslavnym [Was es bedeutet, orthodox zu sein]. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 3 vom 1.2.1929, 3.

⁸⁶ Zadači Bratstva Sv. Vladimira [Die Aufgaben der Bruderschaft des hl. Vladimir]. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 15 vom 1.8.1929, 2.

⁸⁷ Gardner, Ivan: Nužna-li Karpatskoj Rusi svoja Duchovn. Seminarija? [Braucht die Karpaten-Rus' ein eigenes geistliches Seminar?] In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 7 vom 1.4.1930, 2.

⁸⁸ O Svjato-Vladimirskom bratstvė [Über die Bruderschaft des heiligen Vladimir]. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 13 vom 2.7.1930, 2 f.

viele orthodoxe Gemeinden folgten weiter ihren alten Kirchenbüchern, die voll waren von „lateinischen Irrtümern“ wie Filioque, Unfehlbarkeit des Papstes, Fegefeuer, unbefleckte Empfängnis usw.⁸⁹ Deutlicher konnte man nicht sagen, dass die angeblich „angeborene“ Orthodoxie in der Praxis erst erzeugt werden musste.

Was die orthodoxen Missionare eher verschämt eingestanden, beschrieben staatliche Stellen deutlicher. Sie registrierten Konflikte zwischen orthodoxen Gemeinden und ihren Priestern, weil letztere gegen den traditionellen, durchaus katholisch geprägten Moralkodex verstießen, der nach wie vor Gültigkeit besaß. Der russische Emigrant und Priester Vladimir Potapov machte sich in seiner Gemeinde Kryva bei Chust unbeliebt, weil er relativ liberal mit der Scheidung von Ehen verfuhr, die seine Gläubigen als unauflöslich betrachteten. Der Konflikt war folgenreich, denn Potapovs Wohnung wurde nachts von Unbekannten mit Steinen angegriffen, und in kurzer Zeit hatte er die Mehrzahl seiner Gläubigen wieder an die unierte Konkurrenz verloren. Ähnliche Probleme in der Scheidungsfrage hatte sein ebenfalls aus Russland stammender Kollege Ivan Černjavin, welcher im Dorf Kalina doppelt Anstoß erregte, weil er zwei scheidungswilligen Eheleuten nicht nur ihren Wunsch erfüllt, sondern dafür offenbar auch ein Bestechungsgeld kassiert hatte.⁹⁰

Rückkehr zur Union, oder: Der Markt ändert sich, die Regeln bleiben

Am 12. August 1925 stellte eine orthodoxe Priesterversammlung in Mukačevo alarmiert fest, dass das Wachstum der Bewegung gestoppt sei und stattdessen ein Rückgang eingesetzt habe.⁹¹ Zwar konnten auch jetzt noch neue Gemeinden entstehen, aber gleichzeitig setzte eine Rückwanderung zur unierten Kirche ein. In den staatlichen Dokumenten finden sich keine grundsätzlichen Analysen dieses Phänomens, indessen ist aber eine Fülle von Fällen dokumentiert, in denen die Menschen gruppenweise in ihre alte Kirche zurückkehrten, die sie wenige Jahre zuvor verlassen hatten. Die Gründe waren vielfältig, stützen aber ein weiteres Mal die These, dass religiöse Motive eine geringe Rolle spielten.

Das Kirchenvolk machte vielerorts die Erfahrung, dass auch orthodoxe Priester materielle Bedürfnisse hatten, für welche die Gemeinden zum Teil einstehen mussten. Da die tschechoslowakische Regierung sich entschieden hatte, das Eigentum der Unierten Kirche zu verteidigen, und den Orthodoxen stattdessen anbot, sie beim Bau eigener Kirchen zu unterstützen, kamen auf viele orthodoxe Gemeinden Kosten und Mühen zu. Einzelne Gläubige und ganze Dorfgemeinschaften machten ihre Entscheidung für die Orthodoxie aus mehr oder weniger pragmatischen Erwägungen rückgängig. So baten Orthodoxe auf dem Totenbett, ihre letzte Absolution und

⁸⁹ Pravoslavnaja Misija na Prjaševskoj Rusi: Pravoslavnomu duhovenstvu Karpatskoj, Prjaševskoj i Amerikanskoj Rusi [Die orthodoxe Mission in der Rus' von Prjaševo: An die orthodoxe Geistlichkeit der Rus' in den Karpaten, im Gebiet Prjaševo und in Amerika]. In: Pravoslavnaja Karpatskaja Rus' Nr. 19 vom 1.10.1930, 1.

⁹⁰ NA MŠANO 2081-47VII+obce-3914, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an MŠANO, 25.2.1925; Politische Direktion an das Justizministerium, 27.5.1925.

⁹¹ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 14.8.1925.

Kommunion von einem unierten Priester zu empfangen, weil sie sonst nicht auf dem (uniert gebliebenen) Dorffriedhof hätten beerdigt werden können.⁹²

In vielen Dörfern schrumpften die orthodoxen Gemeinschaften zusammen, nachdem Gerichte entschieden hatten, dass die Dorfkirche Eigentum des unierten Bistums bleibe. Die Bewohner von Velyki Lučky bei Mukačevo begründeten diesen Schritt „damit, dass die Kirche ihre Großväter viel Geld gekostet habe und dass die ihnen angebotenen orthodoxen Priester mehr oder weniger ungebildet und Analphabeten seien. Auch würden sie dann angeblich weniger häufig fasten müssen.“⁹³ Ein wichtiges Rückkehrmotiv war zudem die Angst der Orthodoxen, nach verlorenen Prozessen um das Kircheneigentum die Gerichtskosten tragen zu müssen.⁹⁴

Die unierte Kirche war teilweise mit einer neuen Personalpolitik erfolgreich, d. h. sie besetzte verwaiste Pfarren oder tauschte unbeliebte Priester durch beliebte Nachfolger aus, zum Teil mit durchschlagendem Erfolg.⁹⁵ Aber sie setzte auch unfeinere Mittel ein. Das Bezirksamt von Sevljuš meldete 1923, dass die unierte Kirche Schmiergelder zahle, um Orthodoxe zur „Rückkonversion“ zu bewegen – das Geld dazu stamme aus Ungarn bzw. vom unierten Bischof Antonij Papp.⁹⁶ In manchen Orten, wie etwa in Vil'chivci bei Tjačiv, war es der lokale unierte Klerus, der mit Geldgeschenken versuchte, die Rückkehrbereitschaft zu erhöhen.⁹⁷

Viele orthodoxe Priester konnten ihr anfängliches Versprechen, „billiger“ als der unierte Kollege zu sein, langfristig nicht halten. Äußere Finanzierungsquellen, etwa aus dem amerikanischen Exil, stellten sich als unzureichend heraus. Ihre Dienste wurden oft in dem Maße teurer, wie sich ihre Ansprüche verfestigten, sie Familien gründeten usw. Hinzu kam, dass die Orthodoxen entgegen anfänglicher Hoffnungen nicht auf das unierte Eigentum zurückgreifen konnten, ihnen also weder eine Pfarre noch Pfarrland zur Sicherung der eigenen Existenz zur Verfügung standen. Auch das trieb die Preise für priesterliche Dienstleistungen nach oben.⁹⁸

Durch ihr Pendeln vom Uniatismus zur Orthodoxie und zurück hatten die Bauern durchaus etwas erreicht. Sie hatten die unierte Kirche zutiefst verunsichert und sie gezwungen, weit mehr als zuvor auf die Bedürfnisse der Gläubigen einzuge-

⁹² Rozrešenie šizmatikov [Absolution für Schismatiker]. In: Blagovestnik 6 (1923) Nr. 3, 285.

⁹³ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 4. 6. 1923; siehe auch NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 24. 4. 1924.

⁹⁴ NA PMR 626-263-142, Bericht von Dr. Jul. Komarynski über eine Konferenz in Bedevla am 22. 3. 1925; NA MŠANO 2081-47VII+obce-3916, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, das Präsidium des Ministerrats, die Kanzlei des Präsidenten der Republik, MŠANO, 23. 1. 1926, 17. 4. 1926.

⁹⁵ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, den Ministerrat und die Kanzlei des Präsidenten der Republik, 4. 8. 1923; Naverulosja celoe selo iz šizmy na gr.-kaf. veru! [Ein ganzes Dorf ist aus dem Schisma zum griechisch-katholischen Glauben zurückgekehrt!]. In: Blagovestnik 7 (1924) Nr. 4, 123 f.

⁹⁶ NA PMR 626-263-141, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 4. 6. 1923.

⁹⁷ NA PMR 626-263-141, Kanzlei des Vizegouverneurs der Podkarpatská Rus, 2. 8. 1923.

⁹⁸ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 22. 11. 1924.

hen. Unter Petro Hebej, der 1924 zum Bischof von Mukačevo ernannt worden war, gab sich die unierte Kirche weitaus volksnäher, bescheidener und nicht zuletzt auch slawischer als unter dem Amtsvorgänger Antonij Papp. Aus dem polnisch beherrschten Galizien wurden zahlreiche ukrainische Basilianermönche ins Land geholt, um verlorengegangenes Terrain zurückzuholen. Mancherorts versuchten die Rück-Konvertiten der unierten Kirche beim Wiedereintritt Zugeständnisse abzuhandeln – so in Velykyj Byčків, wo die Orthodoxen im März 1925 die Abberufung des unbeliebten unierten Pfarrers und eine stärkere Vertretung der Bauern im unierten Kuratorium forderten.⁹⁹ Die Reaktion des unierten Bistums ist in den staatlichen Quellen nicht überliefert, aber offensichtlich sandte es positive Signale aus, die viele überzeugten. Fünf Monate später meldete die Politische Direktion der Podkarpatská Rus, dass die Dorfkirche an die Unierten zurückgegeben worden sei, dass sich die Lage beruhigt habe und immer mehr Menschen am unierten Gottesdienst teilnahmen. Der orthodoxe Priester Vladykov lebe dagegen in äußerster Not, weil ihm immer weniger Gläubige verblieben, die durch den notwendigen Bau einer eigenen Kirche zudem materiell schwer belastet seien. Aus Angst vor materiellen Forderungen habe sich unter den Dorfbewohnern eine Fraktion gebildet, die überhaupt jedem Kontakt mit Geistlichen ausweiche.¹⁰⁰

Während ein Teil der orthodoxen Priester ebenfalls zu schwanken begann und über eine Rückkehr in die unierte Kirche nachdachte,¹⁰¹ stellten sich mancherorts Kommunisten als die standhaftesten Orthodoxen heraus. So gelang es zwar dem unierten Priester Gabriel Kossey Anfang 1926, den Ort Nehrovo bei Iršava zur Rückkehr in die unierte Kirche zu bewegen. Bei seinem Einzug in das Dorf stellten sich ihm lediglich die lokalen kommunistischen Agitatoren Michal Hužvar und Vasil Andraško in den Weg. Beide Männer forderten die Bewohner auf, den Priester sofort wieder aus dem Ort zu vertreiben. Aber offenbar wollte die Menge etwas anderes. Denn die eben noch Orthodoxen strömten jetzt – offenbar ohne größere identitäre Geburtswehen – in Kosseys unierte Gottesdienste.¹⁰²

Fazit

Die Konversionen zwischen Orthodoxie, Uniatismus und nicht zuletzt dem Kommunismus waren nicht das, was die Anführer aller drei Strömungen behaupteten. Die Seitenwechsel waren meist nicht von tiefen Überzeugungen getragen, sondern von Frustrationen und materiellen Ängsten. Daher waren die gruppenweisen Übertritte von der einen in die andere Gemeinschaft oft auch nicht endgültig, sondern lediglich Etappen eines Weges mit unklarem Ziel. Klar war dieser Weg letztlich nur

⁹⁹ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 16.3.1925.

¹⁰⁰ NA PMR 626-263-142, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 4.9.1925.

¹⁰¹ NA PMR 626-263-143, Landesamt der Podkarpatská Rus an den Präsidenten der Republik, 25.1.1930.

¹⁰² NA PMR 626-263-143, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 10.2.1926.

in der Sprache der Missionare und Agitatoren. Damit allerdings soll nicht gesagt werden, dass die Bevölkerung in der Podkarpatská Rus prinzipiell religiös uninteressiert gewesen sei. Im Gegenteil: Gerade die tschechischen Beobachter, welche einerseits die nichtreligiösen Züge der orthodoxen Konversionsbewegung so stark herausstellten, betonten andererseits, das Volk sei „sehr religiös und gottesfürchtig, sozusagen äußerst fanatisch“,¹⁰³ es handle sich um eine „Masse ungebildeter, einfacher, religiöser Bauern“,¹⁰⁴ die zwar keine großen Kenntnisse über christliche Dogmen besäßen, ihrer „Mischung aus Heidentum und Christentum“ aber überaus treu seien.¹⁰⁵

An derartigen Kommentaren stört heutzutage der orientalistische Ton. Allerdings treffen sie auch einen wahren Kern – nämlich den, dass die russinischen Bauern durchaus religiöse Motive im engeren Sinne besaßen. Diese Motive hatten mit der konfessionellen Frage zunächst einmal wenig zu tun, aber dennoch scheinen sie in den orthodox-unierten Kämpfen immer wieder auf. Die Menschen wünschten sich volksnahe, bescheidene Priester, die allerdings zugleich moralisches Vorbild sein sollten. Viele Konflikte in den Dörfern ergaben sich daraus, dass die Pfarrer eines oder beide Kriterien nicht erfüllten. In Bedrängnis geriet also nicht nur der unierte Bischof Antonij Papp wegen seines aristokratisch-volksfernen Habitus,¹⁰⁶ sondern auch der joviale orthodoxe Priester Jura Opalenik wegen eines unpassenden Witzes über den Teufel.¹⁰⁷

Den Menschen war es sehr wichtig, Passageriten ordnungsgemäß und mit geistlichem Beistand zu begehen. Nicht wenige Übertritte (in beide Richtungen) hingen damit zusammen, dass sonst kein Priester für die Kindstaufe zur Verfügung gestanden hätte oder ein Begräbnis nicht auf dem Friedhof hätte stattfinden können. Misslungene Begräbnisse, bei denen die Orthodoxen mangels Zugang zur Dorfkirche die Glocken nicht läuten konnten, führten mitunter zu Gewaltausbrüchen, wie etwa 1926 in Horonda bei Mukačevo.¹⁰⁸ Die elementaren Vorstellungen von Gut und Böse hatten durchaus religiösen Charakter, denn die Landbevölkerung begriff sie als absolut und nicht weiter verhandelbar. Für die konfessionelle Zugehörigkeit galt das gerade nicht – sie konnte ausgewechselt werden, wenn sie dem „Eigentlichen“, nämlich dem bäuerlichen Lebensstil, den elementaren religiösen wie materiellen Bedürfnissen nicht mehr entsprach.

Vor diesem Hintergrund entfaltete sich die Arbeit der orthodoxen und unierten Missionare: Sie mussten versuchen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu bedienen,

¹⁰³ NA MŠANO 2034-471+země-3822, Kanzlei des Gouverneurs der Podkarpatská Rus an den Ministerrat, 3. 6. 1924.

¹⁰⁴ NA PMR 842-505-222, Průmysl a řemeslo v Podkarpatské Rusi [Industrie und Handwerk in der Podkarpatská Rus], 1. 3. 1922.

¹⁰⁵ Olbracht, Ivan: Země bez jména. Reportáže z Podkarpatska [Land ohne Namen. Reportage aus Transkarpatien]. Praha 1932, 18.

¹⁰⁶ NA PMR 580-215-124, Innenministerium an den Ministerrat, 16. 12. 1919

¹⁰⁷ NA PMR 626-263-143, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 17. 4. 1926.

¹⁰⁸ NA MŠANO 2049-47III+země-3883, Politische Direktion der Podkarpatská Rus an das Innenministerium, 23. 8. 1926. Schreiben des orthodoxen Komitees Horonda an das Bildungsministerium, 31. 5. 1927.

die Unzufriedenheit auf das angeblich „Falsche“ der gegnerischen Konfession zu lenken und schließlich noch die Bevölkerung religiös so umzuerziehen, dass aus der nach vielen Seiten offenen Volksreligion eine geschlossene „konfessionalisierte“ Praxis wurde, die zukünftige Glaubenswechsel erschwerte. In der Zwischenkriegszeit, so scheint es, war der unierte Klerus erfolgreicher in dieser Aufgabe als der orthodoxe.

Insgesamt zeigt das Beispiel der Podkarpatská Rus, wie sehr die Religionsgeschichte multiperspektivische Quellen und einen transkonfessionellen Blick benötigt. Eine Geschichte, die sich vornehmlich auf missionarische Darstellungen einer Konfession stützt, würde Historiker ganz unnötigerweise in religiöse Grabenkämpfe hineinziehen und wenig über die Masse religiöser Menschen – die Laien nämlich – aussagen.

Milan Hlavačka

„DIE NAMEN MIT DEN ERFORDERNISSEN DER ZEIT IN EINKLANG BRINGEN“

Der Wandel der Toponyme in den böhmischen Ländern nach 1945

Einleitung

Die Änderung von Ortsnamen hat in den böhmischen Ländern eine lange Tradition,¹ doch erst mit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918 erlangte sie staatliche Bedeutung. Die „Herkunft“ und das „Alter“ von Toponymen erhielten nun eine praktische politische Dimension und gewannen Einfluss auf die Gestaltung gesetzlicher Normen und topografischer Übersichten, die den Wortlaut von Orts- und Flurnamen festlegten. Infolge dieses Bedeutungszuwachses entstand in der Zwischenkriegszeit eine Reihe grundlegender toponomastischer Werke und Studien, die sowohl theoretische Fragen der Namenkunde als auch konkrete aktuelle toponomastische und etymologische Fälle diskutierten und darauf aufbauend die bevorzugte Benutzung der jeweiligen Orts- oder Flurnamen in der amtlichen Praxis und in offiziellen topografischen Lexika „wissenschaftlich“ zu begründen versuchten.²

Wissenschaftliches Interesse und staatliche Initiativen wurden von Forschungen von Laien und privaten Aktionen ergänzt – so ging z. B. das Standardwerk „Chytilův místopis Republiky československé“ (Chytils Topografie der Tschechoslowakischen Republik) auf eine private Initiative zurück.³ Hinter diesem Boom der Toponomastik in der Zwischenkriegszeit verbarg sich vor allem das Anliegen zu klären, welcher nationalen Gruppe die Gebiete „eigentlich gehörten“, also wer sie als erster besiedelt hatte und wer Anspruch auf ihre offizielle Benennung erheben durfte. Auch aus diesem Grund stand die Beziehung zwischen der Besiedlung und der Entstehung der Eigennamen immer im Fokus der toponomastischen Forschung. So dachte man, den „ursprünglichen“ Eigentümer eines Ortes, einer Region oder eines Geländes feststellen zu können.⁴ Während der gesamten zwanziger und dreißiger Jahre herrschte

¹ Pleskalová, Jana: Vývoj toponomastiky II [Die Entwicklung der Toponomastik II]. In: www.phil.muni.cz/cest/lide/pleskalova/PV2B63_VyvTop2.rtf (letzter Zugriff 20.09.2012).

² Die Autoren dieser Studien waren Sprachwissenschaftler wie Václav Ertl, Václav Flajšhans, Oldřich Hujer, František Trávníček, Josef Zubatý, Bohumil Havránek, Jan Janko, Roman Jakobson, die vornehmlich in den Zeitschriften „Naše řeč“ (Unsere Sprache) und „Listy filologické“ (Philologische Blätter) publizierten.

³ Vgl. Chytilův místopis republiky Československé. Za souhlasu ministerstva pošt a telekomunikací sestavil a svým nákladem vydal Alois Chytil [Chytils Topografie der Tschechoslowakischen Republik. Mit Zustimmung des Ministeriums für Post und Telekommunikation verfasst und herausgegeben von Alois Chytil]. Praha 1922.

⁴ Auf tschechischer Seite war in diesem Zusammenhang vor allem das 1938 erschienene Werk von Josef Šimák wichtig, das auch großen Einfluss auf die (sudeten-)deutsche Historio-

zwischen der tschechischen und der sudetendeutschen Toponomastik eine Konkurrenz um die Interpretation des historischen und historiografischen Kontexts, etwa um die Frage nach den Anfängen der deutschsprachigen Besiedlung Böhmens. Im Zuge dieser Konkurrenz um eine wissenschaftlich fundierte Klärung nationaler Besitzansprüche auf lokaler und regionaler Ebene entstand eine große Zahl qualitativ hochstehender Ortsverzeichnisse. Zugleich wurde auch ein historisch-argumentatives Instrumentarium entwickelt, das in konkreten Fällen bei der Benennung und Umbenennung von Orten und Fluren für politische Zwecke missbraucht werden konnte.⁵

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete auch für die Toponymie einen Einschnitt: Denn die Wiedergutmachung für die Schäden, die den böhmischen Ländern durch die deutsche Okkupation entstanden waren, sollte sich auch auf symbolischer Ebene vollziehen. Die Neu- oder Umbenennung von Orten, Straßen und Plätzen war eines der deutlich sichtbaren Instrumente, die Übermacht der einen ethnischen Gruppe über die andere – und damit den Sieg über die Deutschen – zu demonstrieren.

Ivan Lutterer, Leiter der onomastischen Abteilung am Institut für die Tschechische Sprache der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und international angesehener Sprachwissenschaftler,⁶ brachte in seiner 1972 veröffentlichten Studie die offizielle Lesart der „Vollendung historischer Gerechtigkeit“ treffend zum Ausdruck. Hier schrieb er, dass „die zwölf Nachkriegsjahre von 1945 bis 1957 zu den heroischsten und arbeitsmäßig anstrengendsten seit der Gründung der Ortsnamenkommission gehörten. [...] Der kollektive Abschub der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei“, so Lutterer, „schuf optimale Bedingungen für eine grundsätzliche Korrektur unserer Ortsnamen, und das nicht

grafie auf diesem Gebiet hatte. In: *Šimák, Josef V.: Pronikání Němců do Čech kolonizací ve 13. a 14. století* [Das Eindringen der Deutschen in die böhmischen Länder durch die Kolonisierung im 13. und 14. Jahrhundert]. Praha 1938.

⁵ Für die böhmischen Länder seien vor allem genannt: *Seznam míst v Království českém* [Ortsverzeichnis des Königreiches Böhmen]. Praha 1907; *Seznam míst v Království českém: sestaven na základě úředních dat k rozkazu c. k. místodržitelství* [Ortsverzeichnis des Königreiches Böhmen: auf der Grundlage amtlicher Daten erstellt auf Weisung der k. k. Statthaltereij]. Praha 1913; *Chytil: Chytilův místopis* (vgl. Anm. 3). – *Chromec, Břetislav: Místopisný slovník Československé republiky* [Ortslexikon der Tschechoslowakischen Republik]. 2. ergänzte und erweiterte Aufl., Praha 1935 [1. Aufl. 1929]; Die Orte und Ortsteile des Reichsgaues Sudetenland mit ihren zuständigen Gemeinden, Landräten, Amtsgerichten, Standesbeamten, römisch-katholischen und evangelischen Pfarrämtern. Nach amtlichen Unterlagen zusammengestellt von Wilhelm Foerster, Teplitz-Schönau, Sacharbeiter bei der Regierung Aussig, Teplitz-Schönau 1943; *Pfohl, Ernst: Orientierungslexikon der Tschechoslowakischen Republik*. 3. Aufl. Reichenberg 1931.

⁶ Ivan Lutterer (*1929), Sprachwissenschaftler, ab 1952 Lektor, ab 1956 wissenschaftlicher Assistent, ab 1990 Dozent und von 1991 an schließlich Professor am Institut für Tschechische Sprache der Prager Karlsuniversität, Mitglied zahlreicher internationaler Fachverbände und Autor zahlreicher Studien zur Onomastik, u.a.: *Lutterer, Ivan/Kropáček, Luboš/Huňáček, Václav: Původ zeměpisných jmen* [Der Ursprung geografischer Namen]. Praha 1976, 66. – *Lutterer, Ivan/Majtán, Milan/Šrámek, Rudolf: Zeměpisná jména Československa* [Die geografischen Namen der Tschechoslowakei]. Praha 1982, 122.

nur in den neubesiedelten Grenzbezirken, sondern auch im Landesinneren“.⁷ Diese Sicht stand ganz in der Tradition der frühen Nachkriegszeit: Im gleichen Sinne hatte der Archivar Václav Letošník argumentiert, der beim Innenministerium mit der Revision der Ortsnamen beauftragt war⁸ und in seinem 1947 veröffentlichten Artikel die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung als eine „günstige Voraussetzung“ für die Neugestaltung der Ortsnamen bezeichnet hatte, „bei der die deutsche Bevölkerung nicht berücksichtigt werden musste“, sondern die allein mit Blick auf die neuen tschechischen Einwohner erledigt werden konnte.⁹ Die scheinbar rein akademische Angelegenheit einer Korrektur und Vereinheitlichung der topografischen (geografischen) Terminologie hatte also in der Nachkriegszeit eine hohe „nationalpolitische“ Bedeutung. Nach der Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung war der Weg zu einer völligen „Tschechisierung“ der geografischen Terminologie endgültig frei geworden.

Ziel dieser Studie ist es, den dreigliedrigen Prozess der Umgestaltung von Toponymen – von Flurnamen, Ortsnamen sowie von Straßennamen und Namen öffentlicher Areale – auf legislativer und institutioneller Ebene nach 1945 zu rekonstruieren und die an diesem Prozess beteiligten Akteure vorzustellen: Unter welchen politischen Rahmenbedingungen arbeiteten sie, welche Motive verfolgten sie bei ihrer Arbeit? Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Verbindungen zwischen Geografen, Historikern, Archivaren und Philologen sowie auf die personellen Kontinuitäten zwischen der Ersten Republik und der Nachkriegszeit gelegt. Um den breiteren Kontext der Umbenennung von Ortsnamen verständlich zu machen, werden zunächst die Grundbegriffe definiert und die institutionellen Kompetenzen und Gesetzesregelungen nachgezeichnet. Abschließend werden Thesen zu diesem vielschichtigen Tschechisierungsprozess der Toponyme formuliert.

Terminologische, institutionelle und rechtliche Grundlagen der Umbenennung von Orten

Ortsnamen sind eine grundlegende Kategorie der Geodäsie und Kartografie. Vladimír Šmilauer, der Begründer der modernen tschechischen Onomastik,¹⁰ führt fol-

⁷ Lutterer, Ivan: Úprava českých místních jmen s přívlastkem „německý“ po roce 1945. Příspěvek k dějinám Místopisné komise ČSAV [Die Modifikation der Ortsnamen mit dem Attribut „deutsch“ nach 1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Ortsnamenkommission an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften]. In: Zpravodaj Místopisné komise ČSAV 13 (1972) Nr. 5, 721-736, hier 721.

⁸ Václav Letošník (1891-1955) war Historiker und Archivar sowie Mitglied der Ständigen Kommission für die Festlegung der amtlichen Ortsnamen in der Tschechoslowakischen Republik (Stálá komise pro stanovení úředních názvů míst v Československé republice) und der Ortsnamenkommission der ČSAV. Vgl. Národní archiv [Nationalarchiv, NA] pobočka [Zweigstelle] Milady Horákové 133, Praha 6. Pozůstalost Václava Letošníka [Nachlass Václav Letošník].

⁹ Letošník, Václav: Odněmčení našeho místního názvosloví [Die Entdeutschung unserer Ortsbezeichnungen]. In: Archivní věstník 2 (1947) Teil 1, Nr. 1 (April 1947) 1-7, Teil 2, Nr. 2 (Juni 1947) 1-9, hier Nr. 1, 6. Das Manuskript dieses Artikels befindet sich in: NA, Pozůstalost Václava Letošníka, Kart. 3.

¹⁰ Vladimír Šmilauer (1895-1983) war Sprachwissenschaftler und Namenkundler, Mitglied der

gende Formen und Komponenten von Ortsnamen auf: 1. Namen von Staaten und Verwaltungseinheiten; 2. Orts- bzw. Örtlichkeitsnamen: a) Namen von Gemeinden, Siedlungen und Ortsteilen, b) von Straßen, Plätzen, Ufern, Gärten usw.; 3. Flurnamen: a) Geländennamen, zum Beispiel Parzellen, Anhäufungen von Parzellen, Grundstücke, Trassen, Waldabschnitte, Wüstungen, geografische Namen im weiten Sinn, b) Namen für fließende und stehende, natürliche und künstliche Gewässer wie zum Beispiel Bäche, Flüsse, Kanäle, Seen, Teiche, Quellen, c) Namen für Geländeformationen, Gipfel (Berge, Gebirgsketten), Hänge, orografische Einheiten, Täler, Pässe, d) Namen für Objekte, vor allem Burgen, Ruinen, freistehende Kapellen, Kirchen und Kreuze, Passionswege und Betsäulen.¹¹

Von 1918 an wurde die Bezeichnung des Staates von der Verfassung festgelegt, die Schaffung bzw. Änderung der Namen von Regionen lag in der Kompetenz des Gesetzgebers. Die Namen von Gemeinden, Siedlungen und Ortsteilen wurden vom Innenministerium in Absprache mit der Ortsnamenkommission der Tschechischen Akademie für Wissenschaften und Künste (Místopisná komise České akademie věd a umění, ČAVU) neu geschaffen oder geändert. Sie wurden durch die Veröffentlichung der Statistischen Gemeindelexika festgeschrieben, die Namen von Straßen und Plätzen durch die Bekanntmachungen der Gemeindevorstände (der Orts- und Gemeindebehörden bzw. später der Nationalen Orts- und Gemeindeausschüsse).¹²

Die Initiative zur Umbenennung von Orts- und Flurnamen ging nach dem Ersten und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg vom Innenministerium aus. Hier waren nach 1945 die Oberräte František Novotný und Václav Letošník sowie der philologische Berater des Innenministeriums Professor Antonín Profous¹³ für Ortsnamen

Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und Autor zahlreicher wichtiger Werke. Ein Gesamtverzeichnis seiner onomastischen Arbeiten bei Nováková-Štajsová, Marie: Onomastika ve vědeckém díle profesora Vladimíra Šmilauera. Bibliografický soupis [Die Onomastik im wissenschaftlichen Werk von Professor Vladimír Šmilauer. Bibliografisches Verzeichnis]. In: Zpravodaj místopisné komise ČSAV 24 (1983) Nr. 4/5, 17-183.

¹¹ Šmilauer, Vladimír: Revize českých pomístních jmen [Die Revision der tschechischen Flurnamen]. In: Naše řeč 40 (1957) 9 f. Auch online verfügbar unter: <http://nase-rec.ujc.cas.cz/archiv.php?art=4581> (letzter Zugriff 20.09.2012).

¹² Zu den tschechischen und tschechoslowakischen statistischen Lexika von 1923 bis zur Gegenwart vgl. <http://www.czso.cz/kraje/li/zdroj/noviny/noviny/zdroj/rok2005/0605/priloha.pdf> (letzter Zugriff 20.09.2012).

¹³ Zu Antonín Profous siehe: <http://nase-rec.ujc.cas.cz/archiv.php?art=4292> (letzter Zugriff 20.09.2012). – Čáda, František: Dílo Antonína Profouse a české úřední názvosloví místní [Das Werk von Antonín Profous und das tschechische amtliche Ortsnamenwesen]. In: Svoboda, Jan/Šmilauer, Vladimír u. a.: Místní jména v Čechách, jejich původ, původní význam a změny. Díl V. Dodatky k dílu Antonína Profouse [Ortsnamen in Böhmen, ihre Ursprünge, ursprünglichen Bedeutungen und Veränderungen. Teil 5. Ergänzungen zum Werk von Antonín Profous]. Praha 1960, 11-18. – Vavroušková, Anna: Vznik díla dr. Antonína Profouse „Místní jména v Čechách“ [Die Entstehung des Werkes von Dr. Antonín Profous „Ortsnamen in Böhmen“]. In: Čáda: Dílo Antonína Profouse 19-23. – Hodura, Kvido: Dr. Antonín Profous zemřel [Dr. Antonín Profous ist verstorben]. In: Naše řeč 36 (1953) Nr. 5-6, 150 f. – Zu den wichtigsten Werken von Antonín Profous zählen neben dem vierbändigen Werk „Ortsnamen in Böhmen“, dessen einzelne Bände zwischen 1947 und 1957

zuständig. Die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen ging von den Gemeindegemeinschaften aus, das heißt von den Verwaltungskommissionen, den Gemeinde- und Stadtbehörden bzw. den örtlichen Nationalausschüssen. Als Fachaufsicht fungierten die Bildungs- bzw. Kulturabteilungen der Gemeinden. Nach 1945 wurden die Selbstverwaltungen durch die Schaffung von Kreisverwaltungskommissionen der Aufsicht des Innenministeriums unterstellt, wodurch sich ihr Handlungsspielraum beträchtlich verkleinerte.

Die fachliche Leitung bei der Beurteilung alter und neuer Orts- und Flurnamen oblag in der Ersten Republik der Ortsnamenkommission (Místopisná komise) an der Tschechischen Akademie für Wissenschaften und Künste. Diese 1912/13 gegründete Kommission wurde in der Zwischenkriegszeit von Professor Antonín Profous geleitet. Von 1931 bis 1952 war sie dem Nationalen Forschungsrat unterstellt, ab 1953 dann der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Den Vorsitz hatte Anfang der fünfziger Jahre Josef Dobiáš inne.¹⁴ Zwischen 1931 und 1937 arbeitete eine Namenkommission (Názvoslovná komise) beim Nationalen Forschungsrat,¹⁵ die unter der Leitung von Professor Bohuslav Horák stand. Ihre Aufgabe war es, die Namen größerer orografischer Einheiten (es wurden auch Generalkarten publiziert, in die diese Einheiten eingetragen waren) und aller Wasserläufe zu bestimmen.

Nach 1945 oblag die Fachaufsicht über die Festlegung der Flurnamen dem Militär-Geografischen Institut (Vojenský zeměpisný ústav, VZÚ) beim Verteidigungsministerium und der diesem unterstehenden Kartografischen Namenkommission

erschienen, auch: *Ders.*: Linguistische Interpretation von Ortsnamen im Bezirk Pilsen. Pilsen 1914; *Ders.*: O místních a zvláště pomístních jménech v okrsku chrasteckém u Chrudimě [Über Orts- und Flurnamen im Bezirk Chrást bei Chrudim]. Praha 1918; *Ders.*: O jménech pomístních, jejich významu a sbírání [Über die Flurnamen, ihre Bedeutung und Sammlung]. Praha 1920. – Ein Gesamtverzeichnis der Arbeiten von Profous findet sich unter <http://codexmediaevii.kx.cz/bibliografie/profous/index.htm> sowie unter: <http://hamelika.webz.cz/h97-11+12.htm> (letzter Zugriff 20.09.2012).

¹⁴ Zu Josef Dobiáš siehe: <http://www.kr-vysocina.cz/josef-dobias/d-4018476/p1=1101> und http://cs.wikipedia.org/wiki/Josef_Dobi%C3%A1%C5%A1 (letzter Zugriff 20.09.2012). – Die Ortsnamenkommission wurde 1959 dem Slawischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften eingegliedert.

¹⁵ Der Tschechoslowakische Nationale Forschungsrat (Československá národní rada badatelská, ČSNRB) wurde 1924 mit dem Ziel gegründet, die tschechoslowakischen Wissenschaften in die internationalen Strukturen zu integrieren; „im darauffolgenden Jahr wurde er auch Mitglied des Internationalen Forschungsrates [Conseil International de Recherches/International Research Council]. Der Internist Ladislav Syllaba wurde zum ersten Vorsitzenden der neuen Institution gewählt (nachdem der Botaniker Bohumil Němec, der ursprünglich vorgeschlagen worden war, die Wahl nicht angenommen hatte). Der Tschechoslowakische Nationale Forschungsrat koordinierte die Kontakte der tschechoslowakischen Wissenschaft mit dem Ausland und propagierte deren Forschungsergebnisse weltweit. Während der Okkupation stellte der Forschungsrat seine Tätigkeit ein, 1946 nahm er sie wieder auf. 1952 wurde er wie andere wissenschaftliche Korporationen endgültig aufgelöst.“ Zitiert nach: <http://veda-pro-zivot.avcr.cz/yellow/historie/files/1924.html> (letzter Zugriff 20.09.2012). Zu dem historischen Geografen Bohumir Horák siehe: http://www.muni.cz/phil/people/68720/management_history?lang=cs (letzter Zugriff 20.09.2012).

(Názvoslovná komise kartografická). Das Militär-Geografische Institut wurde zwischen 1945 und 1949 von Oberst Bohumír Kobliha geleitet; nachdem dieser vorzeitig pensioniert worden war, übernahm Oberleutnant Vlastimil Blahák die Institutsleitung.¹⁶ Die Kartografische Namenkommission führte die Umbenennung von ungefähr 30 000 Flurnamen durch, diese Änderungen wurden in militärischen Karten im Maßstab von 1:50 000 festgehalten.¹⁷

Die Fachaufsicht über die Festlegung der Flurnamen ging Ende 1951 auf die dem Ministerium für Bauindustrie zugeordnete Namenkommission über. Das Ministerium war seinerzeit auch für die Leitung des Katasters zuständig. Die Kommission, der Vladimír Šmilauer und Ivan Honl vorstanden, führte die Korrektur von über 23 000 Flurnamen durch, die zuvor die Kartografische (Militärische) Namenkommission (Názvoslovná kartografická [vojenská] komise) genehmigt hatte.¹⁸

Die Vorschläge des Innenministeriums für die Umbenennung von Örtlichkeiten wurden nach 1945 den Nationalen Bezirks- und Landesausschüssen, dem Staatlichen Statistikamt, dem Landesvermessungsamt, dem Militär-Geografischen Institut und dem Ministerium für Post- und Verkehrswesen zur Beurteilung vorgelegt. Abschließend holte das Innenministerium ein Gutachten bei der Ortsnamenkommission ein, die Václav Letošník zufolge „das höchste wissenschaftliche Entscheidungsgremium“ war und deren Gutachten bei der Änderung der Ortsnamen den Ausschlag geben sollte.¹⁹ Es ist nicht überraschend, dass der Geschäftsführer der Ortsnamenkommission, Antonín Profous, zugleich auch als philologischer Berater des Innenministeriums tätig war und damit auf diesem Feld für die nach 1945 so charakteristische enge Verknüpfung zwischen Politik und Wissenschaft sorgte.

Umbennennungen nach 1918

Die Umbenennung von Orten in der neugegründeten Tschechoslowakei wurde von dem starken Wunsch nach einer „Entösterreicherung“ bzw. „Enthabsburgisierung“ getragen. Dieser trug die erste Welle einer organisierten „Tschechisierung“ von deutschen Gemeindefürsternamen und der Suche nach neuen tschechischen amtlichen Namen. Dabei wurde das Augenmerk darauf gerichtet, ältere tschechische Namensschichten freizulegen und zu reaktivieren. Eine inoffizielle Begründung für diese erste große Aktion zur Änderung von Ortsnamen wurde im tschechoslowakischen Parlament im April 1920 abgegeben, als bei der Vorlage des Gesetzes Nr. 266 unter dem Titel „Über die Namen von Städten, Gemeinden, Siedlungen und Straßen sowie

¹⁶ Siehe <http://www.army.cz/avis/publikace/vzu/kniha/1945-1950.pdf> (letzter Zugriff 21.12.2011).

¹⁷ *Hlavačka*, Milan: Ztráta historické paměti v důsledku umělého přejmenování krajiny [Der Verlust des historischen Gedächtnisses durch die künstliche Umbenennung der Landschaft]. In: *Hlavačka*, Milan/*Marès*, Antoine/*Pokorná*, Magdaléna u. a. (Hgg.): *Pamět míst, událostí a osobností: Historie jako identita a manipulace* [Das Gedächtnis von Orten, Ereignissen und Personen: Geschichte als Identität und Manipulation]. Praha 2011, 528-550.

¹⁸ *Šmilauer*: Revize českých pomístních jmen (vgl. Anm. 11).

¹⁹ *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 1 f. (vgl. Anm. 9).

über die Ausstattung von Gemeinden mit örtlichen Straßentafeln und die Nummerierung von Häusern“²⁰ erklärt wurde, „dass jeder, der die Grenze zur Tschechoslowakischen Republik überquert, sich bewusst wird, dass er sich im tschechoslowakischen Staat befindet“.²¹

Das Gesetz wurde noch im April verabschiedet, also nur zwei Monate nach dem Sprachengesetz, und bot zum ersten Mal eine rechtliche Handhabe dafür, „historisch überholte Namen“ durch neue zu ersetzen. In Paragraph 7, Abschnitt II des Gesetzes heißt es, dass „die bisherigen Namen von Straßen und öffentlichen Orten, die nicht im Einklang mit der Geschichte und den äußeren Beziehungen der tschechoslowakischen Nation stehen“, ersetzt werden sollten. Nicht länger zulässig sollten insbesondere auch Namen sein, die an „Personen erinnern, die der tschechoslowakischen Nation sowie den befreundeten Nationen feindlich gesinnt waren, oder an Ereignisse mit staatsfeindlichem Charakter erinnern“.²² Unmittelbares Ergebnis dieser neuen rechtlichen Regelung war die Entstehung einer zweisprachigen Terminologie für die Siedlungen in den (nicht nur deutschsprachigen) Grenzgebieten der ČSR sowie die Erneuerung „verschütteter“ tschechischer Flurnamen aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit – hier insbesondere aus der Zeit vor der deutschen Besiedlung. „Historische“ tschechische Namen wurden überall dort eingeführt, wo es möglich war. Nur in jenen Fällen, in denen auch nach gründlicher Archivrecherche kein tschechischer Ortsname gefunden werden konnte, blieb der deutsche bzw. polnische Name aus der Zeit der Habsburgermonarchie als amtlicher Name bestehen. Die deutschen Namen, die bis dato als Zweitnamen der tschechischen Gemeinden Gültigkeit besessen hatten, blieben nur dort erhalten, wo die deutsche Bevölkerung mindestens zwanzig Prozent ausmachte – diese Quote ging auf die österreichische Gesetzgebung zurück. Zu amtlichen Namen wurden nun auch die Bezeichnungen, die von der einheimischen tschechischsprachigen Bevölkerung in Gemeinden mit einem deutschen Namen bis dahin nur mündlich benutzt worden waren und bei denen es sich um tschechische Wortschöpfungen handelte. Die Mehrheit der deutschen Ortsnamen wurde „im Interesse der tschechischen Bevölkerung“ und für den Amtsgebrauch zumindest phonetisch transkribiert.²³ Der Archivar und Ortsnamens-Experte Václav Letošník räumte im Rückblick zwar ein, dass dies „keine richtige Lösung“ gewesen sei, „aus philologischer Sicht“ sei sie „jedoch willkommen“ gewesen, da es „als Fortschritt“ zu betrachten gewesen sei, „wenn der tschechische Bürger den deutschen Namen zumindest in der dem Tschechischen angepassten deutschen

²⁰ Zákon č. 266 ze dne 14. dubna 1920 o názvech měst, obcí, osad a ulic, jakož i označování obcí místními tabulkami a číslování domů. In: Sbíрка zákonů. Česká republika [Gesetzessammlung, Tschechische Republik, Sb.] Nr. 266/1920, 595-596. Auch unter: http://www.psp.cz/eknih/1918ns/ps/tisky/T2645_00.htm (letzter Zugriff 01.06.2012).

²¹ Zitiert nach Čáda, František: Zákonná úprava místních názvů v Čechách [Die gesetzliche Regelung der Ortsnamen in Böhmen]. In: Právník. Časopis věnovaný vědě právní a státní 63 (1924) 145-152 und 189-196, hier 189. – Wingfield, Nancy M.: Flag Wars and Stone Saints: How the Bohemian Lands became Czech. Cambridge/Mass. 2007.

²² Gesetz Nr. 266/1920 Sb. (vgl. Anm. 20).

²³ Letošník: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 2, I (vgl. Anm. 9).

Form benutzen konnte“.²⁴ Insgesamt gelangte Letošník zu der Einschätzung, dass die nach 1918 eingeführten tschechischen Ortsnamen „im Vergleich zu den älteren Ortsnamen aus der Zeit der Habsburgermonarchie in sprachlicher Hinsicht im Wesentlichen berechtigt“ gewesen seien.²⁵

Das Resultat der ersten Umbenennungswelle war von einer gewissen Widersprüchlichkeit gekennzeichnet: Zu ihrer Begründung war vor allem das Ziel der „sprachlichen Reinheit“ betont worden.²⁶ Mit diesem Argument sollte die primär nationale Motivation der Aktion verdeckt werden. Im Ergebnis führte die Maßnahme aber keineswegs zu einer Vereinheitlichung, sondern zu einer stärkeren sprachlichen Mischung und zu zahlreichen Neubildungen. So räumte auch Letošník ein, dass die amtlichen Ortsnamen in den böhmischen Ländern nach 1918 „auch weiterhin eine Mischung aus tschechischen, deutschen bzw. polnischen sprachlich reinen und aus zum Teil phonetisch korrigierten, unreinen Namen“ geblieben waren.²⁷

Die Abtrennung der Grenzregionen im Oktober 1938 und der deutsche Einmarsch in die verbliebenen Gebiete im März 1939 leiteten eine sehr radikale Revision der Ortsnamen ein: Nun wurden die gezielte „Verdeutschung“ von Ortsnamen und die Schaffung einer zweisprachigen Terminologie in Angriff genommen, im Zuge derer auch jene tschechischen Orte einen deutschen Namen erhielten, die sich in tschechischsprachigen Gebieten befanden. Dabei kam es nach den Worten Václav Letošníks zu „scheußlichen Entstellungen der tschechischen Namen“, verglichen mit diesen Wortschöpfungen seien die Namensformen aus der Habsburgermonarchie deutlich „erträglicher“ gewesen.²⁸ Alle Namen von Straßen und Plätzen, die „das deutsche Gefühl auf grobe Weise verletzen“, wurden geändert, alle übrigen Straßen erhielten zweisprachige Bezeichnungen. In Prag wurden beispielsweise auf der Grundlage eines Protektoratserlasses vom 4. April 1940 insgesamt 444 Straßen umbenannt. Diese noch Ende April 1940 durchgeführte Aktion kostete die Protektoratsregierung zwei Millionen tschechische Kronen.²⁹ Damals wurden auf Druck des stellvertretenden Bürgermeisters von Prag Josef Pfitzner und des Staatssekretärs des Reichsprotektors Karl Hermann Frank in erster Linie Namen entfernt, die an die hussitische Bewegung, an die tschechoslowakischen Legionäre im Ersten Weltkrieg (z. B. die Straßenbezeichnung Zborovská, benannt nach der Schlacht bei Zborov) sowie an die Gründung der Tschechoslowakei erinnerten. Desweiteren hatten all die Namen von historischen Persönlichkeiten zu weichen, die der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Rassenlehre entgegenstanden oder mit dem tschechischen bzw. tschechoslowakischen Patriotismus assoziiert werden konnten. Betroffen

²⁴ *Ebenda* 3.

²⁵ *Ebenda* Nr. 1, 1 f.

²⁶ *Ebenda*.

²⁷ *Ebenda* Nr. 2, 1.

²⁸ *Ebenda* Nr. 1, 3.

²⁹ Vgl. *Kuthanová, Olga: Nacifikace města Prahy [Die Nazifizierung Prags]. Diplomarbeit, Pädagogische Fakultät der Karlsuniversität Prag 2007, 25-30, http://www.sezimovousti.cz/_kultura/ebenes/2008_kuthanova.pdf (letzter Zugriff 20.09.2012).*

waren außerdem die Namen von mythologisch oder historisch verbürgten Přemysliden (z. B. Bořivoj und Libuše), der Luxemburger (z. B. Karl IV.) sowie der wichtigsten tschechischen Schriftsteller, Maler, Komponisten und Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts (u. a. Jan Evangelista Purkyně) sowie von international bekannten Persönlichkeiten, die dem „tschechoslowakischen Volk“ nahe standen (z. B. Ernest Denis). Während man klar erkennen kann, dass diese Politik vor allem darauf zielte, Verweise auf die slawische Vergangenheit der böhmischen Länder sowie auf den souveränen tschechoslowakischen Staat und seine internationalen Befürworter zu tilgen, bleibt unklar, warum während der gesamten Dauer der Okkupation Benennungen von Straßen nach Otokar Březina, Antonín Švehla und Josef Kajetán Tyl unangetastet blieben. Dass die nationalsozialistische Namenpolitik nicht immer konsequent war, legt auch die Tatsache nahe, dass die Namen von Jan Hus oder Bedřich Smetana von Straßen im Zentrum auf Straßen an der Peripherie Prags verlagert wurden, während andere zentral gelegene Straßen die Namen Karel Havlíček Borovskýs oder Karel Hynek Mácha erhielten. Diese Vorschläge wurden – auf Druck von Pfitzner und noch vor der Verhaftung des tschechischen stellvertretenden Bürgermeisters Otokar Klapka – vom Prager Rathaus unterbreitet.³⁰ Die neuen Straßennamen sollten einerseits Nähe zur deutschen und österreichischen Kultur und Geschichte signalisieren – viele von ihnen gingen auf deutsche geografische Bezeichnungen zurück (z. B. Saale, Dresden). Andererseits wurden Namen „gefallener Helden“ der nationalsozialistischen Gegenwart wie Günter Prien und Reinhard Heydrich ausgewählt. Allerdings hatte Karl Hermann Frank auf Anweisung Hitlers dafür zu sorgen, dass keine Prager Straße oder Brücke nach ihm benannt wurde.³¹ Bemerkenswert ist, dass auch auf Namen weniger bekannter oder sogar umstrittener Persönlichkeiten der älteren böhmischen Geschichte zurückgegriffen wurde, wie zum Beispiel auf die von Altstädter Bürgermeistern oder der

³⁰ Vor 1939 hatte der Bürgermeister zusammen mit dem Stadtrat, der von der Zentralvertretung gewählt wurde, die Prager Gemeinde geleitet. Am 24. Februar 1939 löste die Landesbehörde die Zentralvertretung mit der Ankündigung auf, dass binnen vier Wochen Neuwahlen ausgerufen würden, wozu es aufgrund des deutschen Einmarsches nicht mehr kam. Anstelle der aufgelösten Gemeindevertretung ernannte der Landespräsident eine Verwaltungskommission mit den Befugnissen des früheren Stadtrates. An ihrer Spitze stand Otokar Klapka, dem am 16. März 1939 Josef Pfitzner als Stellvertreter zugeteilt wurde. Pfitzner verfügte über ein Vetorecht und setzte die Interessen des Okkupationsregimes durch. Klapka wurde im Juli 1940 wegen der Zusammenarbeit mit dem Widerstand verhaftet und im Herbst 1941 hingerichtet. Bis zum Mai 1945 blieb der Stellvertreter des hingerichteten Vorsitzenden im Amt und lenkte die Gemeindepolitik. Vgl. *Pasák, Tomáš: Zápasy primátora JUDr. O. Klapky [Das Ringen des Primators JUDr. O. Klapka]. Praha 1991. – Slámová, Petra/Svatošová, Hana: Pražská městská správa v období tzv. druhé republiky [Die Prager Stadtverwaltung zur Zeit der so genannten Zweiten Republik]. In: Fejtová, Olga/Ledvinka, Václav/Pešek, Jiří (Hgg.): Evropská velkoměsta za druhé světové války. Každodennost okupovaného velkoměsta. Praha 1939-1945 v evropském srovnání [Die europäischen Großstädte während des Zweiten Weltkriegs. Alltag einer besetzten Großstadt. Prag 1939-1945 im europäischen Vergleich]. In: Documenta Pragensia 26 (2007) 23-40.*

³¹ *Kuthanová: Nacifikace města Prahy 25 (vgl. Anm. 29).*

katholischen Sieger über die protestantischen Stände (z. B. ersetzte der Name Pappenheim nun Konecchlumský).

Nach Kriegsende wurden die Umbenennungen der NS-Zeit wieder rückgängig gemacht und die Zeichen auf eine systematische „Entdeutschung“ der Orts- und Flurnamen gestellt. Die Folge war auf dem gesamten Gebiet der böhmischen Länder und in allen öffentlichen Stadträumen eine nahezu flächendeckende „terminologische Säuberung“. Laut Erlass des Innenministeriums vom 22. Juni 1945 sollten sich die Ortsnamenkommission und das Archiv des Innenministeriums auf eine enge Zusammenarbeit einigen und zugleich auch die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungspräsidium, den Ministerien für Post-, Verkehrs-, Schul- und Bildungswesen, dem Staatlichen Statistikamt, dem Landesvermessungsamt, dem Militärisch-Geografischen Institut und den Böhmisches und Mährischen Landesarchiven fördern. Ergebnis dieser Kooperation zwischen 1945 und 1950 waren Vorschläge zur Umbenennung all jener Gemeinden, „deren Namen aus staatspolitischer Perspektive unpassend waren“.³² Diese Änderungen von Gemeindefürnamen wurden durch Bekanntmachungen des Innenministeriums veröffentlicht.³³

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten die tschechischen Städte in der Regel zu den Straßennamen aus der Vorkriegszeit zurück. Nun wurden erneut Straßen und öffentliche Gelände nach böhmischen, mährischen und schlesischen Städten benannt, zudem erlebten die Namen der neuen „Kriegshelden“ eine Konjunktur. Die Straßennamen und Namen der öffentlichen Gelände in den deutschsprachigen Städten wurden vollständig ausgetauscht.

Nach der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 kamen andere Motive für die Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Geländen zum Tragen als in der Zwischenkriegszeit: Nun standen die „Entbürgerlichung“ und die „Entkirchlichung“ der sozialistischen Gesellschaft im Vordergrund des politischen Interesses. In einem Sitzungsprotokoll des Nationalen Bezirksausschusses von Píseň (Prerau) vom 16. November 1949 heißt es beispielsweise, dass eine ganze Reihe von Straßennamen in der Stadt nicht den „Erfordernissen der Zeit“ entsprechen, sondern als „unpassend“ für die „volksdemokratische Ausrichtung des Staates“ zu betrachten seien. Sie müssten durch angemessene Bezeichnungen ersetzt und somit „in Einklang“ mit der neuen Zeit gebracht werden.³⁴

Die Schaffung bzw. Änderung von Ortsnamen nach der „Samtenen Revolution“ von 1989, die sich vor allem auf den öffentlichen Raum in den Städten erstreckte, stand unter dem Vorzeichen der Wiederherstellung einer Zivilgesellschaft, des Zusammenbruchs des so genannten Ostblocks und des Endes der sowjetischen Vorherrschaft und schließlich der 1993 erfolgten Trennung der Tschechoslowakei in die Tschechische und die Slowakische Republik. Anders als nach den vorangegangenen

³² *Letošník*: Odněmčeni našeho místního názvosloví, Nr. 1, 5 (vgl. Anm. 9).

³³ Die Bekanntmachungen über die Änderung der Ortsnamen sind veröffentlicht unter: <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1948-7> (letzter Zugriff 20.09.2012), <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1949-22>, <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1950-3> (letzter Zugriff 20.09.2012).

³⁴ Siehe: <http://www.rosmus.cz/dokumenty/vyvoj-nazvoslovi-ulicni-site-prerova.pdf> (letzter Zugriff 20.09.2012).

Umbrüchen hat die Namenspolitik seither keinen dezidiert programmatischen Charakter mehr. Vielmehr bemühen sich die Selbstverwaltungsgorgane heute, möglichst neutrale Bezeichnungen für neue Straßen und öffentliche Gelände zu wählen, und entscheiden sich nur sehr selten für Umbenennungen. Diese Zurückhaltung hat vor allem finanzielle Gründe, schließlich zieht jede Umbenennung eine ganze Reihe aufwändiger bürokratischer Maßnahmen wie den Austausch von Personalausweisen oder die Änderung der Einträge im Handelsregister nach sich. Dies ist auch ein Grund dafür, dass in der heutigen Tschechischen Republik Straßennamen wie Zahradní (Gartenstraße), Krátká (Kurze Straße) Nádražní (Bahnhofstraße) und Školní (Schulstraße) zu den häufigsten zählen. Werden historische Personen zur Benennung von Straßen und öffentlichen Geländen gewählt, dann wird zumeist auf große Persönlichkeiten der tschechischen (National-)Geschichte wie Jan Amos Komenský (385), Miroslav Tyrš (372), František Palacký (325), Tomáš G. Masaryk (314), Edvard Beneš (72) und Ludvík Svoboda (42) zurückgegriffen.³⁵

Gesetzliche Grundlagen

Der legislative Rahmen für die Änderung von Ortsnamen stellt ein kompliziertes historisch-rechtliches Geflecht dar, das die jeweils gültigen Vorstellungen vom symbolischen Umgang mit dem öffentlichen Raum genau widerspiegelt. An dieser Stelle wird ein Überblick über die wichtigsten gesetzlichen Regelungen und ihren Entstehungskontext gegeben.³⁶

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab es keine amtlich festgelegten Ortsnamen. Erst das vorläufige Gemeindegesetz vom 17. März 1849 erteilte den Gemeinden das Recht, ihren Namen selbst zu bestimmen. Die älteste allgemeine Regelung von Ortsnamen für Mähren wurde am 21. April 1854 im Reichsgesetz Nr. 103, für Schlesien ebenfalls am 21. April 1854 im Reichsgesetz Nr. 104 und für Böhmen am 19. Oktober 1854 im Reichsgesetz Nr. 274 veröffentlicht. Diese Rechtsnormen wurden bei der Beurteilung von Ortsnamen als verbindlich angesehen, deren Änderung nur per Beschluss der Gemeindevertretung möglich war. Über die Zulässigkeit der Änderung eines Gemeindepamens entschied das österreichische Innenministerium in Absprache mit dem Justiz- und dem Finanzministerium sowie nach Anhörung des Landesausschusses, des Obersten Landesgerichtes und der Landesfinanzdirektion. Das Verfahren war vor allem deswegen so kompliziert, weil bei einer Änderung des Gemeindepamens die Grundbücher und Grundsteuerbücher des Katasteramtes entsprechend korrigiert werden mussten. Zu einer amtlichen Namensänderung kam es daher nur sehr selten. Handelte es sich bei der Namensänderung um einen „Akt der Selbstbestimmung der Gemeinde“, musste die Gemeinde die gesamten entstehenden Kosten übernehmen und für die Veröffentlichung der Namensänderung in den entsprechenden Amtsblättern selbst Sorge tragen. Damit war auch gesichert, dass eine

³⁵ Svobodová, Ivana: Perspektivní nebo Havlovu? [Die Perspektiven- oder die Václav-Havel-Straße?]. In: Respekt 13 (2012) 2, 44.

³⁶ Der folgende Abriss stützt sich auf Angaben aus: *Letošník: Odněmčení našeho místního názvosloví* (vgl. Anm. 9). – Čáda: *Zákonná úprava místních názvů v Čechách* (vgl. Anm. 20).

Änderung des Gemeindepens nicht gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit (etwa bei dem Austausch eines tschechischen durch einen deutschen Gemeindepens und umgekehrt) durchgesetzt werden konnte.

Die Änderungen der Gemeindepens wurden in Böhmen im Landesgesetzbuch und im Amtsblatt „Pražské noviny“ (Prager Zeitung) veröffentlicht, in Mähren im „Věstník vlády zemské pro Markrabství moravské“ (Anzeiger der Landesregierung für die Markgrafschaft Mähren), später in den „Zákony a nařízení zemské pro Markrabství moravské“ (Gesetze und Verordnungen der Landesregierung für die Markgrafschaft Mähren). Darüber hinaus wurden Gemeinde- und Ortsverzeichnisse sowie Gemeindelexika veröffentlicht, die die Änderungen festhielten. Das vermutlich erste amtliche Verzeichnis der Gemeindepens in den böhmischen Ländern erschien 1854 und trug den Titel „Zevrubný popis rozdělení země království Českého“ (Gründliche Beschreibung der Aufteilung des Königreichs Böhmen). Es ging auf František Palackýs „Popis království Českého ...“ (Beschreibung des Königreichs Böhmen) von 1848 zurück.³⁷ Obwohl diese Kompendien von der Statthalterei oder dem staatlich geleiteten Statistikamt herausgegeben wurden, sind die Angaben zu den Gemeindepens nicht immer zuverlässig.

Im November 1919, ein Jahr nach der Gründung der Tschechoslowakei, wurde eine „Ständige Kommission für die Festlegung der amtlichen Ortsnamen in der Tschechoslowakischen Republik“ als Beratungsgremium beim Innenministerium eingerichtet. Zum Vorsitzenden dieses Gremiums wurde Ladislav Prokop ernannt, die Ortsnamenkommission der Akademie für Wissenschaft und Künste vertraten Josef Vítězslav Šimák und sein Schüler Antonín Profous, ferner waren in der Ständigen Kommission die Historiker und Archivare Josef Dostál, Václav Letošník, Jaroslav Prokeš und František Roubík vertreten.³⁸ Die wichtigste Aufgabe der Kommission

³⁷ Zevrubný popis rozdělení země království Českého, ježto Nejvyššími rozhodnutími od 14. září a 26. listopadu 1853 a od 5. března 1854 schváleno, spolu přehled úřadů politických a soudních v tomtéž království Nejvyšším rozhodnutím schválených [Gründliche Beschreibung der Aufteilung des Königreichs Böhmen, von den allerhöchsten Beschlussfassungen vom 14. September und 26. November 1853 und vom 5. März 1854 genehmigt, zusammen mit einem Überblick über die politischen und juristischen Behörden des Königreichs Böhmen, wie sie durch die allerhöchsten Beschlussfassungen genehmigt wurden]. Praha 1954. – Siehe auch: Palacký, František: Popis Království českého, čili, Podrobné poznamenání všech dosavadních krajův, panství, statkův, měst, městeček a vesnic, někdejších hradův a tvrzí, též samot a zpustlých osad mnohých v zemi české, s udáním jejich obyvatelstva dle popisu r. MDCCCXLIII vykonaného. W jazyku českém i německém zhotovil a vydal František Palacký [Beschreibung des Königreichs Böhmen oder Die ausführliche Aufzeichnung aller bestehenden Kreise, Herrschaften, Höfe, Städte, Kleinstädte und Dörfer, aller früheren Burgen und Festungen sowie vieler Einsiedeleien und verlassenen Siedlungen im Land Böhmen, unter Angabe ihrer Bevölkerung nach der Beschreibung aus dem Jahr 1843. In tschechischer und deutscher Sprache zusammengestellt und herausgegeben von František Palacký]. Praha 1848.

³⁸ František Roubík (1890-1974), Historiker und Archivar, 1919-1939 im Archiv des tschechischen Innenministeriums beschäftigt, 1939-1948 im Ministerium für Schulwesen und Volksaufklärung, von 1949 bis 1952 Direktor des Historischen Instituts, nach der Gründung der Akademie der Wissenschaften dort „Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter“ in der historischen Abteilung. Zu seinen breitgefächerten Forschungsinteressen gehörten u. a. die Verwaltungsgeschichte und die historische Geografie. Eine Würdigung seiner Person

sollte darin bestehen, ältere tschechische Namensschichten aufzuspüren, um die vorhandenen deutschen Namen zu ersetzen oder zu „verdoppeln“. Diese Vorgehensweise wurde von Innenminister Antonín Švehla bei der Vorlage des bereits erwähnten Gesetzes Nr. 266 von 1920 mit der Notwendigkeit einer Revision nach der „Verunreinigung“ der Stadt-, Gemeinde- und Siedlungsnamen im Lauf der Geschichte begründet.³⁹ Das Gesetz und die Verordnung Nr. 266 wurden am 14. April 1920 vom Parlament verabschiedet. Es handelte sich um die erste grundlegende gesetzliche Regelung von Ortsnamen in der Geschichte der böhmischen Länder und der Slowakei, sie bildete die Grundlage der Korrektur aller Ortsnamen. Im ersten Paragraphen des Gesetzes war festgelegt, dass der Innenminister den amtlichen Namen einer Gemeinde in Absprache mit der „Ständigen Kommission“ bestimmte, die wiederum die „öffentlichen Interessen“ berücksichtigte. Im August 1921 wurde die Durchführungsverordnung (Nr. 324) zum Gesetz Nr. 266 veröffentlicht, die unter anderem regelte, dass „der Innenminister für jede Stadt, Gemeinde und Siedlung (Teil einer Siedlung) den amtlichen Namen in der tschechoslowakischen Sprache [sic] festlegt“, da viele der früheren Namen auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert, die „Zeit der Unterdrückung“, zurückgingen.⁴⁰ Zudem legte die Durchführungsverordnung fest, dass die tschechischsprachigen Namen an erster Stelle zu stehen hatten und die deutschen nachrangig benutzt werden sollten.

Es ist also ganz offensichtlich, dass das Gesetz von 1920 und die dazugehörigen Durchführungsbestimmungen tschechische Ortsnamen deutlich bevorzugten. Auch wenn seine nationale Motivation unübersehbar war, handelte es sich doch um ein Gesetz, das auf demokratischem Weg zustande gekommen war und das für die Benennung bzw. Umbenennung von öffentlichem Raum ein mehrstufiges Prozedere festlegte, das gewisse Kontrollmechanismen beinhaltete.

Während der deutschen Besatzung wurde das Prozedere für die Umbenennung rechtlich deutlich vereinfacht: Nunmehr genügte ein kurzes Verfahren bzw. eine Anordnung des Reichsprotektors, der als oberster Vertreter des „Führers und Reichskanzlers“ im Protektorat galt und in dieser Funktion das Reich in allen Angelegenheiten des staatlichen und Verwaltungslebens repräsentierte. Die Resultate seiner Anweisungen wurden im „Amtlichen deutschen Ortsbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren“ veröffentlicht.⁴¹

findet sich unter: <http://abicko.avcr.cz/archiv/2000/2/obsah/frantisek-roubik.html> (letzter Zugriff 20.09.2012).

³⁹ Gesetz Nr. 266/1920 Sb. (vgl. Anm. 20).

⁴⁰ *Cáda*: Zákonná úprava místních názvů v Čechách 190 (vgl. Anm. 20).

⁴¹ Amtliches Deutsches Ortsbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren. Prag 1939. Hrsg. vom Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Im Vorwort zur ersten Auflage dieses Lexikons, das auf den 31. Dezember 1939 datiert ist, heißt es: „unter politischem Druck sind in den letzten 20 Jahren viele deutsche Ortsbenennungen aus dem Sprachgebrauch ausgeschieden worden. Sinn und Zweck dieses Buches ist es, in dem Gebrauch von Ortsnamen für die Zukunft die nötige Klarheit zu schaffen.“ – *Sturm*, Heribert (Hg.): Ortslexikon der böhmischen Länder 1910-1965. München 1995. – Zur Verwaltung während der Protektoratszeit vgl.: *Maršálek*, Pavel: Pod ochranou hákového kříže. Nacistický okupační režim v českých zemích 1939-1945 [Unter dem Schutz des Hakenkreuzes. Das nationalsozialistische Okkupationsregime in den böhmischen Ländern 1939-1945]. Praha 2012, 66-76, hier

Mit dem Beschluss des Innenministeriums vom 18. Mai 1945 wurde die Gültigkeit der amtlichen Gemeindefüramen in den böhmischen Ländern von der Zeit vor dem 1. Oktober 1938 wiederhergestellt.⁴² Gleichzeitig wurde jedoch – und das war die wichtigste Änderung – die Gültigkeit aller amtlichen Namen von Orten und Ortsteilen aufgehoben, wenn diese „in einer anderen als der tschechischen Sprache“ verfasst waren. Der Erlass des Innenministeriums vom April 1946 ergänzte diese gesetzliche Regelung weiter: Die Wiederherstellung der Ortsnamen betraf nur jene Gemeinden, die ihren Namen nicht bereits nach dem 4. Mai 1945 geändert hatten; handelte es sich um mehrsprachige amtliche Gemeindefüramen, behielten allein die tschechischen ihre Gültigkeit. Somit verloren alle deutschen Varianten tschechischer Ortsnamen sowie alle tschechischen Namen, die während des „Protektorats“ anstelle von älteren tschechischen Namen aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1938 angenommen worden waren, ihre Gültigkeit. Eine Ausnahme stellten die inzwischen vereinigten Gemeinden Zlín (Zlin), Semily (Semil) und Staňkov (Stankau) dar. Trotz dieser Änderungen verblieben 510 Gemeinden in Böhmen und Mähren, die einzig einen deutschen amtlichen Namen bzw. einen deutschen Namen mit tschechischem Attribut trugen. Das Innenministerium forderte in einem Erlass vom 22. Juni 1945 jedoch dazu auf, diese Namen binnen kürzester Zeit zu „tschechisieren“.⁴³ Zudem gab es im August 1945 ein Zirkular heraus, das die Formalitäten für Anträge auf Umbenennungen von Straßen nach dem Präsidenten der Republik und anderen lebenden Staatsmännern festlegte.⁴⁴ Zu den erforderlichen Unterlagen gehörten ein schriftlicher Antrag und eine Abschrift der entsprechenden Verhandlungsakte der Selbstverwaltung, ein Stadtplan und ein Plan der näheren Umgebung der betreffenden Straße, zwanzig aktuelle Fotografien sowie die Zustimmung des Präsidenten. Beizufügen war ferner eine kurze Geschichte der Stadt und gegebenenfalls eine Übersetzung ins Russische – sowohl des Antrags als auch der Stadtgeschichte –, die im Innenministerium selbst angefertigt wurde. Im November 1946 wurde die institutionelle Vorgehensweise bei Umbenennungen vom Innenministerium präzisiert. In einem weiteren Erlass legte das Innenministerium fest, dass sich die Gemeinden künftig nicht mehr direkt an den Präsidenten oder die Präsidentenkanzlei wenden sollten, sondern die Anträge über das Ministerium zu stellen hatten, das sie dann gebündelt an die Präsidialkanzlei weiterleitete.⁴⁵

Auch nach der Verabschiedung der tschechoslowakischen sozialistischen Verfassung von 1960 sowie nach 1989 beschäftigten sich weitere Rechtsnormen mit der

werden auch die Reichsgesetze angeführt, mit denen die Kompetenzen des stellvertretenden Reichskanzlers geregelt wurden.

⁴² Vyhláška ministra vnitra ze dne 1. července 1947 o změnách úředních názvů měst, obcí, osad a částí osad, povolených v roce 1946 [Bekanntmachung des Innenministeriums vom 1. Juli 1947 über Änderungen der amtlichen Bezeichnungen der Städte, Gemeinden, Ortschaften und Ortsteile, die im Jahr 1946 zugelassen wurden]. Nr. 123/1947 sb. Text unter: <http://portal.gov.cz/app/zakony/zakonInfo.jsp?idBiblio=15707&nr=123~2F1947&rpp=15> (letzter Zugriff 30.09.2012).

⁴³ *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 2 (vgl. Anm. 9).

⁴⁴ NA, Fond Ministerstvo vnitra [Fonds des Innenministeriums, MV] MV–I, NR, Kart. 4977.

⁴⁵ *Ebenda*.

Festlegung von Ortsnamen. Die neuen Gesetze zeigen aber deutlich, dass die Zeit der großen Brüche und der extremen Politisierung der Namensfrage vorüber ist – auch weil das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik seit dem Ende der vierziger Jahre mehr oder minder national homogen ist.⁴⁶

Wie der kurze chronologische Überblick über die rechtliche Entwicklung deutlich gemacht hat, markieren vor allem die Jahre 1938/39 und 1945 folgende tiefe Zäsuren: Hatte während der Ersten Tschechoslowakischen Republik ein von der Nationalversammlung verabschiedetes Gesetz den Charakter der Änderungen vorgegeben, reichten nach 1945 Rechtsregelungen in Form von Bekanntmachungen, Erlässen und Zirkularen durch Ministerien aus, und so war es auch bereits im „Protektorat“ gewesen. Diese Vorgehensweise zeugt von einem Wandel der politischen wie auch der Rechtskultur, die nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung 1945/46 von der Gründung mehrerer Ortsnamenkommissionen zusätzlich befördert wurde. Diese entstanden auf Initiative zentralstaatlicher Instanzen und sollten eine systematische Revision der Ortsnamen vornehmen. Eben diese Namenkommissionen, deren Arbeit im Folgenden näher analysiert wird, trugen wesentlich zum Wandel der topografischen Terminologie in den böhmischen Ländern nach 1945 bei.

*Die Umbenennung von Fluren und Orten durch die Namenkommissionen
nach 1945*

*a) Die Umbenennung von Fluren durch die militärische Kommission
für Kartografische Toponomastik*

Die Kommission für Kartografische Toponomastik (Názvoslovná komise kartografická) arbeitete zwischen 1946 und 1950 intensiv und auf ihre Weise sehr effektiv an der Revision der Flurnamen. Bis zu ihrer Auflösung Ende Februar 1950 erfüllte sie ihren Auftrag, neue Flurnamen für die böhmischen Länder – und zwar durchaus nicht nur für die Zwecke der militärischen Kartografie – zu schaffen, weitgehend.⁴⁷

Bereits auf der ersten Beratung, die am 2. August 1946 im Konferenzsaal des Militärinstituts für Kartografie in Prag Bubeneč stattfand, informierte der Kommandant dieser Institution, Oberst Bohumír Kobliha, die Anwesenden darüber, dass „in der Flurterminologie keine Einheit herrscht, denn es liegen keine Grundsätze oder Richtlinien vor, bzw. es besteht kein kompetentes Organ, das die richtigen tschechischen

⁴⁶ Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die Bekanntmachung Nr. 97/1961 Sb. „Über die Gemeindenamen, die Bezeichnung von Straßen und die Nummerierung von Häusern“ (Vyhláška o názvech obcí, označování ulic a číslování domů); das Gesetz Nr. 128/2000 Sb. „Über die Gemeinden“, Paragraph 28-34 (Zákon 128 o obcích (obecní zřízení), § 28-34); das Gesetz Nr. 131/2000 Sb. „Über die Hauptstadt Prag“, § 13-14 (Zákon o hlavním městě Praze, § 13-14) mit dem die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach lebenden Personen verboten wurde.

⁴⁷ Ústřední archiv zeměměřičství a katastru [Zentralarchiv für Vermessungswesen und Kataster (Prag-Kobylisy, ÚAZK)], Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise [Fonds Kartografische Namenkommission und Namenkommission]. Ich danke PhDr. Pavel Boháč für die freundliche Bereitstellung der Sitzungsprotokolle dieser Kommissionen.

Namen bestimmen würde“.⁴⁸ Kobiha unterstrich die Dringlichkeit der Arbeit, die vor der Kommission lag: „Das Bedürfnis einer richtigen tschechischen Toponymie für die Landkarten ist äußerst stark und erhöht sich von Tag zu Tag mit den zunehmenden Aufgaben der Topografen.“⁴⁹ Um die Arbeit rasch voran zu treiben, forderte er die Anwesenden zur Vereinfachung bzw. Reduktion jener Flurnamen auf, die für militärische Belange keine größere Bedeutung hatten.⁵⁰ Doch ergaben sich unerwartete Schwierigkeiten: Auf der Sitzung am 20. September 1946 kam es zu einer Diskussion, an der sich u.a. Antonín Profous, František Roubík und später auch der damals noch aus Brünn angereiste Ladislav Hosák beteiligten. Diese Wissenschaftler weigerten sich, die Leitung der Kommission zu übernehmen, und nach einigen weiteren Monaten legten sie die Tätigkeit in dem Gremium mit dem Argument, mit anderen Aufgaben völlig ausgelastet zu sein, ganz nieder. In der Folge wurde der Gang der Arbeiten von Militärkartografen bestimmt.

Ihr Ablauf wurde wie folgt festlegt: Die engere Expertenkommission unter der Schirmherrschaft des Militärinstituts für Kartografie erhielt „die toponomastischen Anforderungen für ein Gebiet auf der Landkarte“ und innerhalb eines Monats trat sie wieder zusammen, „um gemeinsam einen Beschluss über die angeforderte Flurbenennung zu treffen“.⁵¹ Die Kommissionsmitglieder bereiteten inzwischen ihre Stellungnahme zu den Benennungsvorschlägen vor, die ihnen vom Militärinstitut für Kartografie im Voraus zugesandt worden waren. Auf den monatlich stattfindenden gemeinsamen Beratungen wurden dann alle Änderungen von Flurnamen, aber auch Ergänzungen zum Verfahren vereinbart. Die Kommission, die sich auf eine große Zahl von Freiwilligen in den Bezirken und Kreisen stützte, arbeitete sich systematisch von einem Kartenausschnitt zum nächsten vor. So entstand in den böhmischen Ländern eine grundlegend neue Terminologie von Flurnamen, die von Bestand sein sollte. Doch die kommunistische Machtübernahme, die die Kommission in personeller wie materieller Hinsicht hart traf, setzte der intensiven Arbeit ein Ende, die letzte Sitzung der Kommission fand im Februar 1950 statt. In den fünfziger Jahren wurden die Ergebnisse ihrer Tätigkeit einer grundsätzlichen „sprachwissenschaftlichen“ Überprüfung durch eine neue Toponomastische Kommission unterzogen, zwei Drittel der von der ersten Kommission festgelegten Namen wurden jedoch beibehalten und haben bis heute Bestand.

Gerade vor diesem Hintergrund scheint das Urteil von Václav Lábus, der die Arbeit der Kommission für kartografische Toponomastik sehr kritisch dargestellt hat,⁵² zu hart. Lábus zufolge krankte die erste umfassende Revision von Flurnamen nicht nur an der großen Eile, mit der sie durchgeführt wurde, sondern auch an mangelnder Professionalität. Lábus meint, das Militärinstitut für Kartografie habe sei-

⁴⁸ *Ebenda.*

⁴⁹ *Ebenda.*

⁵⁰ *Ebenda.*

⁵¹ *Ebenda.*

⁵² Lábus, Václav: K historii českých jmen v Jizerských horách [Zur Geschichte der tschechischen Namen im Isergebirge]. In: Krkonoše – Jizerské hory Januar (2007). Die Zeitschrift ist im Internet aufrufbar unter: http://krkonose.krnep.cz/index.php?option=com_content&task=view&id=9245&Itemid=27, unpag. (letzter Zugriff 21.12.2011).

nerzeit nicht über die nötigen Fachleute verfügt, weshalb es „selbstverständlich gescheitert“ sei.⁵³ Zwar trifft es zu, dass die Kommission für kartografische Toponomastik keinen so ausgeprägt wissenschaftlichen Charakter hatte wie die später von Vladimír Šmilauer geleitete Toponomastische Kommission, doch führte keineswegs ein Soldat – also der Kommandant des Militärinstituts für Kartografie –, sondern mit Dipl.-Ing. Josef Rón ein Hydrologe fachlich das Wort. Wie aus den sorgfältig geführten Protokollen hervorgeht, kümmerte Rón sich durchaus um die historischen und sprachwissenschaftlichen Grundsätze der Flurnamenbildung. Auch mögen die Arbeitsmethoden sehr pragmatisch gewesen sein – gerade im Hinblick auf die Bedürfnisse der militärischen Kartierung sollte es ja zu keinem Verzug kommen –, doch wurden diesem Ziel keineswegs alle anderen Anforderungen geopfert.

b) Die Revision von Flurnamen durch die „akademische“ Kommission für kartografische Toponomastik

Im November 1951 wurde auf Entscheidung des Ministeriums für Bauindustrie (Ministerstvo stavebního průmyslu), das damals die Aufsicht über das Staatliche Landesvermessungs- und Katasteramt (Státní zeměměřičský a katastrální úřad, SZKÚ)⁵⁴ innehatte, eine neue Namenskommission eingerichtet. Ihre offizielle Bezeichnung war wiederum „Kommission für Kartografische Toponomastik“ (Názvoslovná komise kartografická), sie bezeichnete sich selbst aber stets als „Toponomastische Kommission“, vermutlich um sich von ihrer „militärischen“ Vorgängerin abzusetzen. Der neugegründeten Kommission kam die Aufgabe zu, eine Revision der wichtigsten Flurnamen in den böhmischen Ländern durchzuführen, also all jener Namen, die auf den militärischen Karten im Maßstab von 1:50 000 aufgeführt und die von der militärischen Kartografischen Namenskommission der späten vierziger Jahren geschaffen und beschlossen worden waren. Zudem sollte sie die Vergabe von tschechischen Flurnamen vorbereiten und eine tschechische und slowakische Toponomastik für all die Gebiete schaffen, in denen vor 1945 Deutsch oder Polnisch die vorherrschenden Sprachen gewesen waren.⁵⁵

⁵³ *Ebenda.*

⁵⁴ Später trug das Amt die Bezeichnung „Ústřední správa geodézie a kartografie“ [Zentralverwaltung für Geodäsie und Kartografie].

⁵⁵ In Bratislava arbeitete die Slowakische Toponomastische Kommission, die die Berichte über ihre Sitzungen nach Prag sandte. Der Arbeitsablauf der Slowakischen toponomastischen Kommission basierte auf folgenden Grundsätzen: Slowakische Flurnamen wurden grundsätzlich geändert, wenn sie dialektale Formen aufwiesen oder wenn sie durch die ungarische oder deutsche Transkription oder Anpassung an das Tschechische „verzerrt“ waren. Namen in ungarischer Sprache sollten erhalten bleiben, sofern sie Orte bezeichneten, in denen mehrheitlich tschechoslowakische Staatsangehörige ungarischer Nationalität lebten. Dort, wo neben den ungarischen Namen auch Namen in slowakischer Sprache verwendet wurden und sich diese bereits eingebürgert hatten, sollten diese auch offiziell eingeführt werden. Ungarische Namen in ausschließlich von Slowaken bewohnten Gebieten wurden durch slowakische Namen ersetzt, wenn es sich nicht um historische Namen oder um Namen handelte, die es aus „wichtigen Gründen“ verdienten, bewahrt zu werden. Die Änderung der Namen von Gemeinden, Ortschaften und deren Ortsteilen fiel in die Kom-

Die erste Sitzung der neuen Kommission fand am 22. November 1951 im Sitzungssaal des SZKÚ statt. Bei den Mitgliedern der Kommission handelte es sich überwiegend um Vertreter von Ministerien und der beteiligten Institute der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften.⁵⁶ Mit dem uns bereits bekannten Vladimír Šmilauer, dem Begründer der modernen tschechischen Onomastik, stand der Kommission ein angesehener Wissenschaftler vor; zum wissenschaftlichen Sekretär der Kommission wurde der Historiker und Geograf Ivan Honl berufen. In der Eröffnungsrede über die künftigen Aufgaben der Kommission räumte Šmilauer zwar ein, dass die Flurnamen nicht „dieselbe administrative Bedeutung“ hätten wie die Ortsnamen, doch seien sie keineswegs unwichtig. Nicht nur für Soldaten, Landvermesser, Geografen, Botaniker, den Schulunterricht ect. sei die „genaue Bezeichnung natürlicher Objekte durch Namen, die auch der örtlichen Bevölkerung klar und bekannt sind“, von großer Bedeutung:

Darüber hinaus ist es eine Sache der nationalen Ehre, dass die Bezeichnungen nicht unorganisch und entstellt sind, sondern überall einheitlich und in höchstem Maße an den volkstümlichen Gebrauch angelehnt, jedoch zugleich in die Schriftsprache übertragen. Zuerst werden nur die wichtigsten Namen mit besonderer Berücksichtigung der Grenzgebiete bearbeitet, wo die Korrektur und Fixierung der Flurnamen am dringendsten ist.⁵⁷

petenz der Toponomastischen Kommission beim Beauftragten für Inneres (Povereníctvo vnútra), die ihre Tätigkeit im Jahre 1952 aufgenommen hatte.

⁵⁶ Die Kommission setzte sich laut Protokoll der konstituierenden Sitzung aus folgenden Mitgliedern zusammen: Dr. Jan Martínek und Dr. Václav Letošník (beide für das Innenministerium), Prof. Václav Potužák (für das Schulministerium), Ing. Jaroslav Průša und Ing. Jaroslav Pták (beide für die Landvermessungsabteilung des Ministeriums für Bauindustrie), Dr. Karel Sochor (für das Institut für tschechische Sprache), Hauptmann Oldřich Louda und Major Bohumil Moník (für das Verteidigungsministerium), Prof. Josef Bartůšek (für das Institut für Orientalistik), Ing. František Kovařík (für das Forschungsinstitut für Wasserwirtschaft), Prof. Vladimír Šmilauer (für die Ortsnamenkommission der ČSAV), Ing. Vladislav Sachůnský und Ing. Antonín Koláčný (für das Staatliche Institut für Geodäsie und Kartografie) und Dr. Ivan Honl als Sekretär der Kommission. Folgende Mitglieder waren entschuldigt: Dr. Václav Černý und Karel Stanka (beide für das Landwirtschaftsministerium) sowie ein Vertreter des Informationsministeriums. Honl schlug auf der ersten Sitzung vor, „wegen der Aufgabenvielfalt“ die Kommission „vor allem durch die Heranziehung von Vertretern des Sowjetischen Instituts“ um weitere Mitglieder zu erweitern. Dieser Vorschlag wurde „einstimmig angenommen“. Professor Bartůšek vom Institut für Orientalistik schlug vor, folgende Personen einzubeziehen: Dr. Helena Turková, Adolf Panz, Karel Petráček, Prof. Otakar Pertold, Dr. Vincenc Pořízka, Miloslav Krása, Dr. Augustín Palát, Dr. Vlasta Hliská, Libuše Boháčková, Prof. Alois Pultr, Dr. Pavel Poucha, Dr. Karel Růžička und Prof. Jaroslav Průšek. Major Moník bot an, die Übergabe der schriftlichen und kartografischen Unterlagen „der früheren Fachsprachenkommissionen“ an die neue Kommission umgehend zu veranlassen, sobald das Verteidigungsministerium seine Zustimmung dazu erteilen würde. Den weiteren Sitzungsprotokollen zufolge gehörten folgende Personen zu den exekutiven Kommissionsmitgliedern: Ing. Kovařík, Major Moník (als einziger Vertreter der Vorläuferkommission), Doz. Dostál, Dr. Sochor, Prof. Potužák, Ing. Hercík, Dr. Letošník, Prof. Šmilauer, Prof. Bartůšek, M. Krása, Doz. Kuchař, Dr. Janko, Dr. Mencák, Ing. Pták, M. Turzák, Dr. Purgina, Dr. Harvalík, Dr. Černý und A. Novotný sowie Dr. Ivan Honl, Dr. Štusáková und M. Votýpková als Mitglieder des Sekretariats der Fachsprachenkommission.

⁵⁷ ÚAZK, Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise, Protokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Namenkommission vom 22. 11. 1951.

Was die Arbeitsweise der Kommission betraf, zeigte Šmilauer sich optimistisch:

[...] eine angemessene Organisation und intensive Zusammenarbeit wird es uns ermöglichen, unsere Ziele – die Fixierung der Flurnamen in den böhmischen Ländern – in völliger Übereinstimmung der militärischen, administrativen, geografischen und der philologischen Interessen und in einem ausreichend schnellen Tempo zu erreichen.⁵⁸

In der Tat war die neue Namenkommission gut organisiert, ihre Arbeit lief auf mehreren Ebenen zugleich ab. In jedem der damaligen 280 Bezirke wurden bei den Landesvermessungszentren bzw. bei den technischen Referaten der Bezirksnationalausschüsse, die direkt dem Ministerium für Bauindustrie unterstanden, so genannte „Bezirksbeiräte für die Korrektur der Flurnamen“ (Okresní poradní sbory pro úpravu pomístního názvosloví) eingerichtet. Bei den Mitgliedern dieser Beiräte handelte es sich um „Vertreter der Volksverwaltung“, Landesverwalter und Mitarbeiter sowie Ausbilder der „Volksaufklärung“. Sie alle legten der Namenkommission Vorschläge zur Vereinheitlichung vor. Die korrigierten Flurnamen wurden dann wiederum den Bezirksnationalausschüssen zur Genehmigung zurückgeschickt. Das endgültige Genehmigungsverfahren fand schließlich im SZKÚ statt.

Jaroslav Průša, Vertreter des Ministeriums für Bauwesen, betonte, dass die Namenkommission unter den neuen Verhältnissen auch einen neuen Charakter haben müsse. Sie solle „nicht nur die philologischen und kulturhistorischen Probleme lösen“, die Verhandlungsergebnisse hätten vielmehr „auch den Bedürfnissen des Volkes zu dienen“. Die Kommission müsste immer in Erinnerung behalten, dass

[...] in erster Linie das Volk, das von der Volksverwaltung verkörpert wird, dazu berufen ist, entscheidenden Einfluss auf die Festlegung der Namen von Orten, Flächen, Flurwegen, Gebirgen und Gewässern seiner unmittelbaren Heimat auszuüben.⁵⁹

Der Kommission standen alle Katasterpläne aus den Kreisarchiven zur Verfügung und „das Jahrhunderte alte, reiche Inventar des Zentralarchivs des SZKÚ“, das seinerzeit formal dem Ministerium für Bauindustrie unterstellt war. Außerdem verfügte die Kommission über einige Fachausschüsse, zum Beispiel über eine Unterkommission für Orientalische Sprachen, eine weitere für das lateinische Alphabet oder für Geografie. Zugleich fungierte sie als „ressortübergreifende und gesamtstaatliche Kommission“ zur Klärung toponomastischer Probleme von gesamtstaatlicher Bedeutung.⁶⁰

Mitte der fünfziger Jahre wurde die Tätigkeit der Namenkommission erfolgreich abgeschlossen, die revidierten Flurnamen konnten nun in die allgemeinen und militärischen Karten eingetragen werden. Aus dem vom Kommissionsvorsitzenden Šmilauer verfassten Bericht vom April 1956, der für das Präsidium der Akademie der Wissenschaften bestimmt war, geht hervor, dass die Kommission in den zurückliegenden fünf Jahren über 23030 Flurnamen in den böhmischen Regionen revidiert hatte, wobei 8398 Namen eine nachträgliche Tschechisierung erfahren hatten. Be-

⁵⁸ *Ebenda.*

⁵⁹ ÚAZK, Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise, Protokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Toponomastischen Kommission vom 22.11.1951.

⁶⁰ *Ebenda.*

reits 1957 wurden unter der Obhut des Redaktionsausschusses der Namenkommission Flurnamenverzeichnisse für die Bezirke Liberec (Reichenberg), Ústí nad Labem (Aussig) und Karlovy Vary (Karlsbad) veröffentlicht.⁶¹ Die neue Orts- und Flurnamenterminologie erhielt, so Šmilauer in seinem Bericht, „eine amtliche Gültigkeit und damit auch eine garantierte Stabilität“.⁶²

In Šmilauers Rückblick auf die gewaltige Arbeitsleistung, die die Kommission erbracht hatte, mischten sich aber auch ernüchterte, desillusionierte Töne. So bedauerte er ausdrücklich,

[...] dass wir nicht das tun konnten, was wir gern getan hätten: den Namensausschüssen der Bezirke ein wesentlich umfangreicheres Material zur Verfügung zu stellen, vor allem alle älteren Namendokumente aus Archiven und alle bisherigen Nameninterpretationen (hauptsächlich der deutschen). Dieses Idealziel hätte jedoch einen größeren Mitarbeiterstab und viel Zeit erfordert. Wir hatten jedoch weder genügend Mitarbeiter noch genügend Zeit: Die Forderungen der Kartografen, vor allem der militärischen, waren streng und mussten rechtzeitig erfüllt werden.⁶³

Deshalb habe man sich auf die Informationen verlassen müssen, die Archivare, Historiker und Philologen in den Namensausschüssen der Bezirke lieferten, die nicht immer zuverlässig gewesen seien,

[...] wie überhaupt die Ungleichheit der Bezirksausschüsse uns große Sorgen bereitete. Unter ihnen gab es alle Abstufungen [...]. Einige Unterschiede waren selbstverständlich eine Folge der dehnbaren Richtlinien: In einigen Bezirken gab man bei dem Austausch der deutschen Namen Übersetzungen den Vorrang, in anderen Bezirken eher eigenständigen Namensgebungen. Wenn die Vorschläge den Grundsätzen nicht direkt widersprachen, griffen wir als Kommission nicht ein, denn eine völlige Einheitlichkeit war auch nicht unser Idealziel. Wir waren uns bewusst, dass es schneller und bequemer gewesen wäre und zu einem runderen Ergebnis geführt hätte, wenn wir ein einheitliches System ausgearbeitet und selbst neue Namen vorgeschrieben hätten. – Dann hätten wir aber die Hoffnung aufgeben müssen, die Zustimmung der örtlichen Akteure zu erhalten, und die ganze Aktion wäre umsonst gewesen: Diese Terminologie hätte sich kaum eingebürgert.⁶⁴

Doch insgesamt gelangte Šmilauer zu einer positiven Einschätzung der Ergebnisse:

Die Nachteile [der jetzigen Praxis, M.H.] wiegt jedoch die Tatsache auf, dass wir nun eine ausgearbeitete und fertige Terminologie haben [...]. Wir haben jetzt erstmals ein schriftliches Verzeichnis aller unserer wichtigsten Berge, Flüsse und Bäche, Teiche, Wälder, Täler, Burgen mit der genauen Angabe, wo sie liegen, welche Namen älter, welche jünger sind. Dieses umfangreiche Namenmaterial wird zu einem wertvollen Gegenstand der philologischen Forschung werden. Diese Terminologie wird in alle militärischen und zivilen Karten eingehen, und wir freuen uns, dass sie auch die Vereinheitlichung der Bezeichnungen in Reiseführern ermöglichen wird.⁶⁵

Die Arbeit der Kommission, die formal dem SZKÚ, fachlich aber der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste und ab 1953 der ČSAV bezie-

⁶¹ Für das gesamte Staatsgebiet wurde die Arbeit erst 1969 abgeschlossen.

⁶² Šmilauer: Revize českých pomístních jmen (vgl. Anm. 11).

⁶³ *Ebenda.*

⁶⁴ *Ebenda.*

⁶⁵ *Ebenda.*

ungsweise deren drei Arbeitsstellen, dem Kabinett für Kartografie, dem Institut für Orientalistik und dem Institut für Tschechische Sprache unterstellt war, zielte nicht nur auf die Änderung von Namen, die – noch einer Definition aus der Ersten Republik folgend – mit den „Feinden der Nation“ verbunden waren, sondern es ging um eine „endgültige“ und vollständige Tschechisierung der Landschaft. Das Hauptprinzip lautete dabei, die Landschaft von den Namen ihrer ehemaligen Bewohner zu „befreien“.⁶⁶ Angesichts dessen, dass in weiten Teilen der Grenzgebiete ein vollständiger Bevölkerungsaustausch stattgefunden hatte, war die Motivation, die deutschen Namen zu erhalten, gering bzw. überhaupt nicht vorhanden. Die Bezirksausschüsse griffen bei der Schaffung neuer Namen in den meisten Fällen auf Übersetzungen der alten deutschen Namen zurück. Dadurch wurde wenigstens eine semantische Kontinuität auch in der neuen tschechischen Terminologie aufrechterhalten. Václav Lábus erklärt die Vorgehensweise wie folgt:

[...] dort, wo es nicht möglich war, eine Übersetzung zu benutzen, griffen die Kommissionsmitglieder ein und schlugen einen neuen, künstlichen Namen vor. Dazu kam es, wenn die deutschen Ortsbezeichnungen unverständlich waren (z. B. *Farbenberg* – *Bučina*, „Farbe“ geht hier auf eine dialektale Form des Wortes Farn zurück und nicht auf Farbe), oder wenn sie einen Personennamen enthielten. Zumeist handelte es sich um die ursprünglichen Besitzer oder Verwalter des Grundstücks. Angesichts aller Ereignisse und Wechsel in den vierziger und fünfziger Jahren war es äußerst unangebracht, diese Namen beizubehalten (z. B. *Seibthübel* – *Slovanka*). Sofern die tschechischen Namen, die schon vor 1950 aufgekommen waren, organisch entstanden waren und den Grundsätzen der Kommission entsprachen, blieben sie erhalten (z. B. *Smrk*, *Smědá* und viele andere). Die Kommissionsmitglieder bildeten die neuen Namen üblicherweise aus zeitlich und örtlich neutralen Ausdrücken, das heißt, sie benutzten nur solche Sprachinstrumente, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lebendig waren.⁶⁷

Dass den Beteiligten daran gelegen war, zu einem ebenso alltagstauglichen wie soliden Ergebnis zu gelangen, zeigen die Forderungen, die an die Kommission herangetragen wurden: So hatte die Militärverwaltung im Rahmen der Tätigkeit der ersten Kartografischen Namenkommission bereits eine Differenzierung der Namen verlangt. Zum Beispiel wurde im Isergebirge (*Jizerské hory*) zwischen Schwarzenberg = *Černá hora*, Schwarzer Berg = *Černý vrch*, Schwarz Berg = *Kančí vrch* unterschieden. Die Hydrologen forderten wiederum, dass alle Wasserläufe bis zur sechsten Größenordnung auf ihrer gesamten Länge einen einzigen Namen tragen sollten, während die Sprachwissenschaftler betonten, dass Orts- und Flurnamen ein einheitliches Ganzes bilden sollten und sich die Historiker für die Beibehaltung der

⁶⁶ Während der Debatte über die Gestaltung der Flurnamen im Riesengebirge am 3. Januar 1952 machte Letošník die Namenkommission darauf aufmerksam, dass „bei der Revision der Ortsnamen die Eigentumsnamen wie *Špindlerův Mlýn* (Spindlermühle) beibehalten werden sollten, sofern sie sich eingebürgert hatten und mindestens eine hundertjährige Tradition haben. Der Dringlichkeit wegen werden auch Namen aus der Zeit vor 1904 beibehalten; Namen, die jedoch erstmals im Lexikon von 1916 aufgeführt wurden, werden durch geografische Bezeichnungen ersetzt.“ ÚAZK, Fond *Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise*.

⁶⁷ Lábus: *K historii českých jmen v Jizerských horách* (vgl. Anm. 50). Hervorhebung im Original.

deutschen Namen bei Burgen und Festungen aussprachen.⁶⁸ Bei der Schöpfung und Korrektur der Namen im Landesinneren bemühte sich die Kommission, so weit wie möglich die bereits eingebürgerten Namen beizubehalten.⁶⁹

Thesen zum Wandel der Flurnamen

Der Umbenennung der Landschaft ist in einem breiteren historischen Kontext zu sehen: Sie ging einher mit der Besetzung des öffentlichen Raumes mit zeitgenössischen tschechischen bzw. tschechoslowakischen Nationalsymbolen.⁷⁰ Ihnen mussten ältere, also deutsche Symbole, insbesondere Denkmäler, Büsten und Friedhöfe, weichen. Die Landschaft verlor nicht nur ihre historische Benennung und damit einen wichtigen Teil ihres historischen Gedächtnisses, mit der Zeit nahm sie auch eine andere Gestalt an, was an natürlichen wie künstlichen sozio-kulturellen Prozessen lag, etwa der forcierten Industrialisierung, der Entstehung neuer Siedlungen und der verstärkten Urbanisierung – aber auch an der Verschmutzung und Vernichtung von Naturressourcen.⁷¹

Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und die darauffolgende „militärische“ und „wissenschaftliche“ Umbenennung der Landschaft bildeten allerdings den Ausgangspunkt für den toponomastischen Wandel in den böhmischen Ländern. An die 30000 Flurnamen wurden revidiert. Unter der Leitung der 1946 und 1951 gegründeten Namenkommissionen kam es zur Umbenennung und Revision von zirka 23000 Flurnamen vor allem in den böhmischen, mährischen und schlesischen Grenzgebieten. Erst diese „doppelte“ Änderung führte zum definitiven Ende der zweisprachigen Benennung der Landschaft in den böhmischen Ländern und insbesondere in deren Grenzgebieten. Man kann davon ausgehen, dass die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung die Umbenennungen seinerzeit für gerecht und selbstverständlich hielt; heute ahnen die meisten Erwachsenen in der Tschechischen Republik nicht einmal, dass viele Orte in ihrem Land vor gerade einmal 70 Jahren andere – deutsche oder polnische – Namen trugen.

Den Sprachwissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften kam nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und in der Zeit der „endgültigen Säuberung der slawischen Landschaft“ eine herausragende politische Funktion zu. Indem sie die Umbenennungen „verwissenschaftlichten“, erwiesen sie sich für den sich transformierenden Staat nachgerade als unentbehrlich.⁷²

⁶⁸ *Ebenda.*

⁶⁹ *Ebenda.*

⁷⁰ Wingfield, Nancy M.: The Politics of Memory: Constructing National Identity in the Czech Lands, 1945 to 1948. In: East European Politics and Societies 14 (2000) 246-267.

⁷¹ Zur den Veränderungen der Landschaft nach 1945 in Langzeitperspektive: *Glassheim, Eagle: Etnické čistky, komunismus a devastace životního prostředí. Vytváření nové identity severočeského pohraničí 1945-1948* [Ethnische Säuberungen, Kommunismus und die Zerstörung der Umwelt. Die Bildung einer neuen Identität im nordböhmischen Grenzland 1945-1948]. In: Soudobé Dějiny 12 (2005) H. 3-4, 432-464.

⁷² Diese lässt sich in gewisser Weise mit der Rolle der Elektrotechniker während der Vereinheitlichung des Elektrifizierungsprojektes in der Ersten Tschechoslowakischen Republik oder jüngst mit der der Archivare im Restituierungsprozess der neunziger Jahre vergleiche.

Aus der Sicht der frühen Nachkriegszeit ist das Projekt der Umbenennung der „tschechischen“ Landschaft gelungen. Der Prozess lief gänzlich ohne öffentliche Diskussionen ab. Dennoch hielten ihn die beteiligten Namenkommissionen für demokratisch, was sich wohl nur mit dem Verweis auf das damals herrschende politische System und Denken erklären lässt. Denn nur in einem totalitären System kann ein Genehmigungsverfahren, das mehrere Instanzen passieren muss, mit Demokratie verwechselt werden. Ein Bemühen um gewisse demokratische Elemente lässt sich eher indirekt in der Arbeit der von Šmilauer und Honl geleiteten Kommission erkennen, denen es ein Anliegen war, bei der Schaffung neuer oder altneuer Flurnamen auf „die Volkstümlichkeit, die Historizität“ und die Nähe zum örtlichen Dialekt zu achten. Der Kommissionsvorsitzende charakterisierte das Resultat wie folgt: „Die Arbeitsergebnisse waren in möglichst hohem Maße auf den Volksusus gestützt, jedoch erhoben in den schriftsprachlichen Bereich.“⁷³

*Die Umbenennung von Gemeinden durch die Namenkommission
des Innenministeriums*

Auch bei der Änderung von Gemeinidenamen konnte nach 1945 auf die Arbeit aus der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden. Der Übergang gestaltete sich geradezu fließend, da bereits eine Kommission zur Umbenennung von Orten existierte. Einen besonders aufschlussreichen Einblick in die „toponomastische Arbeit“ des Innenministeriums, in dessen Kompetenz die Genehmigung der Ortsnamen fiel, geben der Nachlass des Archivars und Beamten des Innenministeriums Václav Letošník sowie zum Teil auch die Protokolle der oben vorgestellten Kommission für kartografische Toponomastik. Aus der Analyse dieser Materialien ergibt sich, dass der Umbenennungsprozess der tschechischen, mährischen und schlesischen Orte und Fluren nach Ressorts getrennt ablief und zumindest anfänglich keine erkennbare Zusammenarbeit zwischen dem Innen- und dem Verteidigungsministerium bzw. dem Militärinstitut für Kartografie stattfand. So stellte auch der Vertreter des Innenministeriums, Oberrat František Novotný, auf der ersten Sitzung der Kommission für kartografische Toponomastik im August 1946 fest, dass das Innenministerium bereits intensiv an der Revision der Ortsnamen arbeite, wenngleich die Zusammenarbeit mit den lokalen Nationalausschüssen „schwer“ sei.⁷⁴ Erst nach dieser Sitzung wurde eine Koordinierung der Tätigkeit beider Ressorts vereinbart und ein Vertreter der Kommission für kartografische Toponomastik als Beobachter in die Namenkommission des Innenministeriums entsandt. Das wichtigste Prinzip der am Innenministerium angesiedelten Namenkommission bestand laut Novotný darin, bei der Bezeichnung von Gemeinden auf Personennamen zu verzichten. Desweiteren gab

chen. – Kostlán, Antonín (Hg.): Věda v Československu v období normalizace (1970-1975) [Die Wissenschaft in der Tschechoslowakei in der Zeit der Normalisierung (1970-1975)]. Praha 2002.

⁷³ ÚAZK, Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise, Protokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Toponomastischen Kommission vom 22.11.1951.

⁷⁴ *Ebenda*.

Novotný auf der oben erwähnten Sitzung der Kartografischen Kommission vom August 1946 bekannt, dass die Kommission im Fall von zweisprachigen Ortsnamen „alle deutschen Ortsnamen annulliert und nur die tschechischen beibehält“.⁷⁵

Václav Letošník bemühte sich, dem Umwandlungsprozess der Ortsnamen feste „politisch-philologische“ Grundsätze zu verleihen; diese konnten in der Praxis jedoch nicht immer eingehalten werden. Bei seiner Arbeit ließ er sich von folgenden Prinzipien leiten: Erstens ging er davon aus, dass die tschechische Bevölkerung, die neu in die Gebiete gekommen war, aus denen die deutschen Einwohner ausgesiedelt worden waren, nicht die deutschen Ortsnamen benutze. Zweitens verlangte er, auch für Gemeinden, die nach 1920 keinen tschechischen Namen mit amtlicher Gültigkeit gehabt hatten, weiter nach tschechischen historischen Namen zu suchen. Sofern sich keine älteren tschechischen Namen finden ließen, hielt er tschechische Flurnamen aus der näheren Umgebung einstmals deutscher Gemeinden für einen guten Ersatz für die deutschen Ortsnamen. Weiter war er der Überzeugung, dass der formale Prozess der Tschechisierung der deutschen Namen nicht ausreiche, da „dieser den Tendenzen der Zeit, der sprachlichen Reinheit und auch dem amtlichen Interesse“ widerspräche, dessen Ziel die Entfernung aller deutschen Namen sein müsse. Deutsche Namen könnten zwar in der tschechischen Übersetzung erhalten bleiben, wodurch historische Kontinuität bewahrt werde, allerdings mit der Ausnahme all jener Fälle, in denen sich der ursprüngliche Name von dem (deutschen) Begründer bzw. Besitzer einer Lokalität ableite. Die Übersetzungen der ursprünglichen deutschen Namen sollten bevorzugt werden, sofern sie die natürliche, geografische oder gegebenenfalls historische Wirklichkeit sachlich zutreffend wiedergäben. Und schließlich hielt Letošník auch die Schaffung völlig neuer tschechischer Namen für zulässig, beispielsweise aufgrund der Eigennamen von Neusiedlern.⁷⁶

Die Vorschläge, die das Innenministerium den beteiligten Institutionen (unter anderem den lokalen und Bezirksnationalausschüssen) zur Kommentierung vorlegte, wurden zuvor von der Ortsnamenkommission der ČAVU unter historischen, topografischen und philologischen Gesichtspunkten eingehend geprüft. Neben den beiden Mitarbeitern des Innenministeriums, František Novotný und Václav Letošník, trug Antonín Profous, der Mitglied der Ortsnamenkommission und bereits nach 1918 an der amtlichen Revision der Ortsnamen beteiligt gewesen war, den Hauptanteil an dieser Arbeit. Doch anders als in der Zwischenkriegszeit war er nun im Rang eines bezahlten „philologischen Beraters“ des Innenministeriums tätig.⁷⁷

In der ersten Phase der Änderung deutscher Ortsnamen ging es Václav Letošník zufolge um die Revision von 510 Ortsnamen.⁷⁸ Ivan Luterer sprach von einer „Revision von 520 Gemeindebezeichnungen in deutscher Sprache mit Ausnahme jener Namen, die schon vor langer Zeit dem Tschechischen angepasst worden seien (z. B. Karlštejn (Karlstein), Nymburk (Nimburg), Žamberk (Senftenberg)), und von

⁷⁵ *Ebenda.*

⁷⁶ *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 2, 1-9 (vgl. Anm. 9).

⁷⁷ *Ebenda.*

⁷⁸ *Ebenda.*

60 weiteren Namen in tschechischer Sprache, die das Attribut ‚Německý‘ (Deutsch-) trugen“.⁷⁹

Einen Sonderfall stellte die Umbenennung von Německý Brod (Deutsch-Brod) in Havlíčkův Brod dar. Der neue Name war bereits am 5. Mai 1945 vom lokalen Revolutionären Nationalausschuss eingeführt worden, der am 21. August schließlich die Ortsnamenkommission um die nachträgliche Genehmigung des Namens bat. Aus der Stellungnahme des Oberrates František Novotný geht hervor, dass das Ministerium das Anliegen der Stadt, sich einen neuen Namen zu geben, grundsätzlich begrüßte, da dies

[...] im Einklang mit der Resolution des Präsidenten und der Regierungsmitglieder steht, wonach alles entfernt werden soll, was an die Vorherrschaft des deutschen Elements in unseren Ländern erinnert, und darauf zielt, den bisherigen amtlichen Namen der Stadt auf eine angebrachte Weise zu ändern. [Das Innenministerium, M. H.] ist der Ansicht, dass auch ähnliche Wünsche anderer Städte beurteilt werden müssen, die ebenfalls nach einer Entfernung der Erinnerungen an die deutsche Kolonisation streben, deren Folgen zur Zeit auch mit anderen Mitteln beseitigt werden.⁸⁰

Von dem gewählten Namen Havlíčkův Brod, der sich auf den tschechischen Schriftsteller und nationalen „Erwecker“ Karel Havlíček Borovský bezog, zeigte man sich allerdings nicht gerade begeistert:

Es geht nur darum, dass die neuen Attribute nicht zu Lasten der Qualität von anderen Ortsnamen, insbesondere im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit, geraten. Diese Gefahr droht insbesondere bei Umbenennungen von Gemeinden nach verdienten Persönlichkeiten, auch wenn diese eine bestimmte Beziehung zur Gemeinde hatten. Die Bedeutung persönlicher Verdienste wird nämlich zu verschiedenen Zeiten nicht immer gleich bewertet.⁸¹

Václav Letošník führt in seiner Studie über die „Entdeutschung“ der böhmischen Ortsnamen an, dass „die Entfernung der Attribute nicht explizit angeordnet wurde, jedoch in formaler Hinsicht eine Folge des allgemeinen Strebens nach einer Entdeutschung war und die örtliche Bevölkerung „das Attribut als einen beklemmenden Schandfleck wahrnahm und seine Entfernung wünschte“.⁸² So ist es nicht verwunderlich, dass auch neue tschechische Selbstverwaltungen von Orten, deren Namen den Zeitgenossen allzu deutsch klangen, schon 1945 eine rasche Neubenennung forderten: darunter Rabštejn nad Střelou (Rabenstein an der Schnell), Šejdov oder Manderšejd-Chrást (heute nur Chrást).⁸³ Nur eine einzige Gemeinde hält bis heute an dem Attribut „Německý“ in ihrem Namen fest, das ist Německý Chloumek (Deutsch Kilmes), heute ein Teil der Stadt Bochoř (Buchau) im Bezirk Karlovy Vary (Karlsbad).⁸⁴

Die Akten aus dem Nachlass des Archivars Václav Letošník vermitteln ein lebendiges, detailreiches Bild vom Ablauf der Umbenennungen.⁸⁵ Allerdings müssen wir berücksichtigen, dass hier allein Letošníks Sicht der Dinge erscheint. Ihm zufolge gab

⁷⁹ Lutterer: Úprava českých místních jmen s přívlaskem „Německý“ 729 (vgl. Anm. 7).

⁸⁰ *Ebenda.*

⁸¹ *Ebenda.*

⁸² Letošník: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 4 (vgl. Anm. 9).

⁸³ *Ebenda.*

⁸⁴ *Ebenda.*

⁸⁵ NA, Pozůstalost Václava Letošníka, Kart. 3.

es bei der Umbenennung zwar eine formale ministerielle Arbeitsteilung, doch habe die gesamte administrative und zum Teil auch die fachliche Arbeit allein in seinen Händen gelegen.

Letošník erstellte zu jedem der alphabetisch geordneten Ortsnamen eine Tabelle, in der er alle historisch bekannten Bezeichnungen vermerkte, die er entweder dank der Expertise von Antonín Profous oder durch eigene historisch-etymologische Forschungen ermittelt hatte. Zudem trug er alle neuen Vorschläge für die Umbenennung einer Gemeinde ein. Die Tabelle hielt die Informationen in der nachfolgenden Reihenfolge bereit: 1. gegenwärtiger (d. h. deutscher) Name der Stadt; 2. ältester historisch belegter Name; 3. (etymologische) Erklärung des Namens; 4. existierende Analogien; 5. alle Vorschläge für neue Namen – zunächst die von ministerieller Seite, dann diejenigen der lokalen Nationalausschüsse, der Bezirksnationalausschüsse, der Landesnationalausschüsse, des Militärinstituts für Kartografie, des Landesvermessungsamtes, des Ministeriums für Postwesen und des Ministeriums für Verkehrswesen. Erst nach der Sichtung dieses gesamten Materials wurde auf institutioneller Ebene die Entscheidung über den endgültigen tschechischen Namen getroffen. Dabei nahm man durchaus Rücksicht auf die Wünsche der Neusiedler. Im Fall der Gemeinde Ahrendorf im damaligen Bezirk Kadaň (Kaaßen) setzte sich zum Beispiel der Vorschlag „Pavlov“ durch. Dieser Name ging auf den ersten Neusiedler zurück, der nach Kriegsende in den Ort gekommen war. Oft wurde jedoch auch der ursprüngliche deutsche Gemeindegname berücksichtigt. So erhielt die Siedlung Aubach, gleichfalls im Bezirk Kadaň, den Namen Lužný (luh = die Au). Ebenso üblich war, dass der neue Name von dem deutschen abgeleitet wurde und einen slawischen Klang etwa durch die Hinzufügung einer tschechisch anmutenden Endung erhielt. Nicht immer war die Verbindung dabei offensichtlich: So wurde der Ortsteil Arletzgrün im Bezirk Jáchymov (Joachimstal) beispielsweise in Arnoldov umbenannt, wo aber die klangliche Verwandtschaft doch sehr vage war! Einige neue Namen wurden auch in freier Anlehnung an lokale historisch-archäologische Merkmale geschaffen. Aus der Gemeinde Brunzeif im Bezirk Rýmařov (Römerstadt) wurde Rýžoviště, da Historiker zahlreiche mittelalterliche Zeugnisse von Goldwäscherei in dem Ort gefunden hatten. Ein anderer Vorschlag lautete auf den Namen Brunův potok, der sich vom Stifter bzw. Begründer der Siedlung, dem Olmützer Bischof Bruno ableitete. Dieser konnte sich jedoch nicht durchsetzen.⁸⁶

Thesen zum Wandel der Ortsnamen

Der rechtliche Grundstein für die Revision der Ortsnamen in den böhmischen Ländern wurde bereits zu Anfang der zwanziger Jahre gelegt. Ihren Höhepunkt erreichte die Tschechisierung der Ortsnamen aber erst nach dem Ende der deutschen Okkupation; zwischen 1945 und 1949 wurden die meisten Umbenennungen durchgeführt. In dieser Zeit wurde der legislative Ansatz, der für die Erste Republik charakteristisch gewesen war, durch einen bürokratischen ersetzt, wodurch die Politik der Benennung von Orten deutlich an Legitimität verlor.

⁸⁶ NA, Pozůstalost Václava Letošníka, Kart. 3.

Der grundlegende Wandel der Ortsnamen vollzog sich nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, die das Ende von zirka 3000 Gemeinden, Ortsteilen und Einsiedeleien zur Folge hatte. Die Namen der verbliebenen über 500 deutschen Gemeinden wurden bis zum Anfang der fünfziger Jahre tschechisiert bzw. abgeändert. Die Schaffung der neuen tschechischen Ortsnamen stand zwar unter der fachlichen Aufsicht von tschechischen Archivaren und Sprachwissenschaftlern, dennoch liefen die Entscheidungsprozesse oft willkürlich ab. Die Folge war die Abnahme der Vielfalt von historischen Ortsnamen. Der Wandel der Ortsnamen beruhte in erster Linie auf der Aufhebung der ursprünglichen Namen, die damit begründet wurde, dass man „von der tschechischen Bevölkerung nicht verlangen [könne], dass sie deutsche Namen benutzt, die sie nicht versteht“.⁸⁷

Die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Arealen nach 1945

Auch nach 1945 verfügten die Gemeinden bei der Entscheidung über Straßennamen und Namen öffentlicher Areale über eine große Autonomie, diese war in dem weiterhin gültigen Gesetz Nr. 266 vom April 1920, Paragraph 10, verankert. Gleichwohl versuchten die zentralstaatlichen Instanzen, darunter insbesondere das Innenministerium, mit Hilfe von Bekanntmachungen, Empfehlungen, Zirkularen und Erlassen in diese Entscheidungsprozesse einzugreifen. Dies lässt sich an zwei Beispielen aus einem Archivbestand des Prager Innenministeriums, in dem sich die Anträge der Gemeinden auf Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Arealen befinden, besonders gut verdeutlichen.⁸⁸

Im ersten Fall forderte das Innenministerium auf Bitte der so genannten „Sokolov-Kommission“ dazu auf, aus Anlass des fünften Jahrestages der Kämpfe bei Sokolov (Falkenau), die am 8. März 1943 stattgefunden hatten, Straßen in „Städten und Dörfern“ in Sokolovská (Sokolovo-Straße) umzubenennen. „Der Ausschuss erwartet“, heißt es in einem Schreiben des Innenministeriums, dass „diese Initiative, die sicher für die Verbreitung unserer kämpferischen Tradition von Bedeutung ist,

⁸⁷ *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 4 (vgl. Anm. 9).

⁸⁸ NA, Fond Ministerstvo vnitra, MV-I, NR, Kart. 4977. Dieser Bestand enthält alle Anträge auf Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen tschechischer, mährischer und schlesischer Selbstverwaltungen nach 1945. Diese mussten beim Landesnationalausschuss zwar lediglich eine Genehmigung für die Umbenennung der nach lebenden Personen benannten Straßen beantragen, manche Gemeinden schickten dennoch vollständige Listen aller umzubenennenden Straßen und Gelände. In manchen Städten wurden sämtliche Straßen und Plätze umbenannt. Im Rahmen dieser Studie wurden die Anträge der folgenden 28 Gemeinden untersucht: Havlíčkův Brod (Deutschbrod), Beroun (Beraun), Ostrava (Mährisch-Ostrau), Hradec Králové (Königgrätz), Vrchlabí (Hohenelbe), Mariánské Lázně (Marienbad), Plzeň (Pilsen), Červený Kostelec (Roth-Kosteletz), Kladno (Kladno), Libušín (Libuschin), Odry (Odrau), Bílovec (Wagstadt), Klímkovice (Königsberg), Svitavy (Zwittau), Mnichovice (Mnichowitz), Nová Bystřice (Neu-Bistritz), Louny (Laun), Vimperk (Winterberg), Jirkov (Görkau), Bečov nad Teplou (Petschau), Blansko (Blansko), Bohumín (Oderberg), Brandýs nad Labem (Brandeis an der Elbe), Březová nad Svitavou (Brüsau), Cízkovice (Tschischkowitz), okres Litoměřice (Kreis Leitmeritz), Hrádek nad Nisou (Grottau), Liberec (Reichenberg), Pardubice (Pardubitz) und Polubný (Polau), okres Jablonec nad Nisou (Kreis Gablonz an der Neiße).

auf Verständnis bei Repräsentanten der Volksverwaltung stößt“ und dass all jene Straßen umbenannt werden, die „nicht die Namen von bedeutenden Persönlichkeiten unserer Nation oder mit unserer Nation befreundeter Staaten tragen“. ⁸⁹

Im zweiten Fall veröffentlichten die Bezirksverwaltungscommissionen auf Geheiß des Innenministeriums am 10. Oktober 1946 eine Bekanntmachung, in der sie die Bezirksnationalausschüsse zur Entfernung „unangemessener“ Namen von Straßen und öffentlichen Arealen aufforderten. In dieser Bekanntmachung heißt es:

Die Erneuerung der Verfassung und die neue rechtliche Stellung der Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien erfordern, dass auch die Benennung von Straßen und öffentlichen Geländen im Einklang mit diesen Veränderungen steht. Das Innenministerium fordert daher, dass – falls dies noch nicht geschehen ist – in allen Gemeinden die Namen von Straßen, Plätzen, Gärten etc., die an die Zeit der Unfreiheit, des Nationalsozialismus und dessen Repräsentanten und überhaupt an die Germanisierung und das Deutschtum erinnern, umgehend entfernt und durch neue angemessene Namen ersetzt werden. ⁹⁰

Die Neubenennung von Straßen lag in der Kompetenz der lokalen Nationalausschüsse oder der Verwaltungskommissionen, die dazu verpflichtet waren, ihre Entscheidung binnen einer Frist von acht Tagen dem Bezirksnationalausschuss bzw. im Fall von Städten mit eigenen Statuten dem Landesnationalausschuss vorzulegen. Diese Instanzen achteten darauf, dass die Neubenennungen den politischen Vorgaben entsprachen, wobei empfohlen wurde, für die Benennung nach „lebenden Staatsoberhäuptern“ nur „die besten öffentlichen Gelände“ auszuwählen. ⁹¹ Die Bezirks- bzw. Landesnationalausschüsse legten dem Innenministerium die Anträge auf Umbenennung dann zur Genehmigung vor.

Beide hier kurz skizzierten Fälle machen deutlich, dass die Selbstverwaltungen bei der Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach 1945 eher den passiven Part einnahmen. Die ideologisch-bürokratisch ausgerichtete staatliche Verwaltung kam den Selbstverwaltungen zuvor und brachte sie damit um ihre Entscheidungskompetenz. Die Rolle der Selbstverwaltungen im damaligen politisch-gesellschaftlichen System darf nicht überbewertet werden, da diese weder parteipolitisch noch personell oder formal an die Vorkriegszeit anknüpften. ⁹² Das „Revolutionäre“

⁸⁹ NA, Fond Ministerstvo vnitra, MV-I, NR, Kart. 4977. – Ähnlich war die Vorgehensweise auch in der Slowakei, wo der Beauftragte für Inneres im Januar 1946 die Umbenennung wichtiger Straßen und öffentlicher Gelände in slowakischen Städten initiierte. Die Straßen und Plätze sollten vor allem nach dem Slowakischen Nationalaufstand und dem 29. August (am 29. August 1944 war der Slowakische Nationalaufstand ausgerufen worden) benannt werden; „außerdem soll das Gedenken unseres Nationalkünstlers Janko Jesenský verewigt werden. Über die Umsetzung dieser Anweisung soll binnen 30 Tage ein Bericht erstattet werden.“ *Ebenda*.

⁹⁰ *Ebenda*.

⁹¹ *Ebenda*.

⁹² Dazu *Žatkuliak, Josef: Národné výbory – mocenský nástroj premeny spoločnosti* [Die Nationalausschüsse – ein Machtinstrument zur Veränderung der Gesellschaft]. In: *Sedivý, Ivan/Němeček, Jan/Kocian, Jirí/Tůma, Oldřich* (Hgg.): 1948. Únor 1948 v Československu: Nástup komunistické totality a proměny společnosti [1948. Der Februar 1948 in der Tschechoslowakei: Der Aufstieg des kommunistischen Totalitarismus und die Veränderungen der Gesellschaft]. Praha 2011, 93–102.

der damaligen Zeit bestand gerade in der institutionellen Diskontinuität und in der rechtlichen und bürokratischen Willkür. Die Arbeit der Selbstverwaltungen beruhte daher nicht auf den Konzepten der Vorkriegszeit, vielmehr ging es ihnen darum, das „vergangene Unrecht“ durch die Bestrafung der „Verräter“ zu vergelten und so schnell wie möglich frei gewordenes Eigentum sicherzustellen. Diesem Arbeitsauftrag entsprach auch die neue Bezeichnung der Selbstverwaltungen als Nationalausschüsse. Die Umbenennung des öffentlichen Raums nach lebenden und toten Helden des gewonnenen Krieges stellte zwar weder die wichtigste noch die schwierigste Aufgabe dar, da sie weder intellektuell noch logistisch anspruchsvoll war. Gleichwohl hatte sie politische Bedeutung, konnte sie doch für den Moment wichtige symbolische Zeichen setzen. Auf die Frustration, die durch die Okkupation ausgelöst worden war, als jede öffentliche Tätigkeit unterdrückt, tabuisiert oder zumindest streng kontrolliert worden war, folgte nun die „freie“ oder besser gesagt: straf-freie Aneignung des öffentlichen Raums und überwiegend auch des Eigentums auf einem Territorium, das zu keinem Zeitpunkt rein tschechisch gewesen war.⁹³

Unmittelbar nach dem Ende der deutschen Okkupation stellten die Selbstverwaltungen vor allem Anträge auf die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach lebenden Staatsmännern, an erster Stelle nach Präsident Beneš und Marschall Stalin. Edvard Beneš erlebte somit eine zweite Welle öffentlicher Beliebtheit: Nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahre 1935 war er von zahlreichen tschechischen und mährischen Städten zum Ehrenbürger ernannt worden, nach dem Mai 1945 wurden wiederum zahlreiche Hauptstraßen nach ihm benannt. Anfangs genehmigte Beneš die entsprechenden Anträge ohne Einwände. So zeigte er sich beispielsweise keineswegs irritiert, dass die Tyršova (Tyrš-Straße) in Beroun (Beraun) oder die Švehlova (Švehla-Straße) in Rychnov nad Kněžnou (Reichenau an der Kněžna) künftig seinen Namen tragen sollten.⁹⁴ Schließlich fühlte er sich aber doch unwohl, seinen Namen an die Stelle anerkannter „politischer Erwecker“ rücken zu sehen. Eine Wende brachte in dieser Hinsicht die Entscheidung der Stadt Hradec Králové (Königgrätz) vom April 1946, den früheren Riegrovo náměstí (Rieger-Platz) in Benešovo náměstí (Beneš-Platz) umzubenennen. Die Präsidentenkanzlei teilte der Stadtverwaltung Hradec Králové in gewundenen Worten mit, dass der „Präsident zwar über die wohlwollende Aufmerksamkeit erfreut“ sei, bei der Entscheidung über die Annahme dieser Ehre

[...] jedoch die Tatsache in Betracht gezogen hat, dass der Platz bisher den Namen einer Persönlichkeit trägt, die sich durch ihre Arbeit zum Wohle unserer Nation allgemeine Anerkennung erworben hat und auch in unserem neuen Geschichtsabschnitt unumstritten zu den wenigen politischen Erweckern gehört, deren unbestreitbare Bedeutung ungeachtet einer langen, wechselvollen und ereignisreichen Entwicklung unserer Nation in den vergangenen fünfzig Jahren unerschütterlich bleibt.⁹⁵

⁹³ Wingfield: *The Politics of Memory* 246-267 (vgl. Anm. 70). – Vgl. auch *dies.*: *Flag Wars* 277-287 (vgl. Anm. 20). – Auch: Pokorný, Jiří: *Für ewige Zeiten (1995-1962). Das Stalin-Denkmal in Prag*. In: *Unfried, Berthold* (Hg.): *Spuren des „Realsozialismus“ in Böhmen und der Slowakei*. Wien 1996, 41-51.

⁹⁴ NA, Fond Ministerstvo vnitra MV-I, NR, Kart. 4977.

⁹⁵ *Ebenda*.

Die Präsidentenkanzlei lehnte den Antrag daher im April 1947 zunächst ab; zudem nahm sie den Fall zum Anlass, das Genehmigungsverfahren zu verändern. Sie verlangte vom Innenministerium, künftig die Zustimmung zur Umbenennung öffentlicher Gelände, die Namen „bedeutender tschechoslowakischer Politiker aus der vorangegangenen Zeit tragen“,⁹⁶ vorab bei ihr einzuholen.

Doch die Verantwortlichen in Hradec Králové ließen nicht locker. Sie teilten der Präsidentenkanzlei mit, dass eine Straße in der Schlesischen Vorstadt von Hradec Králové den Namen František Ladislav Riegers erhalten habe. Daraufhin änderte Beneš seine Meinung und stimmte der Umbenennung des Riegrovo náměstí schließlich doch noch zu. In Hradec Králové wurden praktisch alle Hauptstraßen umbenannt, wodurch zahlreiche Namen aus dem öffentlichen Raum verschwanden, beispielsweise der des Volkchronisten František Vavák, während andere nun gehäuft auftraten wie der Edvard Beneš – zumindest in den folgenden drei Jahren.⁹⁷

In den Jahren 1945 und 1946 wurden zudem zahlreiche Anträge auf Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach Marschall (später Generalissimus) Stalin gestellt. Hierbei ergab sich das Problem, dass Stalin formal kein Staatsoberhaupt war und daher nach tschechoslowakischem Recht eine vorherige Genehmigung gar nicht notwendig gewesen wäre. Allerdings bestand die sowjetische Seite auf der Vorlage des Antrages einschließlich einer kurzen Geschichte der Gemeinde auf Russisch. Aus diesem Grund wurden die Anträge im Innenministerium ins Russische übersetzt und dann nach Moskau zur Genehmigung geschickt.⁹⁸

Im Zusammenhang mit der Umbenennung von Straßen nach Stalin ergab sich in einem Fall auch ein diplomatisches Problem, als der Nationalausschuss von Pardubice (Pardubitz) die Wilsonova ulice (Wilson-Straße) in Stalinova (Stalin-Straße) umbenannte. Die amerikanische Botschaft ließ daraufhin im Mai 1947 im Außenministerium anfragen, ob diese Umbenennung tatsächlich stattgefunden habe, und falls dem so sei, ob es in Pardubice keine andere Straße oder keinen anderen Platz gebe, die den Namen des Generalissimus erhalten könnte.⁹⁹ Dem Wunsch der amerikanischen Botschaft nach Rückbenennung konnte nicht entsprochen werden, denn der Nationalausschuss von Pardubice hatte bereits kurz zuvor über die Umbenennung entschieden.

Am radikalsten ging die „rote“ Selbstverwaltung von Kladno vor, wo die örtliche Bildungskommission bereits am 9. April 1946 die Umbenennung aller Straßen der Stadt beantragt hatte.¹⁰⁰ Die nahezu komplette Umbenennung trat schließlich am

⁹⁶ *Ebenda.*

⁹⁷ Im Dezember 1947 lehnte Edvard Beneš auch die Umbenennung der Alois-Rašín-Straße in Edvard-Beneš-Straße in der im Bezirk Náchod (Nachod) gelegenen Stadt Červený Kostelec (Roth-Kosteletz) ab. Unter allen Umbennungen nach Beneš und Stalin stellte der Antrag der Neusiedler aus Polubný (Bezirk Jablonec nad Nisou [Gablonz]) im Isergebirge (Jizerské hory) eine Ausnahme dar, wo die örtliche Selbstverwaltung einen Antrag auf Umbenennung einer Straße nach Marschall Tito stellte. Diesem Antrag wurde stattgegeben und der feierliche Akt der Umbenennung fand am 1. Juni 1947 statt. *Ebenda.*

⁹⁸ Den Antrag übersetzte Michail Zajcev, ein Mitarbeiter des Russischen historischen Archivs des Innenministeriums. NA, Fond Ministersvo vnitra, MV-I, NR, Kart. 4977.

⁹⁹ *Ebenda.*

¹⁰⁰ *Ebenda.*

19. Januar 1947 in Kraft, nachdem die vollständige Änderungsliste zuvor auch dem Innenministerium vorgelegen hatte. Ihr zufolge wurde z. B. der Hauptplatz in Stalin-Platz umbenannt, während die Barrande-Straße (nach dem französischen Paläontologen Joachim Barrande) überraschenderweise bestehen blieb so wie auch die Straße Ke křížku (Zum kleinen Kreuz). Die Brněnská (Brünner Straße) wurde zur Lidice-Straße. Bei der Umbenennung der Straßen und Plätze wurde sowohl auf die Namen örtlicher Repräsentanten der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung als auch auf die von Repräsentanten der sowjetischen (Avantgarde-) Kultur wie Majakowski oder Gorki zurückgegriffen. Infolge dieser Änderungen verschwand aus dem öffentlichen Raum unter anderen auch der Name Karel Havlíček Borovskýs, aber auch der Ignatz Kilian Dienzenhofers – der erste musste weichen, weil sein Träger als bürgerlicher Politiker und Journalist galt, der zweite als „Deutscher“. Sein Name wurde durch den des Dichters Petr Bezruč ersetzt, der angeblich die „fortschrittliche“ Geschichte des Bergbaus und der Arbeiterbewegung symbolisierte.¹⁰¹

Die Namensänderungen wurden jedoch nicht überall begrüßt, auch weil sie Verwirrung stifteten. Stadtpläne veralteten rasch. Das nahm die Tageszeitung „Mladá fronta“ (Junge Front) vom 27. Juni 1948 zum Anlass für einen ironischen Kommentar.¹⁰² In Prag, das „in letzter Zeit an Babylon“ erinnere, könne man seinen Weg nur noch per Kompass finden:

Die Umbenennung nimmt solche Ausmaße an, dass die Einheimischen die Orientierung verlieren. [...] Dagegen, dass die Straßen neue Namen nach ausgezeichneten Persönlichkeiten oder Orten bekommen, lässt sich im Grunde nichts einwenden. Schlimmer ist, dass die Umbenennung völlig ohne Grund stattfindet und unter Verwendung von Namen, die überhaupt nichts sagen. Man befürchtet, dass es, falls diese Aktion nicht aufhört, zu einer großen Nachfrage nach Kompassen und Sextanten kommt, denn eine Orientierung nach Stadtplänen ist unmöglich geworden.¹⁰³

Der Autor des Artikels gab zwar etwas übertrieben, aber grundsätzlich zutreffend die Stimmung unter den Einwohnern Prags wieder, insbesondere nachdem auch die „lange“ Královská třída (Königsstraße) auf Vorschlag des (von den Kommunisten dominierten) Magistrats schon zwei Monate vor dem Februar-Umsturz in Sokolovská umbenannt worden war.

Thesen zum Wandel der Straßennamen und Namen öffentlicher Gelände nach 1945

Unmittelbar nach der Befreiung der Tschechoslowakei, überwiegend noch im Mai 1945, beschlossen die städtischen und lokalen Selbstverwaltungsorgane, zu den Straßen- und Geländennamen aus der Zeit vor der deutschen Okkupation zurückzukehren. Dadurch wurde eine dreifache Umbenennung rückgängig gemacht: Die erste ging auf den März 1939 zurück, als bereits am Tag nach dem deutschen Einmarsch tschechisch-national konnotierte Straßennamen entfernt worden waren. Dabei waren Namen wie der Edvard Beneš, Thomas Woodrow Wilsons und Ernest

¹⁰¹ *Ebenda.*

¹⁰² Po Praze jen s kompasem [Durch Prag nur noch mit Kompass]. In: Mladá fronta vom 27. Juni 1948.

¹⁰³ *Ebenda.*

Denis' aus dem öffentlichen Raum verschwunden, aber auch Straßen- und Platznamen, die an die Tschechoslowakischen Legionen erinnerten. Die zweite Umbenennungswelle hatte im Frühjahr 1940 eingesetzt, als die tschechischen Selbstverwaltungen mit der demokratischen Tradition der Ersten Tschechoslowakischen Republik verbundene Namen wie den Tomáš Garrigue Masaryks, Antonín Švehlas oder Vlastimil Tusars von den Platz- und Straßenschildern entfernen ließen. Als im Oktober 1940 ein großer Teil der tschechischen Selbstverwaltungsorgane aufgelöst und durch (deutsche) Kommissariate ersetzt wurde, erfolgte der Übergang zu deutschen Bezeichnungen von Straßen, Plätzen und öffentlichen Anlagen: So wurde etwa in Přerov der Masaryk-Platz in Adolf-Hitler-Platz umbenannt. Nach der Befreiung kam es meist unter der Ägide der örtlichen Baureferate zu spontanen Umbenennungen öffentlicher Gelände in Böhmen, Mähren und Schlesien. Diese wurden nun nicht nur nach dem „Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges“ – also Stalin –, sondern auch nach anderen Befehlshabern der Roten Armee benannt, die die betreffenden Städte befreit hatten. In manchen Fällen, wie in dem von Moravský Krumlov (Mährisch Kromau), war dem die Bombardierung durch die „Befreier“ vorausgegangen. Zudem kehrte nun T. G. Masaryk – und mit ihm das Erbe der Ersten Republik – in den öffentlichen Raum der tschechischen Städte zurück, gefolgt von neuen „kommunistischen Märtyrern“ des Zweiten Weltkriegs wie Julius Fučík oder Jan Šverma. In Prostějov (Proßnitz) wurde eine Straße nach dem damals populären Außenminister Jan Masaryk benannt, weil dieser dort einmal übernachtet hatte. Beinahe in jeder tschechischen, mährischen und schlesischen Stadt wurde eine nach dem von den Nationalsozialisten zerstörten Ort Lidice (Liditz) benannte Straße feierlich eröffnet.¹⁰⁴

Nach dem kommunistischen Umsturz vom Februar 1948 und insbesondere im darauffolgenden Jahr wurden in den Gemeindevertretungen Rufe immer lauter, die Straßennamen dem „Geist der Zeit“ anzupassen.¹⁰⁵ In den folgenden Jahren wurden fast überall auch die in der Nachkriegszeit neu festgelegten Straßennamen revidiert. Zu einer weiteren Welle von Straßenumbenennungen kam es meistens auf Initiative der örtlichen Kulturreferate, der Gewerkschaften oder der Kommissionen der lokalen Nationalausschüsse, bei denen die Entscheidungen in der Regel einem einheitlichen Muster folgten: Für die Benennung kamen an erster Stelle Namen in Frage, die an die heroischen Kämpfe des tschechoslowakischen Heeres an der Seite der Roten Armee erinnerten (Jaselská, Dukelská, Sokolovská), an zweiter Stelle Namen,

¹⁰⁴ Schon während des Krieges hatte es eine Welle von Umbenennungen von Städten zu „Lidice“ in aller Welt gegeben. Dazu: Brandes, Detlef: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in westlichen Medien. In: Bohemia 49 (2009) H. 1, 19-36.

¹⁰⁵ Das Zitat, an das sich auch die Überschrift dieser Studie anlehnt, stammt aus dem Sitzungsprotokoll des Bezirksnationalausschusses Přerov vom 16.11.1949. Hier heißt es im tschechischen Original: „[...] potřeba sladit jména ulic s požadavky doby“, weil eine ganze Reihe von Straßen „Namen tragen, die nicht im Einklang mit den Erfordernissen der Zeit stehen, die mit Blick auf die volksdemokratische Ausrichtung des Staates als ungeeignet bezeichnet werden können“. Vgl. <http://www.rosmus.cz/dokumenty/vyvoj-nazvoslovi-ulicni-site-prerova.pdf> (letzter Zugriff 20.09.2012).

die an fortschrittliche und sozialistische Taten gemahnten (Fučíkova, Jilemnického),¹⁰⁶ Namensgeber konnten drittens den Sieg der russischen Arbeiterklasse über den Kapitalismus verkörpern (Stalinova, Leninova). Ab den fünfziger Jahren gesellten sich verstorbene und lebende Funktionäre der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) wie Jan Šverma und Klement Gottwald sowie Repräsentanten der „hussitischen revolutionären Bewegung“ zu dieser Liste hinzu.

Die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen fand im Zuge staatsrechtlicher, politischer und nationaler Umbrüche statt. Sie stellte eine konjunkturabhängige Praxis dar, die ab 1918 in mehreren Wellen verlief und darauf zielte, die Namen von historischen Akteuren zu entfernen, die unter den Vorzeichen einer „neuen Zeit“ als unpassend empfunden wurden. Anders als in demokratischen Gesellschaften, in denen zumindest seit den sechziger Jahren Straßennamen Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen unter den Bürgern geben können,¹⁰⁷ ging diesem Prozess weder eine öffentliche Diskussion noch eine gründliche Analyse des aktuellen Standes der historischen Forschung voraus. Ausschlaggebend war primär der Aspekt der „politischen Zweckmäßigkeit“, die nach 1939 und 1945 einer strengen ideologischen Maßgabe zu folgen hatte. Dabei lässt sich ein starker Trend zur Benennung von Straßen und Geländen nach den aktuellen Machthabern feststellen¹⁰⁸ und somit das Bemühen, deren Vorstellungen von „historischer Kontinuität“, „historischer Gerechtigkeit“ oder „Fortschrittlichkeit lokaler Überlieferung“ im öffentlichen Raum festzuschreiben und ältere oder alternative Traditionslinien bzw. die Erinnerung an „ungeeignete Helden“ auszulöschen. Die Manipulation der lokalen Erinnerungskultur, die diese Politik zur Folge hatte, führte zu Verzerrungen im historischen Bewusstsein, die bis heute gerade bei den jüngeren Generationen fortwirken.

Als führende Partei hatte die KSČ die formaljuristische Grundlage für die symbolische Besetzung des öffentlichen Raums nach ihren Maßgaben geschaffen – die Staats- und Stadtverwaltungen agierten also legal –, doch heißt das nicht, dass ihr Handeln auch auf Zustimmung gestoßen wäre. Häufig fanden Umbenennungen ungeachtet stiller Proteste der Bürger statt, sofern diese von bevorstehenden Umbenennungen überhaupt erfuhren.¹⁰⁹ Und fast immer widersprachen sie der histori-

¹⁰⁶ Peter Jilemnický (1901-1949), sozialkritischer slowakischer Schriftsteller und Journalist, während des Zweiten Weltkrieges inhaftiert, nach dem Krieg Abgeordneter der Partei der Nationalen Sozialisten und tschechoslowakischer Presseattaché an der Moskauer Botschaft.

¹⁰⁷ Eine kritische Bilanz der Benennung von Straßen in der Bundesrepublik zieht: *Pöppinghege*, Rainer: Geschichte mit Füßen getreten. Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland. Paderborn 2005.

¹⁰⁸ Diese Praxis widerspricht z. B. den in Großbritannien geltenden Gepflogenheiten, wo (von einer einzigen Ausnahme abgesehen) Straßen grundsätzlich nicht nach politischen Akteuren benannt werden.

¹⁰⁹ Um ein Beispiel zu geben: In der kleinen mittelböhmischen Stadt Hořovice (Hořowitz), wo ich das Gymnasium besucht habe, gab es in der sozialistischen Zeit die „Ulice sovětských tankistů“ (Straße der sowjetischen Panzerfahrer), die allerdings von niemandem so genannt wurde. Alle verwendeten und verstanden den alten Namen „Pražská“, also Prager Straße, den die Straße auch heute wieder trägt.

schen Tradition und lokalen Erinnerungskultur, dienten primär der Legitimierung politischer Macht bzw. konkreter politischer Ziele. In vielen Fällen ignorierten die Bürger Neubenennungen einfach, dann entfernte sich die offizielle amtliche Bezeichnung immer mehr von der tatsächlich gebrauchten Terminologie und die Benennungen verloren ihren ursprünglichen Sinn einer Orientierungshilfe. Diese Spaltung in der Wahrnehmung des öffentlichen Raumes besteht in der tschechischen Gesellschaft bis heute fort.¹¹⁰

Für die Tschechoslowakei lässt sich im 20. Jahrhundert von mehreren „Umbenennungskonjunkturen“ sprechen: nach dem „Umsturz“ von 1918 und der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 266 vom April 1920, nach dem deutschen Einmarsch in die „Resttschechei“ im März 1939, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945, nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 und nach der „Samtenen Revolution“ im November 1989. Diese Wellen spiegeln auch die ideologischen Umbrüche bzw. den Wandel der offiziellen Erinnerungskultur wider: Nach 1918 wurden Namen entfernt, die mit der Habsburgerherrschaft assoziiert wurden; nach 1920 wurden Denkmäler abgebaut, die Repräsentanten der deutschen Kultur in den Grenzgebieten galten; in der Folge von 1939 „kehrten“ reichsdeutsche Helden ins Landesinnere „zurück“, während ihre tschechischen Gegenüber weichen mussten; nach 1945 wurden die deutschen Namen und Symbole insbesondere in den Grenzgebieten vollständig ausgelöscht; nach der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 mussten dann alle Benennungen aus dem öffentlichen Raum verschwinden, die mit dem böhmischen Adel und der Bourgeoisie identifiziert wurden. Mit dem politischen Umbruch vom November 1989 begann schließlich die nächste Revisionswelle, die zur Entfernung von Namen führte, die mit der kommunistischen Bewegung und dem kommunistischen Regime assoziiert wurden.

Doch auch wenn man in der Tschechischen Republik aus den bereits genannten Gründen inzwischen sehr zurückhaltend ist, was die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Geländen und Gebäuden angeht, existiert bis heute eine Toponomastische Kommission. Sie ist am Amt für Landesvermessung und Kataster angesiedelt (Názvoslovná komise Českého úřadu zeměměřičského a katastrálního) und wurde 1971 von dem damals existierenden Amt für Geodäsie und Kartografie (Úřad geodetický a kartografický) gegründet. Ihr Sekretariat entstand aus dem einstigen volkseigenen Betrieb „Kartografia“, das heute eine Abteilung des Landesvermessungsamtes bildet. Die Kommission steht in der Tradition der Kommission für kartografische Toponomastik von 1946 und der 1951 geschaffenen Toponomastischen Kommission. Sie arbeitet mit mehreren Ministerien und einer Reihe von wissenschaftlichen Institutionen – an erster Stelle der Akademie der Wissenschaften – zusammen. Laut ihrem Statut vom 25. März 1997 besteht ihre Hauptaufgabe darin, zur Standardisierung der geografischen Bezeichnungen in der Tschechischen Republik beizutragen und Vorschläge für geografische Namen zu erarbeiten.¹¹¹

¹¹⁰ Dazu: *Ledvinka, Václav*: Die Namen von Prager öffentlichen Räumen als Spiegelung des Wandels der politischen Realität im 20. Jahrhundert. In: *Jaworski, Rudolf / Stachel, Peter* (Hgg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich. Wien 2007, 337-344.

¹¹¹ Ein kurzer Abriss der Geschichte und Aufgaben der Kommission findet sich unter: <http://>

Fazit

Die Umgestaltung der Ortsnamen in den böhmischen Ländern stellte einen mehrstufigen Prozess dar, der mit dem Ende des Ersten Weltkrieges begann und dessen Endpunkte die „Tschechisierung“ nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg und der kommunistische Umsturz vom Februar 1948 bildeten. Zwar ging es bei der Umgestaltung der topografischen Namen um einen fachlich differenzierten und legislativ dezentralisierten Prozess; dieser wird aber, da er im gleichen Zeithorizont und mit gleichem Ziel in allen Änderungsbereichen (Flurnamen, Gemeindenamen sowie Straßennamen und Namen öffentlicher Gelände) vonstatten ging, bis heute auch von den Historikern als ein einheitliches Ereignis wahrgenommen. Den größten Anteil am toponomastischen Wandel von Orts- und Flurnamen in den böhmischen Ländern hatten „militärische“ und „wissenschaftliche“ Umbenennungen, die in den vierziger und fünfziger Jahren zunächst vom Militärinstitut für Kartografie bzw. der Ortsnamenkommission der Tschechischen Akademie für Wissenschaften und Künste und anschließend der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet und durchgeführt wurden. Die Umbenennung von Orten und Fluren gab insbesondere Archivaren, Historikern, Geografen, Hydrologen und Philologen Gelegenheit, ihre Nützlichkeit für den Staat unter Beweis zu stellen – und zwar unabhängig von der Frage, wer an der Macht war und welches politische System bestand. Auffällig ist die hohe personelle Kontinuität auf der Expertenebene. Fachlich überwacht wurde dieser Wandel der Toponomastik vor allem von tschechischen Archivaren und Sprachwissenschaftlern. An vielen Orten engagierten sich aber auch Laien in Kultur- oder Bildungskommissionen bei den jeweiligen Nationalausschüssen in diesem Prozess, ihre Tätigkeit war häufig politisch motiviert.

Im Unterschied zur Änderung von Orts- und Flurnamen war die Umbenennung der Straßen und öffentlichen Geländen nicht nur nationalistisch, sondern von ideologischen Konjunkturen motiviert. Die Bildung neuer tschechischer Ortsnamen kann in gewisser Hinsicht als Resultat eines großen schöpferischen Akts aufgefasst werden, der einerseits von dem Bemühen gekennzeichnet war, seriöse Arbeit zu leisten und bei Neubildungen lokale und regionale Traditionen zu berücksichtigen, bei dem andererseits aber auch intellektuelle und politische Willkür herrschten. Die scheinbar rein wissenschaftliche Toponomastik wurde insofern politisiert, als mit ihrer Hilfe die grundlegenden staatsrechtlichen Veränderungen in Mitteleuropa – also die Gebietsansprüche der Tschechen und Slowaken nach dem Zweiten Weltkrieg – legitimiert und festgeschrieben werden sollten. Aus der Sicht der „imagined territories“, d. h. einer durch Diskurse konstruierten Raumvorstellung, handelt es sich im tschechischen Fall um eine unerwartet schnelle Verwirklichung der Wünsche und Ansprüche, die im Reden über das tschechische nationale Territorium und seine Absicherung formuliert worden waren.¹¹² Während man ohne Zweifel

www.cuzk.cz/Dokument.aspx?PRARESKOD=30&MENUID=10680&AKCE=DOC:30-ZU_GEONAMES_JMENA_2 (letzter Zugriff 20.09.2012).

¹¹² Vgl. Haslinger, Peter: Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880-1938. München 2010 (VCC 117), 30, 447.

konstatieren kann, dass die Um- und Neubenennungen zur Stabilisierung der nach 1945 geschaffenen Ordnung beitrugen, führte die Beseitigung von deutschen Orts- und Flurnamen doch zu einer beträchtlichen Einschränkung der gewachsenen historischen Vielfalt. Damit einher ging der Verlust des historischen Gedächtnisses, das an die Erinnerungskultur der deutschen Bevölkerung gebunden war, die dieses Gebiet über Jahrhunderte bewohnt hatte. Die tschechische Bevölkerung erfüllte diesen Wandel in der Nachkriegszeit mit Genugtuung. Er wird bis heute als notwendig, gerecht und dauerhaft betrachtet.¹¹³

Aus dem Tschechischen von Ines Koeltzsch und Miloslav Szabó

¹¹³ Erst allmählich sind Ansätze einer Veränderung zu beobachten: So ist es das Ziel der 1998 gegründeten unabhängigen Initiative „Antikomplex“, ein Bewusstsein für die deutsche Vergangenheit und die Veränderungen von Orten und Landschaften in den böhmischen Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg zu schaffen. Informationen dazu unter: <http://www.antikomplex.cz/>. Vgl. auch das letzte Buch von *Spurný, Matěj*: *Nejsou jako my. Česká společnost a menšiny v pohraničí (1945-1960)* [Sie sind nicht wie wir. Die tschechische Gesellschaft und die Minderheiten im Grenzland (1945-1960)]. Praha 2011.

Yeshayahu A. Jelinek

THE VERNACULAR LANGUAGES USED BY SLOVAK
JEWRY

In Memoriam Ori Jelinek

This study focuses on the range of languages spoken by Jews in Slovakia from the end of the 18th century to the end of the Second World War. It demonstrates that Jews in Upper Hungary used several different languages in their daily lives. In this respect we can regard them as polyglots. They inherited an array of languages from their forefathers and never completely stopped using them.

A close examination of a map of East Central Europe reveals that Slovak Jewry was located at the crossroads between West Central European Jewry and Eastern Jewry (*Ostjudentum*). The dividing line ran somewhere between Kežmarok (Kaesmark) in central Slovakia to Rožňava (Rozsnyó) close to the Hungarian border in the south of the country.

Yiddish and Yiddish-Datsch

For generations the Yiddish language prevailed in Upper Hungary, serving as a kind of “lingua franca” for the local Jewish population.¹ In terms of its pronunciation and vocabulary, this Yiddish was far-removed from Lithuanian Yiddish – often regarded as the “classical Yiddish”. The Yiddish that prevailed in Upper Hungary was closer to the Yiddish spoken in Moravia, and apparently also in Bohemia and Burgenland. Emperor Joseph II banned the commercial use of Yiddish (and Hebrew) throughout his empire, including Upper Hungary, and introduced the more literary German.

Yet Yiddish was not completely eliminated in Upper Hungary. It continued its fragile existence under the name “Yiddish-Datsch” or “Yiddish Deutsch”. This lan-

¹ *Benyovszky, Karl/Grünsfeld, Josef jun.*: *Obrázky z prešporského geta* [Pictures from the Pressburg Ghetto]. Bratislava 1993, chapter: “Slovník nářečia a hebrejských výrazov používaných v gete” [A Dictionary of Dialects and Hebrew Expressions used in the Ghetto] (pp. 125-164). – *Jelinek, Ješajahu A./Gubič, Otto/Klížan, Erik*: *Jedno storočie v Prievidzi (Dejiny Židovstva na hornej Nitre)* [A Century in Priwitz (Jewish History in the Horná Nitra Region)]. Prievidza 2011, chapter: “Jidiš slovníček” [“Small Yiddish Dictionary”] (pp. 129-134). – The Fond of the “Ústredná kancelária židovských ortodoxných náboženských obcí na Slovensku” [Central Office for Orthodox Jewish Congregations in Slovakia] in the Slovak National Archives in Bratislava (the collection is mistakenly termed “Ústredný zväz židovských náboženských obcí na Slovensku” [Central Association of Orthodox Jewish Congregations in Slovakia]) contains files of correspondence between several Jewish congregations. These files often include letters from the twentieth century written in German using Hebrew letters, a feature that was typical of Yiddish-Datsch. The letters include the correspondence of Rabbi Shmuel Dov Ungar, Slovakia’s Chief Rabbi, with his son-in-law Rabbi Michael Dov-Baer Weissmandel from the Holocaust period. Much of this correspondence is written in Yiddish-Datsch.

guage was spoken in the more religious, traditional congregations in Western and Central Slovakian towns such as Nitra (Neutra), Topol'čany (Nagytopolcsány), and Trnava (Tyrnau), in south-western Slovakia, and in the villages of the Záhorie district. It could also be heard in the older and poorer parts of Bratislava (Pressburg), such as the suburbs under the Schlossberg (the Tower of Pressburg) and Vidrica. There were certain similarities between the German and the Yiddish used in Pressburg and Burgenland. Nicknamed "Kraxlhuberisch", the German dialect of Pressburg was also spoken in Jewish circles in the city. Both places, the Schlossberg of Pressburg and Eisenstadt, the capital of Burgenland, were the domain of the aristocratic Pálffy and Esterházy families. Apparently, there were regular communications between the strictly orthodox (and affiliated) Jewish congregations of Pressburg and Eisenstadt, at least in the days of the K.u.K. Empire. This affiliation was reflected in their social life and in the languages spoken in both communities.

Generally speaking, older Jewish towns with orthodox congregations preserved Yiddish-Datsch. Rabbinic literature could only be studied through Hebrew and Yiddish. No German or Magyar could attend a rabbinical school (Yeshivah). In many parts of (Western and Central) Slovakia, one could encounter Yiddish expressions in everyday spoken German, expressions that had been used for specific purposes since time immemorial. Many of these expressions preserved the original Hebrew flavor of Yiddish and even revealed the extensive use of Hebrew in daily life. They were preserved, for example, in families who wished to keep certain communications hidden from strangers. Expressions of Hebrew origin were typically used in front of maids, household workers, foreigners, etc.²

German

Slovak Jews used German in everyday communications and spoke it with a strong Viennese accent. The well-known mayor of Jerusalem Teddy Kollek used to boast about his Viennese origins. Actually, both his parents were born in Slovakia in the town Vel'ká Bytča (Nagybicse). They later migrated to Vienna, where Kollek picked up the Viennese accent. Only the Holocaust put an end to the extensive use of German among (Western and Central) Slovak Jews.

In bigger cities the Jews established, as far as they could afford it, two different schooling systems. The first was religious and for male pupils only. The lower classes attended "Cheder" ("room" in Hebrew) and the higher classes learned in "Yeshivah" ("session room" in Hebrew). At a meeting of Hungarian rabbis in Michalovce (Nagymihály) in 1866, it was decided to prohibit the Magyar language in synagogues and Jewish schools.³ The second system was secular, coeducational, and privately run from the outset. The language of instruction was German; Magyar was introduced only after 1907 with the Apponyi laws.⁴ Before 1939 many Jewish

² *Král, Pavel: Židé v Bytči* [Jews in the Town of Bytča]. Praha 2006, 23.

³ *Jelinek, Yeshayahu A.: Židovské náboženské obce na Slovensku v 19. a 20. storočí a ich spoločenské postavenie* [Jewish Religious Communities and their Place in Society in Nineteenth- and Twentieth-Century Slovakia]. Bratislava 2002, 11.

⁴ *Büchler, Robert: Židovské školy na Slovensku počas 2. svetovej vojny* [Jewish Schools in

young people in Western Slovakia were fluent in German. After the establishment of the Slovak state in the same year some schools continued to teach German (and sometimes also the Gothic script). The opportunity to study German in primary schools was an incentive for many gentile parents to send their children to Jewish schools. After the foundation of Czechoslovakia most secular Jewish schools switched the language of instruction from German to Slovak. In a few places classes were still taught through German, in particular in those regions of Slovakia with a large German-speaking population. In Slovakia there were two major regions, Hauerland and Spiš (Zips), where the German language dominated. In the past Jews had not been welcome in these regions. Yet once state legislation prohibited discrimination against Jews in 1860, they were able to settle among the German population and accommodated to the German majority. A sort of friendship developed between the Jews and the Germans (nicknamed “Schwabs”, i. e. Swabians, after the region they had come from). These Jewish newcomers absorbed elements of the local Swabian dialect and accent. While in many parts of Upper Hungary Jews founded their own primary schools with German as the language of instruction, in the German-Swabian regions they refrained from doing so, sending their children to the schools run by the German majority instead.

A similar development can be seen in regions with a predominantly Magyar population. Here too Jewish parents sent their children to Hungarian schools, and even established their own schools with Magyar as the language of instruction in some places. Thus in places like Bratislava and Košice children could choose to be taught through German or Magyar.

In eastern Slovakia, to the east of the Kežmarok-Rožňava line, Yiddish dominated. This was not Yiddish-Datsch, but rather Galician Yiddish, as introduced by Galician immigrants to Upper Hungary. The Jews of Slovakia and Carpathian Rus’ – in particular the western parts of Carpathian Rus’ – were used to Galician Yiddish. This Yiddish had its curiosities. For example, instead of saying “von” (from), speakers of Galician Yiddish used to say “fin”, and were therefore nicknamed “Fins”.⁵ For the Jews of eastern Slovakia the German language was less common, although many of them eventually became fluent in the Austrian dialect.

Hungarian

Hungarian was another widely spoken language among Slovak Jews. In 1907 Budapest authorities forcefully extended the use of the Magyar language in institutes of education throughout Hungary (the so-called Apponyi laws). For various reasons (not to be elaborated here) many Jews in Upper Hungary adopted Magyar and used it as their everyday language.⁶ There were many regions where Magyar was

Slovakia during the Second World War]. In: *Büchler, Robert/Fatranová, Gita/Mičev, Stanislav* (ed.): *Fragmenty z dejín Židovstva na Slovensku* [Fragments from the History of the Jews in Slovakia]. Banská Bystrica 1991, 15-17.

⁵ Another derogatory nickname was Wasserpolaken, which suggested that on their way from Galicia to Upper Hungary they had crossed the Dunajec and Tisza Rivers.

⁶ See my book *Davidová hviezda pod Tatrami. Židia na Slovensku v 20. storočí* [The Star of

widely spoken or prevailed, for example southern Slovakia, the region close to the Hungarian border with a large ethnic Hungarian population. Here Jews adapted to the behavior and way of life of the majority (Magyar) population. Most (urban) Jews in southern Slovakia abandoned the German language – although orthodox communities continued to speak Yiddish-Datsch – and chose the Magyar language as their everyday language. This provoked the anger of Slovak nationalists who considered the extensive use of the Magyar language to be a betrayal of their nation. The Galician immigrants, who tended to speak Yiddish at home, strived to assimilate and accepted the official language of Hungary. Thus many Jews in eastern Slovakia could demonstrate their fluency in the Magyar language.

However, the Slovaks wanted the Slovak language to prevail in their homeland. The Magyar rulers undertook major efforts to oppress Slovak and replace it with Magyar. As we have already seen, elements of the Jewish population followed the official trend. Yet many other Jews supported, in one way or another, Slovak national ambitions.⁷

Slovak

For various reasons, many Jews in Slovakia also became fluent in Slovak. New Czech and Moravian migrants to Slovakia from the eastern part of Moravia closest to the Slovak border mastered the local Moravian dialect, in particular that spoken in the Haná region. The western Slovak dialect was similar to the dialect spoken in eastern Moravia, in terms of its vocabulary, pronunciation, and structure. The new immigrants from the west were therefore able to quickly learn and master the language of western Slovakia. However, once the central Slovak dialect became recognized as the official language of the Slovak nation, Jews who had settled in central Slovakia (in the Turiec district, the Upper Nitra valley, the Upper Hron valley, and Orava), adopted the literary Slovak language. They were accustomed to speaking Slovak in public, as it was often the dialect of their home-town or village. Even if they used German or Magyar in public by force of habit or necessity, they felt at home with Slovak.

*

Thus Slovak Jews grew up as polyglots, familiar with the three languages spoken in their environment: German, Magyar, and Slovak. After the foundation of the Czechoslovak Republic, Slovak gradually gained the upper hand, particularly among educated young people. They developed a habit of speaking Slovak at home and in public. In this way children introduced Slovak to the adult Jewish population. The German language became a kind of “lingua franca” for educated people. It was considered “noble”, and therefore parents insisted that German would continue to be a language of instruction in existing Slovak-Jewish schools. Youngsters with academic aspirations strived to become proficient in German. In some cases the Magyar lan-

David at the Foot of the Tatra Mountains. Jews in Slovakia in the Twentieth Century]. Praha 2009, 42-120.

⁷ *Ibid.*

guage had a fate similar to that of German. In Magyar-speaking regions in Southern and Eastern Slovakia and in large cities such as Košice (Kaschau, Kassa) and Bratislava, Magyar was used regularly by certain sections of the population. Between the World Wars Jewish young people in Czechoslovakia became less and less familiar with the former ruling language. Yet Slovak nationalists continued to regard them as national traitors and agents of Magyarhood, even though there was little evidence to support this view after 1918. Young Jews distanced themselves from the Magyar language and increasingly embraced a Slovak-Jewish identity. The accusations of pro-Magyar feelings leveled at the Jews were a weapon with which to punish and persecute them.

Detlef Brandes

SLOWAKISCHE DOKUMENTATIONEN
ZU DEN SLOWAKISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN
IN DEN JAHREN VON 1938 BIS 1945

Am 16. Mai 2012 wurde in Bratislava der erste Band einer neuen Dokumentation zu den slowakisch-deutschen Beziehungen vorgestellt. Das ambitionierte Editionsunternehmen unter der Herausgeberschaft Eduard Nižňanskýs trägt den Titel „Slovensko-nemecké vzťahy 1938-1941 v dokumentoch I. Od Mníchova k vojne proti ZSSR. Slowakisch-deutsche Beziehungen 1938-1941 in Dokumenten I.“ (weiter „Beziehungen 1938-1941“)¹ und ist eines unter mehreren großen Vorhaben zur Geschichte der Kriegsjahre in der Slowakei. Michal Švarc, Martin Holák und David Štriffl, Mitglieder des Autorenkollektivs der „Beziehungen 1938-1941“, haben in den vergangenen Jahren bereits die Dokumentensammlung „Tretia ríša‘ a vznik Slovenského štátu. Das ‚Dritte Reich‘ und die Entstehung des Slowakischen Staates“ (weiter „Entstehung der Slowakei“)² vorgelegt. Als konkurrierendes Projekt hat Ladislav Suško neben den bereits realisierten und geplanten Veröffentlichungen der Gruppe um Nižňanský zwei „Bücher“ seiner auf sechs „Bände“ veranschlagten Dokumentensammlung „Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik 1938-1945“ herausgebracht, nämlich Buch 1: „Von München bis Salzburg 1938-1940. Dokumente und Essay“ und Buch 2: „Slovensko v jeseni 1944“ (weiter „Von München bis Salzburg“ bzw. „Die Slowakei im Herbst 1944“).³

Diese und weitere Titel stellt der Literaturbericht vor. Er vergleicht die Quellenauswahl, die in den verschiedenen Editionsprojekten getroffen wurde, ihre Präsentation und Ausstattung mit Anhängen und fragt, welchen Gewinn die Forschung aus diesen neuen Werken ziehen kann. Aufgezeigt wird auch, wie sich die Autoren und ihre Editionsprojekte im historiografischen Spektrum zwischen slowakisch-nationalen Positionen zur autonomen Slowakei und kritischen Bewertungen verorten lassen.

Das angegebene Erscheinungsjahr 2009 der „Beziehungen 1938-1941“, also der neuesten Dokumentation, weist offenbar nur auf die Fertigstellung des Manuskripts

¹ Nižňanský, Eduard (Hg.): Slovensko-nemecké vzťahy 1938-1941 v dokumentoch I. Od Mníchova k vojne proti ZSSR [Slowakisch-deutsche Beziehungen 1938-1941 in Dokumenten I. Von München bis zum Krieg gegen die UdSSR]. Prešov 2009.

² Švarc, Michal / Holák, Martin / Štriffl, David (Hgg.): „Tretia ríša“ a vznik Slovenského štátu: dokumenty I. Das „Dritte Reich“ und die Entstehung des Slowakischen Staates: Dokumente I. Bratislava 2008; Švarc, Michal / Štriffl, David (Hgg.): „Tretia ríša“ a vznik Slovenského štátu: dokumenty II. Das „Dritte Reich“ und die Entstehung des Slowakischen Staates: Dokumente II. Bratislava 2010.

³ Suško, Ladislav: Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik 1938-1945: Dokumente. Buch 1: München bis Salzburg 1938-1940: Dokumente und Essay; Buch 2: Slovensko v jeseni 1944 [Die Slowakei im Herbst 1944]. Bratislava 2008.

hin, das erst 2012 im Druck vorlag. Diesem soll bald ein zweiter Band für die Zeit zwischen dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion und dem Ende des Krieges folgen. Mit 1171 Seiten hat der erste Band nicht nur inhaltlich, sondern auch äußerlich ein Gewicht, das die Kapazität einer normalen Küchenwaage überschreitet. Das kommt auch daher, dass sich die Autoren dieser Gruppe entschieden haben, die Dokumente unterschiedlicher Provenienz jeweils in die slowakische bzw. deutsche Sprache zu übersetzen. Zudem haben sie den Dokumenten nicht nur auf Slowakisch und Deutsch (in der neuesten Publikation auch auf Englisch) eine Liste der Dokumente mit Kurzregesten vorangestellt, sondern das Werk auch mit einem geographischen und einem Personenregister sowie Lebens- und Funktionsdaten einer großen Zahl von Personen versehen. Diese Ausstattung erhöht den Gebrauchswert der Publikation beträchtlich.

Die chronologisch gegliederte Sammlung enthält vorwiegend Dokumente der Außenministerien und Gesandtschaften, aber auch anderer Ministerien. Zusätzlich werden Berichte verschiedener Wehrmachtsbehörden, besonders der deutschen Auslandsabwehr, sowie solche des Sicherheitsdienstes (SD) der SS abgedruckt, die über Interna der slowakischen Politik informieren. Die meisten der 400 Dokumente stammen aus deutschen Archiven. Der Grund für diese auf den ersten Blick erstaunlich einseitige Auswahl ist nach Aussage der slowakischen Kollegen der unbefriedigende Zustand der slowakischen Überlieferung. Dieser sei einerseits darauf zurückzuführen, dass ein Teil der slowakischen Akten offenbar vernichtet wurde. Andererseits habe es manchen slowakischen Behörden und den meisten ihrer Mitarbeiter, als sie Anfang Oktober 1938 plötzlich die Autonomie und ab März 1939 die Selbständigkeit gestalten konnten, an Erfahrung mit einer geordneten Aktenführung gemangelt. Doch nicht alle deutschen Dokumente wurden in den entsprechenden Fonds der deutschen Archive gesammelt. Ein Teil beruht auch auf Mikrofilmen, die vor der Rückgabe der Akten an die Bundesrepublik Deutschland in den USA angefertigt wurden, und über die das Prager und das Slowakische Nationalarchiv wie auch das Warschauer Archiv der Neuen Akten verfügen. Die Entscheidung, auf diese Kopien zurückzugreifen, wurde offensichtlich getroffen, um die kostspieligen Studienaufenthalte in Deutschland zu verkürzen. Dass die Dokumente vor der Drucklegung zum Teil offenbar nicht von einem deutschen Muttersprachler Korrektur gelesen wurden, macht sich in kleinen, aber doch zahlreichen Abschreibfehlern besonders im ersten Band zur Entstehung der Slowakei bemerkbar.

Die Dokumentationen zeigen einerseits die reichsdeutsche Dominanz und die Abhängigkeit der Slowakischen Republik vom deutschen Geburtshelfer, andererseits Versuche des konservativ-klerikalen Flügels von Hlinkas Slowakischer Volkspartei (Hlinkova slovenská ľudová strana, HSL'S), Einmischungen in die Innenpolitik abzuwehren. Im Zentrum der „Beziehungen 1938-1941“ stehen im ersten Viertel die Konflikte um eine möglichst weitgehende nationale Autonomie in der Nachmünchener Tschecho-Slowakischen Republik, deutsche Überlegungen zur Zukunft der Slowakei, die territorialen Konflikte mit Ungarn und der Wiener Schiedsspruch zur slowakisch-ungarischen Grenze vom 8. November 1938 sowie der von Deutschland inspirierte und mehr oder weniger geheim geförderte Weg zur Staatsgründung.

Für diese Phase der Autonomie bringt die zweibändige Dokumentation über die Entstehung des Staates aus dem Jahre 2008 mit insgesamt 275 gegenüber 51 Dokumenten natürlich mehr Material. Ihre Mitarbeiter – bzw. im Falle des zweiten Bandes David Schriffel – haben den Dokumenten eine quellenkritische und inhaltlich überzeugende Einleitung auf Slowakisch und Deutsch über die Meinungsverschiedenheiten auf slowakischer wie deutscher Seite zur weiteren Entwicklung der Beziehungen vorangestellt, bei der sie von ihren eigenen Forschungen zehren.⁴ Zwar bilden Dokumente des Auswärtigen Amtes auch hier die Hauptquelle, doch werden sie von Berichten der Berliner und Wiener konkurrierenden SD-Stellen ergänzt, nämlich des späteren SD-Leitabschnitts Donau und des Berliner SD-Ausland (ab Oktober 1938 Amt VI des Reichssicherheitshauptamts), außerdem durch Meldungen der Führung und Berater der Deutschen Partei unter Franz Karmasin sowie der Agenten des Reichsstatthalters für Österreich Arthur Seyss-Inquart. Die Informationen dieser deutschen Vertreter und Agenten in der Slowakei handeln von inner-slowakischen Konflikten, besonders innerhalb und zwischen der HSL'S bzw. der Hlinka-Garde sowie zwischen Spitzenpolitikern wie Jozef Tiso, Karol Sidor, Ferdinand Ďurčanský, Alexander Mach und Vojtech Tuka. Sie zeigen deutlich, dass slowakische Politiker des radikalen Flügels keinerlei Hemmungen hatten, ihre Kollegen oder Gegner bei den deutschen Gesprächspartnern anzuschwärzen und Interna aus ihren Arbeitsbereichen preiszugeben. Einige deutsche Stellen legten Vorschläge für das weitere Vorgehen vor, wobei die gründlichsten Analysen und längerfristigen Konzepte von Kurt O. Rabl stammen, der damals Berater der Deutschen Partei war. Eine Reihe von Dokumenten belegt den von Berlin abgelehnten Versuch der Deutschen Partei, Pressburg (Bratislava) und Umgebung an das Deutsche Reich anzuschließen. In dem Vorhaben, die deutsche Wirtschaftsposition in der Slowakei auch durch die „Arisierung“ zu stärken, waren sich die deutschen Funktionsträger und Berater in Berlin, Wien und Pressburg allerdings einig. Mit Misstrauen beobachteten sie alle Anzeichen für Tendenzen in der slowakischen Politik, sich um ein besseres Verhältnis zu Prag zu bemühen und weniger radikal gegen die tschechischen und jüdischen Minderheiten vorzugehen. Alle deutschen Berichterstatter sprachen von „jüdischem“ oder „jüdisch-bolschewistischem Einfluss“, der bekämpft werden müsse. Ein weiteres Hauptthema waren die Streitigkeiten und Scharmützel an den Grenzen zu Ungarn und Polen, die sich bis zur Zerschlagung der Tschecho-Slowakei im März 1939 hinzogen.

In der Zeit nach der Erklärung der Unabhängigkeit der Slowakei am 14. März 1939 setzte Deutschland seine Interessen in den Verhandlungen über den „Schutzvertrag“ durch, der auch die Stationierung deutscher Truppen in der Westslowakei erlaubte und durch ein vertrauliches Protokoll über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie zwei Wochen vor Kriegsbeginn durch einen „Schutzzonenvertrag“ ergänzt wurde. Das Deutsche Reich eignete sich Kriegsmaterial der ehemaligen tschechoslowakischen Armee an und übernahm Rüstungsbetriebe, die in der besetzten Zone lagen. Auch in Bezug auf den „Wehrwirtschaftsvertrag“, die Anwer-

⁴ Schriffel, David: Die Rolle Wiens im Prozess der Staatswerdung der Slowakei 1938/39. Frankfurt am Main 2004.

bung von Slowaken für einen Arbeitseinsatz im „Altreich“ und die Platzierung deutscher Rüstungsaufträge in der Slowakei wurde die slowakische Regierung zum Nachgeben gezwungen. Kurz nach der Unabhängigkeitserklärung bestand Berlin auf der Ausschaltung Sidors aus der Politik und nach den Siegen der Wehrmacht im Norden und Westen im Frühjahr und Sommer 1940 auf der Entlassung Ďurčanskýs, der sich besonders gegen die Einschränkung der slowakischen Souveränität in der Westslowakei ausgesprochen und allgemein um ein größeres Maß an Eigenständigkeit seines Landes bemüht hatte, was in Berlin als „Querschüsse des Außenministers“ (S. 547) qualifiziert wurde. Zudem stimmte die slowakische Regierung Ende Juli 1940 in Salzburg der Entsendung deutscher „Berater“ in die einzelnen Ministerien und zu den großen Einheitsverbänden wie der HSL'S und der Hlinka-Garde zu. Allerdings benötigte die Slowakei wohl tatsächlich deutsche Unterstützung beim Aufbau der Nationalbank, der Herausgabe einer eigenen Währung und der Aufstellung ihrer Armee. Die Slowakei beteiligte sich am Krieg gegen Polen, wurde mit der „Rückgliederung“ kleiner 1920 und 1938 an Polen abgetretener Grenzgebiete belohnt und sprach wiederholt die Hoffnung auf eine Revision des Wiener Schiedsspruchs zu ihren Gunsten aus. Eine Reihe von Dokumenten zeigt die Bemühungen der Vertreter der Deutschen Partei, ihre Position auszubauen und größeren Einfluss auf die slowakische Politik zu gewinnen.

Deutlich werden bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion drei Phasen, die mit den Namen der einzelnen deutschen Gesandten verbunden sind: In der ersten Phase sollte die Slowakische Republik als „Visitenkarte“ für die Politik des NS-Staates gegenüber kleinen Verbündeten herausgestellt werden (S. 853). In der zweiten Phase mischte sich Berlin mit Hilfe von Beratern in die Förderung der nationalsozialistischen Kräfte mit dem Ziel der „engsten Anlehnung an Deutschland und unter Ausschaltung aller Widerstände, auch des politischen Katholizismus“ (S. 938), in die slowakische Innenpolitik ein. Im Januar 1941 ernannte Berlin einen neuen Gesandten, der „als ehrlicher Makler“ (S. 1021) zwischen dem konservativen und dem nationalsozialistisch orientierten Flügel des Regimes bzw. zwischen Tiso auf der einen und Tuka und Mach auf der anderen Seite vermitteln und damit eine neue Phase einleiten sollte. Die letzten Dokumente des Werkes geben Auskunft über die Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion auf dem Territorium der Slowakei.

In seinem alternativen Projekt beruft sich Suško auf seinen „Vorgänger“ Milan Stanislav Ďurica,⁵ der „Von München bis Salzburg“ auch lektoriert hat, sowie auf Vilém Prečans Dokumentation „Der Slowakische Nationalaufstand“, die 1970 er-

⁵ *Ďurica, Milan Stanislav: La Slovacchia e le sue relazioni politiche con la Germania I (1938-1939). I. : Dagli accordi di Monaco all'inizio della Seconda Guerra Mondiale (ottobre 1938-settembre 1939). Con 85 documenti inediti [Die Slowakei und ihre politischen Beziehungen zu Deutschland I (1938-1939). I.: Vom Münchener Abkommen bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs (Oktober 1938 bis September 1939). Mit 85 unveröffentlichten Dokumenten]. Padua 1964. Von den 81 Dokumenten stammen 65 aus dem Auswärtigen Amt. Außerdem enthält die Sammlung die Reden Sidors und Tisos am 14. März 1939 vor dem slowakischen Landtag, die Ďurica aus Kirschbaum, Joseph M.: Slovakia: Nation at the Crossroads of Central Europe. New York 1960 übernommen hat.*

schienen ist.⁶ Im ersten Buch werden die Dokumente in der Original-, d. h. der deutschen Sprache wiedergegeben, im zweiten hat Suško die fast ausschließlich deutschsprachigen Dokumente ins Slowakische übersetzt, vielleicht um die von Prečan übernommenen Quellen nicht in deutschen Archiven identifizieren zu müssen.

In seiner Einleitung zu „Von München bis Salzburg“ erklärt Suško, dass er jene Dokumente zur Slowakei-Politik, die in den Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) veröffentlicht wurden, in toto übernommen habe. Außerdem habe er Dokumente aus verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amtes und der Gesandtschaft Pressburg, den Nachlass von Arthur Seyss-Inquart und SS-Akten zur Slowakei im Bundesarchiv sowie in den USA verfilmte Bestände des Reichsführers der SS und Chefs der Deutschen Polizei gesichtet. Nützlich sind die Anhänge, mit denen Suško „Von München bis Salzburg“ ausgestattet hat: Neben zwei Geschäftsverteilungsplänen des Auswärtigen Amtes sind besonders ein Verzeichnis von Institutionen und Persönlichkeiten der Slowakischen Republik mit Stand des Jahres 1944 und schließlich ein Sach-, Orts- und Personenregister hervorzuheben.

Der Dokumentensammlung stellt Suško einen Essay unter dem Titel „Von der Sehnsucht nach Selbstverwaltung (Autonomie) bis zur slowakischen Staatlichkeit“ (S. 11-39) voran, in dem er nicht nur eine scharf formulierte slowakisch-nationale Position gegenüber dem tschechischen „Zentralismus“ und „Imperialismus“ vertritt. Vielmehr wirft er den slowakischen Zeithistorikern auch vor, slowakische nationale Führer zu „skandalisieren“ und zu diskreditieren (S. 18). Suško rekapituliert verschiedene maßvolle slowakische Vorschläge und Anträge, der Slowakei schrittweise Selbstverwaltung zu gewähren, bis hin zum radikalen Autonomie-Manifest der HSL'S und der Slowakischen Nationalpartei von Zvolen aus dem Jahr 1932 und dessen Zurückweisung durch die slowakischen Zentralisten und die Prager Regierung. Schließlich legte die HSL'S im Juni 1938, also in einer Zeit der Bedrohung der gesamten Republik, einen weitgehenden Autonomie-Entwurf vor, der Anfang Oktober 1938 zum Abkommen von Žilina und der Vereinbarung mit der Prager Regierung führte.

Mit seinen 546 Dokumenten in „Von München bis Salzburg“ kann Suško die Entwicklung der deutsch-slowakischen Beziehungen für die Phase der Autonomie weniger umfassend abbilden als die Dokumentation zur „Entstehung der Slowakei“. Für die Phase zwischen der Unabhängigkeitserklärung und dem Salzburger Abkommen dokumentiert er sie aber wesentlich ausführlicher als die „Beziehungen 1939-1941“, wobei ein Teil des abgedruckten Materials allerdings nichtssagend oder ohne Aktenzusammenhang nicht zu deuten ist. Suško stellt wohl bewusst ein Dokument aus der Zeit vor dem Münchener Abkommen an die Spitze, in dem ein Mitarbeiter Konrad Henleins Tiso als „Verständigungsmaier“ abwertet (S. 43). Im Übrigen unterscheidet sich Suškos Sammlung von den zuvor genannten Dokumentationen auch durch die Entscheidung, mehr Dokumente zur Tschechoslowakei insgesamt sowie zur Karpatenukraine zu bringen. Auch enthält sie Quellen zur Rolle der „Ost-

⁶ Prečan, Vilém: Slovenské národné povstanie, Nemci a Slovensko. Dokumenty. [Der Slowakische Nationalaufstand, die Deutschen und die Slowakei. Dokumente.]. Bratislava 1971.

mark“ (Dok. 76) bzw. des Reichssenders Wien für die gesamte Südosteuropa-Politik des „Großdeutschen Reiches“ (Dok. 81), zudem hat sich Suško – wenig überzeugend – dazu entschieden, Dokumente zur Kompetenzabgrenzung zwischen Propaganda- und Außenministerium im Bereich der Auslandspropaganda (Dok. 350) sowie Hitlers Weisung, General Eliáš weiter im Amt zu dulden (Dok. 454), abzudrucken. Ferner hat er auch Dokumente aufgenommen, für die es in den „Beziehungen 1939-1941“ keine Parallele gibt, nämlich ein ausführliches 30-seitiges Vernehmungsprotokoll (Dok. 474), in dem es vor allem um die Tätigkeit und die Beziehungen der Widerstandsgruppe um Jan Lichner ins Protektorat, nach Ungarn und Jugoslawien geht. In dem Protokoll wird auch Ďurčanský belastet bzw. für die Nachwelt exkulpiert, der bei der Beschaffung von Visa geholfen haben soll. Zudem zeigt Suško, dass die slowakische Regierung sich um die Überführung der sterblichen Überreste des Generals Milan R. Štefánik und von Erinnerungstücken an diesen slowakischen Nationalhelden vom Prager „Befreiungsdenkmal“ (Památník osvobození) nach Bratislava bemüht und dazu die Zustimmung der deutschen Behörden erhalten hat (Dok. 460, 462, 465, 467).

Im Jahre 2006 hat Michal Švarc unter dem Titel „Sicherheitsdienst a Slovensko v rokoch 1938-1944 (od autonómie po povstanie)“ (weiter „SD und Slowakei“) eine Dokumentensammlung mit Berichten des SD aus den Jahren 1943 bis 1944 herausgegeben, die sowohl von den National Archives in Washington fotografiert und zugänglich gemacht wurden als auch im Bundesarchiv aufbewahrt werden.⁷ Kern der Sammlung sind die Wochenberichte des Wiener SD-Leitabschnitts an das Amt III des Reichssicherheitshauptamts aus der Zeit zwischen dem 21. März und dem 2. September 1944, die er ebenso wie die ergänzenden Dokumente im deutschen Original und mit einer slowakischen Übersetzung publiziert hat. Seiner Sammlung hat Švarc eine ausführliche Studie über die Gliederung und personelle Zusammensetzung des SD vorangestellt, wobei ein besonderes Augenmerk den Agenten seiner Wiener Filiale in der Slowakei gilt. Der deutschen Übersetzung dieser Einführung hätte allerdings die Durchsicht durch einen Muttersprachler gut getan, das trifft auch auf die abgedruckten Dokumente zu.

Wie Švarc zeigt, stützte der SD seine Berichterstattung einseitig auf Quellen, die aus dem radikalen Flügel der HSL'S, der Hlinka-Garde und der deutschen Volksgruppe stammten, worüber sich der Gesandte Hans Ludin beschwerte, der sich als Vermittler zwischen den politischen Flügeln des slowakischen Regimes verstand. Im Gegensatz zum optimistischen Ludin sammelte der SD Indizien, die auf eine Stärkung der pro-tschechoslowakischen Kräfte hindeuteten, und der Prager SD-Leitabschnitt warnte schon im Januar 1944 vor einem geplanten Militärputsch (Dok. B). Der Wiener SD stellte in seinen Wochenberichten einen weit verbreiteten Alibismus fest, der Bekenntnissen zum gemeinsamen Kampf mit dem Deutschen Reich mög-

⁷ Švarc, Michal: Sicherheitsdienst a Slovensko v rokoch 1938-1944 (od autonómie po povstanie): Slovenský štát vo vybraných správach SD od jesene 1943 do septembra 1944 [Der Sicherheitsdienst und die Slowakei zwischen 1938 und 1944 (von der Autonomie bis zum Aufstand): Der slowakische Staat in ausgewählten SD-Berichten von Herbst 1943 bis September 1944]. Bratislava 2006.

lichst auswich. Äußerst kritisch reagierte der SD auf das Auftreten von Juden in der Öffentlichkeit. Zugleich tauchten immer mehr Nachrichten über Widerstandsaktionen von Partisanen auf. Auch wehrten sich Volksdeutsche gegen die Einziehung zur Waffen-SS (Dok. 17, 19).

In seiner Einleitung zur „Slowakei im Herbst 1944“ nimmt Suško Stellung zu den Auseinandersetzungen um den Staatspräsidenten Jozef Tiso. Seine Kritiker wollten nicht verstehen, dass das Ausland die üble Nachrede (*fáma*) über eine Person auf die ganze Slowakische Republik übertrage. Dabei verschwiegen sie, fährt Suško fort, die Rolle Tukas, der als Ministerpräsident und Außenminister alle Kontakte zum Deutschen Reich und damit auch die Information der übrigen Minister – vielleicht mit Ausnahme Machs – monopolisiert habe. Suško spricht auch von „der durch Tuka inszenierten Deportation der slowakischen Juden“ (S. 7). Er beruft sich dabei auf die Dissertation Karin Schmidts, die von einem „Weisungsverhältnis“ des Deutschen Reiches gegenüber Tuka spricht. Überdies war nach Schmidts Urteil „die slowakische Gesamtpolitik [...] von einer gewissen Humanität, nach heutiger Diktion Wahrung der Menschenrechte, gekennzeichnet“ [!].⁸

Die erwähnte Übersetzung aller Dokumente aus dem Herbst 1944 ins Slowakische bringt offensichtliche Nachteile mit sich, da z. B. die genaue Bezeichnung von Institutionen erschlossen oder erraten werden muss. Als Ausweg hätte sich zumindest eine Konkordanz angeboten. Ungewöhnlich, gleichwohl auch nützlich, ist Suškos Entscheidung, mit Fettdruck Personen und Orte hervorzuheben sowie in eckigen Klammern den kommenden Inhalt durch fett gedruckte Einschübe anzuzeigen. Wie das konkurrierende Team hat Suško beide Bände mit Personen-, Orts- und Sachregister versehen. Die meisten Dokumente zur Slowakei im Herbst 1944, d. h. vor allem zum Slowakischen Nationalaufstand, hat er einem umfangreichen Bestand entnommen, der die täglichen Lageberichte der Einsatzgruppe H von Sipo (Sicherheitspolizei) und SD (Sicherheitsdienst) enthält, und zwar auf Filmen der National Archives, Washington, in Alexandria. Zudem hat Suško seiner Sammlung 50 Dokumente einverleibt, die überwiegend aus den Akten des Auswärtigen Amtes stammen und schon in Prečans Dokumentation enthalten sind.

Zentrales Thema sind die Entwicklung und Bekämpfung des Aufstands, die Konflikte zwischen der slowakischen Armee und den Partisanen und deren Unterstützung aus der Sowjetunion. Die Lageberichte informieren auch über personelle Veränderungen in den Führungsorganen der mehr oder weniger regimetreuen Behörden und Verbände und die Stimmung in der Bevölkerung. Zu der negativen Einstellung der Slowaken gegenüber den Deutschen habe auch ihr brutales Vorgehen und „grenzenloser rassischer Stolz“ in den besetzten Gebieten der Sowjetunion beigetragen, über die ebenfalls dort eingesetzte slowakische Soldaten berichtet hätten, schreibt ein SS-Hauptsturmführer am 12. September 1944 (S. 89). Zahlreiche Nachrichten betreffen die Befreiung von Juden aus „Arbeitslagern“ durch die Aufständischen, aber auch die Jagd der SS-Kommandos auf die Minderheit der 1942 nicht deportierten Juden sowie die Sabotage anti-jüdischer Maßnahmen durch slowakische Organe

⁸ Schmid, Karin: Die Slowakische Republik 1939-1945. Eine staats- und völkerrechtliche Betrachtung. Berlin 1982, 359.

(z. B. S. 124), die sich nicht mehr exponieren wollten, vor allem nach dem versuchten Seitenwechsel Ungarns. Die Einsatzgruppe H berichtete zudem ausführlich über die Einstellung der Karpatendeutschen zum Aufstand, ihre Verfolgung und Opfer sowie schließlich über ihre Evakuierung nach Westen (besonders S. 321–333).

Mehr als ein Drittel der Dokumentation nehmen Aussagen von slowakischen und deutschen Funktionsträgern ein, die nach dem Krieg von den Volksgerichten befragt wurden. Zu den prominentesten Zeugen gehören auf slowakischer Seite Karol Murgaš, zeitweise Oberbefehlshaber der Hlinka-Garde, und die Generäle Ferdinand Čatloš und Jozef Turanec, auf deutscher Seite der Gesandte Hans Eluard Ludin und die SS-Offiziere Viktor Nageler, Gottlob Berger und Hermann Höfle. Die Aussagen von Berger und Höfle beziehen sich auf die Niederschlagung des slowakischen Aufstands. Ein Teil der vorgelegten Memoranden und der Aussagen stützen Suškos Eingangsthese von den scharfen Gegensätzen zwischen Tiso mit seinen konservativ-klerikalen Anhängern auf der einen und dem radikalen nationalsozialistischen Flügel der Führungsgarnitur des Regimes auf der anderen Seite. So erwähnte Höfle in seiner Aussage, dass sich Tiso am 5. Oktober 1944 in einer Besprechung mit Himmler dafür eingesetzt habe, bestimmte Kategorien von Juden von der erneuten „Evakuierung“ auszunehmen (S. 540). Eine Reihe der abgedruckten Vernehmungen zeugen dagegen von der engen Zusammenarbeit der slowakischen Polizei mit der Gestapo bei der Deportation der slowakischen Juden sowie von der Verfolgung der Widerstandsbewegung und den Zuständen im Gefangenenlager Ilava.

Das zentrale Thema der deutsch-slowakischen Beziehungen ist gewiss die Entrechtung, Deportation und Ermordung der slowakischen Juden. Dem Holocaust hat sich Eduard Nižňanský in einer Monografie⁹ und zahlreichen Aufsätzen, aber auch – gemeinsam mit weiteren Historikern – in einer bisher achtbändigen Dokumentation gewidmet.¹⁰ Die ersten vier Bände hat Tatjana Tönsmeier in der „Bohemia“ rezensiert.¹¹ Sie behandeln die Zeit der slowakischen Autonomie in der so genannten Zweiten Tschechoslowakischen Republik, die Positionen und Aktionen der Staatsorgane der Slowakischen Republik gegenüber den Juden, und sie bringen die Briefe

⁹ Nižňanský, Eduard: *Židovská komunita na Slovensku medzi československou parlamentnou demokraciou a slovenským štátom v stredoeurópskom kontexte* [Die jüdische Gemeinschaft in der Slowakei zwischen der tschechoslowakischen parlamentarischen Demokratie und dem slowakischen Staat im mitteleuropäischen Kontext]. Prešov 1999.

¹⁰ Nižňanský, Eduard (Hg.): *Holokaust na Slovensku* [Der Holocaust in der Slowakei]. Bd. 1: *Obdobie autonómie 6.10.1938–14.3.1939* [Die Zeit der Autonomie 6.10.1938–14.3.1939]. Bratislava 2001; *Ders./Kamenec, Ivan* (Hgg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 2: *Prezident, vláda, Snem SR a Štátna rada o židovskej otázke 1939–1945* [Der Präsident, die Regierung, der Landtag und der Staatsrat über die jüdische Frage 1939–1945]. Bratislava 2003; *Hradská, Katarína* (Hg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 3: *Listy Gisely Fleischmannovej 1942–1944, snahy pracovnej skupiny o záchranu slovenských a európskych židov* [Die Briefe der Gisela Fleischmann 1942–1944, Die Bemühungen der Arbeitsgruppe zum Schutz der slowakischen und europäischen Juden]. Bratislava 2003; Nižňanský, Eduard (Hg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 4: *Dokumenty nemeckej proveniencie 1939–1945* [Dokumente deutscher Provenienz 1939–1945]. Bratislava 2003.

¹¹ Tönsmeier, Tatjana in: *Bohemia* 46 (2005) H. 1, S. 258–265.

Gisela Fleischmanns, die sich um ausländische Hilfe für ihre Leidensgenossen bemüht hat, sowie Dokumente deutscher Provenienz.

In Band 5 haben Nižňanský, Igor Baka und Ivan Kamenec Dokumente zur Zwangsarbeit der Juden zusammengestellt.¹² Auf der einen Seite präsentieren sie Anweisungen der Behörden zur Arbeitspflicht und -organisation sowie zu konkreten Arbeitseinsätzen, auf der anderen Seite auch Dokumente, die die verzweifelten Bemühungen der „Judenzentrale“ (Ústredná Židov) zeigen, die enteigneten und pauperisierten Glaubensgenossen auf handwerkliche Berufe umzuschulen und durch für den Staat nützliche Arbeiten zu schützen. Ab Oktober 1941 wurde ein Teil der Juden in drei Lagern und einem militärisch geführten Arbeitsbataillon zusammengefasst, während andere „Arbeitszentren“ bei Bauprojekten und in Fabriken entstanden. Wie zahlreiche der abgedruckten Dokumente beweisen, pressten die Behörden und die Hlinka-Garde, die bis 1943 die Wachmannschaften stellte, jüdischen Gemeinden und Einzelpersonen für die Gewährung von Erleichterungen hohe Summen ab. Durch ihre außergewöhnlich hohe Arbeitsproduktivität konnten die Insassen der Lager ihre anfänglich extreme Not schrittweise etwas lindern und bessere Lebensbedingungen für sich und ihre Kinder erreichen. Ende 1943 lebten in den drei Lagern 3 135 und in den Zentren 633 Menschen. Zu Beginn des slowakischen Aufstands im Herbst 1944 konnte ein Teil der Lagerinsassen fliehen, doch auch von den Geflohenen entgingen viele den einmarschierenden SS-Einheiten nicht und wurden direkt ermordet oder gefangen genommen und in die Vernichtungslager deportiert.

Die Enteignung und der Ausschluss der Juden aus dem Berufsleben führten zu ihrer Verelendung und mündeten in die Deportation des Jahres 1942. Die Dokumente zu diesem absoluten Tiefpunkt der slowakischen Judenpolitik hat Nižňanský vorwiegend aus slowakischen Archiven zusammengetragen.¹³ Ob die Initiative zur Deportation von slowakischer oder deutscher Seite ausging, sei bisher nicht eindeutig zu klären, die Deutschen hätten aber die slowakischen Politiker nicht drängen müssen, schreibt Nižňanský in seiner 80-seitigen Einleitung.¹⁴ Er geht auch auf die eindeutige Ablehnung der Judenverfolgung und Deportation durch den Vatikan und die zwiespältige Haltung der slowakischen Bischöfe ein.¹⁵ Mit der Deportation von etwa 58 000 Juden entledigte sich die slowakische Regierung eines sozialen Problems, das sie selbst geschaffen hatte. Diese Zahl passte gut zur Zahl von etwa 64 000 Juden, die auf Sozialfürsorge angewiesen bzw. nach Ungarn geflohen waren – so lautet Nižňanskýs wiederholt geäußerte These. Für die „Übernahme“ der Deportierten durch die NS-Behörden und die Zusage, sie nicht etwa zurückzuschicken, war die

¹² Nižňanský, Eduard / Baka, Igor / Kamenec, Ivan (Hgg.): *Holokaust na Slovensku. Bd. 5: Židovské pracovné tábory a strediská na Slovensku 1938-1944* [Jüdische Arbeitslager und -zentren in der Slowakei 1938-1944]. Bratislava 2004.

¹³ Nižňanský, Eduard (Hg.): *Holokaust na Slovensku. Bd. 6: Deportácie v roku 1942* [Die Deportationen im Jahr 1942]. Bratislava 2005.

¹⁴ *Ebenda* 13-16, 37.

¹⁵ Kamenec, Ivan / Prečan, Vilém / Škorvánek, Stanislav (Hgg.): *Vatikán a Slovenská republika 1939-1945, Dokumenty* [Der Vatikan und die Slowakische Republik 1939-1945, Dokumente]. Bratislava 1992.

slowakische Regierung deshalb bereit, pro Deportierten 500 RM zu zahlen.¹⁶ Die Deportierten wurden nach den Listen des Innenministeriums und nicht der Judenzentrale ausgewählt, was diese etwas entlastet.¹⁷ Zahlreiche Dokumente zeugen von Raub und Plünderung und schockierenden Zuständen beim Transport mit Güterzügen, um deren Milderung die Judenzentrale bat.¹⁸ In den Monaten der Deportation, also von März bis Oktober 1942, brachten die Zeitungen scharfe antisemitische Artikel und besonders die entsprechenden Reden des Innenministers Alexander Mach. Staatsrat und Parlament diskutierten und beschlossen, welche Gruppen von der Deportation ausgenommen werden sollten, wie getaufte Juden, Eheleute von Nicht-Juden, unentbehrliche Spezialisten wie Ärzte und Ingenieure und deren Familien.¹⁹ Nachdem Appelle der jüdischen Gemeinden an Staatspräsident Tiso²⁰ selbst ohne Antwort blieben, konnte sich ein Teil der gefährdeten Juden nur noch individuell der Deportation entziehen, durch falsche Papiere oder Flucht, meist nach Ungarn.²¹

Im siebten Band der Reihe geht es Nižňanský um das Verhältnis zwischen der jüdischen Minderheit und der „schweigenden“ slowakischen Mehrheit, die durch die staatliche Propaganda gegen die Juden aufgehetzt wurde.²² Dieses Verhältnis wurde nach Nižňanský weitgehend durch ihre Teilnahme an der „Arisierung“ durch die Übernahme jüdischer Betriebe und Positionen in den freien Berufen bestimmt, die der slowakischen Gesellschaft nach Aussage der Deutschen Gesandtschaft erlaubte, „eine gesunde Mittelschicht“ aufzubauen. Allerdings wurden nur 1888 der etwa 12500 liquidierten jüdischen Betriebe arisiert, und zwar von Personen, die der HSL'S bzw. der Hlinka-Garde nahestanden.²³ Es gab aber auch Fälle, in denen ein Betrieb nur scheinbar arisiert wurde. Häufig versuchte der neue den bisherigen Besitzer und seine Familie als „Berater“ vor der Deportation zu schützen. Als sich etwa 6000 Juden der Deportation durch die Flucht nach Ungarn und etwa 2000 durch falsche „arische“ Papiere entzogen, waren viele von ihnen auf die Hilfe der slowakischen Mehrheit angewiesen, wobei sich einzelne Personen ihre Hilfe teuer bezahlen ließen.²⁴ Doch nahm auch das Risiko zu: Aufgespürten Helfern drohte bis zum August 1944 Lagerhaft, nach der deutschen Besetzung jedoch die Todesstrafe.

Im achten und bisher letzten Band von „Holokaust na Slovensku“ vereinigt Katarína Hradská Dokumente zur slowakischen Judenzentrale, die sie im Slowa-

¹⁶ *Ebenda* 47, 84.

¹⁷ *Ebenda* 39.

¹⁸ *Ebenda* z. B. 246 f., Dok. 165.

¹⁹ Siehe die Kategorien und die Zahl der – vorläufig – verschonten Juden mit ihren Familien *ebenda* 420-422, Dok. 339.

²⁰ *Ebenda* 116-119, Dok. 17 f.

²¹ *Ebenda* 76-85.

²² Nižňanský, Eduard (Hg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 7: *Vzťah slovenskej majority a židovskej minority (náčrt problému)* [Die Beziehung zwischen der slowakischen Majorität und der jüdischen Minorität (Problemskizze)]. Bratislava 2005, 11f.

²³ *Ebenda* 14 f.

²⁴ *Ebenda* 20-25.

kischen Nationalarchiv (Bratislava) und im Yad Vashem-Archiv (Jerusalem) gefunden hat.²⁵ Bei den meisten veröffentlichten Dokumenten handelt es sich um Monatsberichte, Sitzungsprotokolle und Eingaben der Judenzentrale an ihre vorgesetzte staatliche Behörde, den „Zentralen Wirtschaftsrat“. Die im September 1940 auf deutsche Anregung hin geschaffene Judenzentrale wurde im Gründungsakt zwar als Zwangsverband und einzige Interessenvertreterin aller slowakischen Juden bezeichnet, aber tatsächlich von der Regierung als Organ zur Umsetzung staatlicher Weisungen an die jüdische Bevölkerung genutzt. Mit dem Ziel, sie auf die Emigration vorzubereiten, schulte die Judenzentrale Glaubensgenossen für Berufe in Handwerk und Landwirtschaft um. Sie baute „Arbeitszentren und -lager“ auf, in denen sie die enteigneten und aus ihren bisherigen Arbeitsverhältnissen entlassenen Juden unterbrachte, und kümmerte sich um die Sozial- und Gesundheitsfürsorge und das Schulwesen. Zudem leistete sie organisatorische Hilfe bei der Auswanderung allerdings kleiner Gruppen besonders nach Palästina und in die USA. Ihr Bemühen, die Kennzeichnung durch „Judensterne“ zu verhindern, blieb indessen vergeblich.²⁶

Hradská macht deutlich, dass hinter dem Verhalten einzelner Funktionäre der Judenzentrale unterschiedliche Motive und Erwartungen standen, besonders habe das bei der Ausweisung aus Bratislava ab dem Spätherbst 1941²⁷ und der Deportation in die Vernichtungslager im besetzten Polen ab März 1942 gegolten.²⁸ Während die Spitze der Judenzentrale die Deportation als Arbeitseinsatz interpretierte, sich aktiv an deren Organisation beteiligte und um Ausnahmen bemühte, kämpfte die so genannte Arbeitsgruppe des Auswanderungsreferats mit allen Mitteln, in erster Linie mit Hilfgeldern aus dem Ausland und Bestechung, für die Einstellung der Transporte, wie Hradská schon in ihrer Dokumentation zu Gisela Fleischmanns Aktionen gezeigt hat.²⁹ Versuchte die Judenzentrale möglichst viele Juden zum Eintritt in die Arbeitslager zu überreden, fürchteten die Juden, die 1942 von der Deportation verschont geblieben waren, sowie einige Mitglieder der Judenzentrale diese Arbeitslager als Konzentrationslager, aus denen erneut Transporte ins besetzte Polen führen könnten.³⁰ Mit dem slowakischen Aufstand und nach dem deutschen Einmarsch wurde die Judenzentrale aufgelöst, Ende September 1944 wurden die Deportationen wieder aufgenommen und brachten weitere 13 500 Menschen in die Vernichtungslager.

Neben dieser achtbändigen wissenschaftlichen Dokumentation liegt eine fünfbandige Sammlung von Dokumenten zur „Lösung der jüdischen Frage in der Slowakei (1938-1945)“ vor, die aber keine wissenschaftlichen Ansprüche erheben kann. Sie enthält Dokumente, die in den ersten drei und dann nochmals in den letzten beiden

²⁵ Hradská, Katarína (Hg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 8: *Ústredňa Židov 1940-1944* [Die Judenzentrale 1940-1944]. Bratislava 2008.

²⁶ *Ebenda* 121-124, Dok. 36.

²⁷ *Ebenda* 26-29.

²⁸ *Ebenda* 31-36.

²⁹ Hradská (Hg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 3: *Listy Gisely Fleischmannovej* (vgl. Anm. 10).

³⁰ *Ebenda* z. B. 331-333, Dok. 164.

Bänden chronologisch aneinander gereiht wurden. Es fehlen sowohl eine wissenschaftliche Einführung als auch Kommentare zu den einzelnen Dokumenten.³¹

Wie dieser Überblick gezeigt hat, haben slowakische Historiker sehr viele Dokumente aus den einschlägigen Aktenbeständen publiziert und in ihren Einführungen interpretiert. Der Vorzug der Dokumentationen der Forschergruppe um Eduard Nižňanský ist der konsequente Abdruck der Dokumente in der Originalsprache und deren Übersetzung ins Slowakische, die eine rasche Identifikation der beteiligten Institutionen und eine Untersuchung der Sprache der Quellen ermöglicht.³² Dagegen hat Suško eine Dokumentensammlung in deutscher, die andere in slowakischer Sprache herausgebracht. Selbst die fast 1200 starken „Beziehungen 1938–1941“ des Nižňanský-Teams zeigen den Willen, sich auf das Wesentliche zu beschränken, während in Suškos Sammlungen auch Dokumente geraten sind, die außerhalb des jeweiligen Themas liegen. Seine Entscheidung, für den Herbst 1944 auch Aussagen führender slowakischer und deutscher Politiker und Generale vor den Volksgerichten abzudrucken, bringt allerdings einen Zusatznutzen.

Beide Werke gelten zwar der gleichen Thematik, ergänzen einander aber durchaus, da sie jeweils viele Dokumente vorlegen, die in der parallelen Sammlung nicht enthalten sind. Die einleitenden Aufsätze machen deutlich, dass Suško zur betont nationalen Richtung der slowakischen Historiografie gehört, die die Slowakische Republik der Kriegszeit und vor allem den Tiso-Flügel des Regimes verteidigt, während Nižňanský und seine Kollegen dem gesamten Regime gegenüber eine äußerst kritische Position beziehen. Alle untersuchten Dokumentationen sind über Sach-, Orts- und Personenregister vorbildlich erschlossen. Die Frage, ob die Dokumentationen den Gang in die betreffenden Archive ersparen, kann wohl in Bezug auf die außenpolitischen Beziehungen und deutschen Eingriffe in die Struktur der slowakischen Führung bejaht werden, muss aber in Bezug auf die innere Entwicklung der Slowakei mit Nein beantwortet werden.

Die acht Bände der Dokumentation über den Holocaust an den slowakischen Juden schöpfen die überlieferten Quellen zu einigen Themen wohl fast vollständig aus, doch gibt es Bereiche, die zwar immer wieder angesprochen, aber doch nicht ausreichend dokumentiert sind, wie die Durchführung der „Arisierung“ vor Ort und das soziale und politische Profil der „Arisatoren“. Da die Dokumentation dennoch sehr umfangreich ist, wäre eine einbändige Auswahl für ein breiteres Publikum zu empfehlen.

³¹ Hubenák, Ladislav: *Riešenie židovskej otázky na Slovensku 1938–1945* [Die Lösung der jüdischen Frage in der Slowakei 1938–1945]. 5 Bde. Bratislava 1994–2000.

³² Die einzige Ausnahme sind die Briefe Gisela Fleischmanns, die sie auf Deutsch mit hebräischen Einschüben geschrieben hatte und die Hradská nur in der slowakischen Übersetzung vorlegt. Diese Entscheidung ist m. E. besonders wegen der internationalen Komponente der Rettungsversuche bedauerlich. In: *Hradská* (Hg.): *Holokaust na Slovensku*. Bd. 3: *Listy Gisely Fleischmannovej* (vgl. Anm. 11).

90 JAHRE TSCHECHISCHER UND SLOWAKISCHER KOMMUNISMUS

Vom 3. bis 5. November 2011 fand in Prag eine große Konferenz zur Geschichte des tschechischen und slowakischen Kommunismus statt. Sie wurde vom Ústav pro studium totalitních režimů (Institut für die Erforschung totalitärer Regime, ÚSTR) und dem Ústav pro soudobé dějiny Akademie věd ČR (Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik ÚSD AV ČR) in Prag in Zusammenarbeit mit dem Historický ústav Slovenské akademie věd (Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, HIÚ SAV, Bratislava) veranstaltet. Der 90. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bildete den Anlass, aktuelle Forschungsergebnisse zur Geschichte des Kommunismus zu präsentieren. Die Konferenz zog eine Bilanz der vergangenen 20 Jahre tschechischer und slowakischer Forschung, zugleich warf das Programm die Frage auf, wie sich die Historiografie zur kommunistischen Bewegung und dem tschechoslowakischen Staatssozialismus weiterentwickeln wird.

Eröffnet wurde die Konferenz mit einem Runden Tisch zum Phänomen des Kommunismus im 20. Jahrhundert, den Oldřich Tůma (Prag) moderierte und an dem Daniel Herman (Prag), Petr Brod (Prag, München), Jacques Rupnik (Paris), Igor Lukeš (Boston) und Miroslav Kusý vom „Slovenský helsinský výbor“ (Slowakischer Helsinki-Ausschuss, Bratislava) teilnahmen. Die Podiumsdiskussion kreiste um das Verhältnis von Kommunismus und Moderne im Allgemeinen und seiner Bedeutung für die Entwicklung der Slowakei und der böhmischen Länder im 20. Jahrhundert im Speziellen. Abgesehen von der wichtigen, mit der aktuellen Kommunismusforschung eng verbundenen Anmerkung Petr Brods zum Phänomen des „Kommunismus als Zivilisation“ verlief die Debatte größtenteils in traditionellen Bahnen – eine kritische Auseinandersetzung mit den gängigen Deutungen bekam das Publikum nicht zu hören.

Die eigentliche Konferenz war in thematische Blöcke aufgeteilt, die überwiegend der Entwicklung der KSČ nach 1945 galten. Das erste Panel eröffnete Jakub Rákosník (Prag), der in seinem methodologisch ausgerichteten Beitrag nach Modernisierungskonzepten innerhalb der Forschung zur kommunistischen Bewegung fragte und zwei unterschiedliche, miteinander konkurrierende historiografische Darstellungen der Geschichte des Kommunismus in der Tschechoslowakei vorstellte. Einen kulturhistorischen Zugang wählte Jan Lomíček (Prag) für die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit, wobei er sich auf die Entstehung des Sowjetunionbildes in der Tschechoslowakei der zwanziger und dreißiger Jahre konzentrierte. Aus einer geistesgeschichtlichen Perspektive referierte Rudolf Vévoda (Prag) über die Auseinandersetzungen unter linken Intellektuellen auf dem Höhepunkt der Bolschewisierung der KSČ Ende der zwanziger Jahre. Um die Geschichte des politischen Denkens und der Parteiprogrammatik ging es bei den slowakischen Historikern Robert Arpáš und Miroslav Sabol (beide Bratislava),

deren Beiträge die sich verändernde Einstellung slowakischer Kommunisten zum tschechoslowakischen Staat bzw. die sozioökonomischen Konzeptionen der slowakischen Kommunisten vor dem Jahr 1948 zum Inhalt hatten.

Die politische Geschichte des Kommunismus vor dem Jahr 1945 war das Thema weiterer Beiträge. Libor Svoboda (Prag) gab Einblick in die Verhältnisse, die in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung der zwanziger Jahre herrschten, Stanislav Kokoškas (Prag) Beitrag informierte über die illegalen Strukturen der KSČ am Ende des Zweiten Weltkriegs und David Kovařík (Brno) sprach über die Tätigkeit deutscher Kommunisten im „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Wo das Hauptinteresse der Forschung derzeit liegt, zeigte sich deutlich in dem Panel „Die KSČ als Partei der Macht 1945-1989“, das bei Weitem die größte Zahl an Vorträgen umfasste und vor allem den Mechanismen galt, mit denen die Kommunisten ihre Herrschaft errangen und sicherten. Während Petr Cajthaml das System der Nomenklatur analysierte, stellten Jaroslav Cuhra und Marie Černá (alle Prag) die Problematik der „Kaderpolitik“ vor und Norbert Kmeť (Bratislava) konzentrierte sich auf die Tätigkeit der Parteiorganisationen in den Jahren der so genannten Normalisierung. Mit Repressionen in der Zeit des Stalinismus beschäftigte sich Jan Kalous (Prag) auf der Grundlage seiner Untersuchungen zu den Säuberungen und politischen Prozessen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Auch die Beziehung der KSČ zu den Sicherheitsorganen wurde problematisiert – u. a. in einem Referat zu den Volksmilizen (Jiří Bašta, Prag) und zur Tätigkeit von Kommunisten im Ministerium des Inneren in den Jahren 1945-1948 (Milan Bárta, Prag).

Eine Reihe von politikgeschichtlichen Konferenzbeiträgen war der slowakischen Frage gewidmet. So berichtete Zdeňek Doskočil (Prag), wie Gustáv Husák zwischen 1963 und 1969 schrittweise die Rückkehr in leitende politische Positionen gelang. Jan Pešek (Bratislava) referierte über parteiinterne Konflikte in der KSS in den Jahren 1945-1950 und Miroslav Londák (Bratislava) sprach über die Beziehungen zwischen der tschechischen und der slowakischen kommunistischen Partei (KSS) im Kontext der ökonomischen Reformen der fünfziger und sechziger Jahre.

Eine völlig andere Perspektive auf die Machtpraktiken des Staatssozialismus wählte Vojtěch Ripka (Prag): Er ging von der These aus, dass in der „normalisierten“ Tschechoslowakei ein „Gesellschaftsvertrag“ bestanden habe, und untersuchte, wie die soziale Sicherung der Bevölkerung innerhalb der KSČ-Führung verhandelt wurde.

Die große Zahl der Konferenzbeiträge, die auf den Bereich der „hohen Politik“ abzielten, untermauert den Befund, dass die Geschichte des Staatssozialismus in den letzten beiden Jahrzehnten überwiegend als Geschichte der KSČ-Herrschaft – verstanden als Tätigkeit von politischen Eliten und des zentralen Partei- bzw. Sicherheitsapparats – untersucht und geschrieben wurde. Obwohl dieser historiografische Trend dominant ist, bot die Konferenz auch Raum für alternative Forschungszugänge: Gerade in dem Panel, das den parteiinternen Konflikten der tschechischen und slowakischen Kommunisten und der Problematik der kommunistischen Ideologie gewidmet war, wurde die Bandbreite unterschiedlicher Perspektiven auf das Phänomen des Kommunismus und der sozialistischen Diktatur deutlich. Auch zeigte sich, dass die Wissenschaftsgeschichte auf dem Vormarsch ist, wobei der Funk-

tionsweise wissenschaftlicher Institutionen im Staatssozialismus besonders großes Interesse gilt: Mit der Wissenschaftspolitik der KSČ befassten sich Antonín Kostlán und Doubravka Olšáková (Prag), die slowakischen Aspekte dieser Frage beleuchtete der Vortrag von Adam Hudek (Bratislava). Der Beziehung der Historiografie zum kommunistischen politischen Projekt in der Tschechoslowakei waren die Beiträge von Vítězslav Sommer (Prag) und Milan Zemko (Bratislava) gewidmet. Den weiteren Kontext der Kultur- und Geistesgeschichte erörterten Petr Šámal vom Institut für Tschechische Literatur (Prag) in seinem Vortrag über Zensurpraktiken in der Literatur und Jan Mervart (Hradec Králové), der über das Verhältnis kommunistischer Intellektueller zur kommunistischen Partei in den sechziger Jahren referierte.

Einen der Höhepunkte der Konferenz stellte das Referat von Ondřej Matějka (Prag) dar, der der Beziehung tschechischer Protestanten zur KSČ und dem Kommunismus für die lange Zeit zwischen der Gründung der KSČ im Jahr 1921 und dem Beginn der „Normalisierung“ anhand einer detaillierten Lokalstudie über den Alltag protestantischer Gemeinden nachging. Eine Skizze der Entwicklungstendenzen im Verhältnis zwischen der Katholischen Kirche und der kommunistischen Partei in den sechziger Jahren lieferte daran anschließend Jaroslav Šebek (Prag).

Den dritten thematischen Kreis der Konferenz bildete die internationale Vernetzung der tschechischen und slowakischen Kommunisten einerseits, ihre Haltung zur Nationalitätenfrage im eigenen Land andererseits. Die Funktionsweise der KSČ in einem breiteren internationalen Kontext war das Thema von Juraj Benko (Bratislava), Ondřej Vojtěchovský (Prag), Jan Adamec (Prag) und Tomáš Vilímek (Prag): Benko sprach über die finanzielle Unterstützung, die die Sowjetunion den kommunistischen Parteien Mittel- und Ostmitteleuropas zwischen 1917 und 1922 – also während ihrer Gründungsphase – angedeihen ließ. Adamec versuchte zu zeigen, wie mehrdeutig das Verhältnis der Bündnispartner innerhalb des Ostblocks gewesen ist, was er anhand der Beziehungen zwischen der Prager Führung der KSČ und den rumänischen und polnischen Gegenübern in den Krisenjahren 1956-1958 analysierte. Aus einer ähnlichen Perspektive betrachtete diese Frage auch Vilímek, der die Entwicklung der Beziehungen zwischen KSČ und SED in den siebziger und achtziger Jahren zusammenfasste. In Vojtěchovskýs Vortrag ging es um die Praxis des „proletarischen Internationalismus“ der KSČ in den fünfziger Jahren, welche vor allem in der Unterstützung kommunistischer Parteien westlich des „Eisernen Vorhangs“ und der Aufnahme linker Emigranten in die Tschechoslowakei bestand. Ebenfalls erwähnenswert ist der Beitrag von Jitka Vondrová (Prag), die ihre Forschungsergebnisse zu bislang unbekanntem sowjetischen Archivalien über den „Prager Frühling“ 1968 vorstellte.

Kommunistische Positionen zur Nationalitätenfrage thematisierten Jan Rychlík und Jiří Křesťan (beide Prag). Während Rychlík die Entwicklungstendenzen des slowakischen „Nationalkommunismus“ im Kontext der tschechisch-slowakischen Beziehungen skizzierte, stellte Křesťan die tschechische Spielart eben dieses Phänomens im politischen und historischen Denken Zdeňek Nejedlýs vor.

Dieser unvollständige Überblick über das Konferenzprogramm zeigt die Hauptrichtungen der Forschung zum Kommunismus in der aktuellen tschechischen und slowakischen Historiografie. Als klarer Trend lässt sich der allmähliche Übergang

von der traditionell aufgefassten Politikgeschichte hin zu einer breiter angelegten Kultur- und Sozialgeschichte feststellen. Obwohl eine ganze Reihe der Konferenzbeiträge im Geiste historiografischer Konzepte der neunziger Jahre argumentierten, haben etliche Referate gezeigt, dass sich der Zugang zur Erforschung des Phänomens der KSČ und des tschechischen und slowakischen Kommunismus allmählich verändert. Während ein großer Teil der Vorträge, die sich der Tätigkeit der Parteiführung widmeten, eher den bereits erreichten Kenntnisstand rekapitulierten, präsentierten die Beiträge aus dem Bereich der Kultur- und Sozialgeschichte oder solche mit transnationalen Perspektiven, die überwiegend auf noch laufenden oder unlängst beendeten Doktor- und Postdoc-Arbeiten basieren, neuere Forschungen. Es lässt sich somit mutmaßen, dass die Wendung hin zu internationalen Aspekten, zu gesellschaftlichen Entwicklungen und zu kulturellen Fragestellungen in ihrer ganzen Bandbreite von Kunst-, Wissenschafts- und Alltagsgeschichte in Zukunft eine immer wichtigere Rolle für die tschechische und slowakische Historiografie zum Staatssozialismus spielen wird. Der Konferenzverlauf hat noch einen weiteren positiven Trend deutlich gemacht – die fortschreitende Historisierung des Kommunismus in der tschechischen und slowakischen Geschichtsschreibung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, traten die Referenten mit analytischer Distanz oder zumindest mit empirischer Nüchternheit an kontroverse Fragen der KSČ-Geschichte heran.

Als Fazit der Tagung kann man festhalten, dass die aktuellen tschechischen und slowakischen Forschungsarbeiten zum Kommunismus thematisch wie konzeptionell vielfältiger und damit auch interessanter und intellektuell anregender sind als noch vor wenigen Jahren. Die Existenz mehrerer Schulen, die sich hinsichtlich ihres methodischen Ansatzes und des gewählten Interpretationsrahmens unterscheiden, wird nicht nur zur Erweiterung der Kenntnisse über das Phänomen des tschechischen und slowakischen Kommunismus führen. Sie kündigt auch eine Vertiefung – möglicherweise auch Zuspitzung – der historiografischen Diskussionen an.

Prag

Vítězslav Sommer

ENVIRONMENTAL HISTORIES OF THE VISEGRAD COUNTRIES: COLD WAR AND THE ENVIRONMENTAL SCIENCES

Das Interesse an Umweltgeschichte hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Davon zeugte auch der Workshop „Environmental Histories of the Visegrad Countries: Cold War and the Environmental Sciences“, den das Prager Ústav pro soudobé dějiny AV ČR (Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften) und das Center of Russian, Central and East European Studies der University of Glasgow vom 23. bis 25. März 2012 veranstaltet haben. Die Prager Tagung sollte die Grundlage für ein themenspezifisches Netzwerk von Historikern und anderen Wissenschaftlern legen und befasste sich vor allem mit den Aspekten der Umweltgeschichte, die einen Bezug zur Wissenschafts- und Technikgeschichte haben.

Der Glaube an Wissenschaft, Technik und Fortschritt, der in der frühen Nachkriegszeit für Ost und West charakteristisch war, gründete zwar in der gemeinsamen humanistischen Tradition, dieses Verbindende wurde nach 1945 aber den Machtinteressen der verfeindeten Blöcke untergeordnet. Der Prozess der Nationalisierung der Wissenschaften begann im 19. Jahrhundert und mündete in der Zwischenkriegszeit in der Gründung zahlreicher nationaler Wissenschaftslobbies. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlagerte sich die Indienstnahme der Wissenschaft: Statt um nationale Agenden ging es fortan darum, wissenschaftliche Erkenntnisse für den Kalten Krieg – und damit für blockpolitische und globale Ziele – nutzbar zu machen. In diesem Sinne stellte man auch das System der wissenschaftlichen Zusammenarbeit neu auf und ordnete es den Interessen der politischen Blöcke unter.

Nicht anders als die Sozial- und Geisteswissenschaften agierten auch die Umweltwissenschaften innerhalb dieser Logik. Auf dem Workshop wurde ihre Entwicklung unter verschiedenen Fragestellungen und Perspektiven analysiert und diskutiert: Zum einen ging es um Wissenschaftspolitik und ihre Folgen – für die sozialistischen Länder also um die Auswirkungen von zentraler Planung und Finanzierung auf konkrete Wissenschaftsfelder. Zum anderen wurde die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Umweltwissenschaften untersucht und der Frage nachgegangen, welche Rolle Organisationen wie die UNESCO, die NATO und der Warschauer Pakt hier spielten. Dabei sollte auch – und vielleicht sogar in erster Linie – eruiert werden, welchen Einfluss die verschiedenen Phasen des Kalten Krieges auf die Dynamik dieser Entwicklung hatten.

Robert Marc Friedman (University of Oslo) eröffnete den Workshop mit dem Vortrag „Environmental Sciences during the Cold War: The need and opportunity for trans-national, multi-disciplinary collaborations“. Er betonte, dass Inter- und Multidisziplinarität für die Umweltwissenschaften zwar als zentral gälten, ihre genaue Definition aber noch ausstehe. An konkreten Beispielen wie dem „International Geophysical Year 1957-1958“ und dem „International Biological Programme 1964-1974“, Meilensteinen in der Entwicklung der Umweltwissenschaften, demonstrierte Friedman Möglichkeiten und Grenzen eines fächerübergreifenden Zugangs.

Julia Lajus (St. Petersburg Branch of Higher School of Economics) beschäftigte sich mit dem Transfer von Wissen über die Erwärmung der Arktis zwischen sowjetischen und skandinavischen Forschern in der Zeit von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren. Hieran konnte Jonathan Oldfield (University of Glasgow) mit seinen Überlegungen über die Konzeptualisierung von Forschungen zu klimatischen Veränderungen durch sowjetische Geografen (1945-1960) direkt anknüpfen. In beiden Vorträgen trat die große Bedeutung von Netzwerken innerhalb wissenschaftlicher Communities für die Verbreitung von Informationen und Erkenntnissen deutlich zutage: Im ersten Fall bildete die Arktis – und damit ein gemeinsamer Raum und seine Probleme – den Rahmen für das Wissenschaftsnetzwerk, im zweiten handelte es sich um die Weitergabe einer Forschungstradition. Wie Oldfield zeigte, waren es gerade wissenschaftliche Arbeiten aus dem späten 19. und dem frühen 20. Jahrhundert, die die Grundlage eines der denkwürdigsten Projekte der Umweltwissenschaften in Europa überhaupt bildeten – nämlich der Realisierung des so genannten Stalinschen Plans zur Umgestaltung der Natur.

Die Referenten aus den Visegrad-Staaten konzentrierten sich auf traditionelle umweltwissenschaftliche Zugänge; in ihren Beiträgen ging es in erster Linie um Landschaftsumgestaltung und ihre ökologischen Dimensionen. So untersuchte Leszek Zasztowt (Instytut Historii Nauki PAN / Institut für Wissenschaftsgeschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau) die Wissenschaftspolitik unter der Perspektive der veränderten Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Landschaft. Die konzeptuellen Fragen, die er anhand der Wissenschaftsgeschichte im Polen der Nachkriegszeit und am konkreten Beispiel der Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften aufwarf, knüpften in vielerlei Hinsicht an den Eröffnungsbeitrag von Friedman an und bildeten eine gelungene Ergänzung zu dessen Ausführungen, da sie die Perspektive um Ostmitteleuropa erweiterten. Zasztowts Kollege Jan Szumski (PAN) stellte dann die Beziehungen zwischen den polnischen Entscheidungsgremien und der sowjetischen Führung dar, die beträchtlichen Einfluss auf die polnische Wissenschaftspolitik nahm.

Mária Palasik (Historical Archives of the Hungarian State Security, Budapest) und Zsuzsanna Borvendég (Budapest) sprachen über den Bau neuer Städte und damit über ein Phänomen, das nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Ostmitteleuropa den Glauben an die Möglichkeiten der Umgestaltung der Natur durch aktive Aufbauleistungen besonders anschaulich verkörperte. Dem gleichen Geist wie die „sozialistischen Städte“ war auch die Industrialisierung der Nachkriegsslowakei geschuldet, wie Ludovít Hallon (Historický ústav SAV/Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Bratislava) zeigte, der argumentierte, dass in den fünfziger und sechziger Jahren Landschaft vor allem aus der Perspektive industrieller Interessen wahrgenommen wurde und diese Sicht auch bei der Bestimmung der Prioritäten für Wissenschaft und Technik dominiert habe.

Zum Abschluss des Workshops stellten Silke Fengler (Universität Wien), Emma Hakala (University of Helsinki) und Jana Dlouhá (Centrum pro otázky životního prostředí UK/Zentrum für Umweltfragen der Karlsuniversität, Prag) den Forschungsstand im Bereich der Umweltgeschichte und der Umweltwissenschaften in den einzelnen Ländern vor. Die kurzen, aber sehr informativen Überblicke waren für das Hauptziel der Tagung, Wissenschaftler aus Ost und West zusammenzubringen und eine Plattform für die weitere Zusammenarbeit zu schaffen, besonders wichtig.

Die Tagung gab zahlreiche Impulse für die weitere Entwicklung der Forschung zu Themen, die mit der Umweltgeschichte Mitteleuropas verbunden sind und stellt wohl auch ein Versprechen auf künftige Zusammenarbeit dar. Wie diese sich im Detail gestalten soll, wurde am zweiten Tag diskutiert. In diesem Zusammenhang soll auf die großzügige Förderung des Workshops durch den Visegrad Fonds, die University of Glasgow und die Grantová agentura České republiky (Projektnr. GPP410/11/P007) hingewiesen werden, ohne deren Unterstützung die Veranstaltung nicht möglich gewesen wäre.

PHYSICAL VIOLENCE IN LATE SOCIALISM:
(DIS-)ENTANGLING STAATEHOOD,
LABOUR AND THE NATION

Der Film „4 luni, 3 săptămâni și 2 zile“ (4 Monate, 3 Wochen und 2 Tage) handelt von einer illegalen Abtreibung im Rumänien der achtziger Jahre. Erzählt wird die Geschichte der Studentinnen Găbita und Otilia: von einer Abtreibung im Hotel, die die beiden jungen Frauen mit ihrer Vergewaltigung „bezahlen“, der atemlosen Suche in der nächtlichen Stadt nach einem Ort, an dem der tote Fötus entsorgt werden kann, und schließlich von dem Versprechen der beiden Freundinnen, niemals über das Erlebte zu sprechen. Zurückhaltend und doch mit großer Eindringlichkeit präsentiert der Regisseur Cristian Mungiu verschiedene Formen und Facetten von Gewalt. Den Blick auf die physische Gewalt, die seinen beiden Protagonistinnen widerfährt, gibt er an keiner Stelle direkt frei, vielmehr zwingt er die Zuschauer, sie sich vorzustellen. Unvermittelt tritt indessen die alltägliche Gewalt hervor: in der permanenten Kontrolle und Distanzverletzung, in den Erniedrigungen, die mit der sozialistischen Mangelwirtschaft und der Macht Einzelner über knappes Gut verbunden sind, und nicht zuletzt in den Abhängigkeitsverhältnissen und paternalistischen Familien- und Geschlechterbeziehungen, denen die jungen Frauen ausgesetzt sind.

Mit diesem mehrfach ausgezeichneten Film eröffnete die Projektgruppe „Physical Violence and State Legitimacy in Late Socialism“ ihre erste Jahrestagung (Regensburg, 19.-21.4.2012), was durchaus als konzeptionelles Statement verstanden werden kann. Ziel des Projekts ist es, den Umgang mit Gewalt in spätsozialistischen Gesellschaften in Hinblick auf die Systemstabilität bzw. Systemerosion zu untersuchen.¹ In Abgrenzung zu Ansätzen, die Gewalt in sozialistischen Gesellschaften auf den von oben angeordneten disziplinierenden Zugriff reduzieren, geht die „Violence“-Gruppe dem „Gewalt-Management“ im weiteren Sinne nach – d.h. der Frage, wie Gewalt im öffentlichen und privaten Raum erklärt, dargestellt, eingesetzt, eingedämmt oder verhindert wurde. Zentral ist dabei der Zusammenhang von Gewalt und Legitimität, der bei der von Sabine Rutar konzipierten Konferenz für die Felder „Staatlichkeit“, „Nation“ und „Arbeit“ diskutiert wurde. Aber auch Probleme der Interpretationsgeschichte und Erinnerungskultur zogen sich durch die gesamte Tagung – beginnend mit dem Appell A. Jan Kutyłowski (Oslo), der in seiner Key Note Speech dazu aufrief, die Leitbegriffe des herrschenden Sozialismusdiskurses zu dekonstruieren.

Wie dieser Diskurs im Kino funktioniert, erörterte Constantin Parvulescu (Timișoara), der „4 luni, 3 săptămâni și 2 zile“ dem rumänischem Mainstream-Film gegenüberstellte: In den meisten Filmen über Gewalt im Rumänien Ceaușescus, so Parvulescu, werde die kommunistische Herrschaft in Schwarz-Weiß-Manier externalisiert und allein die emotionale Ebene angesprochen, auf der die Furcht vor dem immer noch drohenden „Monster des Kommunismus“ wachgehalten werde. Doch

¹ Ausführliche Informationen zum Konzept des Projekts und den einzelnen Arbeitsvorhaben finden sich unter: <http://www.physicalviolence.eu/> (letzter Zugriff 10.10.2012).

im Gegensatz zu „4 luni, 3 săptămâni și 2 zile“, in dem konsequent die Perspektive der Opfer präsentiert werde, ermunterten Filme wie „Bless You, Prison“² den Zuschauer dazu, sich der voyeuristischen Lust des Täterblicks hinzugeben, was einen guten Teil ihres Erfolgs ausmache. In dem bulgarischen Film „Vreme na nasilie“ (Zeit der Gewalt) aus dem Jahr 1988 dient die Darstellung von Gewalt – hier der zwangsweisen Islamisierung der Bulgaren unter osmanischer Herrschaft im 17. Jahrhundert – der Legitimierung der Assimilationspolitik gegenüber der türkischen Minderheit im engeren und der Konstruktion der sozialistischen bulgarischen Nation in einem weiteren Sinne. Nadège Ragaru (Paris) argumentierte anhand des Historienfilms, den Millionen von Zuschauern gesehen haben, aber auch mit den unterschiedlichen „Zeitzone“ des späten Sozialismus: Während die Kontrolle allgemein zurückgenommen worden sei, habe für die bulgarische Minderheitenpolitik das Gegenteil gegolten. Die Muslime wurden einem verstärkten Druck ausgesetzt, den Ragaru für die Dreharbeiten zu „Vreme na nasilie“ als durchaus körperliche Erfahrung schilderte, denn der Film wurde nicht nur in den Dörfern der Minderheit gedreht, sondern auch mit lokalen Statisten besetzt, die, während sie selbst Repression erlebten, in die Rolle der „historischen Täter“ zu schlüpfen hatten.

Um gewaltsame Elemente des nation-building und der nationalen Selbstversicherung ging es in den Beiträgen von Katrin Boeckh (Regensburg), die über die Konjunkturen der Gewalt in der Ukraine sprach, Mihai Mureșan (Cluj), der die rumänische Minderheitenpolitik vorstellte und Constantin Katsakioris (Athen), der sich mit Übergriffen gegen Studenten aus der „dritten Welt“ in der Sowjetunion befasste.

Die Nation gewissermaßen von innen heraus zu gestalten, war das Ziel der staatlichen Kontrolle und Steuerung von Natalität. Corina Doboș (London, Bukarest) und Ondřej Cinkajzl (Prag) diskutierten Geburtenkontrolle auf der Basis von Foucaults Modernisierungsthesen, wobei Doboș den rumänischen Sonderfall einer radikal-pronatalistischen Politik vorstellte, Cinkajzl die Zwangssterilisation von Frauen der Roma-Minderheit in der sozialistischen Tschechoslowakei der siebziger und achtziger Jahre als extrem gewaltförmige Variante der Sozialpolitik interpretierte. Ihre Analyse lege nicht nur Konstruktionen von „Normalität“ und Devianz und deren Sanktionierung offen, sondern könne auch die Lücke füllen, die in einer vom Totalitarismuskonzept geleiteten Interpretation des Staatssozialismus zwischen dem politischen Zentrum und der Bevölkerung klaffe: In diesem Raum, so Cinkajzl, handelten Fachleute, Ärzte und Sozialarbeiter, die, wie er auch an einem konkreten Fall zeigte, weitreichende Entscheidungen über die vor Ort geltende Praxis fällten.

Die Frage, wie (tatsächliche, konstruierte, zufällig herausgegriffene) Abweichungen von der „Normalität“ in den spätsozialistischen Gesellschaften definiert, öffentlich verhandelt und „behandelt“ wurden und welche Intentionen mit diesen gewaltsamen „Korrekturen“ im Hinblick auf die Mehrheitsbevölkerung verbunden waren, verband die Diskussion um die folgenden Vorträge. Kritik an den herrschenden Verhältnissen sei, so Dumitru Lăcătușu (Bukarest), im Rumänien der siebziger und achtziger Jahre als krankhaft eingestuft worden, folglich seien die Dissidenten

² Im rumänischen Original: *Binecuvântata fii, închisoare*, der Film des Regisseurs Nicolae Margineanu basiert auf dem Roman von Nicole Valery-Grossu und kam 2002 in die Kinos.

pathologisiert und in psychiatrische Anstalten eingewiesen worden. Jennifer Rasell (Potsdam) sprach in ihrem Beitrag über staatliche Kinder- und Jugendheime in Ungarn vom Staat als „violent parent“ und Gleb Tsipursky (Newark) beschrieb die Versuche der sowjetischen Behörden, eine Arbeiterjugend zu disziplinieren, die die ihr zugeschriebene Rolle als Vorhut des sowjetischen Projekts der Moderne nicht annehmen wollte. Während Tsipursky vor allem die fünfziger und sechziger Jahre im Blick hatte, analysierte Jeff Hayton (Urbana-Champaign) die Gründe für das Scheitern der DDR im Kampf gegen die Skinheads in den späten achtziger Jahren: Mit der undifferenzierten Repression gegen jedwede jugendliche Sub- und Alternativkultur habe die DDR-Jugendpolitik die Chance auf Integration friedlicher Jugendgruppen und schließlich die letzten Reste ihrer Legitimität verspielt.

Eine Solidarität der „moralisch Überlegenen“ gegenüber Abweichlern aufzubauen, war auch in der Sowjetunion kein sicheres Unterfangen. Wie Brian LaPierre (Oxford/Mississippi) zeigte, zielten die Kampagnen gegen „Hooligans“, die in der Sowjetunion seit Chruschtschows Zeiten geführt wurden, um die durch politischen und sozialen Wandel verunsicherte Gesellschaft zu stabilisieren, in die Mitte der (männlichen) sowjetischen Bevölkerung. Das extrem flexible Label „Hooliganismus“, mit dem Trunkenheit in der Öffentlichkeit ebenso erfasst werden konnte wie häusliche Gewalt oder Mord, bot zwar die Handhabe für eine sehr scharfe Disziplinierung, tendierte aber zugleich zur völligen Beliebigkeit: Wenn „Hooliganismus“ kein Vergehen bestimmter „devianter“ Schichten, Gruppen oder Alterskohorten war, dann verlor sich auch der Effekt der Abgrenzung für die Mehrheitsbevölkerung.

Inwiefern das staatliche Sicherheitsversprechen und der Anspruch der legitimen Gewaltausübung nach innen erfolgreich waren, diskutierten Jens Boysen (Warschau) für die polnische Armee und Rasa Baločkaitė (Kaunas) am Beispiel der sowjetischen Miliz in Litauen. Für die „schmutzige Arbeit“ war in Polen wie in Litauen die Miliz zuständig; ein Tabuthema, wie Baločkaitė ausführte, die auch danach fragte, was die miserable Lebenssituation der sowjetischen Milizionäre in Litauen und die unverhüllte Ablehnung, die ihnen entgegenschlug, wiederum für ihren Umgang mit Gewalt bedeuteten. Isabel Ströhle (München) ging indessen den Gründen dafür nach, dass gewaltsame Übergriffe der Staatssicherheit gegen Kosovo-Albaner 1966 plötzlich zu einem Thema öffentlicher Verhandlungen werden konnten: Zum einen habe die Partei ein bestehendes Legitimationsdefizit wahrgenommen, zum anderen habe hinter dem Reden über „Deformationen“ sowohl ein Generationswechsel als auch eine Neuverhandlung der Machtverteilung zwischen verschiedenen regionalen Zentren und ideologischen Flügeln gestanden. Es sei also darum gegangen, über die Kritik von Gewalt die fragilen Loyalitäten, die hinter dem jugoslawischen Konzept von „Brüderlichkeit und Einheit“ standen, neu auszutarieren, ohne die Partei zu schwächen und letztlich auch ohne die Rolle der Staatssicherheit in Frage zu stellen. Robert Lučić (Potsdam) legte dann am Beispiel der serbischen Stadt Valjevo dar, wie während des serbisch-kroatischen Kriegs zu Beginn der neunziger Jahre neue Loyalitätsverhältnisse durch den Nachweis von Kampf- und Opferbereitschaft konstituiert wurden.

Die Eskalation der Gewalt beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens werde, so Sabine Rutar (Regensburg), auch in neuesten Werken überwiegend als mehr oder

minder zwangsläufige Folge wirtschaftlicher und sozialer Konflikte gedeutet, die von nationalistischen Bewegungen instrumentalisiert werden konnten. Der schroffe Gegensatz zwischen den „goldenen Tito-Jahren“, in denen Elemente der Arbeiterselbstverwaltung für gesellschaftlichen Konsens gesorgt hatten, und dem jähen Ausbruch von Gewalt bleibe aber unerklärt. Um zu verstehen, warum die Desintegration ab den späten achtziger Jahren so schnell so gewaltsame Formen angenommen habe, lohne es sich, nach dem Umgang mit Konflikten in der selbstverwalteten Industrie und vor allem mit Gewalt in diesen Konflikten zu fragen. Rutar zeigte am Beispiel von Streikbewegungen in Rijeka und Koper, also vergleichsweise wohlhabenden Städten, wie Protest seit den siebziger Jahren gemanagt und gezielt klein gehalten wurde, um das positive Selbstbild der Arbeiter nicht zu beschädigen und den öffentlichen Frieden zu erhalten. Ein ähnliches Interesse, Konflikte möglichst auf niedriger Ebene zu lösen und Probleme mit Gewalt unter Arbeitern nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, stellte Călin Morar Vulcu (Cluj) am Beispiel des Umgangs mit den rumänischen Minenarbeitern vor. In den siebziger Jahren wurden den Arbeitern als „führende Klasse“ mehr als nur Disziplinosigkeiten – Schlägereien, Körperverletzungen unter Alkoholeinfluss, Vergewaltigungen – nachgesehen bzw. über die Partei auf dem „kleinen Dienstweg“ vergleichsweise milde geahndet. Dass die Zügel in den achtziger Jahren deutlich angezogen wurden, war nicht nur dem Interesse an einer Steigerung der Produktion geschuldet, sondern auch Folge eines sich verändernden Bildes der Arbeiter – die zunehmend als gewaltbereit und gefährlich dargestellt wurden.

Gerade die letzten beiden Fallbeispiele illustrierten, wie den spätsozialistischen Staaten Zustimmung und Anerkennung auf Feldern verloren gehen konnten, die für die Begründung ihrer Herrschaft zentral gewesen waren. Dass innergesellschaftliche Konflikte nicht befriedet – also das Sicherheitsversprechen nicht eingelöst werden konnte –, war die eine Seite dieses Erosionsprozesses, die andere, dass das Vorgehen staatlicher Institutionen immer weniger als berechtigt angesehen wurde, das staatliche Gewaltmonopol ebenso in die Kritik geriet wie die (gewaltförmige) Praxis staatlicher Institutionen.

Diese Entwicklung, die auf der Konferenz anhand zahlreicher Einzelstudien vorgestellt wurde, aus der Nahperspektive zu betrachten, führt einmal mehr zu der Einsicht, dass Machtverhältnisse auf Dauer nicht strikt von oben nach unten organisiert werden können und sich auch die Formen der Gewaltausübung kontinuierlich verändern. Brian LaPierre sprach in diesem Zusammenhang von horizontaler Gewalt, die an die Stelle der vertikalen getreten sei, also von einer Verlagerung sowohl der Gewalt als auch der Gewaltkontrolle immer weiter in die Sphäre des Privaten hinein. Für die Gewaltpraxis der stalinistischen Zeit seien die Richtung top-down, das extreme Maß von Gewalt und deren Anonymität charakteristisch gewesen, also dass die Betroffenen oft nur eine unklare Vorstellung davon hatten, aus welchen Gründen und auf wessen Veranlassung hin sie zum Opfer geworden waren. Den spätsozialistischen Gesellschaften sei Gewalt eher in die Alltagsbeziehungen eingeschrieben gewesen, was sich auch an den vergleichsweise „milderen“ Formen geäußert habe. Diese Beobachtung wirft die Frage nach dem spezifisch „Sozialistischen“ des Gewaltmanagements auf – und zwar nicht nur für Themen wie Zwangs-

sterilisation und Heimerziehung als Mittel sozialer Disziplinierung. Vielmehr gälte es, wie Sabine Rutar in der Diskussion zu bedenken gab, über vergleichende Studien zu erkunden, wie die Gesellschaften in Ost und West seit den sechziger Jahren mit Gewalt umgingen: also was überhaupt als Gewalt eingestuft wurde, wann Gewalt als sozial akzeptabel galt und wann nicht und vor allem, was geschehen musste, damit daraus eine öffentliche und damit politische Angelegenheit werden konnte. In Cristian Mungius Film „4 luni, 3 săptămâni și 2 zile“ steht das Schweigeversprechen am Schluss. Es gründet nicht nur auf der Furcht vor Strafe – in Ceaușescus Rumänien standen auf Abtreibung langjährige Gefängnisstrafen – sondern auch auf der Einsicht der beiden jungen Frauen, von keiner Seite Mitgefühl für das, was sie erlebt haben, erwarten zu können.

München

Christiane Brenner

ALPEN UND KARPATEN: DIE ERSCHLIESSUNG ZWEIER EUROPÄISCHER BERGREGIONEN ZWISCHEN NUTZUNGSZIELEN UND SCHUTZANSPRÜCHEN

„Denn hier, wo die Natur allein Gesetze gibe“, schrieb der Früh-Aufklärer Albrecht von Haller schon 1729 in seinem Gedicht „Die Alpen“ fasziniert nach einer Reise durch den schweizerischen Teil des Gebirges.¹ Die Aufklärung war es, die dem Naturraum zum ersten Mal größere Aufmerksamkeit schenkte, wobei auch schon zu diesem Zeitpunkt eine deutlich romantische Verklärung seines angeblich ursprünglichen Charakters mitschwang. Bis zur Erschließung der Gebirgsregionen durch den Massentourismus einerseits, die Industrialisierung, die hier insbesondere die Wasserenergie zur Stromerzeugung nutzte, andererseits sollten allerdings noch gut 300 Jahre vergehen. Doch noch viel später als die Alpen wurden die Karpaten „entdeckt“. Bis heute stehen sie im Schatten der territorial kleineren Alpen und werden oft mit deren Ellen gemessen.

Obgleich auch die noch recht junge Umweltgeschichte schon vor Jahren den „transnational turn“ ausgerufen hat, nehmen Schriften, die ihn tatsächlich umsetzen, bisher nur wenig Platz im Regal in Anspruch. Dabei bieten gerade Umwelt- und Infrastrukturansätze besonders gute Voraussetzungen für transnationale Herangehensweisen, da sie sich an Natur- und Kulturräumen orientieren (können), die weit über politische Grenzen hinausreichen. Gebirgssysteme wie die Alpen und die Karpaten bieten sich für den transnationalen Vergleich besonders an. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass sich eine gemeinsame Tagung der drei Münchner Institutionen Collegium Carolinum, Rachel Carson Center for Environment and Society und Alpines Museum am 10. und 11. Oktober 2012 diesem Thema gewidmet hat. Organisiert von Julia Herzberg (Rachel Carson Center) und Martin Zückert (Collegium Carolinum) fand die internationale Tagung im Alpines Museum des Deut-

¹ *Haller*, Albrecht von: Die Alpen. In: Projekt Gutenberg, <http://gutenberg.spiegel.de/buch/5457/1> (letzter Zugriff: 19.10.2012).

schen Alpenvereins auf der Münchner Praterinsel statt. Sie präsentierte nicht nur aktuelle Forschungsergebnisse zu den beiden Gebirgsregionen, sondern zeigte auch Forschungsdesiderate auf und gab zugleich Ansatzpunkte für die weitere Untersuchung dieser Landschaften.

Wie Martin Zückert (München) in seiner Einführung zur Tagung herausstellte, ging es den Organisatoren vor allem darum, Deutungen von Traditionen, Rück- sowie Randständigkeiten und Moderne(n) in Bezug auf die beiden Gebirgsregionen zur Diskussion zu stellen. Dabei galt Fragen nach spezifisch sozialistischen und spezifisch westlichen Wegen in der Erschließung und der Debatte um den Schutz von Naturräumen versus „Ökozid“ durch die Ausbeutung der Landschaften besonderes Interesse. Das bestehende Ungleichgewicht in der Forschung – für die Alpen existiert bereits eine Reihe von Studien, während die Karpaten noch kaum historisch erforscht sind – ist dabei eine besondere Herausforderung. Das Aufeinandertreffen des „Seniorpartners“ Alpen mit dem „Juniorpartner“ Karpaten ermöglicht es aber nicht nur, die Entwicklungen der Alpen mit denen in den Karpaten zu vergleichen, sondern auch neue Fragen an die Erschließung der Alpen zu stellen.

In seinem Eröffnungsvortrag erörterte Jon Mathieu (Luzern) die Implikationen des EU-Bergberichtes (2004), den die Europäische Kommission im Zuge der EU-Osterweiterung in Auftrag gab. Der Bericht ist die bisher umfassendste Bestandsaufnahme zu den Bergregionen der alten und neuen EU-Länder sowie vier weiterer Staaten. Von besonderem Interesse für Wissenschaftler ist er nicht allein aufgrund der zugänglich gemachten Daten, sondern viel mehr noch in Bezug auf die Generierung und Interpretation dieser Daten, die so mancherlei Merkwürdigkeiten aufweisen, beispielsweise wenn Schweden als Land mit alpinen Gebirgen behandelt wird. Mathieu verwies in seinem Vortrag auf die Unterschiede in den geografischen und historischen Sichtweisen ebenso wie auf den Einfluss von Demografie und Ökonomie auf die Wahrnehmung der Gebirgsregionen. Dabei habe sich der Alpenbegriff, obgleich das Gebirge im Weltmaßstab eher klein ist, seit dem 19. Jahrhundert als Bewertungsmaßstab durchgesetzt.

Die anschließende Diskussion hinterfragte den Sinn des europäischen Bezugsrahmens in der Forschung sowie das Konzept der „nachholenden Moderne“ in den Bergen; schließlich hätten auch progressive Entwicklungen ihren Ausgangspunkt in Bergregionen genommen. Die schweizerischen Alpen waren beispielsweise der erste Teil des Landes, in dem Frauen das aktive und passive Wahlrecht erhielten. Auch die ersten elektrischen Lampen wurden einst in den Alpen angeschaltet. Wichtig, so waren sich die Diskutanten einig, sei es, die Bergregionen nicht abzugrenzen, sondern im Kontext mit dem Umland – inklusive der umgebenden Ebenen – zu sehen.

Das erste Panel stellte die Annahme von Gebirgsregionen als periphere Räume zwischen Erschließung und Beharrung am Beispiel der Slowakei und Italiens kritisch auf den Prüfstand. Martin Zückert beschäftigte sich in seinem Vortrag mit dem Wandel der Berglandwirtschaft in den slowakischen Karpaten. Dabei fokussierte er auf die Nord-Süd-Trasse durch das Gebirge, die aufgewertet werden sollte, um Touristen aus dem nordwestlichen Ausland, vor allem aus Skandinavien, auf ihrem Weg in den Südosten Europas eine landschaftlich attraktive Alternative zur Verbindung durch die Bundesrepublik und Österreich zu bieten. Aus den Gebirgs-

regionen, die als Armutgebiete galten, sollten attraktive, vor allem ästhetisch ansprechende Landschaften gemacht werden. Zückert zeigte in beeindruckender Weise das ordnende Element des Tourismus im Spannungsfeld zwischen Vorstellungen auf der (staatlichen) Planungsebene und lokaler Beharrungskraft auf. Er verwies zugleich auf das Forschungsdefizit hinsichtlich der Naturschutzmaßnahmen, die ab den siebziger Jahren auch von sozialistischen staatlichen Organisationen ausgingen.

Das Verhältnis zwischen Macht und Umwelt stand auch im Mittelpunkt des zweiten Beitrags des Panels, in dem Wilko Graf von Hardenberg (München) den Naturschutz als Form der Verteilung der Naturressourcen an bestimmte soziale Gruppen – und damit als Teil der allgemeinen Modernisierung und nicht nur als Reaktion darauf – in den italienischen Alpen darstellte. Er konzentrierte sich dabei auf die Auswirkungen der faschistischen Umwelt- und Ressourcenpolitik, die sowohl „moderne“ als auch „unmoderne“ Züge trug. Am Beispiel des bereits 1922 eingerichteten Nationalparks Gran Paradiso beleuchtete er die in den Alpen immer wiederkehrenden Konfliktklinien Jagd- und Weiderecht.

Frank Hadler (Leipzig) plädierte in seinem Kommentar zu den beiden Beiträgen für einen noch stärkeren Einbezug des „Unten“, das heißt der angrenzenden Ebenen und Talregionen, in die Analyse der Gebirgsregionen und für eine stärkere Kontextualisierung der Entwicklungen sowohl in Bezug auf die Vorgeschichten als auch hinsichtlich globaler und transnationaler Perspektiven. Die Rolle der Experten in den Wandlungsprozessen, die zu untersuchen er als lohnende und in der Forschung noch vernachlässigte Vertiefung empfahl, wurde auch in der Diskussion aufgenommen. Alternative Expertendiskurse, beispielsweise in Dissidentenkreisen, könnten weiteren Aufschluss über Inklusions- und Exklusionsprozesse geben.

Das zweite Panel widmete sich den Nationalparks als Orte des Schutzes und der Repräsentation. Im Vordergrund des ersten Beitrages stand der „rationale Naturschutz“ in den Karpaten, den Bianca Hoenig (Basel) anhand der Strukturen und Akteure des Naturschutzes in der Hohen Tatra nach 1945 aufschlüsselte. Sie charakterisierte stichhaltig Kontinuitäten und Veränderungen in der polnisch-slowakischen Grenzregion, in der die Akteure folgenreiche Entscheidungen zwischen sozialistischer Industrialisierung, Landwirtschaft und auf Tourismus ausgerichteten Naturschutz treffen mussten. Besonders aufschlussreich waren dabei die Ausführungen zu den polnischen Tatraaktivisten, die auf eine lange Tradition des Naturschutzes zurückblicken können und eine bisher noch viel zu wenig berücksichtigte Rolle in den Umsetzungen der sozialistischen Naturpolitik spielten.

Die Entwicklungen in den Karpaten kontrastierte Patrick Kupper (Zürich) mit seinem Beitrag über die transalpinen Nationalparks. Er unterstrich die Schwierigkeit, die vielfach eingeforderte Kontextualisierung in Raum und Zeit tatsächlich umzusetzen. So sei es oft schon schwer, den konkreten Beginn von Schutzbestrebungen auszumachen. Ähnlich mehrdeutig sei die Aussagekraft der kartografischen Koordinaten, weil sich die Flächen der meisten Parks im Laufe der Geschichte veränderten. Darüber hinaus täusche die vermeintliche Eindeutigkeit geografischer Daten darüber hinweg, dass die Räume ökologisch, sozial und mental sehr viel weniger scharf zu definieren sind.

Gabriela Kiliánová (Bratislava) warb in ihrem Kommentar zu den beiden Vor-

trägen für den stärkeren Einbezug bereits vorhandener, vor allem früher ethnologischer Forschungen für die Analyse der Karpaten, die noch vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems entstanden sind. Allerdings erschwerte die Veröffentlichung in ost- oder ostmitteleuropäischen Sprachen deren Integration in die westliche Forschung. Ebenso trat sie für „Moderne“-Diskurse ein, die auch gegensätzliche Narrative zulassen, um den ambivalenten, polyfonen und hybriden Charakter dieser Epochenzuschreibung widerzuspiegeln. Die Diskussion griff diese Anregung auf und erweiterte sie um die Frage, ob es sich bei der postulierten „sozialistischen Moderne“ tatsächlich um eine „ambivalente Moderne“ gehandelt habe oder ob nicht vielmehr von einer Ambivalenz der „sozialistischen Realität“ gesprochen werden müsse.

Das letzte Panel der Tagung setzte sich mit der Entstehungsgeschichte und den Folgen von Staudämmen und Flussbegradigungen in den beiden Gebirgsregionen auseinander. Arnošt Štanzel (München) legte am Beispiel des slowakischen Orava-Staudamms dar, wie eine Region innerhalb weniger Dekaden mehrmals „neu erfunden“ wurde. Von der eher unbeachteten, verarmten Peripherie entwickelte sich das Orava-Gebiet durch die Anlegung des Stausees in den fünfziger und sechziger Jahren zunächst in eine boomende Industrieregion, die dann nach und nach in ein Urlauber-Paradies umgewandelt wurde.

Während gegen den Bau des slowakischen Staudamms nur wenig Protest aktenkundig ist, spitzten sich die Konflikte um bayerische „Energiewälder“ im Laufe der siebziger Jahre kontinuierlich zu, wie Ute Hasenöhr (Erkner) im anschließenden Vortrag ausführte. Sie entfaltete Akteurskonstellationen und Interessenlagen im Konflikt um die Nutzung der Wasserkraft zwischen „weißer Kohle“ und „Ausbeutung der Natur“ im bayerischen Alpenraum in der Nachkriegszeit: Ließen sich bei den Trägergruppen und ihrem Vorgehen im Laufe der Zeit deutliche Unterschiede ausmachen, blieben die Argumentationen der Kontrahenten sehr konstant; die Erfolgsaussichten für die Verhinderung von Wasserenergieprojekten nahmen mit den Jahren deutlich zu.

In seinem Kommentar wagte sich Peter Jordan (Wien) an eine Gegenüberstellung sozialistischer und westlicher Herangehensweisen an den Naturschutz. So schematisch solche Systematisierungen zwangsläufig bleiben müssen, boten sie für die anschließende Diskussion doch eine Reihe von Anknüpfungspunkten. Dreh- und Angelpunkt der Kommentare blieben auch hier die Modernisierungsvariationen. Um diese besser (be-)greifen zu können, so ein Fazit der Diskussion, müssen noch viel intensiver transnationale Prozesse zwischen Kooperation und Abgrenzung untersucht werden.

Die Abschlussdiskussion der Tagung leiteten resümierende Beobachtungen von Julia Herzberg (München) und Roman Holec (Bratislava) ein. Herzberg verwies auf den Vorteil, den der Vergleich mit den Alpen für die Geschichtsschreibung der Karpaten bringe. Die Konferenz habe die ideengeschichtlichen Gemeinsamkeiten zwischen West- und Osteuropa hervortreten lassen, auch wenn sich die Sagbarkeiten, mit denen über Umgestaltung, Wandel und Risiken gesprochen wurde, miteinander stark unterschieden. Nicht alle Erschließungsbemühungen in den Karpaten müssen als sozialistischer Gestaltungswille begriffen werden, vielmehr unterlagen sie

ebenfalls den Logiken des „high modernism“. Nicht nur die regionalen und lokalen Tiefenbohrungen, der Verweis auf Kontinuitäten aus dem 19. Jahrhundert, sondern auch der Blick auf globale Zusammenhänge ermöglichen es, die Geschichte vom „einheitlichen Ostblock“ und der Wirkmächtigkeit des „Eisernen Vorhangs“ zu hinterfragen. Zu prüfen sei aber, ob der klassische Vergleich die geeignete Methode bilde, oder ob eine Erweiterung zur Verflechtungsgeschichte nicht instruktivere Erkenntnisse für die Erklärung der Moderne verspräche. Zudem problematisierte Herzberg den Begriff „Erschließung“, der ihrer Ansicht nach zu stark vom Menschen ausgehe. Ebenso sinnvoll sei es, das Wechselverhältnis zwischen Umwelt und Gesellschaft auch von der Natur aus zu denken und zu fragen, wie die Materialität der Gebirge auf die soziale und staatliche Ordnung zurückwirkte.

Holec ergänzte die Ausführungen, indem er noch einmal das Spannungsfeld Naturschutz-Naturnutzung auffächerte, wobei er die Rolle des Massentourismus hervorhob. Auch wandte er sich erneut dem Aspekt der nationalen und politischen Instrumentalisierung des Bergschutzes zu. Zwar kenne die Natur keine Grenzen, die politischen Grenzen hätten aber seit 1918 immer wieder zu handfesten Problemen in der transnationalen Zusammenarbeit geführt. Der immer noch bestehende Vorsprung der westlichen Historiografie zum Thema könne nur durch einen intensiven Erfahrungsaustausch aufgeholt werden. Die Tagungsteilnehmer stimmten den Betrachtungen und Plädoyers weitestgehend zu: Die Bedeutung eines Berggebietes für die nationale Identität dürfe durch einen transnationalen Blick nicht verstellt werden, zugleich eröffne ein Ansatz, der sich intensiver mit Verflechtungsprozessen auseinandersetzt, Chancen, die auch den Blick für nationale Eigenheiten schärfen können.

Die Tagung war in mehrerer Hinsicht ein gelungenes Experiment – das trifft sowohl auf die Formulierung des Themas als auch auf die Besetzung der Panels zu. Besonders hervorzuheben sind die Ausgewogenheit der Fallbeispiele und die Zusammenführung von Wissenschaftlern aus Ost und West, um gemeinsam nicht nur über Bergregionen zwischen Nutzungszielen und Schutzansprüchen zu diskutieren, sondern auch um Chancen und Grenzen eines Ost-West-Vergleiches auszuloten.

NEUE LITERATUR

Crowley, David/Reid, Susan E. (Hgg.): Pleasures in Socialism. Leisure and Luxury in the Eastern Bloc.

Northwestern University Press, Evanston 2010, 348 S., ISBN 978-0-8101-2690-9.

Das Leben im Ostblock war geprägt von politischer Unterdrückung und ökonomischem Mangel, die sozialistischen Diktaturen scheiterten schließlich maßgeblich an ihrer Unfähigkeit, für einen ausreichenden Lebensstandard zu sorgen – so lautet nach wie vor eine gängige These über den Staatssozialismus im östlichen Europa. Der vorliegende Sammelband schlägt die entgegengesetzte Richtung ein, indem er „Pleasures in Socialism“ in den Mittelpunkt stellt. Der Titel benennt ein doppeltes Dilemma, nämlich zwischen dem Glücksversprechen einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft und den widrigen Lebensrealitäten einerseits sowie zwischen offiziell verordneter und individuell empfundener Freude andererseits. Deshalb erscheint er den Herausgebern als besonders geeignet, um die alltägliche Erfahrung sozialistischer Herrschaft in anderen Facetten zu zeigen als durch die wohlbekannten Prismen von Mangel und Unterdrückung. Mit diesem Vorhaben sind sie bei weitem nicht die ersten, denn der sozial- und kulturhistorische Blick auf den sozialistischen Alltag hat in den letzten Jahren einen reichen und differenzierten Forschungsstand hervorgebracht. Daran hat das Herausgeberduo Crowley und Reid, das bereits mit zwei anderen Aufsatzsammlungen Maßstäbe auf dem Gebiet gesetzt hat, selbst keinen geringen Anteil.¹ Ihr dritter Streich vermag nicht ganz das gleiche Innovationspotential zu entfalten wie seine Vorgänger rund zehn Jahre zuvor. Dennoch ist ihnen auch dieses Mal ein spannender Band gelungen, der neue Einsichten vermittelt und Perspektiven eröffnet.

Wie lässt sich nun sozialistisches Vergnügen untersuchen? Die 13 Beiträge analysieren das flüchtige Phänomen anhand der Bereiche Luxus und Freizeit – zwei Felder gesellschaftlicher Interaktion, die sich vielfach überlappen und deutliche Spuren in der materiellen Kultur hinterlassen haben. Eine wichtige Inspirationsquelle in konzeptueller Hinsicht ist die Konsumgeschichte, für die Ina Merkel Pate steht. Ihr 2003 im deutschen Original erschienener Essay „Luxus im Sozialismus: Eine widersinnige Fragestellung?“ schließt in englischer Übersetzung direkt an die Einleitung an. Darin betont sie, dass es sich bei Luxus, ebenso wie bei den Gegenbegriffen Mangel und Bedürfnis, um einen relationalen Begriff handelt, den erst die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Inhalt füllt. Anhand der DDR-Preispolitik zeigt sie die Diskrepanzen zwischen Gleichheitspostulat und der von der Staatsführung bewusst in Kauf genommenen sozialen Differenzierung durch Konsum, die der For-

¹ Reid, Susan E./Crowley, David (Hgg.): *Style and Socialism. Modernity and Material Culture in Postwar Eastern Europe*. Oxford 2000. – Dies. (Hgg.): *Socialist Spaces. Sites of Everyday Life in the Eastern Bloc*. Oxford, New York 2002.

derung der Konsumenten nach mehr und besseren Produkten erst gesellschaftliche Legitimität verliehen habe. Die Frage nach der Legitimität unterschiedlicher Vorstellungen von einem erfüllten Leben bildet die Klammer um die thematisch, räumlich und zeitlich diversen Fallstudien. Vielen der Beiträge gelingt es so, unerwartete Konstellationen und Konfliktlinien herauszuarbeiten und damit zu interessanten Aussagen über die Akzeptanz und Ablehnung der gesellschaftlichen Ordnung zu kommen.

Die meisten Autoren untersuchen konkrete Konsumgüter. In einem fundierten Überblick deklinieren Jukka Gronow und Sergei Zhuravlev die sowjetische Geschichte anhand der Luxusprodukte Champagner, Mode und Autos durch. Mode als das Symbol für Überfluss schlechthin war den sozialistischen Idealen von Funktionalität und Bescheidenheit eigentlich diametral entgegengesetzt. Den daraus resultierenden Paradoxien der sowjetischen Modeindustrie widmen sich zwei weitere Aufsätze. Larissa Zakharova beschreibt den Drahtseilakt sowjetischer Modedesigner unter Chrusčev, ihre Pariser Vorbilder mit den politischen Anforderungen in Einklang zu bringen. Anna Tikhomirova rekonstruiert für die Brežnev-Ära minutiös, welche feinen Distinktionen das Tragen von Pelzen ausdrückte, je nach deren Herkunft, Verarbeitung, Farbe usw. Bemerkenswert ist, dass Tikhomirovas Interviewpartnerinnen den so sichtbar gemachten Hierarchien große Akzeptanz entgegenbrachten, anstatt sie als Verstoß gegen den gesellschaftlichen Konsens abzulehnen.

Einige Autoren arbeiten das Zusammenspiel von Konsum und Freizeit anschaulich heraus. Dies gilt für Mary Neuburgers Untersuchung zum „bulgarischen Gold“ Tabak, an dessen Konjunkturen im öffentlichen Diskurs sich auch der Wandel in der als legitim angesehenen Freizeitgestaltung ablesen lässt. Josie McLellan kann zeigen, wie das Verlangen nach erotischem Vergnügen in der Bevölkerung in Kombination mit den wirtschaftlichen Interessen des Regimes dazu führte, dass sich in der vermeintlich emanzipierten DDR-Gesellschaft eine Sparte von Erotik-Produkten ausbildete. Weniger überzeugen kann allerdings Narcis Tulbures Text zum Zusammenhang von Alkohol, Schattenwirtschaft und Freizeit im Rumänien der achtziger Jahre.

Die Frage nach den Geschlechterverhältnissen, die mehrere Autoren anreißen, macht Paulina Bren explizit. Ausgehend von zwei Symbolgestalten der tschechoslowakischen Populärkultur veranschaulicht sie, wie sich die öffentliche Darstellung der Frau durch die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ veränderte. Während die Straßenbahnfahrerin Marie aus „Dáma na kolejích“ (Die Frau auf den Schienen) das emanzipierte und dem Luxus zugewandte Frauenbild der sechziger Jahre verkörpere, sei Anna, die „Frau hinter dem Ladentisch“, das Symbol des Frauenbildes in der „Normalisierung“. Anna stehe für das Versprechen des Regimes auf ein Leben in Wohlstand ohne Hedonismus und Luxusforderungen, das zur Grundlage des gesellschaftlichen Konsenses nach 1968 wurde. Erfreulicherweise beschäftigt sich auch ein weiterer Beitrag mit dem Massenmedium Fernsehen, das erst seit kurzem in den Fokus der Forschung geraten ist. Kristin Roth-Ey stellt bei ihrer sehr lesenswerten Untersuchung sowjetischer Fernsehshows in der Phase der Entstalinisierung die Fernsehmacher in den Mittelpunkt. Trotz ihres Selbstverständnisses als liberale Alternative zur offiziellen Propaganda stimmten ihre Ziele letztlich mit denen des

Regimes überein: die Zuschauer durch „aktive Freizeit“ zu beeinflussen und zu erziehen.

Scott Moranda und György Péteri betrachten Formen der Freizeitgestaltung in der Natur und sprechen damit ebenfalls ein noch wenig bearbeitetes Thema an. Moranda wendet sich gegen die These, Naturtourismus sei eine unpolitische Nische im DDR-Alltag gewesen. Er argumentiert hingegen, dass sich Touristen, Gewerkschafter und Landschaftsplaner bei ihren Auseinandersetzungen über das Wesen von Campingurlaub – Komfort versus Genügsamkeit – auf widerstreitende Versprechen des Regimes beriefen, um ihren Anliegen Gewicht zu verleihen. Péteri gibt einen Einblick in eine vor der Mehrheitsbevölkerung stets wohlgehütete Enklave: Jagd als exklusive Freizeitbeschäftigung der ungarischen Nomenklatur nach 1956. Er verdeutlicht sowohl die Bedeutung dieses Hobbys für die Reproduktion der sozialen Netzwerke an der Staatsspitze als auch die diskursiven Strategien, um das elitäre Vergnügen als gesellschaftlich sinnvoll darzustellen: Die Nomenklatur-Jäger standen demnach im Dienste des Natur- und Tierschutzes.

Freizeit in einem urbanen, explizit sozialistischen Setting ist das Thema von Katherine Lebow: Angelehnt an die Arbeiten von Alexey Yurchak zeigt sie, wie die jugendlichen Arbeiter in der polnischen Planstadt Nowa Huta den Glauben an den Kommunismus mit widerständigen Freizeitpraktiken in Einklang bringen konnten. Ihr Text ist allerdings in beinahe identischer Form vor einigen Jahren schon einmal erschienen.²

Der Band bietet fast durchgängig theoretisch reflektierte und auf breiter Quellenbasis argumentierende Aufsätze. Er lässt sich als eine Art Bestandsaufnahme der aktuellen sozial- und kulturhistorischen Sozialismusforschung lesen, die darüber hinaus mit ihrem thematischen Zuschnitt Neuland betritt. Den Platz von Vergnügen, Freude und Genuss im Sozialismus zu hinterfragen, verweist auf viele noch zu wenig erforschte Bereiche des Alltagslebens. Dies gilt vor allem für Freizeit und Massenmedien, weniger jedoch für die bereits seit längerem fest etablierte Konsumgeschichte.

Um tatsächlich ein analytisches Werkzeug zu formen, bedarf es allerdings weiterer Systematisierung. Gerade beim Verhältnis der drei im Titel genannten Begriffe *pleasure* – *leisure* – *luxury* bleiben die Herausgeber in der Einleitung unentschlossen, während der Gebrauch in den Fallstudien beträchtlich variiert. Zu erschließen gäbe es auch noch weitere Quellengattungen, allen voran Bildquellen. Im Buch sind zwar Bilder abgedruckt, die jedoch ausschließlich zur Illustration dienen, ohne in die Analyse einbezogen zu werden. Die häufig angesprochenen Karikaturen (etwa aus der sowjetischen Satirezeitschrift „Krokodil“) sucht man vergeblich. Diese Punkte ändern aber nichts daran, dass es sich auch bei dem dritten gemeinsamen Band von Crowley und Reid um ein gehaltvolles und nicht zuletzt vergnüglich zu lesendes Buch handelt.

Basel

Bianca Hoenig

² Lebow, Katherine: *Socialist Leisure in Time and Space. Hooliganism and Bikiniarstwo* in Nowa Huta, 1949-1956. In: Brenner, Christiane/Heumos, Peter (Hgg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung*. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1945-1968. München 2005, 527-540 (BWT 27).

Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatsicherheit 1949 bis 1989.

Oldenbourg, München 2011, 322 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), ISBN 978-3-486-70589-8.

Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland stellten bis 1989 mit ihren zentralen politischen Forderungen die Existenz der DDR und die Politik der dort herrschenden Sozialistischen Einheitspartei (SED) grundsätzlich in Frage. Sie erkannten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze nicht an, lehnten einen Sonderstatus für West-Berlin ab, wehrten sich gegen die Annullierung des Münchner Abkommens und setzten sich für ein friedliches Rückkehrrecht in die alte Heimat ein. Die SED und ihr Staatssicherheitsdienst betrachteten die Vertriebenenverbände deshalb nicht nur als politische Gegner, sondern explizit als „Feinde“ und nahmen sie ins Visier. Wie sie das taten, ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung von Heike Amos.

Die Autorin hat in den vergangenen Jahren bereits zwei Bücher verfasst, die sich mit angrenzenden Themen befassten: 1999 legte sie eine Studie über Aktivitäten von SED, Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und anderen DDR-Institutionen gegen die Bundesrepublik vor („Die Westpolitik der SED 1948/49-1961“), 2009 schrieb sie über die Vertriebenenpolitik der SED in der DDR. Die langjährige Beschäftigung mit diesen Themen kommt ihrem neuen Buch zugute.

Im Zentrum ihrer Untersuchung stehen die geheimdienstlichen Aktivitäten des MfS gegen die bundesdeutschen Vertriebenenverbände. Amos hat hierfür in großem Umfang Stasi-Akten ausgewertet und breitet sie in ihrem Buch kompetent, souverän und verlässlich aus. Aber sie bleibt nicht fixiert allein auf die Stasi. Sie weist mehrfach und zu Recht darauf hin, dass das MfS auf Weisung der SED handelte. Deshalb ordnet sie die MfS-Aktivitäten in die Ziele der SED-Politik gegenüber der Bundesrepublik im Allgemeinen und den dortigen Vertriebenenverbänden im Besonderen ein und zieht auch die entsprechenden SED-Akten heran.

Amos charakterisiert in ihrem Buch das Vorgehen von SED und MfS als Doppelstrategie. Das MfS versuchte, den politischen Einfluss der Vertriebenenverbände zurückzudrängen und das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl der Flüchtlinge und Vertriebenen in beiden deutschen Staaten zu bekämpfen oder aber auszunutzen, während die SED-Propaganda die Parolen der Vertriebenenverbände instrumentalisierte, um die Bundesrepublik insgesamt als Hort des Revanchismus anzuprangern und die DDR international als vermeintlich friedliebende Alternative darzustellen.

Die Studie gliedert sich in drei große Kapitel, die den zeitgeschichtlichen Zäsuren folgen: Von der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 bis zum Mauerbau 1961, von 1961 bis zum Abschluss der Ostverträge 1970/73 und von dort bis zu Mauerfall und Wiedervereinigung 1989/90. Amos schildert die Entwicklung und den Wandel der Vertriebenenverbände sowie deren sich verändernde Stellung im politischen und gesellschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik, um vor diesem Hintergrund die Aktivitäten des MfS zu beschreiben. Außerdem bietet sie eingangs einen hilfreichen Einblick in Geschichte und Struktur des MfS und zeigt, welche MfS-Abteilungen sich mit den Vertriebenen befassten.

Bis zum Mauerbau zielten die MfS-Aktivitäten vor allem gegen die in West-Berlin ansässigen Vertriebenenverbände. Denn dorthin kamen jährlich Tausende von Vertriebenen, die nun in der DDR lebten, um sich mit ihren Landsleuten zu treffen oder an Großveranstaltungen wie dem „Tag der Heimat“ teilzunehmen. Damit umgingen sie das in der DDR herrschende Verbot landsmannschaftlicher Traditionspflege. Die Vertriebenenverbände wirkten insofern in die DDR hinein.

Der Mauerbau beendete diesen Zustand abrupt. Das MfS konzentrierte sich nun verstärkt auf den Bund der Vertriebenen (BdV) und die in der Bundesrepublik aktiven Landsmannschaften. Doch worin bestand die geheimdienstliche Bearbeitung der Vertriebenenverbände? Amos nennt drei Ebenen, die zum Teil ineinander griffen: Das MfS beschaffte auf verschiedenen Wegen detaillierte Informationen über die Vertriebenenverbände, deren Führungspersonal, die räumliche und organisatorische Infrastruktur, über politische Ziele und geplante Aktionen. Sodann bemühte sich das MfS, inoffizielle Mitarbeiter (IM) auf die Vertriebenen anzusetzen bzw. aus ihrem Kreis zu rekrutieren. Schließlich führte der Staatssicherheitsdienst „aktive Maßnahmen“ durch – teils als offene Kampagnen, teils verdeckt durch die gezielte Verbreitung von Gerüchten, Unsicherheit und Angst.

Die Informationen, die das MfS über die Vertriebenenverbände zusammentrug, erwiesen sich seit den sechziger Jahren als recht präzise. Insofern enthält das MfS-Archiv eine interessante Aktenüberlieferung zu deren Geschichte. Die Schlussfolgerungen, die das MfS zog, blieben jedoch ideologisch verengt. Spätestens nach Abschluss der Ostverträge erkannten SED und MfS den sinkenden Einfluss der organisierten Vertriebenen auf die bundesdeutsche Politik. In öffentlichen Kampagnen überhöhten SED und MfS bewusst deren Bedeutung und führten ihre Revanchismuspropaganda fort.

In dem Buch werden letztlich zu viele Beispiele und Zitate aus den MfS-Akten angeführt. Denn die Stasi-Offiziere benutzten die immer gleichen, schlichten Argumentationsmuster. Für die Leser wird dies mit der Zeit monoton. Die Autorin hätte sich hier mehr von den Akten lösen und die MfS-Denkweise zusammenfassend darstellen können.

Spannender sind die fundiert recherchierten und nüchtern erzählten Fallstudien über zwei wichtige inoffizielle Mitarbeiter, die das MfS in den Vertriebenenverbänden führte. Der Schlesier Lothar Roßdeutscher diente dem MfS von 1952 bis 1985 als IM „Kropf“. Mit seiner Hilfe führte das MfS in den sechziger Jahren verdeckte Maßnahmen (Briefaktionen, Verbreitung von Gerüchten bzw. unbequemen Wahrheiten) gegen die schlesische Landsmannschaft in West-Berlin durch, in deren Folge sich viele Mitglieder aus dem Verband zurückzogen. Die DDR-Bürgerin Erika Reißmann alias Ursula Richter arbeitete als Sekretärin von 1972 bis 1985 in der Bonner BdV-Zentrale, hatte Einblick in alle Interna und berichtete darüber umfassend als IM „Kern“. An diesen Beispielen wird deutlich, wie viel das MfS mit einem einzelnen geschickt platzierten Agenten erreichen konnte. Dagegen spielten IM an der Peripherie der Vertriebenenverbände eine nachrangige Rolle. Allerdings sieht Amos hinsichtlich des IM-Netztes noch Forschungsbedarf. Auf bloße IM-Enttarnungen legt sie jedoch keinen Wert.

Während die kleineren Landsmannschaften in der Studie kaum erwähnt werden, wird der „Bund der Mitteldeutschen“ in einem Exkurs thematisiert und die mitgliederstarke Sudetendeutsche Landsmannschaft in einem eigenen Abschnitt untersucht. Letztere geriet während des „Prager Frühlings“ verstärkt ins Visier des MfS, weil sich die DDR-Ideologen die Reformen in der ČSSR nur als eine vom Westen gesteuerte Entwicklung denken konnten. Amos schildert diese Zusammenhänge anschaulich. Sie porträtiert ferner die sudetendeutschen Vertriebenenpolitiker Wenzel Jaksch – ein alter Sozialdemokrat und ausgewiesener Gegner des Nationalsozialismus – und Walter Becher – ein antisemitischer Schreibtischtäter –, und sie zeigt auf, wie die DDR-Propaganda in den sechziger Jahren beide gleichermaßen bekämpfte. Der spezielle Charakter dieser Kampagnen – die geschickte Mischung aus Lügen und Wahrheiten – wird erkennbar, hätte aber eine tiefer gehende, auch grundsätzliche Reflexion verdient.

Welchen Einfluss hatte das MfS auf die Vertriebenen? Das Buch liefert die relevanten Fakten, um diese Frage zu beantworten, verzichtet aber darauf, selbst eine pointierte Antwort zu formulieren. Das MfS nahm punktuell spürbar Einfluss, etwa durch den IM „Kropf“. Doch entscheidender waren andere Faktoren, die Amos ebenfalls benennt: der Mauerbau, die zunehmende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik, die Ostpolitik oder die politische Selbstisolierung der Vertriebenenfunktionäre.

Insgesamt hat die Autorin hier eine informative und verlässliche Studie vorgelegt und bietet einen umfassenden Einblick in die für das Thema relevanten Stasi-Akten. Es bleibt zu hoffen, dass sich sprachkundige Historiker/innen bald daran machen, auch die in Warschau, Prag und Bratislava zugänglichen Geheimdienstakten auszuwerten. Denn die Forderungen der Vertriebenenverbände stellten auch die staatlichen und politischen Grundpositionen der kommunistischen Führungen in Polen und der Tschechoslowakei grundsätzlich in Frage. Und spätestens seit 1960, als der sudetendeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Alfred Frenzel als Agent des tschechoslowakischen Geheimdienstes enttarnt wurde, weiß man prinzipiell um die einschlägigen Aktivitäten aus dieser Richtung.

Berlin

Georg Herbstritt

Lotz, Christian: Die anspruchsvollen Karten. Polnische, ost- und westdeutsche Auslandsrepräsentationen und der Streit um die Oder-Neiße-Grenze (1946-1972).

Meine Verlag, Magdeburg 2011, 108 S., zahlr. Abb., ISBN 978-3-941305-27-4.

Wissenschaft kann Freude machen, und ihre Ergebnisse lassen sich in einer äußerlich und sprachlich ansprechenden Form darbieten. Das ist der positive erste – und bleibende – Eindruck, wenn man Christian Lotz' Publikation zur Hand nimmt. Der Verfasser argumentiert auf der Grundlage einer breiten Kenntnis von Sammlungen zeitgenössischer Landkarten und der dazu gehörigen Korrespondenz aus deutschen und polnischen Archiven. Darüber hinaus ist er auch mit der Fachliteratur unterschiedlicher Disziplinen bestens vertraut.

Nicht erst seit dem „spatial turn“ in den Geschichts- und Kulturwissenschaften wissen wir, dass Landkarten in den wenigsten Fällen objektive Abbildungen realer

Gegebenheiten in der Natur sind. Landkarten bilden vielmehr sehr häufig „mental maps“ ihrer Auftraggeber und Produzenten ab. Insofern können sie ebenso mit den Methoden der Diskursanalyse auf Stereotypen, Mythen oder Rechtfertigungsabsichten hin seziert werden wie verbale Äußerungen. Christian Lotz führt das Potenzial der Karten als historische Quellen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren auf beeindruckende Weise vor. Konkret ist seine Publikation eine Gegenüberstellung von „Auslandswerbekarten“, die für touristische Zwecke von entsprechenden Agenturen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen erstellt wurden. In unterschiedlichen Phasen des Kalten Krieges lassen sich voneinander stark abweichende und miteinander konkurrierende Herangehensweisen der drei Staaten in ihrer kartografischen Repräsentation festmachen: Die Bundesrepublik Deutschland markierte durch die Mitberücksichtigung der DDR und der einstigen deutschen Ostprovinzen östlich von Oder und Lausitzer Neiße lange Zeit ihr Festhalten an der Wiedervereinigung, unterstrich aber auch fortbestehende Gebietsansprüche gegenüber Polen, während die DDR entweder beide deutsche Staaten oder nur ihr eigenes Territorium mit seinen Sehenswürdigkeiten abbildete. Polen wiederum zeigte die bereits touristisch integrierten West- und Nordgebiete. Auf internationalen Fremdenverkehrsausstellungen spielte sich in der Regel ein spannungsreicher Konflikt zwischen der westdeutschen und der polnischen Vertretung ab. Christian Lotz stellt diese Spannungen in ihrer zeitlichen Entwicklung dar. Ab der ersten Hälfte der sechziger Jahre gelang es Polen, auch im westlichen Ausland Sensibilität für die Problematik der westdeutschen Karten mit ihrem Beharren auf den Grenzen von 1937 zu bewirken. Die Kartenproduzenten der Bundesrepublik mussten sich aber zugleich auch gegenüber wachsender Kritik aus dem eigenen Land rechtfertigen und sich gegenüber konkurrierenden Darstellungsformen aus der DDR behaupten. Während sich auf der zwischenstaatlichen Ebene zwischen Bundesrepublik und Polen der Streit um die kulturelle Prägung der ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze drehte, sah die westliche Staatengemeinschaft die Grenzverschiebung von 1945 schlichtweg als Akt der Entschädigung an, mit dem Polen für den deutschen Überfall auf das Land im September 1939 und die schweren Kriegsverluste rekompensiert worden sei. Die klassischen Konflikte um Toponyme (etwa die strittige Frage des Ortsnamengebrauchs für Hinterpommern, Schlesien und das südliche Ostpreußen) blieb daher weitgehend auf die bilaterale Ebene beschränkt. Auf die Einzeichnung von „Breslau“, „Stettin“ und „Danzig“ reagierten polnische Kartografen etwa mit der Anbringung von touristischen Signets an den Orten von NS-Kriegsverbrechen. Die DDR war häufig bemüht, politisch korrekte Bezeichnungen zu verwenden, auch wenn sie damit gelegentlich über die Interessen Polens hinausging, das gerade bei Landschaftsbezeichnungen auf Begriffe rekurrierte, die durchaus dem historischen deutschen Sprachgebrauch entsprachen. Langfristig erwies sich die Kartenproduktion der Bundesrepublik als überaus flexibel: In der Fremdenverkehrswerbung im Ausland wurde ab dem Ende der sechziger Jahre aus diplomatischer Rücksichtnahme von der Einzeichnung der Grenzen von 1937 abgesehen, während die Reichsgrenzen in Karten für den Gebrauch im Innern, sei es auf Schulgeschichtskarten oder auf offiziellen Darstellungen, noch lange Be-

stand hatten – einschließlich der Angaben „unter polnischer“ bzw. „unter sowjetischer Verwaltung“.

Christian Lotz zeigt in seiner Publikation, dass Geschichte nicht nur eine wichtige analytische, sondern auch eine erzählerische Dimension besitzt. Er nimmt den Leser atmosphärisch mit auf internationale Ausstellungen, von der Brüsseler Weltausstellung 1958 bis hin zu diversen Fremdenverkehrsmessen, und lässt ihn die gespannte Situation auf dem damals politisch-ideologisch geteilten Kontinent spüren. Zugleich arbeitet er sich methodisch präzise an dem von ihm ausgewählten Kartenmaterial ab. Damit macht er eine – künftig auch für andere Bereiche noch ausbaufähige – Schnittmenge von Politik-, Diplomatie- und Kulturgeschichte im wahrsten Sinne des Wortes „sichtbar“. Lotz' Publikation besitzt auch einen hohen didaktischen Wert: Die hervorragenden Reproduktionen, auch von bestimmten Kartenausschnitten, lassen sich auch im Geschichts- oder Erdkundeunterricht zur Veranschaulichung kartografischer Veranschaulichungsformen und Gegensätze einsetzen.

Kleinere Kritikpunkte betreffen zum einen die von Lotz genannte Zahl von 12 Millionen Vertriebenen ab 1945 aus den unter sowjetische bzw. polnische Verwaltung gestellten ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches (S. 13); diese Angabe ist zu hoch gegriffen – sie ist sogar höher als die Zahl aller vertriebenen Deutschen insgesamt. Zum zweiten wäre bei dem erwähnten Geografen Emil Meynen (1902-1994) (S. 15) ein kurzer biografischer Hinweis hilfreich gewesen; schließlich handelte es sich bei ihm vor 1945 um einen der führenden geografischen Experten des NS-Regimes, der deshalb 1946/1947 sogar eine Haftstrafe bei den Alliierten verbüßte, aus der er im beginnenden Kalten Krieg nur aufgrund seiner profunden Osteuropa-Kenntnisse vorzeitig entlassen wurde. Am Beispiel Meynens hätten die Kontinuitäten von den deutschen Revisionskarten nach 1919 zu den von den Vertriebenenverbänden und dem Gesamtdeutschen Ministerium nach 1949 zu verantwortenden Karten noch stärker konturiert werden können. Diese kleinen Einwände vermögen aber den ausgezeichneten Gesamteindruck der Veröffentlichung nicht zu trüben, deren informative und zugleich kurzweilige Lektüre ausdrücklich empfohlen wird.

Oldenburg

Tobias Weger

Vilímek, Tomáš: Solidarita napříč hranicemi. Opozice v ČSSR a NDR po roce 1968 [Grenzüberschreitende Solidarität. Opposition in der ČSSR und der DDR nach 1968]. Vyšehrad, Praha 2010, 383 S., zahlreiche s/w-Abb., ISBN 978-80-7429-030-5.

Die Sicherheitsdienste im östlichen Bündnis trieb in den siebziger und achtziger Jahren eine besondere Sorge um: dass Regimekritiker ihren Unmut über die realsozialistische Herrschaftspraxis nicht nur in ihrem eigenen Land äußern, sondern mit Gleichgesinnten in anderen Staaten kooperieren könnten. Diese grenzüberschreitende Solidarität – im Jargon der politischen Polizei die „Internationalisierung des inneren Feindes“ – ist das zentrale Thema von Tomáš Vilímeks informativer Studie, in der am Beispiel der tschechoslowakischen und der ostdeutschen Opposition verglei-

chend und beziehungsgeschichtlich analysiert wird, wie sich in den siebziger und achtziger Jahren Regimekritik und -gegnerschaft entwickelt und verbunden haben.

Vilímek bietet der tschechischen Leserschaft zunächst einen Überblick über die Opposition in der SBZ/DDR von 1945 bis 1989. Darauf folgen drei vergleichende Kapitel über die Typologie regimekritischen und -feindlichen Verhaltens in der DDR und der Tschechoslowakei, die Verbindung von Opposition und Gesellschaft in beiden Staaten und die Frage, wie dort aus Bürgern Oppositionelle wurden. In weiteren drei Kapiteln beschäftigt sich Vilímek mit beziehungsgeschichtlichen Aspekten seines Themas: der gegenseitigen Wahrnehmung der Oppositionsbewegungen, der Zusammenarbeit von führenden Regimekritikern und der Kooperation der Staatssicherheitsdienste im Kampf gegen grenzüberschreitende Aktivitäten. Das Buch beruht auf Quellenstudien in deutschen und tschechischen Archiven (vor allem Material der Staatssicherheitsdienste), zeitgenössischer oppositioneller Literatur und zahlreichen Zeitzeugengesprächen.

Als ein Ergebnis der Studie ist zunächst festzuhalten, dass die gegenseitige Beeinflussung und die Kontakte der Oppositionsbewegungen der ČSSR und der DDR nicht besonders intensiv waren. Dabei entwickelte die deutsche Seite mehr Interesse an der Tschechoslowakei als umgekehrt: Der „Prager Frühling“ und seine Niederschlagung 1968 stießen auf ein breites Interesse, die Aktivitäten der Charta 77 verfolgten immerhin die ostdeutschen Oppositionellen aufmerksam. Demgegenüber zeigten bis in die achtziger Jahre hinein selbst viele tschechoslowakische Regimekritiker wenig Interesse am Geschehen in der DDR. Wenn also von grenzüberschreitender Solidarität die Rede ist, so beschränkte sich diese auf einen relativ kleinen Kreis von Personen.

Dies ist angesichts der Überlegungen von Vilímek zur Frage der Verbindung von Opposition und Gesellschaft in beiden Staaten nicht weiter verwunderlich. Letztlich war Opposition gegen das Regime bis zum Ende der achtziger Jahre kein Massenphänomen, sondern eine Ausnahmeerscheinung.

Umso mehr stellt sich die Frage, was aus einzelnen Personen Oppositionelle machte. Schließlich, so Vilímek, werde kein Mensch als Regimekritiker geboren. Hier nennt der Autor eine Reihe von Gründen, die in beiden Staaten eine besonders wichtige Rolle spielten: das familiäre Umfeld, die Gruppendynamik in Freundeskreisen und ein Aktions-Reaktions-Schema, das in Gang gesetzt wurde, da das Regime selbst harmlose Kritik als staatsgefährdend wahrnahm und unverhältnismäßig hart reagierte. Dadurch radikalisierten die Herrschenden viele Menschen und schufen sich erst engagierte Gegner. Es wird auch deutlich, wie stark ostdeutsche Oppositionelle vom tschechoslowakischen Reformprozess Ende der sechziger Jahre geprägt waren. Gemeinsam war den untersuchten Gruppen die Anwendung legaler und gewaltfreier Mittel, weshalb sich Vilímek in seinen Erörterungen über die Typologie auch für den Begriff „Opposition“ entscheidet.

Markante Unterschiede bei der Herausbildung einer oppositionellen Haltung sieht Vilímek in politischen und historischen Faktoren. Dass die Bundesrepublik als Referenzgesellschaft DDR-Bürger stark prägte und über Radio und Fernsehen mehr alternative Informationsquellen bot, als in der Tschechoslowakei zur Verfügung standen, ist offensichtlich. Ebenso betont Vilímek die Bedeutung der evangelischen

Kirche als fruchtbaren Boden und zugleich Schutzraum für oppositionelle Aktivitäten. In der ČSSR spielte die Kirche dagegen, nicht zuletzt aufgrund des kompromisslosen staatlichen Zugriffs, eine weitaus geringere Rolle.

Wie stark aber gerade die NS-Vergangenheit Unterschiede zwischen ostdeutschen und tschechoslowakischen Oppositionellen begründete, ist beachtlich. Vilímek zufolge spielte es für viele deutsche Dissidenten eine große Rolle, nicht als jemand zu gelten, der die Lehren aus der Vergangenheit und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges infrage stellt – was eine Art „Mechanismus der Selbstzensur“ (S.302) zur Folge haben konnte. Dies könnte auch einer der Gründe dafür gewesen sein, dass viele ostdeutsche Oppositionelle lange an der Vorstellung von einer Reformierbarkeit des Sozialismus festhielten, während viele ihrer tschechoslowakischen Gegenüber nach 1968 jede Hoffnung darauf verloren hatten.

Den zahlenmäßig geringen Kontakten zum Trotz setzten sich doch seit den siebziger Jahren DDR-Intellektuelle mit der Charta 77 auseinander und nahmen tschechoslowakische Dissidenten Personen wie Rudolf Bahro und Robert Havemann durchaus zur Kenntnis. Aber erst in den achtziger Jahren wurden die Beziehungen enger. Ein prägnantes Beispiel dafür ist die „Gemeinsame Erklärung unabhängiger Friedensgruppen“ aus der DDR und der Tschechoslowakei vom November 1984, ein weiteres der Austausch über den „Prager Appell“ des Jahres 1985, in dem Vertreter der Charta 77 sowohl eine europäische Perspektive zur Überwindung der Blockkonfrontation entwickelten als auch die Überwindung der deutschen Teilung als wünschenswert bezeichneten – wobei letzteres viele ostdeutsche Partner zurückhaltend aufnahmen.

Im selben Jahr intensivierten sich die Kontakte zwischen Oppositionellen beider Staaten deutlich und mündeten auch in persönliche Treffen. Manche weitere geplante Zusammenkünfte konnten die Staatssicherheitsapparate, die über ihre Agenten gut über die Aktivitäten der Opposition informiert waren, aber verhindern. Eine wirklich grenzüberschreitende Solidarität ist erst für die Zeit ab 1987 festzustellen, als diverse Akte der Unterstützung für verfolgte Gleichgesinnte im jeweiligen Nachbarland organisiert wurden. Insofern waren die anfangs geschilderten Sorgen der Staatssicherheitsdienste vor der „Internationalisierung des inneren Feindes“ berechtigt. Kurz vor dem Zusammenbruch der Regime interessierten sich denn auch die tschechoslowakischen Bürgerrechtler nicht zuletzt aufgrund der Massenflucht aus der DDR verstärkt für das Geschehen im Nachbarland.

Vilímek hat die erste Studie geliefert, die sich systematisch den grenzüberschreitenden Beziehungs- und Transferprozessen zwischen der tschechoslowakischen und der ostdeutschen Opposition widmet. Ihre besondere Stärke ist die gelungene Kombination aus Vergleich und Beziehungsanalyse. Auf der einen Seite fördert die Vergleichsebene zahlreiche neue Erkenntnisse zur Entwicklung von Regimekritik und -gegnerschaft verschiedener Gruppen und Personen in beiden Staaten zutage, auf der anderen Seite werden Wahrnehmung, Austausch und Kooperation aufgrund der Selbstbeschreibung der Akteure und der Fremdzuschreibung der Staatssicherheitsdienste detailliert dargestellt. Wenn auch die grenzüberschreitende Solidarität vielleicht nicht so umfangreich war, wie aufgrund des Buchtitels vermutet werden könnte, bieten doch die analysierten Beispiele mannigfaltige Hinweise auf eine gera-

de in den achtziger Jahren einsetzende engere Verbindung der Oppositionsbewegungen beider Staaten und damit zugleich auf die Erosion der staatssozialistischen Herrschaft.

München

Volker Zimmermann

Mervart, Jan: Naděje a iluze. Čeští a slovenští spisovatelé v reformním hnutí šedesátých let [Hoffnung und Illusion. Tschechische und slowakische Schriftsteller in der Reformbewegung der sechziger Jahre].

Host, Brno 2010, 376 S., ISBN 978-80-7294-402-6.

Die Zeitgeschichtsforschung in der Tschechischen Republik ist in den vergangenen Jahren kräftig in Bewegung geraten. Eine jüngere Generation von Forscherinnen und Forschern sucht nach neuen Interpretationsansätzen jenseits des Totalitarismusparadigmas, das den öffentlichen Diskurs nach wie vor bestimmt. Die nun in Buchform vorliegende Dissertation des an der Universität Hradec Králové lehrenden Historikers Jan Mervart ist ein weiteres Zeugnis für den Wandel der tschechischen Zeitgeschichtsforschung. Mervart widmet sich einem höchst reizvollen Thema – den tschechischen und slowakischen Schriftstellern und ihrer Rolle im Reformprozess der sechziger Jahre. Neben den Wirtschaftswissenschaftlern und Filmkünstlern gehörten die Schriftsteller zu den prominentesten Trägern der Reformbewegung. Gleich zu Beginn macht Mervart deutlich, dass er entgegen der zeitgenössischen Selbstwahrnehmung der Schriftsteller und auch deren Einschätzung durch die Parteifunktionäre diese nicht als grundlegende Opposition versteht, sondern als Kritiker der „gesellschaftlichen Praxis“, die an der „gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung“ nicht zweifelten und der Sprache des offiziellen Diskurses mehr oder weniger verhaftet blieben (S. 12-16).

Mervart geht es, anders als man aufgrund des eher allgemein formulierten Untertitels des Buches erwarten könnte, nicht um eine umfassende Untersuchung der Schriftsteller als Akteure des gesellschaftlichen und kulturellen Reformprozesses einschließlich ihrer literarischen und publizistischen Beiträge zum Reformdiskurs. Vielmehr beschränkt er sich auf einen – zweifelsohne wichtigen – Ausschnitt: auf die wechselvollen Beziehungen zwischen den Schriftstellern als Mitglieder und Funktionäre des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes (Svaz československých spisovatelů, SČSS) und den kulturpolitischen Funktionären der Kommunistischen Partei (KSČ) zwischen dem Jahr 1963 und dem August 1968. Diese thematische Einschränkung spiegelt sich auch im verwendeten Quellenkorpus wider, das hauptsächlich aus den Sitzungsprotokollen der diversen Organe des Schriftstellerverbandes und aus Parteiakten besteht. Quellen anderer Institutionen (z.B. aus dem Verlagswesen), die zeitgenössische Publizistik und Selbstzeugnisse der Akteure werden nur vereinzelt herangezogen.

Seine chronologisch angelegte Studie lässt Mervart mit dem Jahr 1963 beginnen, das zu Recht als eine der wichtigsten Zäsuren des Reformprozesses in der ČSSR gelten kann. Für Mervart stellen die Jahre 1963 und 1964 sogar die „Zeit der größten Entspannung“ (S. 342) in der tschechoslowakischen Kultur der sechziger Jahre dar,

weshalb er ihnen zwei Kapitel seiner Untersuchung widmet. Die Initiative zu einer kulturellen und politischen Öffnung ging, so Mervart, zunächst von den slowakischen Schriftstellern und Journalisten aus. Wichtig waren in diesem Zusammenhang z.B. die Auftritte Ladislav Mňačkos auf der Konferenz des slowakischen Teilverbandes (*Zväz slovenských spisovateľov, ZSS*) im April 1963 und dem Dritten gesamtstaatlichen Kongress des *SČSS* einen Monat darauf, wo er (selbst-)kritisch auf die fünfziger Jahre zurückblickte und mehr künstlerische Freiheit forderte. Besondere Symbolkraft entfaltete auch die Wiederaufnahme Laco Novomeskýs in den Schriftstellerverband. Novomeský, der in der Zwischenkriegszeit ein prominenter Vertreter der slowakischen Avantgarde-Gruppe *DAV* gewesen war, wurde in den fünfziger Jahren wegen „bourgeois Nationalismus“ zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt und erst 1963 endgültig rehabilitiert. Eine Fortsetzung fand die kritische Auseinandersetzung slowakischer Schriftsteller mit der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit vor allem in der in Bratislava vom slowakischen Schriftstellerverband herausgegebenen Zeitschrift „*Kultúrny život*“ (Kulturelles Leben). Im Lauf des Jahres 1963 nahm auch die kritische Berichterstattung im tschechischen Pendant, den „*Literární noviny*“ (Literaturzeitung), zu. Ein Grund, warum die tschechische Seite jedoch zunächst zurückhaltender agierte, hing mit der unmittelbaren, von Mervart nur vage angedeuteten Vorgeschichte des Reformprozesses in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zusammen. Ende der fünfziger Jahre waren die kulturpolitischen Funktionäre der *KSC* nicht zuletzt wegen Josef Škvoreckýs Roman „*Zbabělci*“ (Die Feiglinge) energisch gegen kritische Stimmen im tschechischen Schriftstellerverband eingeschritten, hatten zwei Verbandszeitschriften verboten und mehrere entscheidende Personalwechsel an der Spitze der übrigen Zeitschriften vorgenommen.

Auch in den sechziger Jahren bildete vor allem die publizistische und literarische Produktion der Verbandszeitschriften den Anstoß für zahlreiche Konflikte zwischen Teilen der im Verband organisierten Schriftstellerschaft und den kulturpolitischen Funktionären der *KSC*, die Gegenstand des dritten und vierten Kapitels sind. Die Kulturpolitiker des *ZK* der *KSC* führten 1963/64 eine offensive Kampagne gegen die vom Verband herausgegebenen Kulturzeitschriften, ohne jedoch zum Mittel des offenen Verbots zu greifen, das noch wenige Jahre zuvor die zu erwartende Reaktion gewesen wäre. Der Konflikt spitzte sich um die 1964 gegründete Verbandszeitschrift „*Tvář*“ (Das Gesicht) zu, die sich explizit vom Marxismus distanzierte. In der Auseinandersetzung um die Ausrichtung der von einer jüngeren Generation von Schriftstellern getragenen Zeitschrift traten die Konfliktlinien zwischen reformorientierten und konservativen Kommunisten innerhalb des Schriftstellerverbandes immer deutlicher zutage. Auch die Differenzen zwischen den tschechischen und slowakischen Verbandsmitgliedern nahmen zu. Selbst reformorientierte Mitglieder wie Ladislav Mňačko nahmen eine ablehnende Haltung gegenüber „*Tvář*“ ein; einer der wenigen slowakischen Schriftsteller, die sich für eine Aufrechterhaltung des Zeitschriftenprojektes aussprachen, war der überzeugte und rehabilitierte Kommunist Laco Novomeský. In der Auseinandersetzung um die Zeitschrift „*Tvář*“ zeichnete sich bereits ab, so Mervart, dass die slowakischen Schriftsteller gegenüber der Partei eine konformere Strategie als ihre tschechischen Kollegen pflegten, dadurch aber auch

zum Teil unbequeme Redakteure etwa in der Redaktion von „Kultúrny život“ durchsetzen bzw. halten konnten. Es ist Mervarts Stärke, dass er immer wieder auf diese Paradoxien innerhalb des slowakischen Teilverbandes sowie in den Beziehungen zwischen den tschechischen und slowakischen Schriftstellern verweist; eine Ursachenanalyse bleibt er jedoch schuldig.

Nachdem die Zeitschrift „Tvář“ 1965 auf Druck der Partei durch den Schriftstellerverband „freiwillig“ eingestellt und an ihrer Stelle die etwas weniger kontroversen „Sešity pro mladou literaturu“ (Hefte für junge Literatur) gegründet worden waren, entwickelte sich die Wochenzeitung „Literární noviny“ unter dem Chefredakteur Milan Jungmann zur kritischsten Stimme des kulturellen und politischen Zeitgeschehens in der Tschechoslowakei. Wenngleich die KSČ-Funktionäre diese Entwicklung argwöhnisch betrachteten, zunehmend Druck auf den Schriftstellerverband ausübten und ihm einige Kompromisse in der personellen Zusammensetzung abverlangten, waren sie nicht in der Lage, das reformerische Profil der Zeitung zu ändern. Diese Machterosion einerseits, der Wille zu gesellschaftlichen Änderungen andererseits wurden schließlich auf dem Vierten Kongress des Schriftstellerverbandes vom Juni 1967 in aller Deutlichkeit sichtbar, als es zu einer offenen Konfrontation zwischen den Parteifunktionären und reformkommunistisch orientierten Schriftstellern wie Ivan Klíma, Pavel Kohout, Milan Kundera und Ludvík Vaculík kam. Mervart zeichnet hier ähnlich minutiös wie bereits vor ihm der Historiker Karel Kaplan den Ablauf des Kongresses nach. Aufgrund seines weiteren Blickwinkels betont er jedoch, dass der Schriftstellerkongress nicht als singuläres Ereignis im Vorfeld des „Prager Frühlings“ zu betrachten sei, sondern als Ergebnis der Ende der fünfziger Jahre einsetzenden kulturellen Liberalisierung (S. 217). Für den tschechischen Teilverband bedeuteten der Kongress und die im Anschluss an ihn verhängten restriktiven Maßnahmen gegen einige seiner Mitglieder die endgültige Aufkündigung der „wechselseitigen Symbiose“ mit der Führung der KSČ. Im slowakischen Teilverband setzten sich hingegen die Schriftsteller durch, so Mervart, die für eine „aktive Zusammenarbeit“ mit der Partei plädierten (S. 258).

Diese gegensätzliche Haltung der tschechischen und slowakischen Verbandsmitglieder wurde nach dem Kongress, der auch jenseits der Blockgrenzen mediale Aufmerksamkeit erregte, vor allem im Konflikt um den slowakischen Schriftsteller Ladislav Mňačko offensichtlich: Mňačko, der 1967 mit seinem Romanmanuskript „Ako chutí moc“ (Wie die Macht schmeckt), das in Buchform zunächst nur auf Englisch und Deutsch erschien,¹ für Unruhe in der KSČ-Führung sorgte, emigrierte im selben Jahr über Österreich nach Israel. Von dort aus kritisierte er die Politik der ČSSR gegenüber dem israelischen Staat vehement. Er deutete diese als ein Zeichen der „moralischen Krise“ der Tschechoslowakei, die ihren Anfang im Slánský-Prozess genommen habe (S. 235). Während sich die tschechischen Führungsglieder des SČSS gegen eine öffentliche Verurteilung und einen Ausschluss Mňačkos

¹ Mňačko, Ladislav: *Wie die Macht schmeckt*. Wien 1967; *ders.*: *The Taste of Power*. London 1967. Nach Mňačkos Rückkehr in die Tschechoslowakei zu Beginn des „Prager Frühlings“ erschienen auch das slowakische Original und die tschechische Übersetzung in den beiden Verlagen des Schriftstellerverbandes: „Slovenský spisovateľ“ (Bratislava 1968) und „Československý spisovateľ“ (Praha 1968).

aus dem Schriftstellerverband aussprachen, schloss der slowakische Teilverband im Sinne der Parteilinie und entgegen der internen Meinungsverschiedenheit Mňačko im September 1967 aus seinen Reihen aus.

Abschließend setzt sich Mervart mit den Beziehungen zwischen dem Schriftstellerverband und der KSČ während des „Prager Frühlings“ auseinander. Nach dem Machtantritt des neuen Parteichefs Alexander Dubček war der Schriftstellerverband um eine Annäherung an den KSČ-Apparat bemüht. Unter der Führung Eduard Goldstückers, der der erste Botschafter der Tschechoslowakei in Israel gewesen und im Zuge des Slánský-Prozesses zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, konnte der Verband seine in Folge des Schriftstellerkongresses eingestellte Wochenzeitung nun unter dem Titel „Literární listy“ (Literarische Blätter) wieder herausgeben. Diese entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte 1968 zu einem der wichtigsten Medien der Reformkommunisten und veröffentlichte Ende Juni 1968 das von Ludvík Vaculík und anderen verfasste Manifest „Dva tisíce slov“ (Zweitausend Wörter), das nicht nur zur Demokratisierung des Sozialismus „von oben“, sondern auch „von unten“ aufrief. Diese Forderungen gingen den führenden KSČ-Funktionären ebenso wie dem Verbandschef Goldstücker und dem intern zerstrittenen slowakischen Teilverband des SČSS entschieden zu weit.

Mervart bricht seine Studie im Sommer 1968 ab. Dies mag aus einer ereignisgeschichtlichen Perspektive nachvollziehbar sein, im Hinblick auf die Akteure der Studie ist es das nicht. Einige tschechische Verbandsmitglieder trieben ihre Reformbemühungen paradoxerweise gerade erst in den Monaten nach der militärischen Intervention vom August 1968 zur vollen Blüte, was möglich war, da die Herrschaft noch nicht wieder konsolidiert war und die Zensur vorübergehend schlecht funktionierte. So konnte unter anderem ab November 1968 die nichtmarxistische Verbandszeitschrift „Tvář“ unter ihrem Redaktionsvorsitzenden Václav Havel für wenige Monate erneut erscheinen. Die freilich zunehmend beschränkten und schließlich im Sande verlaufenden Aushandlungsprozesse zwischen dem Schriftstellerverband und den kulturpolitischen Funktionsträgern hätten so einen wichtigen Einblick in die Übergangsphase von der kulturellen Liberalisierung zur „Normalisierung“ der Kulturpolitik bieten können.

Insgesamt zeichnet Mervart ein dichtes Bild von den Beziehungen zwischen den Akteuren des Schriftstellerverbandes und den kulturpolitischen Funktionären der KSČ. Er zeigt, dass der Reformprozess nicht geradlinig auf den „Prager Frühling“ von 1968 zulief, worauf bereits einige Forscherinnen und Forscher vor ihm hingewiesen haben. Besonders deutlich arbeitet Mervart dies jedoch am Beispiel der unterschiedlichen Strategien und Haltungen tschechischer und slowakischer Schriftsteller heraus, die auch von einer markanten Ungleichzeitigkeit bestimmt waren: Hatte sich der slowakische Teilverband insbesondere Anfang und Mitte der sechziger Jahre für eine Öffnung des Kulturbetriebs engagiert, so wurden die tschechischen Schriftsteller erst danach zur treibenden Kraft und stießen dann bei der Mehrheit ihrer slowakischen Verbandskollegen mit ihren Forderungen nach Liberalisierung zunehmend auf Unverständnis.

Die Darstellung hätte eine stärkere Überzeugungskraft gewinnen können, hätte Mervart den zeitlichen Rahmen seiner Untersuchung vergrößert und sich mehr auf

die Inhalte der Reformbemühungen als auf eine ereignisgeschichtlich orientierte Darstellung konzentriert. Zu oft verfällt er in eine detailverliebte Rekonstruktion des Ablaufs von Sitzungen und Kongressen (siehe etwa die Darstellung des Vierten Schriftstellerkongresses) und dadurch mitunter auch in die Sprache der Protokolle. Eine explizite Auseinandersetzung mit der bisherigen, vor allem von Literaturwissenschaftlerinnen und Literaturwissenschaftlern zum Thema geleisteten Forschung findet kaum statt, teilweise bleiben wichtige Werke sogar unerwähnt.² Die häufige Aneinanderreihung von Namen erschwert es der Leserschaft zudem, den Überblick über die Akteure des Schriftstellerverbandes und der Partei zu behalten. Bedauerlicherweise verzichtet Mervart auf eine stärkere biografische Verortung seiner Akteure. Die Schriftsteller gehörten nicht nur verschiedenen Generationen an, sondern machten auch innerhalb ihrer jeweiligen Generation völlig unterschiedliche Erfahrungen. So waren einige Akteure des Verbandes jüdischer Herkunft und Überlebende des Holocaust oder hatten – wie im Fall Ladislav Mňačkos – jüdische Familienmitglieder. Um zu verstehen, warum gerade die Kritik der Schriftsteller an der Israel-Politik der ČSSR eine zentrale Rolle in ihren Bemühungen um Reformen spielte, hätte diese Tatsache nicht nur einer Erwähnung, sondern auch einer tiefergehenden Betrachtung bedurft.

Jan Mervarts Buch setzt in der Debatte der neueren tschechischen Zeitgeschichte über die Funktionsweise der sozialistischen Gesellschaft in methodisch-theoretischer wie empirischer Hinsicht leider keine neuen Akzente, mit einer nicht zu unterschätzenden Ausnahme: Er schreibt eine „tschechoslowakische“ Geschichte des Reformprozesses der sechziger Jahre, in der tschechische und slowakische Akteure gleichermaßen zu Wort kommen. Dies mag auf dem ersten Blick banal klingen. Schaut man sich jedoch die zeithistorische Forschung zur Tschechoslowakei nach 1945 näher an, fällt auf, wie tief die Trennung des Landes 1993 auch in den Köpfen von Historikerinnen und Historikern verankert ist. Mervart gelingt es durch seine integrierte Perspektive, das gängige Interpretationsmuster, demzufolge die tschechischen Intellektuellen in den sechziger Jahren um umfassende gesellschaftliche Reformen bemüht waren und die slowakischen Intellektuellen mehr oder weniger „nur“ auf eine Föderalisierung des Landes bedacht waren, in Frage zu stellen.³ Es

² Dies betrifft vor allem die nachfolgenden Studien zur Vor- und Nachgeschichte des Schriftstellerverbandes sowie eine kommentierte Quellenedition der Zeitschrift „Tvář“. Vgl. Bauer, Michal: *Ideologie a paměť: literatura a instituce na přelomu 40. a 50. let 20. století* [Ideologie und Gedächtnis: Literatur und Institutionen an der Wende der 40er und 50er Jahre des 20. Jahrhunderts]. Jinočany 2003. – Bláhová, Kateřina: *Až příliš prozaická skutečnost. Literární život v Čechách mezi lety 1969 a 1989* [Eine allzu prosaische Realität. Das literarische Leben in Böhmen zwischen 1969 und 1989]. In: *Kuděj* 5 (2003) H. 2, 68-82, und 6 (2004) H. 1, 47-60. – Špirit, Michael (Hg.): *Tvář. Výbor z časopisu* [Tvář. Auszüge aus der Zeitschrift]. Praha 1995, insb. 671-735.

³ Für eine Neuinterpretation der tschechoslowakischen sechziger Jahre plädierte bereits Scott Brown, auf den sich auch Mervart bezieht. *Brown, Scott: Socialism with a Slovak Face: Federalization, Democratization and the Prague Spring*. In: *East European Politics and Societies* 22 (2008) No. 3, 476-496. – Siehe auch *Krapfl, James: Revolúcia s ľudskou tvárou: politika, kultúra a spoločnosť v Československu po 17. novembri 1989* [Revolution mit menschlichem Antlitz: Politik, Kultur und Gesellschaft in der Tschechoslowakei nach dem 17. November 1989]. Bratislava 2009.

bleibt zu hoffen, dass Forscherinnen und Forscher künftig Mervarts Beispiel aufgreifen und neue Interpretationsansätze der tschechisch-slowakischen Beziehungen (nicht nur) für die sechziger Jahre vorlegen.

Prag/Regensburg

Ines Koeltzsch

Hiekel, Jörn Peter (Hg.): Die Kunst des Überwinterns. Musik und Literatur um 1968.

Böhlau, Köln, Weimar, Wien 2011, 142 S., ISBN 978-3-412-20650-5.

Mit dem kleinen Band zur Musik und Literatur um 1968 wird, ausgehend vom Prager Frühling und dessen Relevanz für die Künste, eine dreifache Intention verfolgt. Ausgelotet werden soll, so der Herausgeber, der Dresdner Musikwissenschaftler Jörn Peter Hiekel, die Möglichkeit des „Überwinterns“ mit und durch eine sich ihre Autonomie zu bewahren versuchende Kunst. Zum zweiten erfasst der Band eine Reihe persönlich gehaltener Erinnerungen von Künstlern an 1968. Und schließlich soll nach den widerständigen Potentialen von Kunst und damit den Möglichkeiten einer Ästhetik des Widerständigen gefragt werden.

Der Schwerpunkt des Bandes liegt dabei auf Analysen der Situation in der Tschechoslowakei und der DDR (mit Ausnahme eines Beitrags zur Musikentwicklung in Ungarn), wobei 1968 als ein „Assoziationsraum gesellschaftlicher Zuschreibungen und auktorialer Selbstdeutung“ verstanden wird – so der Herausgeber in seinem Beitrag „Warum sich jetzt mit ‚1968‘ befassen?“ (S. 9-21, S. 9). Dass dieser Assoziationsraum Relevanz für die Künste besitzt, wird insbesondere in dem umfassenden Beitrag von Walter Schmitz deutlich, der sich mit der Wirkung des Prager Frühlings und dessen militärischer Niederschlagung auf die DDR-Literatur und Kultur befasst (1968 in der DDR. Wahrnehmungsspuren in einem „ruhigen Land“, S. 23-67). Dass im Umfeld der politischen Ereignisse den Künsten insgesamt eine Dimension von Widerständigkeit zugesprochen werden muss, betonen selbstverständlich die mit Erinnerungsbeiträgen beteiligten Komponisten. Widerständigkeit wird dabei nicht als bestimmte Sicht oder Deutung von Gesellschaft verstanden, sondern als Möglichkeit zu kritischer Intervention bis hin zu direktem Widerstand. „Widerständige Musik“, so charakterisiert es Hiekel, „ist in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie Momente der Brechung oder Infragestellung in sich aufnimmt, die offen sind für die Deutung als gleichsam seismographische Reflexion der Wirklichkeit.“ (S. 15) Ob sich dabei Unterschiede im autonomieästhetischen Zugang zwischen Ost und West konstatieren lassen, wird bei Albrecht von Massow in einem etwas zu knapp gehaltenen Beitrag diskutiert (Autonomieästhetik zwischen Ost und West, S. 83-93). Ausgehend von der Herausbildung der Autonomiepostulate in Abgrenzung zu einer gottes-, natur- oder gesellschaftsgelenkten Vorstellung von Subjekten ohne Autonomie werden Möglichkeiten autonomer Kunstproduktion unter den Bedingungen totalitärer Repression diskutiert. Hierzu hätte man, gerade in der Abgrenzung zur Situation in Westeuropa, gerne mehr gelesen.

Eine wichtige Relativierung gängiger Vorstellungen von 1968 durch die tschechoslowakische Gesellschaft unternimmt Miloš Havelka (Der Prager Frühling in

einer Perspektive generationenspezifischer Erwartungen. Zur Diskussion zwischen Milan Kundera und Václav Havel im Winter 1968/69, S. 103-115). Der Reformprozess des Prager Frühlings repräsentierte eben nicht die Hoffnungen der gesamten tschechoslowakischen Gesellschaft, in der ein Spannungsverhältnis zwischen reformkommunistischen Ambitionen und völlig anders gelagerten Erwartungen an eine sich herausbildende bürgerliche Gesellschaft konstatiert werden müsse. Havelka postuliert eine Akzentverschiebung vom Prager Frühling zum Prager Herbst mit seiner zumindest kurzzeitigen gesamtgesellschaftlichen Solidarität, die früh schon auf Kontroversen um die Deutung des Einmarsches vom 21. August 1968 weise. Diese werden exemplarisch anhand einer Polemik um das „tschechische Schicksal“ zwischen Milan Kundera auf der einen, Václav Havel auf der anderen Seite diskutiert. Ausgehend von unterschiedlichen generationalen Prägungen, Havelka nennt die „Fučík-Generation“, die „Kohout-“ und die „Havel-Generation“, entwickelte sich innerhalb der entstehenden Dissidenz eine Kontroverse um den Stellenwert des Prager Frühlings, dessen Fortwirkung entweder postuliert, so von Kundera, oder vehement bestritten wurde, so durch Havel. „Die Kohout-Generation“, zu der Kundera gerechnet wird, habe sich nach Jaroslav Stránecký „von Karl Marx zu František Palacký zurückgezogen, vom Klassenkampf zur Nation, was nicht nur das ‚restaurativ-konstruktive Vergessen‘ der eigenen, politisch kompromittierten Jugendzeit ermögliche, sondern auch, sich zugleich erneut als eine politische Avantgarde zu verstehen“. (S. 113)

Die Beiträge vermitteln in ihrer Summe einen facettenreichen Blick auf den Prager Frühling und seine Wahrnehmung. Gerade aus der Wahrnehmung der Künstler erhält dieses zentrale Ereignis der politischen Geschichte eine besondere erinnerungskulturelle Bedeutung, deren Tiefenwirkung an vielen Stellen immer wieder deutlich wird.

Weimar

Steffen Höhne

Elman Zarecor, Kimberly: Manufacturing a Socialist Modernity: Housing in Czechoslovakia, 1945-1960.

University of Pittsburgh Press, Pittsburgh, P.A. 2011, XIV u. 383 S., ISBN 978-0-8229-4404-1.

“Few building types are as vilified as the socialist housing block” (p. 1), asserts Kimberly Elman Zarecor in the first sentence of her book on the evolution of architectural practice and housing design in Czechoslovakia between 1945 and 1960. Indeed, some readers might already be thinking there is little worth examining in the history of Eastern Bloc residential architecture, but Zarecor demonstrates this is a subject relevant for deepening scholarly knowledge of substantive topics. Careful study of Czechoslovak socialist housing design sheds further light on opportunities for professional and artistic autonomy from strict Communist Party control in Eastern Europe, the fragmented, non-monolithic nature of party power, and Czechoslovakia’s unique path to socialism independent of Soviet dictates. It also uncovers the long- and short-term ingredients that combined together to create a hous-

ing policy privileging the construction of large prefabricated, standardized apartments over smaller, more artistic dwellings.

This richly illustrated book outlines an important development in Czechoslovak architectural practice during the first fifteen years after World War II – one with ties to interwar modernism. In her introduction Zarecor writes that she “chronicles changes in the [architecture] profession following the transition to state socialism, when architects became technicians and industrial producers rather than artists and individual creators” (p. 5). Five chapters comprise the book’s body. Moving chronologically, they introduce Czechoslovak modernist architecture in the interwar period, delve into design and professional practice in the immediate post-war years before the Communist takeover in 1948 and the period of socialist realism, and introduce housing during the thaw when the panel house (the “panelák”) became ubiquitous in socialist Czechoslovakia. Zarecor draws evidence from a rich variety of sources, including “*Architektura ČSR*”, the leading architectural journal in socialist Czechoslovakia, and the archival collections of the Ministry of Building and the Ministry of Technology, among others.

Chapter 1, “Phoenix Rising: Housing and the Early Debates on Socialist Modernity,” introduces the Block of Progressive Architectural Associations (BAPS), formed shortly after the end of Nazi occupation. Members included important left-wing modernist architects from the interwar period, many of them members of the Union of Socialist Architects which initiated BAPS’ creation. Their political orientation contributed to their calls for industrially produced housing for the masses, design based on scientific research and analysis rather than artistic considerations, close working relations between architects and the state, nationalization and state control of the economy, and “reorganizing the mechanisms of architectural design and construction along a collective model” (p. 14). Zarecor argues that due to BAPS “the architectural profession had already started the transformation from capitalist to socialist practice even before the Communist takeover” (p. 15). The Litvínov Collective House in northwestern Bohemia, and Model Housing Developments in Most, Kladno, and Ostrava illustrate the chapter’s main points.

Czechoslovak architectural practice and housing design during the two years after the 1948 Communist takeover are discussed in Chapter 2, “Typification and Standardization: Stavoprojekt and the Transformation of Architectural Practice.” In June 1948 the Czechoslovak Building Works was created and placed under the Ministry of Technology. This national enterprise consolidated formerly private construction businesses and design firms under state control and absorbed them in the growing planned economy. In September 1948 the enterprise’s design wing, Stavoprojekt, began operation. The Czechoslovak Building Works was dissolved in 1951, but Stavoprojekt existed until after 1989. Zarecor writes that, despite state efforts to constrain architectural practice, “hesitancy allowed the architectural leadership to act relatively independently and with its own agenda, at least for a few years” (p. 72). Even so Stavoprojekt architects, many with ties to left-wing interwar modernism, pursued standardized models, scientific inquiry, and collective work – all key ingredients in socialist housing policy in Czechoslovakia. Stavoprojekt designers created

housing types, known as the T-series, which initially consisted of six basic models that could be built using industrial methods.

Chapters 3 and 4, "National in Form, Socialist in Content: Sorela and Architectural Imagery" and "A Vision of Socialist Architecture: The Late Career of Jiří Kroha," treat architectural practice and housing design during the period of socialist realism in Czechoslovakia. At this time "a virulent campaign was under way to purge 'class enemies' from the party" (p. 115) and "the government's relatively hands-off approach of the previous two years gave way to a concerted effort to force architects to comply with socialist realist methods" (p. 131). Still, Zarecor portrays architectural practice in this brief period as more artistic than in other postwar years covered in the book. Rather than merely imposing a uniform Soviet template onto Czechoslovakia, socialist realism also pushed Czech and Slovak architects to find unique national solutions to design, often borrowing from the past. Kroha's housing development in Nová Dubnica in northwestern Slovakia is one example of socialist-realist housing with artistic touches.

Chapter 5, "The Industrialization of Housing: Zlín and the Evolution of the Panelák," details the early history of large panel-house construction and introduces Czechoslovak housing design during the thaw when, after socialist realism, architects returned to standardization and typification. Discussed here are international examples of panel housing, research in the Institute of Prefabricated Buildings around 1950, and the "G-buildings" series developed in Gottwaldov (formerly Zlín and home of the capitalist Baťa Shoe Company, one source of inspiration for socialist housing). Institutional changes affecting architectural practice and housing are also presented, including the 1956 establishment of the Central Administration for Housing and Civic Building, which managed all aspects of housing in a single body (it was placed under the State Committee for Construction in 1958). The Central Administration ignored aesthetic questions and "focused on improving fulfillment numbers, decreasing unit size [...], and implementing new building technologies such as structural panels and lightweight concrete" (p. 290).

The book contains a conceptual tension. Zarecor often argues that architects were able to maintain some relative professional autonomy or agency in the face of Communist Party power. Her introduction tells us the shift from artistic to technical practice was not caused by "the Communist Party as the single entity driving cultural production;" it resulted in significant part from some architects' "long-held political beliefs about the potential of socialist society" (p. 6). Yet, in the volume's final pages she concludes, "In the end, architects' concerns for aesthetics had no traction against the budgetary and material constraints imposed by the planned economy" (p. 292). Revision of the introduction could help resolve this tension, as could more attention to how socialist housing policy in Czechoslovakia resulted from complex ongoing power struggles, in which state-society relations and party ideology were mutually constituted. More details about the extent of need for housing and alternative architectural visions in postwar Czechoslovakia would further illuminate opportunities architects had to affect policy and determine cultural politics in the socialist period and enrich this well-researched, significant book.

Spurný, Matěj: Nejsou jako my: Česká společnost a menšiny v pohraničí (1945-1960) [They are not like us: Czech society and minorities in the borderlands (1945-1960)].

Antikomplex, Praha 2011, 373 S., ISBN 978-80-904421-3-9.

Matěj Spurný is one of a handful of bold, young historian-activists who have reconsidered the history and legacy of the expulsion of Czechoslovak Germans after World War II. Spurný's latest book, "Nejsou jako my: Česká společnost a menšiny v pohraničí", is an impressive work of engaged academic history that carefully considers the treatment of minorities in Czechoslovakia both before and after the establishment of a Communist dictatorship in 1948. Spurný uses the Czechoslovak margins (borderlands, minorities) to press for a reconsideration of both the nature and the periodization of the Communist dictatorship. His well-documented conclusions are often surprising: popular pressure for "cleansing" of Germans and other "unreliable elements" was a driving force both before and after the Communist seizure of power in 1948; for many minorities, the Stalinist dictatorship could be more emancipatory than repressive; far from "totalitarian," the Czechoslovak state of the 1950s was highly differentiated, both within different ministries and at different levels (local, regional, and central). In other words, we should rethink the common perception that Czechoslovakia's Stalinist dictatorship was monolithic, imposed from abroad, maintained entirely by repression, and lacking popular legitimacy.

The book begins with a concise overview of post-war expulsions and resettlement, with an emphasis on the discourses and social practices that accompanied this massive movement of populations from 1945 to 1947. Though painstakingly planned by the state, the reengineering of populations was far from smooth. With the state focusing on "national, strategic, and economic interests," it neglected key elements of community building: a sense of home/belonging, a relationship to landscape and local history, and a related local patriotism (47-48). As a result, the resettled borderlands were rife with petty crime, dilapidated homes, and itinerant inhabitants. Newly arrived "Gypsies" (Roma) from Slovakia and other minorities became scapegoats for these broader symptoms of un-rootedness in the resettled borderlands.

The next chapter shows how the widely popular "cleansing" of Germans came quickly to encompass other minorities and "unreliable persons" in the borderlands from 1945 to 1947. The urge to cleanse, Spurný writes, is the "other side of the coin of revolutionary optimism, a fundamental element of an engineer's approach to society" (p. 103). Spurný emphasizes that both social engineering and cleansing originated in the immediate post-war period, an era commonly thought to be a democratic prelude to the Communist dictatorship. Though Communists were adept at mobilizing the "material and symbolic capital" of cleansing and resettlement (p. 40), the height of cleansing rhetoric and actions came over a year before the establishment of their dictatorship. In fact, Spurný argues, the Communist Party wound down cleansing rhetoric and official discrimination against minorities in the late 1940s, after the Party had consolidated its control of the state.

Three case studies comprise the second half of the book: the small German minority remaining in Czechoslovakia after 1947; Gypsy (Roma) migrants from Slovakia; and Czech re-emigrants from the Volhynian region of Soviet Ukraine. All three

groups were concentrated in the borderlands and were looked upon with suspicion (as “unreliable”) by many officials and local inhabitants from 1945 through 1960. After the Communist Party seized full control of the state in 1948, the central government gradually tried to integrate these minorities into socialist Czechoslovakia, inspired by the emancipatory (and internationalist) ideology of revolutionary communism, a need for labor, and a desire to widen the regime’s base of support. Concessions to Germans and Roma proved unpopular with many local officials and residents of the borderlands, who used both legal and extra-legal means of isolating and even removing unwanted minorities. As Spurný writes, sometimes

[...] the public demand for different forms of cleansing and forced regulation of life in minority communities was so strong that the power elites of the socialist dictatorship had to satisfy it, even at the cost of renouncing the emancipation project that they liked to think they were implementing. (p. 347)

A notable example was the pressure “from below” to change course on Gypsy policy in the mid-1950s, from social amelioration (by providing education and housing) to close regulation and policing. Indeed, local communist officials had long defied central directives on the treatment of the Roma, preferring repression to the “patience” urged by the Ministry of Interior (p. 266).

Spurný uses these cases to urge a reconsideration of the Communist dictatorship during the Stalinist 1950s. First, he argues, there were substantial continuities of cleansing rhetoric and discrimination against minorities from 1945 to the late 1950s. Even though the Communist elite turned away from discrimination against ethnic minorities by the late 1940s, both discourses and practices of cleansing persisted on the local and regional level throughout the 1950s. Second, the Communist regime underwent a substantial change of orientation in the second half of the 1950s, a period Spurný provocatively refers to as the “first normalization” (p. 343). This was above all a shift from revolutionary idealism (emancipation and the new socialist man) to a conservative dictatorship devoted to keeping order. Spurný’s evidence on Gypsy policy suggests that the “energy and dynamism” of repressive policies came from below and proved a “successful legitimating strategy” for the Communist Party (p. 340) both in the immediate post-war period and in the second half of the 1950s. As Spurný points out, many of the leading Communist reformers of the 1960s had been revolutionary idealists in the early Stalinist era, only to be disillusioned by the more conservative dictatorship that followed.

This is a self-consciously anti-parochial book, using closely researched case studies to widen and deepen historiography of Czech Stalinism and “modern dictatorships” more generally. There are at least two elements crucial to Spurný’s efforts to “come to terms” with both the expulsion of Czechoslovak Germans and the experience of Communist dictatorship. First he situates each in a broad geographical and conceptual context. Ethnic and social cleansing were characteristic of a wide range of states in the mid-twentieth century, both dictatorships and democracies. Czechoslovakia was both a democracy and a dictatorship, twice over, during the height of the cleansing wave from the 1930s to the 1950s, making it an excellent laboratory for comparing and connecting cleansing under different kinds of regime. Spurný is exceptionally thorough and convincing in locating both continuities and discontinu-

ities in the treatment of minorities after the establishment of a Communist dictatorship in 1948. Second, Spurný suggests that Czechs (and others) need to study and acknowledge popular complicity in both ethnic cleansing and modern dictatorships. In “Nejsou jako my”, Spurný convincingly connects the two:

The purification of society, which brought about different forms of repression and terror, was, first of all, an expression of the society's will, and not only a method used by those in power to intimidate their subjects. In forming [this] Czechoslovak society, the Communist Party mostly drew energy and dynamism from the bottom, and using this dynamism was a successful legitimization strategy throughout the 1940s and 1950s. (p. 348)

In other words, “coming to terms” with the past also means taking both collective and personal responsibility for that past (and its legacies in the present). With this engaging, yet deeply researched book, Spurný helps to lay a scholarly foundation for an ongoing revision of the history and memory of the Czechs' jagged twentieth century.

Vancouver

Eagle Glassheim

Pehr, Michal: Zápas o nové Československo 1939-1946. Válečné představy a poválečná realita [Der Kampf um die neue Tschechoslowakei 1939-1946. Vorstellungen während des Krieges und die Realität der Nachkriegszeit].

Lidové Noviny, Praha 2011, 235 S., zahl. Abb. (Knižnice dějin a současnosti 41), ISBN 978-80-7422-082-1.

Die vor allem im tschechischen Exil so beliebte These, die kommunistische Machtübernahme vom Februar 1948 sei ein geplanter, von einer kleinen, straff organisierten Gruppe durchgeführter Betrug gewesen, gilt in der Historiografie als längst überwunden. Wie es allerdings dazu kommen konnte, dass die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Československa, KSČ) ihre Position in der Regierung wie in der Gesellschaft so effektiv aufbauen konnte, dass ihr knapp drei Jahre nach Kriegsende eine glatte Machtübernahme gelang, ist nach wie vor eine viel diskutierte Frage und erfreut sich in der Geschichtsschreibung eines großen Interesses.

Auf diesem Feld ist Michal Pehrs Herangehensweise insofern neu, als er sich nicht auf die drei „Schicksalsjahre“ zwischen Mai 1945 und dem „Siegreichen Februar“ konzentriert, sondern die Entwicklung in der Nachkriegtschechoslowakei bis zur ersten Parlamentswahl von 1946 mit den Zukunftsplänen vergleicht, die während des Krieges unter Tschechen im „Protektorat“ und der politischen Führung im Exil entwickelt wurden. Dabei geht es Pehr nicht darum, die historischen Fakten zusammenzufassen, sein Ziel ist vielmehr, einen Überblick über Konzepte für den Wiederaufbau der Republik zu bieten, die dann mit der Nachkriegsrealität konfrontiert werden. Davon erhofft sich der Autor Erkenntnisse über Kontinuitäten wie Diskontinuitäten zwischen der Kriegs- und der Nachkriegszeit.

Dies geschieht in insgesamt elf Kapiteln, die sich je einem der als zentral bezeichneten Probleme der Nachkriegtschechoslowakei widmen. Drei große Bereiche stehen im Mittelpunkt: das Territorium der neuen Republik, die Nationalitätenfrage und das neue politische System.

Die Skizze der Diskussionen über die Grenzen der Tschechoslowakei nach dem Krieg zeigt, wie mannigfaltig die Vorstellungen über die Gebietsgewinne nicht nur bei den Vertretern der Exilregierung waren. Auch Aktivisten im Protektorat entwarfen Konzepte, die von utopischen Träumereien wie einer Erweiterung der Tschechoslowakei bis Dresden oder sogar einer „Rückgabe“ Liechtensteins bis hin zu realistischen Einschätzungen reichten, die allerdings immerhin mit Gebietsgewinnen um einige Teile Polens, Ungarns oder Österreichs rechneten. Hier ist die Diskrepanz zu der tatsächlichen Entwicklung nach 1945 besonders auffällig, kam es doch nicht nur zu keiner territorialen Ausdehnung der Tschechoslowakei, sondern vielmehr zu deren Verkleinerung um die Karpaten-Ukraine.

Interessant sind auch die verschiedenen Föderationspläne, die nicht nur tschechische, sondern u. a. auch britische Experten für Mitteleuropa nach dem Krieg entwarfen und von denen sich schließlich kein einziger als durchführbar erweisen sollte.

Die Nationalitätenprobleme werden in drei Kapiteln abgehandelt und beschränken sich nicht auf die bis heute kontrovers diskutierte Frage der Aussiedlung der Deutschen, auch wenn dieser – ihrer Bedeutung entsprechend – das umfangreichste Kapitel gewidmet ist. Pehr bemüht sich sichtbar, eine moralische Beurteilung bei der Schilderung der Lösungskonzepte und ihrer Entwicklung während des Krieges zu vermeiden, auch wenn er schließlich doch nicht ohne eine vorsichtige Stellungnahme zu diesem „bei uns so viel diskutierten Thema“ (S. 108) auskommt: Aufgrund der Kriegereignisse sei ein weiteres Zusammenleben von Tschechen und Deutschen nach dem Krieg nicht möglich gewesen sei. Allerdings lasse sich nicht sagen, was geschehen wäre, hätten die Großmächte die Abschiebung nicht bewilligt.

Aufschlussreich sind in diesem Kontext auch die anderen Minderheiten, u. a. Polen und Ruthenen, sowie die Pläne bezüglich der ungarischen Bevölkerung, die ursprünglich auch ausgesiedelt werden sollte. Unter internationalem Druck wurde die Aktion schließlich auf einen „Austausch“ von Slowaken aus Ungarn und Ungarn aus der Slowakei reduziert. Angesprochen wird nicht zuletzt die keineswegs so harmonische Beziehung zwischen Tschechen und Slowaken. Parolen von slowakischen „Verrätern“ einerseits und tschechischen „Unterdrückern“ andererseits bestimmten die damalige Diskussion genauso wie das Verlangen nach größeren Zugeständnissen auf der slowakischen und der Unwille, diese zu erfüllen, auf der tschechischen Seite. Dabei gelangt Pehr zu der These, dass diese Probleme trotz vieler Lösungsansätze weitgehend ungelöst blieben und allein die kommunistische Machtübernahme 1948 eine Eskalation verhindern konnte.

Das letzte Drittel des Buches ist dem neuen politischen System gewidmet, strukturiert in drei chronologische Etappen: die Verhandlungen während des Krieges, die Regierung der Nationalen Front nach der Verabschiedung des Kaschauer Regierungsprogramms vom April 1945 und schließlich der Wahlkampf im Vorfeld der ersten Parlamentswahl im Mai 1946. Während die ersten zwei Teilkapitel einen eher faktografisch angelegten Überblick darüber bieten, wie die Kommunisten zu den wichtigsten Posten in der Regierung kamen, bietet der letzte Teil einen originellen Blick auf die Wahlkampfstrategien der Parteien. War noch im März 1946 verabredet worden, sich auf der gemeinsamen Grundlage des „Kaschauer Regierungspro-

gramms“ sachlich auseinanderzusetzen, wurde der Ton schärfer, je näher die Wahlen rückten, wechselseitige Diffamierungen waren an der Tagesordnung. Und jede Partei versuchte zu vermitteln, dass sie felsenfest an ihren eigenen Sieg glaubte. Pehr zeigt aber auch, wie überlegen die Methoden der KSČ waren und wie groß der Vorsprung, den sie sich durch ihre rastlosen Aktivitäten verschaffte.

Mit der Wahl vom Mai 1946, bei der die Kommunisten die meisten Stimmen erhielten, gelangt Pehr an das Ende seines Untersuchungszeitraums. Er gibt aber noch einen Ausblick auf die weitere Entwicklung, schließlich sieht er in den Wahlen die Vollendung des Aufbaus der Staatsverwaltung nach dem Krieg und den Ausgangspunkt für den kommunistischen Putsch im Februar 1948. Dank der gewonnenen Posten, aber auch dank zahlreicher Fehler der anderen Parteien, so Pehr, konnte die KSČ schließlich die Macht ganz in die eigenen Hände nehmen.

Ob man Pehrs Versuch, tschechische politische Konzepte der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit miteinander zu vergleichen, für gelungen hält, liegt wohl an der Erwartungshaltung, mit der man sein Buch zur Hand nimmt. Einen erschöpfenden Überblick über die ideologischen Strömungen in der tschechoslowakischen Gesellschaft zwischen 1939 und 1946 hat Pehr nicht geschrieben. So verdienstvoll es ist, die traditionelle Periodisierung zu durchbrechen und nach Kontinuitäten und Brüchen zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit zu fragen, so führt die Gliederung doch mitunter zu Unklarheiten und Redundanzen. Der rote Faden, der eigentlich durch den Vergleich gebildet werden sollte, zieht sich nicht ganz konsequent durch den Text. Beispielsweise setzt keine der Einzelstudien wirklich im Jahr 1939 ein; die letzten zwei Kapitel nehmen dann kaum noch Bezug auf das Geschehen vor 1945. Dennoch führt der originelle Ansatz zu vielen Denkanstößen, überraschenden Einsichten und neuen Interpretationen von Themen, von denen man meinen könnte, sie seien längst erschöpfend erforscht und diskutiert. Das lesenswerte Bändchen besticht zudem durch zahlreiche Grafiken und Fotos.

München

Marie Talířová

Gerwarth, Robert: Reinhard Heydrich. Biographie.

Siedler, München 2011, 480 S., ISBN 978-3-88680-894-6.

Die zugleich in englischer und deutscher Sprache¹ veröffentlichte Biografie von Robert Gerwarth entwirft auf breiter Quellenbasis und weitgehend auf der Höhe der NS-Forschung eine plausible Deutung der Persönlichkeit und Karriere Reinhard Heydrichs (1904–1942). Als Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) der SS und maßgeblicher Mitorganisator des Gestapoterrors im NS-beherrschten Europa sowie als Organisator der Judenvernichtung war Heydrich nach Heinrich Himmler der wichtigste Vollstrecker des nationalsozialistischen Rassenwahns. Seine Funktion als Schlüsselfigur der NS-Vernichtungspolitik, seine Stilisierung zum SS-Mann par excellence durch die Nationalsozialisten, die nach dem erfolgreichen Attentat zweier Soldaten der tschechoslowakischen Auslandsarmee am 27. Mai 1942 in Prag noch

¹ Englische Ausgabe: *Hitler's Hangman: The Life of Heydrich*. Yale University Press 2011. – Die folgenden Seitenangaben nach der deutschen Ausgabe.

erheblich gesteigert wurde, ließen Heydrich zu einem der gefürchtetsten und faszinierendsten NS-Politiker und -Verbrecher werden. Angesichts des publizistischen und historischen Interesses an Heydrich ist es erstaunlich, dass Gerwarths Buch die erste umfassende wissenschaftliche Biografie Heydrichs darstellt, die nicht nur Teilbereiche von dessen Leben und Tätigkeit abdeckt. Da eifrig kolportierte Gerüchte und mit großer Vorsicht zu genießende Nachkriegsaussagen ehemaliger Mitarbeiter oder sonstiger Weggefährten Heydrichs Bild in der Publizistik bisher stark verzerrt haben, kommt der Studie das Verdienst zu, dieses Bild entdämonisiert zu haben. Ist sie deshalb aber eine „Maßstäbe setzende“ Studie, wie Hans Mommsen in seiner Rezension für die Frankfurter Rundschau geschrieben hat?²

Der Autor zeichnet Heydrich als „einen zunehmend von der eigenen Sendung überzeugten genozidalen Massenmörder aus der Mitte der deutschen Gesellschaft“ (S. 15), und eine der Stärken der Untersuchung liegt gewiss darin, den gutbürgerlichen familiären Hintergrund Heydrichs, dessen Vater ein angesehenes Konservatorium in Halle an der Saale betrieb, gründlicher als bisher ins Auge gefasst zu haben. Der Niedergang des elterlichen Konservatoriums infolge des Krieges und der wirtschaftlichen Verwerfungen der Zwischenkriegszeit sowie das Scheitern seiner Karriere bei der Marine – er wurde infolge eines ehrengerichtlichen Verfahrens 1931 entlassen –, warfen den „unsicheren und eher apolitischen Einzelgänger“ (S. 12) Heydrich zwar aus der bis dahin respektablen Karrierebahn. Anders als viele andere Angehörige der Kriegsjugendgeneration sei er jedoch auf der Suche nach einem Schuldigen für sein Scheitern noch nicht zum Antisemiten geworden und erst relativ spät zum Nazi. Erst innerhalb der SS, zu der er gekommen sein soll, um weiter in Uniform Karriere machen zu können sowie um „das Vertrauen“ seiner Verlobten Lina von Osten und deren nationalsozialistischer „Familie zurückzugewinnen“ (S. 67 f.), sei er politisch radikalisiert und zum ideologisch musterhaften Nazi geworden. Leider sind die erhaltenen zeitgenössischen Quellen, die etwas über Heydrichs politische Ansichten bis 1931 aussagen, sehr spärlich, so dass man sich für seine angeblich nicht vorhandene Affinität zum Nationalsozialismus wohl notgedrungen auf die Erinnerungen Lina Heydrichs verlassen muss.³ Stimmt diese Annahme des Autors, wäre es lediglich Heydrichs „großem Ehrgeiz und dem verbissenen Willen, nie wieder zu scheitern“ (S. 13), sowie biografischen Zufällen geschuldet, dass er als Spät- und Seiteneinsteiger den Weg zu Himmler fand und „de facto nach 1933“ (S. 74) dessen Stellvertreter wurde. Wie viele andere wichtige Funktionäre Himmlers nutzte demnach auch Heydrich die ihm gebotene „zweite Chance“ (S. 71) und fand vielleicht in der NS-Ideologie auch vermeintliche Erklärungen für das Scheitern seiner militärischen Karriere und bürgerlichen Existenz in der ungeliebten Weimarer Republik.

² Mommsen, Hans: Bürokratische Ideologietreue und mörderischer Fanatismus. Robert Gerwarths Biographie über Reinhard Heydrich, einen der Initiatoren der Vernichtungs- und Ausrottungspolitik der Nazis. www.fr-online.de/kultur/biographie-ueber-heydrich-bue-rokratische-ideologietreue-und-moerderischer-fanatismus,1472786,11330946.html (letzter Zugriff: 01.08.2012).

³ Heydrich, Lina: Leben mit einem Kriegsverbrecher. Pfaffenhofen 1976.

Die Darstellung von Heydrichs rasantem Aufstieg innerhalb des SS-Repressionsapparates sowie seine maßgebliche und vorantreibende Rolle bei der ständigen Ausweitung der Kompetenzen dieses Apparates ist auf der Höhe der Forschung und knüpft inhaltlich in vielem an die umfassende Himmler-Biografie von Peter Longenrich an.⁴ So hebt auch Gerwarth die „engste Zusammenarbeit und gegenseitige Wertschätzung“ (S. 71) beider Männer hervor, wobei Heydrich als ebenso skrupelloser wie energischer Vollstrecker der ideologischen Vorgaben Hitlers und Himmlers fungierte und mit mörderischer Effizienz „die dystopischen Utopien der NS-Führung in die Tat“ (S. 75) umsetzte. Durch die Präsentation oft übertriebener Bedrohungsszenarien für das Reich und die NS-Bewegung, die angeblich nur durch die SS abgewendet werden konnten, trieb Heydrich sowohl seine eigene Karriere als auch die von Himmler betriebene Verschmelzung von SS und Polizei zu einem Staatsschutzkorps außerhalb staatlicher Kontrolle voran. Wie für das gesamte NS-Regime ist auch bei Heydrich eine kumulative Radikalisierung⁵ zu konstatieren, die sich nach der „Machtergreifung“ 1933 immer hemmungsloser gegen echte und vermeintliche Feinde wandte und schließlich in der Vernichtungspolitik während des Krieges gipfelte. Gerwarth zufolge hat Heydrich die jeweiligen Feindbilder von Himmler übernommen (und geteilt), ferner habe auch Werner Best, Heydrichs zeitweiliger Stellvertreter und Verwaltungschef, als Schlüsselfigur zu Heydrichs Entwicklung zum ebenso ideologisch unbedingten wie rigoros und skrupellos agierenden Chef des Reichssicherheitshauptamtes beigetragen (S. 97). Die von Gerwarth publizierten Briefe Heydrichs an seine Frau, vor allem der testamentarische vom 1. September 1939 (S. 174), und deren Mutter Mathilde von Osten belegen eindrucksvoll Heydrichs zunehmende Radikalisierung und Selbststilisierung. Heydrich habe sich „erfolgreich als ein vorbildlicher Nationalsozialist neu erfunden“ und „fest an seine neue Identität“ (S. 174) geglaubt. Hitler und Himmler schätzten seine „Fähigkeit, die radikalsten Politikinitiativen des Regimes durch kompromisslose Maßnahmen in die Tat umzusetzen“ (S. 140), so auch in der so genannten Judenpolitik, in der Heydrich bereits 1936 eine „Führungsrolle“ (S. 124) erlangt hatte, ohne dass die Befehlskette Hitler-Göring-Heydrich etwa sein Verhältnis zu Himmler belastet hätte. Auch hier war Heydrich nicht „theoretischer Kopf“, sondern „Mann der Tat und der Implementierung von Politikzielen, die andere entwickelten“ (S. 119). Gerwarth zeigt überzeugend, dass Heydrich „als zentraler Vollstrecker der nationalsozialistischen Terrorpolitik“ (S. 354) eben nicht „Himmlers Hirn“⁶ oder der böse Genius war, als der er so oft dargestellt wurde, sondern ein williger, besonders skrupelloser und fähiger Vollstrecker Himmlers und Hitlers, der „das pervertierte Moralverständnis“ (S. 180 f.) Himmlers völlig teilte und dessen Führungsstil kopierte (S. 234 f.), um die ihm unterstellten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD zu Mordaktionen zu motivieren, die „anständig“, zielgerichtet, sachlich und unauffällig durchgeführt werden sollten.

⁴ Longenrich, Peter: Heinrich Himmler. Biographie. München 2008.

⁵ Vgl. Mommsen, Hans: Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes. In: Meyers Enzyklopädisches Lexikon. Bd. 16. Mannheim 1976, 785-790.

⁶ Vgl. Binet, Laurent: HHH. Himmlers Hirn heißt Heydrich. Hamburg 2011.

Der Autor zeichnet Heydrichs zentrale Rolle bei der „rassischen Neuordnung“ Europas mittels immer umfangreicherer Umsiedlungs- und Deportationsvorhaben, bei der Vernichtung der europäischen Juden und der Verfolgung bzw. Vernichtung echter oder vermeintlicher „Reichsfeinde“ sehr kenntnisreich nach. Hierbei macht er eine kumulative Radikalisierung plausibel, die sich nicht nur allgemein in der Politik des „Dritten Reiches“ niederschlug, sondern sich auch speziell bei Heydrich seit Kriegsbeginn und vor allem mit dem Überfall auf die Sowjetunion (S. 213, 232) zeigte. Heydrichs „Machbarkeitswahn“ (S. 353) infolge der Siege der ersten Kriegsjahre habe zu gigantomanischen Neuordnungsplänen beigetragen, deren für ihn frustrierendes (S. 200, 229) Scheitern dann zu einer weiteren Radikalisierung führte und zu „der schrittweisen Entfesselung der immer systematischeren Massenmorde“ (S. 257), vor allem an den Juden, als „Ausweg aus dieser festgefahrenen Situation“ (S. 236), die er selber mit heraufbeschworen hatte.

Während der Autor das „big picture“ der NS-Rassen- und Vernichtungspolitik sowie deren prozesshaften Charakter mit verschiedenen Radikalisierungsschüben überzeugend zu zeichnen vermag, fällt der Teil der Studie, der Heydrichs Amtieren als Stellvertretender Reichsprotektor in Prag behandelt, drastisch ab. Die entsprechenden Kapitel sind offenbar mit heißer Nadel gestrickt worden. Das zeigt sich an den vielen kleinen Fehlangaben und -deutungen, wenn etwa die Einwohnerzahl des Protektorates um mehr als drei Millionen Menschen zu hoch veranschlagt (S. 278) oder „Der neue Tag“, die offiziöse deutsche Tageszeitung im Protektorat, als „gleichgeschaltete [...] Zeitung“ (S. 291) klassifiziert wird. Die Liste derartiger vielleicht nicht sorgfältigem Lektorat geschuldeter Fehler ließe sich erheblich verlängern, gravierender ist allerdings die augenscheinliche Unkenntnis von Schlüsseldokumenten zur Protektoratspolitik, die der Autor nicht herangezogen hat, obwohl sie über in der Bibliografie angeführte Dokumentationen greifbar gewesen wären. Wenn Gerwarth schreibt, Heydrich habe seine Protektoratspolitik „improvisieren“ (S. 282) müssen, ist ihm offenbar nicht bekannt, dass Heydrich Karl Hermann Franks „Denkschrift über die Behandlung des Tschechen-Problems und die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes“ vom 28. August 1940, die von Hitler ausdrücklich als Grundlage der Protektoratspolitik gebilligt worden war, von Himmler vorgelegt bekam und Frank eine schriftliche Stellungnahme zu dessen Konzeption schickte. Gerwarth kennt weder Franks Denkschrift noch Heydrichs Stellungnahme, obwohl beide in zwei von ihm verwendeten Dokumentationen publiziert wurden.⁷ Nur so ist erklärlich, dass er den wörtlich in Franks Denkschrift vorkommenden Grundsatz „Zuckerbrot und Peitsche“ Heydrich zuschreibt (S. 291), ebenso die „Absicht, die tschechische Bevölkerung zu entpolitisieren“ (S. 292). Auch „Heydrichs Verwaltungsreform“ (S. 285) war die beschleunigte

⁷ *Kárný, Miroslav / Milotová, Jaroslava* (Hgg.): *Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“*. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha [Anatomie der Besatzungspolitik Hitlerdeutschlands im „Protektorat Böhmen und Mähren“]. Dokumente aus der Zeit des Reichsprotektors Konstantin von Neurath]. Praha 1987, 337-339; *Král, Václav* (Hg.): *Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947*. Dokumentensammlung. Prag 1964, 427 f.

Umsetzung des bereits von Frank formulierten Konzepts, den tschechischen Verwaltungsapparat unter Kontrolle und Leitung relativ weniger deutscher Beamter die eigentliche Verwaltungsarbeit machen zu lassen. Angesichts dessen ist die Annahme, Heydrich habe „die Protektoratsverwaltung nach dem Vorbild des RSHA zu reformieren“ (S. 287) versucht, recht verwunderlich. Man kann generell feststellen, dass jeder Einzelbereich von Heydrichs Besatzungspolitik bereits in Franks Denkschrift von 1940 knapp skizziert war. Was Heydrich in seiner zustimmenden Stellungnahme vom 14. September 1940 hinzufügte, war lediglich ein Aspekt, der – in Übereinstimmung mit Himmlers und Franks Intentionen – der SS eine Schlüsselstellung in der so genannten Tschechenpolitik zuwies. Heydrich empfahl nämlich „das sofortige Inangriffnehmen der völkischen Bestandsaufnahme“ durch SS-Rasseprüfer, die „rein blutlich gesehen die Festsetzung des Prozentsatzes [der tschechischen Bevölkerung, R. K.], der überhaupt, unabhängig von seiner Gesinnung, zur Eindeutschung in Frage kommt“, erbringen sollte. Es ist aber wiederum falsch, dass „unter Heydrichs Herrschaft in Prag [...] der Prozess der völkischen Bestandsaufnahme und Registrierung erheblich intensiviert“ (S. 308) worden sei, er wurde vielmehr erst vorbereitet und lief später an. Ebenso irrig ist die Einschätzung, die SS habe im Protektorat Besatzungspolitik betreiben können, „ohne sich um die Einmischung von Gauleitern und Zivilbeamten zu scheren“ (S. 282), denn die jeweiligen Reichsprotektoren bzw. Stellvertretenden Reichsprotektoren oder später Frank als Deutscher Staatsminister hatten sich während des gesamten Bestehens des Protektorates bemüht, aus ihrer Sicht unberechtigte Eingriffe der vier für die Deutschen im Protektorat zuständigen Gauleiter der Nachbargaue in die Politik gegenüber den Tschechen abzuwehren. Fraglich ist auch, ob „der Germanisierungsdruck auf die Tschechen nach Heydrichs Tod tendenziell“ (S. 348) nachgelassen habe, denn beispielsweise entfaltete das noch von Heydrich auf den Weg gebrachte „Kuratorium für Jugenderziehung in Böhmen und Mähren“, das die tschechischen Jugendlichen flächendeckend „zum Reichsgedanken“ erziehen sollte, seine Tätigkeit erst nach Heydrichs Tod.

Der Autor missversteht grundlegend Heydrichs Anteil an der nationalsozialistischen Protektoratspolitik, denn auch hier war Heydrich wie auf dem Gebiet der so genannten „Gegnerbekämpfung“ kein eigenständiger Politiker, sondern der energische und rabiante Umsetzer von Politikvorgaben, die in diesem Fall Karl Hermann Frank 1940 formuliert hatte und die Hitler und Himmler gebilligt hatten. Gerwarth sieht zwar richtig, dass „Heydrichs [publizistische] geschichtspolitische Bemühungen“ (S. 321) als Stellvertretender Reichsprotektor vor allem auf frühere Auslassungen Franks (und dessen Berater Hermann Raschhofers) zurückgriffen (S. 425), nicht aber, dass das für Heydrichs gesamte Politik in Prag gilt, ob nun für das brutalere Vorgehen gegen den Widerstand, die definitive Zerstörung der angeblichen „Autonomie“ des Protektorates durch die Verwaltungsreform oder den Versuch, die tschechischen Arbeiter mit Sozialdemagogie ruhigzustellen. Zwei kleine Beispiele dafür, wie der Autor deshalb zu Fehleinschätzungen kommt: Die von Heydrich wenige Tage nach seinem Amtsantritt verkündete Erhöhung der Fettrationen für tschechische Rüstungsarbeiter (S. 291) hatte nicht Heydrich mit Staatssekretär Backe in Berlin ausgehandelt, sondern Frank, und zwar noch vor Heydrichs Ernennung zum

Stellvertretenden Reichsprotektor; die Ernennung des sudetendeutschen SS-Hauptsturmführers Ferdinand Fischer zum Leiter des Bodenamtes mit dem Auftrag einer Forcierung der Bodenbeschlagnahme für spätere deutsche Besiedlung erfolgte nicht, weil Fischer ein „Mann seines Vertrauens“ (S. 309) war, sondern ein Mann von Franks Vertrauen, der ihn Heydrich bereits 1940 für den Fall vorgeschlagen hatte, dass es gelingen würde, das Bodenamt aus der Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung zu lösen und wieder der SS zu unterstellen.

Die frappierende Oberflächlichkeit Gerwarths in Bezug auf Quellen und Literatur zu Heydrichs Tätigkeit in Prag, die sich in zahlreichen kleinen Fehlern und einigen Fehleinschätzungen äußert, ist umso irritierender, als sich die anderen Kapitel des Buches durch ihre Souveränität und ihr hohes Niveau auszeichnen. Der Autor hat zwar wegen der genannten Mängel keine „Maßstäbe setzende“ Studie vorgelegt, wohl aber die bisher beste Biografie einer „Schlüsselfigur des Dritten Reiches und seiner mörderischen Verfolgungspolitik“ (S. 354). Der Versuch, diese Schlüsselfigur „in den Kontext jener Ereignisse und Strukturen“ zu stellen, die ihr Leben konditionierten“ (ebenda), scheint weitgehend gelungen, auch wenn der angebotenen Erklärung für die rasante Ideologisierung und Radikalisierung Heydrichs nach 1931 zum „musterhaften“ SS-Führer aufgrund der dürftigen Quellenlage für die Jahre davor etwas leicht Unbefriedigendes, Spekulatives anhaftet.

München

René Küpper

Beran, Ladislav Josef: Odepřená integrace – Systémová analýza sudetoněmecké politiky v první Československé republice 1918-1938 [Verweigerte Integration – Eine Systemanalyse der sudetendeutschen Politik in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918-1938].

Pulchra, Praha 2009, 438 S., ISBN 978-80-87377-02-04.

Die Publikation von Ladislav Josef Beran ist die überarbeitete Version seiner an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Prager Karlsuniversität eingereichten Dissertation. Die umfangreiche Studie ist in neun Kapitel unterteilt. In fünf Kapiteln stellt Beran die deutsch-tschechische Problematik in der Ersten Tschechoslowakischen Republik vor, in einem vorgeschalteten Kapitel streift er die Entstehung des Nationalismus in den böhmischen Ländern. Die historischen Ereignisse erklärt er anhand umfassend recherchierter tschechischer und deutscher Sekundärliteratur. Archivmaterialien sind in die Untersuchung nicht eingeflossen, allerdings zieht Beran einige bekannte und bereits publizierte Dokumente heran, wie zum Beispiel die staatsrechtliche Erklärung des deutschen parlamentarischen Verbandes vom 1. Juni 1920 oder die Rede Konrad Henleins in Böhmisches Leipa (Česká Lípa) vom 21. Oktober 1934. Der Analyse widmet der Autor ein eigenes Kapitel, bevor er seine Schlussfolgerungen zieht. Abgerundet wird die Arbeit durch einen Anhang mit Statistiken, tabellarischen Übersichten (z. B. Wahlergebnisse) und den genutzten Originaldokumenten.

Der Hauptteil bietet eine wirklich gelungene, kompakte Zusammenfassung der Konflikte zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakischen Republik der Zwischenkriegszeit. Den historischen Stoff kommentiert Beran bereits hier

aus politikwissenschaftlicher Sicht, diese Einschübe sind kursiv gesetzt, und damit optisch von der Faktenebene abgesetzt. Vor allem aber dient die Darstellung der historischen Tatsachen als Grundlage, auf der dann die Analyse aufgebaut wird.

Beran definiert die Politik der Deutschen in der Republik als ein politisches „Subsystem“, welches mit dem übergeordneten System, also der Republik, interagiert. Die beiden Systeme hängen über so genannte Inputs und Outputs zusammen. Inputs sind die vom Subsystem, also von der deutschen politischen Sphäre empfangenen politischen Ereignisse. Die Outputs sind Ereignisse, die von der deutschen Seite ausgehen. Insgesamt 45 dieser Ereignisse werden dargestellt. Die Inputs werden dabei nur beschrieben, nicht aber begründet oder bewertet. Die Outputs werden hingegen ausführlich auf Motive, Zusammenhänge und Wirksamkeit untersucht.

Wichtig für Berans Vorgehen ist die Annahme, dass das deutsche Subsystem eine gleichberechtigte Integration in den gemeinsamen Staat anstrebte. Zunächst stellt der Autor eine „Input-Überlastung“ fest: Das deutsche Subsystem habe insbesondere in den ersten Jahren viele Ereignisse mit negativem und frustrierendem Charakter hinnehmen müssen, zum Beispiel die Besetzung des deutsch besiedelten Grenzgebiets 1918, die definitive Zuteilung der deutschen Gebiete zur Tschechoslowakei, eine Bodenreform sowie sprachliche Benachteiligungen. Diese negativen Ereignisse seien durch die Haltung der tschechischen Seite zustande gekommen, denn das tschechische Nationalbewusstsein habe sich mit der Staatsgründung weitgehend in einen massenhaften Willen zur nationalen „Reconquista“ des gesamten Territoriums der böhmischen Länder umgewandelt, um die vollständige Tschechisierung durchzusetzen.

Die „Outputs“ des deutschen Subsystems werden als kontraproduktive Handlungen gewertet, die die meisten Aktivitäten des Subsystems belastet hätten. Dazu zählt Beran zum Beispiel den Negativismus, fehlende Koordination und mangelhafte Taktik auf deutscher Seite. Dies habe zu einer „latenten Revolution“ im Inneren des Subsystems geführt, weil die deutsche Bevölkerung eine Lösung der Input-Überlastung gefordert habe. Auch der Aktivismus der deutschen Parteien in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre habe dies nicht ändern können, er habe nur die Aktivierung der latenten Revolution, also ihren Übergang zu einer aktiven Revolution, gebremst. Der Ausbruch der Revolution sei dann durch die bestehenden Spannungen, die Wirtschaftskrise und das Beispiel des nationalsozialistischen Deutschland getriggert worden. Zunächst habe diese Revolution ihren Ausdruck in der Unterstützung der Nationalsozialisten (DNSAP) und später im erdrutschartigen Erfolg der Sudetendeutschen Partei (SdP) gefunden. Im Ergebnis habe die deutsche Volksgruppe eine Integration in das Gesamtstaatssystem angestrebt, die ihr konsequent verweigert wurde. Die radikale Abwendung der entscheidenden politischen Kräfte des Subsystems vom tschechoslowakischen Staat sei somit eine Folge dieser Verweigerung.

Berans Studie beschreitet methodisch einen ungewöhnlichen Weg. Der Versuch, das bekannte und vieldiskutierte Problem der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik aus politikwissenschaftlicher Sicht zu untersuchen, wirkt frisch und unverbraucht. Umso erstaunlicher ist es dann, dass die Ergebnisse in alten Erklärungsmustern und Schuldzuweisungen verhaftet bleiben. So schreibt der Autor

die „Schuld“ an der nicht stattgefundenen Integration der Deutschen klar dem tschechischen Nationalbewusstsein und dem tschechoslowakischen Staat zu. Auch mutet die Arbeit stellenweise sehr technisch und schablonenhaft an. Ein Beispiel dafür ist die Annahme, das deutsche Subsystem habe eine gleichberechtigte Integration angestrebt, weil dies die einzige gedeihliche Aussicht für beide Akteure gewesen sei. Die Initiatoren der deutschen parlamentarischen Erklärung von 1920, allen voran Lodgman von Auen, waren mit Sicherheit mindestens bis 1922 nicht an einer Integration interessiert. Beran aber wertet die staatsverneinenden „Outputs“ des deutschen Subsystems nur als kontraproduktives politisches Handeln, das die Aktivitäten des Subsystems belastet habe. Zusammen mit einer fehlenden Beurteilung der Wechselwirkungen – die „Inputs“ des zentralen Systems werden bei der Analyse nur hingenommen, nicht untersucht – ergibt sich doch ein recht verzerrtes Bild.

Überzeugender wirkt die Studie bei der Bewertung der inneren Zustände des deutschen Subsystems. Die These Berans von der „latenten Revolution“ hat durchaus das Potential zu einem wertvollen Ansatz für die Untersuchung des überragenden Erfolgs der SdP. Dazu müsste sie aber durch Primärquellen gestützt werden. Auch der historische Teil der Studie kann durchaus überzeugen. Die Zusammenstellung der 45 Ereignisse, ihre knappe, aber schlüssige Erläuterung und die deutlich getrennte politikwissenschaftliche Kommentierung sind für das grundlegende Verständnis dieser Epoche sehr wertvoll, besonders weil sie in einer Arbeit konzentriert zusammengebracht und durch eine ausführliche und fast lückenlose Auswertung der Sekundärliteratur gestützt wird.

Das Fazit lautet: Insgesamt eine gelungene Arbeit, die aber etwas an der zu einfachen Schuldzuweisung an die tschechische Seite krankt. Dies mag aber, wie der Autor selbst betont, dem Hauptmotiv der Arbeit geschuldet sein: Die tschechische Gesellschaft vom „Unschuldskomplex“ und ihrer Idealisierung der Ersten Republik zu befreien.

Prag

Marco Zimmermann

Cattaruzza, Marina: Sozialisten an der Adria. Plurinationale Arbeiterbewegung in der Habsburgermonarchie.

Duncker & Humblot, Berlin 2011, 180 S. (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 24), ISBN 978-3-428-83775-5.

Triest war der urbane Kristallisationspunkt der plurinationalen Arbeiterbewegung, die Marina Cattaruzza in ihrem nun ins Deutsche übersetzten Buch „Sozialisten an der Adria“ untersucht.¹ Im überwiegend agrarisch geprägten Küstenland war Triest als industrielles Zentrum der Fluchtpunkt der Urbanisierungsbewegung. Innerhalb der Habsburgermonarchie galt der Hafen als wichtigster Umschlagplatz nach Übersee. Die übernationale Bedeutung des Hafens prägte die politische Kultur der Stadt,

¹ Die italienische Ausgabe des Buches erschien 1998. Vgl. *Cattaruzza, Marina: Socialismo adriatico. La socialdemocrazia di lingua italiana nei territori costieri della Monarchia asburgica, 1888-1915*. Lacaia: Maduria, Bari, Rom 1998 (Società e Cultura 17).

in der das internationalistische Gedankengut der Sozialdemokratie Cisleithaniens auf starke Resonanz stieß. Zwar organisierten sich auch die Sozialisten im Küstenland nach nationalen Gesichtspunkten, doch bewahrte sich die italienisch-adriatische Sektion dabei eine nationale Offenheit. Diese Sektion war, so Cattaruzzas These, „ein Paradebeispiel des sozialdemokratischen Internationalismus“ und ein „Sonderfall innerhalb der Sozialdemokratie Österreichs“ (S. 171).

Cattaruzza stellt in ihrer Schrift die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung im Küstenland zwischen 1880 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs dar. Eingangs skizziert die Autorin die ideologische Gemengelage aus anarchistischen, sozialistischen und radikal-demokratischen Vorstellungen, auf deren Grundlagen sich schließlich die Sozialdemokratie entfaltete. Die Schwierigkeit, das Politische aus der Arbeit der italienischen, slowenischen und deutschen Vereine zu destillieren, die sich im Polizeistaat als unpolitisch gerieren mussten, löst Cattaruzza, indem sie Akten und Aufzeichnungen der Polizeibehörden heranzieht. Deren Einschätzung kontrastiert sie mit Briefen und Zeugnissen der Vereins- und Parteipolitiker. Aus ihren Quellen wird deutlich, dass sich auf Vereinsebene erst dann ein ausgesprochen sozialistisches Profil zeigte, als sich neue Organisationen wie die *Confederazione operaia* als ausschließliche Vertretung der Lohnempfänger zu verstehen begannen und selbstständige Handwerker und Kleinkaufleute ausschlossen.

Cattaruzza interessiert besonders der Antagonismus zwischen italienischen und südslawischen Sozialisten. Deren Gegenläufigkeit hatte sich auf nationaler Ebene um die Jahrhundertwende entschärft, als die italienisch-adriatische und die südslawische Sektion in die Parteistrukturen der österreichischen Sozialdemokratie eingebettet worden waren. Wichtig für Cattaruzzas These der Plurinationalität ist, dass beide Sektionen einander regelmäßig unterstützten, z. B. durch Wahlkampfhilfe, obwohl die Südslawen ihre politische Arbeit darauf ausrichteten, eine eigene nationale Basis aufzustellen, während sich die italienische Sektion in Triest als national desinteressiert verstand. Innerhalb der Wiener Parteistrukturen hatte die südslawische Sektion anfangs mehr Gewicht; so gehörte etwa der slowenische Sozialist Etbin Kristan, der auf Grundlage eines radikal-individualistischen Anarchismus die Idee einer vollständigen Autonomie der Nationen verfocht, zu den wichtigsten Theoretikern der Sozialdemokratie in Österreich (S. 75-83).

Trotz ihrer verhältnismäßig starken Position innerhalb Österreichs Sozialdemokratie konnte sich die südslawische Sektion bei der ländlichen Bevölkerung vor Ort lange Zeit nicht durchsetzen. Das lag u. a. an der Konkurrenz mit dem politischen Katholizismus, dessen Repräsentanten die gleichen Wählergruppen ansprachen und diese für sich gewinnen konnten, indem sie das Versprechen sozialer Emanzipation mit einer nationalen Befreiungsbotschaft verbanden (S. 70). Die südslawischen Sozialisten entwickelten daraufhin eigene Strategien des „nation building“ (S. 85). Dem politischen Erfolg hinderlich war auch das Desinteresse in Wien an innovativen Lösungsvorschlägen für die Agrarfrage. Das von Karl Kautsky propagierte Verschwinden des agrarischen Klein- und Kleinstbesitzes zugunsten des lohnabhängigen Landarbeiters fand unter den zahlreichen agrarischen Klein- und Kleinstbesitzern in Dalmatien, Istrien und der Krain wenig Anklang. Lokale Vorstöße, die genossenschaftliche Organisation der Bauern zu fördern, wurden von der Wiener

Zentrale nicht unterstützt (S. 104), setzten sich in Istrien mit der Gründung von agrarischen Genossenschaftsbanken und Versicherungsvereinen jedoch durch und integrierten dadurch einen Teil der Landbevölkerung in die Sozialdemokratie (S. 104, 114). Nach der Jahrhundertwende gelang es der Sozialdemokratie, sich im Küstenland als dritte politische Säule neben Klerikalen und Liberalen zu etablieren.

Cattaruzza arbeitet die Unterschiede der politischen Kultur Triests und des agrarischen Küstenlands deutlich heraus. Diese betrafen vor allem die nationale Frage. In Istrien pflegten italienischsprachige Sozialisten wie Giuseppe Tuntar die Vorstellungen eines Kollektivdarwinismus, wonach sich nur die „verdienstvollere“ Nation in ihrer Existenz behaupten werde. Sie machten aus der Bevorzugung der eigenen italienischsprachigen Gruppe als der historischen Kulturnation gegenüber den angeblich rückständigen Slawen keinen Hehl und wiederholten zeitgenössische, etwa von Deutschen gegenüber Tschechen formulierte Denkmuster (S.110 f.). In Triest waren die italienischsprachigen Arbeiter demgegenüber weit weniger nationalisiert, wofür Cattaruzza wirtschaftliche Gründe nennt: Die Triester Arbeiterschaft war sich bewusst, dass ein italienisches Triest die wirtschaftliche Führungsposition, die es im österreichischen Staatsverband besaß, nicht würde behaupten können (S.144). Durch diesen Internationalismus blieb der Triester Sozialismus den national geprägten kleinbürgerlichen Schichten der Stadt allerdings fremd (S. 145). Zuletzt desavouierte die nationale Wende der deutsch-österreichischen Sozialisten beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs den internationalistischen Standpunkt. Triest wurde Schauplatz von nationalem Hass und Gewalt (S. 165 f.).

Cattaruzzas komprimiertes und luzides Werk rückt eine bisher zu Unrecht vernachlässigte Region in den Fokus der Aufmerksamkeit. Es gelingt ihr, am Beispiel der Sozialisten an der Adria die Geschichte einer „Peripherie“ zu beschreiben, „die dem Zentrum sehr nahe stand“ (S. 176). Cattaruzza erzählt vor einem breiten Vergleichshorizont. Fand sich das harte Spannungsfeld zwischen Internationalismus und Nationalismus sowie die Konkurrenz zum christlich-sozialen Programm des politischen Katholizismus auch anderswo, war die tiefe Verankerung der italienischen Sozialdemokratie in der Landarbeiterschaft eine Besonderheit. Ihre These von der Plurinationalität der Arbeiterbewegung in Triest ist ein wichtiger Kontrapunkt zu Darstellungen, die die Nationalisierung innerhalb der Sozialdemokratie als unumkehrbaren Prozess beschreiben. Gerade weil diese These so wichtig ist, hätte man sich gewünscht, von der Verankerung dieses „Triestinismus“ in der politischen Praxis und den kollektiven Vorstellungswelten mehr zu erfahren.

München

Jana Osterkamp

Von Tulechov, Valentina: Tomas Garrigue Masaryk. Sein kritischer Realismus in Auswirkung auf sein Demokratie- und Europaverständnis.

V&R unipress, Göttingen 2011, 194 S., ISBN 978-3-89971-802-7.

Neuere Darstellungen von Philosophie und Politik T. G. Masaryks sind Mangelware. Ein jeder neuer Beitrag ist insofern zu begrüßen. Mit Valentina von Tulechovs „Tomas Garrigue Masaryk: Sein kritischer Realismus in Auswirkung auf sein Demo-

kratie- und Europaverständnis“ liegt zu diesem Thema nun ein Buch vor, das auf einer an der Münchner Hochschule für Philosophie entstandenen Dissertation gründet. Die Autorin will darin „Masaryks kritische[n] Realismus als philosophische Position“ (S. 39) ergründen und diesen dann in Masaryks Demokratie- und Europaverständnis sowie in seiner praktischen Auswirkung untersuchen; die Ansprüche des Historikers an Kontextualisierung und Quellenbefunde sollten also zurückgestellt werden.

Von Tulechov stellt dem Hauptteil ihrer Arbeit eine Einführung in das Leben ihres Protagonisten voran, die jeder mit den Umständen vertraute Leser allerdings überspringen sollte, zumal sie sich auf nicht mehr als zwei eher populärwissenschaftliche Texte stützt. Überzeugend arbeitet sie im zweiten ihrer drei Kapitel Masaryks erkenntnistheoretische Positionen heraus und bezieht sie vor allem auf den Kantischen Kritizismus, mit dem Masaryk sich als Philosoph in der Tat in einer permanenten Auseinandersetzung befand. Der Autorin gelingen außerdem einige interessante, leider aber nicht vertiefte Beobachtungen zur geistigen Verwandtschaft Masaryks mit dem logischen Empirismus des Wiener Kreises. Auch einige schlüssige Bemerkungen zum Neukantianismus bedürften eigentlich einer tieferen Analyse, gerade weil diese Verbindungen in der unüberblickbaren Masarykliteratur bisher selten herausgearbeitet wurden. So hätte – um nur ein Beispiel zu geben – die Verbindung zu Paul Natorp die Gelegenheit geboten, Masaryks Denken in einen relevanten, aber unbearbeiteten Kontext zu stellen.

Hier werden die grundlegenden Probleme der Arbeit deutlich: Von Tulechov beschäftigt sich in diesem Kapitel streng genommen nicht mit dem Philosophen Masaryk insgesamt, sondern mit dem Autor des „Versuch einer concreten Logik“ aus dem Jahr 1887. Diesen stellt sie überzeugend und kompetent dar; man darf die „Concrete Logik“ mit einer gewissen Berechtigung wie von Tulechov für Masaryks „opus magnum“ (S. 95) halten, da jenes Werk einen der wenigen Texte darstellt, in denen sich dieser überhaupt in systematischer Weise zu erkenntnistheoretischen und begrifflichen Fragen äußerte. Gegen eine rein philosophiegeschichtliche Analyse wäre bis hierhin nichts einzuwenden. Doch entsteht eine Schiefelage dadurch, dass die Autorin Masaryk als Positivisten vorstellt, weil sie nur einen kleinen Teil seines Werks in den Blick genommen hat. Dass Masaryk sich nicht zufällig in der Folge nie wieder so „concret“ zu den Grundlagen seiner Philosophie äußerte und seiner positivistischen Phase weitere, andere folgten, bleibt unbeachtet.

Diese Sichtweise hat prominente Vorläufer: Eine ganze Generation im Schatten Masaryks aufgewachsener tschechischer Philosophen führte lange Debatten, ob dieser denn ein Positivist sei und was das für die philosophische Praxis gerade in Hinsicht auf Gesellschaft und Demokratie bedeute. Leider fehlt die Rezeptionsgeschichte im vorliegenden Werk völlig – zumindest Emanuel Rádl wäre eine Erwähnung wert gewesen.

In ihrem dritten Großkapitel „Masaryks kritischer Realismus in der Praxis“ liefert von Tulechov einen ungewollten Beleg dafür, dass Masaryk sich nur schwer einer bestimmten Schule zuordnen lässt, liegt diesem doch ein ganz anderer Masaryk zu Grunde: der geschichtsphilosophisch argumentierende Präsident der tschechoslowakischen Republik. So entsteht ein recht konsistentes Bild, das einen entscheidenden

Schönheitsfehler hat: Masaryks Denken in der Zeit zwischen der Jahrhundertwende und dem Kriegsausbruch kommt nicht vor. Das fällt etwa bei der Erörterung von Masaryks Religionsbegriff auf, wird aber auch darin deutlich, dass eine ernsthafte Diskussion seiner auf Tschechisch erschienenen nationalpolitischen Programmschriften fehlt. Auch das andere bzw. eigentliche „opus magnum“, „Rußland und Europa“, wird kaum rezipiert.

Das Kernproblem ist, dass der Begriff „kritischer Realismus“ zwar richtig gewählt ist, dennoch aber mehr verschleiert als erklärt. Von Tulechov deutet ihn im dritten Kapitel wiederum einleuchtend als „Politik als Mittel für ein moralisches Leben in freier Selbstverwirklichung [...]“ (S. 142), verwischt damit aber – und man möchte hinzufügen: ganz in Masaryks Sinne – die Unterscheidung zwischen einer analytischen bzw. erkenntnistheoretischen Kategorie einerseits („kritischer Realismus als philosophische Position“, s. o.) und ethisch-moralischen Handlungsrichtlinien andererseits. Sicher ist diese Uneindeutigkeit Teil der Faszination, die Masaryks philosophierende Haltung (weniger seine Philosophie) auf viele Zeitgenossen ausübte. Die Quellsprache geht hier aber zu glatt in die analytischen Begriffe der Autorin über. Das wäre legitim, wollte von Tulechov die Entwicklung des Masarykschen Denkens nachzeichnen, nur ist das erklärtermaßen nicht ihre Absicht: Sie behandelt Masaryk als Philosophen folgerichtig mit einem recht statischen Begriffsapparat und bemüht die Ahnengalerie der politischen Philosophie seit Platon. Sie verweist also auf einen recht abstrakten philosophischen Kontext, ohne diesen in direkten Bezug zum Masarykschen Denken zu setzen.¹

Das erklärt die problematische Zuordnung, die von Tulechov den Masarykschen Werken zuteil werden lässt: Während die „concrete Logik“ (und nur sie) den Philosophen Masaryk repräsentiere, seien nahezu alle anderen Werke Belege für den Praktiker. Diese Zuordnung scheint von Masaryks Selbstdarstellung in den „Gesprächen“ mit Karel Čapek und der „Weltrevolution“ inspiriert, die von Tulechov beide intensiv rezipiert. Hier ist nun doch Quellenkritik angebracht, handelt es sich doch um zwei massiv redigierte und geglättete weltanschauliche Darstellungen, die vor allem retrospektiv vereinheitlichen und legitimieren sollen. Demgegenüber verblasst der politische Philosoph Masaryk. Das Vorhaben, Masaryks praktische Haltung zu untersuchen, kann nicht gelingen, wenn man sich allein auf seine Erkenntnistheorie stützt; will man mehr als diese vorstellen, muss auch die Auswahl der analysierten Werke breiter sein.

Letztlich ist die Argumentationsführung auf das ganze Buch bezogen zu wenig stringent: Jedes Unterkapitel hat einige interessante und plausible Deutungen anzubieten, die sich aber nicht zu einem Ganzen fügen. Das „wissenschaftstheoretische“ zweite Kapitel und das „demokratisch-praktische“ dritte finden gar nicht zueinander. Vielleicht wirkt auch deswegen die philosophiegeschichtliche Kontextualisierung oft willkürlich. So ist etwa die Diskussion und Herleitung von Masaryks Wissenschaftsverständnis ebenso wie die Gegenüberstellung mit dem Wiener Kreis

¹ Eine ganz andere Frage ist, ob man im untersuchten Zeitraum wirklich zwischen Sammelbegriffen wie „Positivismus“ und „Idealismus“ trennscharf unterscheiden sollte. Das ist wohl eher zu verneinen.

sehr gelungen. Der Leser stellt sich aber beständig die Frage, warum die Autorin eine bestimmte philosophische Referenzgröße heranzieht, auf andere aber verzichtet.²

Die Untersuchung des Praxisverständnisses hingegen läuft so immer wieder auf die tautologische Beteuerung hinaus, dass sowohl Masaryks Eklektizismus und un-systematische Begriffsbildung als auch sein politisches Handeln ja gerade der Kern eines praktisch verstandenen „kritischen Realismus“ seien (S. 111). Was die Autorin hier erfasst, ist das philosophische Selbstverständnis Masaryks – aber auch nicht mehr.

Prag

Johannes Gleixner

Stourzh, Gerald: Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990-2010.

Böhlau, Wien, Köln, Weimar 2011, 334 S. (Studien zu Politik und Verwaltung 99), ISBN 978-3-205-78633-X7.

Die Aufsatzsammlung „Der Umfang der österreichischen Geschichte“ von Gerald Stourzh beschäftigt sich mit zentralen Fragen der Verfassungs- und Politikgeschichte der Habsburgermonarchie, der ersten österreichischen Republik und der Zweiten Republik. Seit jeher verbindet Gerald Stourzh gekonnt und gelehrt Rechtsgeschichte und allgemeine Geschichte. In seiner Darstellung vereinen sich Europäische Ideengeschichte, Verfassungs- und Verwaltungswirklichkeit sowie Richterrecht als Ersatz für fehlende politische Entscheidungen in der Habsburgermonarchie zu einem detailreichen Epochenportrait. Die Themen des Bandes umfassen Länderautonomie im österreichischen Gesamtstaat, Besonderheiten der Grundrechtsentwicklung und der Verfassungsgarantie nationalitätenpolitischer Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsgerichtsbarkeit und Notstandsgesetze in der Habsburgermonarchie sowie die Außenpolitik des österreichischen Ständestaats und die Neutralitätsverhandlungen der Nachkriegszeit. Ergänzt wird die Auswahl durch werkbiografische Skizzen zu Angelo Ara und Jean Rudolf von Salis. Ein biografischer Essay „Aus der Mappe meines Urgroßvaters“ beschreibt den Werdegang eines Juristen, der als Beamter an unterschiedlichen Orten der Habsburgermonarchie die nationalitätenpolitische Zuspitzung des öffentlichen Lebens miterlebte, und steht in der Nähe zur Forschung über imperiale Biografien.

Viele der in dem Band versammelten Aufsätze beziehen sich auf Stourzh' zum Klassiker gewordenes Werk „Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918“. Eine Re-Lektüre lohnt sich. Hierzu trägt insbesondere der letzte, am stärksten theoretisch grundierte Artikel „The Ethnicizing of Politics and ‚National Indifference‘ in Late Imperial Austria“ bei, der in dem genannten Band zum ersten Mal abgedruckt ist. Mit diesem Aufsatz

² Hier seien neben dem erwähnten „tschechischen“ Positivismus vor allem der Leipziger Positivismus, aber auch allgemein die Wirkungsgeschichte des Herbartianismus in Österreich genannt. Keine dieser Referenzen ist in irgendeiner Form verpflichtend, sie sollen nur vor Augen führen, warum die Verfasserin ihre eigene Kontextualisierung hätte rechtfertigen müssen.

spitzt Stourzh die Ergebnisse seiner bisherigen Forschungen auf ein Paradigma zu: die Ethnisierung der altösterreichischen Politik.¹ Mit seiner Wahl des Begriffs der „Ethnisierung“ geht er implizit auf Distanz zu Interpretationen einer „Nationalisierung“ der Geschichte des ausgehenden Habsburgerreiches. Ethnisierung der Politik setzt bei Stourzh nicht voraus, dass der Zusammenhalt einzelner Gruppen ausschließlich auf nationalen Loyalitäten aufbaut. Zentral ist für seine Forschungen der Einfluss der öffentlichen Gewalt und deren Distinktion zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Stourzh macht den Wandel von einer „non-national constitutional order“² zum multinationalen Imperium daher nicht wie beispielsweise Jeremy King erst um die Jahrhundertwende fest. Denn, so lautet seine Argumentation, der Ethnisierung der Politik ging eine Ethnisierung des Rechts voraus. Bereits im Jahr 1867 führten die Verfassungsgesetze der Monarchie individuelle Grundrechte und die „Gleichberechtigung der Volksstämme“ ein. Zum ersten Mal taucht die Kategorie der Ethnizität im Verfassungsrecht auf. Was ein Volksstamm sei, wie sich Ethnizität bestimmen lasse, darüber verlor das Verfassungsrecht kein Wort. Stourzh hat die Akten des Wiener Reichsgerichts und des Verwaltungsgerichtshofs zu dieser Frage so umfassend wie kein anderer ausgewertet. Der Streit um Sprachenrechte, Zensus und statistische Erhebungen führte schließlich zur Vorstellung, dass jeder Einzelne eine einzige ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit habe. War hierfür zunächst noch der individuelle Wille, wurden später sogenannte „sachliche“ Kriterien wie die Umgangssprache ausschlaggebend. Die Freiheit zur Mehrdeutigkeit und mehrfachen Zugehörigkeiten wurde eingeschränkt. Die Landschaft der politischen Institutionen in den Kronländern gliederte sich nach nationalen Kriterien. Nationale Autonomie wurde zur allgegenwärtigen Forderung und schließlich in Mähren mit dem Ausgleich von 1905, in der Bukovina und in Galizien umgesetzt. Stourzh hat diese Prozesse verschiedentlich beleuchtet. In dem Artikel „Ethnicizing of Politics“ stellt er seinen Ansatz einem neueren Interpretationsmodell von amerikanischen Kollegen gegenüber.

Pieter Judson, Jeremy King, Tara Zahra und andere Forscher zur Geschichte Mittel- und Osteuropas propagieren „national indifference“ als neuen Forschungsbegriff. Sie bezweifeln die Tragfähigkeit von analytischen Mitteln, die nationale Gruppenzugehörigkeiten voraussetzen und betonen. Der theoretische Anspruch dieser Autoren ist hoch. Sie zielen auf eine Historiografie, die das Nationalismusparadigma hinter sich lässt. Zahra zufolge richten sie sich dabei gegen Ansätze der Regional- und Lokalgeschichte, der Grenzlandstudien, der transnationalen Geschichte, aber auch gegen andere begriffliche Zugänge zur Geschichte Mittel- und Osteuropas wie Loyalität, Identifikation oder Selbstwahrnehmung. Sie kritisieren eine Voreingenommenheit dieser Forschungen zugunsten der Nationalismusgeschichte und zugunsten der Darstellung von nationalen Gruppen. Die bisherige Forschung perpetuiert in Zahras Augen den „Völkerkerker“ der Habsburgermonarchie,

¹ Diesen Gedanken hat der Autor bereits in der Robert A. Kann Memorial Lecture im Jahr 1989 entwickelt. *Stourzh*, Gerald: *The Multinational Empire Revisited: Reflections on Late Imperial Austria*. In: *Austrian History Yearbook* 23 (1992) 1-22, hier 18.

² *King*, Jeremy: *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848-1948*. Princeton 2002, 114.

indem sie individuelle Indifferenz gegenüber der Forderung nach nationaler Eindeutigkeit konsequent übersehe. Stourzh' Artikel ist zu weiten Teilen ein Streitgespräch und eine Antwort auf Zahras im „Slavic Review“ veröffentlichten Essay „Imagined Noncommunities. National Indifference as a Category of Analysis“.³

„National indifference“ beschreibt individuelles Verhalten, wie Zahra allerdings selbst kritisch anmerkt, umfasst der Begriff „several different kinds of behaviour“.⁴ Stourzh systematisiert zunächst die verschiedenen Bedeutungsfelder (S. 301-303). Er unterscheidet drei Spielarten von nationaler Indifferenz: das Fehlen eines nationalen Bekenntnisses, nationale Flexibilität bzw. Pragmatik sowie Anti-Nationalismus. Die erste Spielart der „national indifference“ betreffe diejenigen, deren Selbstverständnis nicht auf einer bestimmten nationalen Zugehörigkeit beruht. Alternativ könne etwa die Verbundenheit mit einem Kronland oder die Loyalität gegenüber dem Herrscher im Vordergrund stehen. Eine eher pragmatische Form der nationalen Indifferenz finde sich zweitens bei denjenigen, die in eine andere, sozial und politisch zumeist privilegierte Sprach- und Volksgruppe wechselten. Dies konnte freiwillig oder unter Zwang, aus ökonomischen, sozialen oder familiären Gründen erfolgen. Eine dritte Form nationaler Indifferenz manifestiere sich in der Zurückweisung der alle Lebensbereiche umfassenden Anforderungen der Nationalitäten- und Nationalpolitik, dem Anti-Nationalismus.

Stourzh' Kritik am Begriff der „national indifference“ macht sich an zwei zentralen Punkten fest. In der Forschung zur Habsburgermonarchie wurden seit den achtziger Jahren Fragen nationaler Indifferenz sensibel behandelt und dabei auch auf den steten Wandel nationaler Zugehörigkeiten hingewiesen. Er nennt unter anderen die materialreiche Arbeit von Emil Brix zum österreichischen Zensus, Gary Cohens Buch „The Politics of Ethnic Survival“ sowie das Handbuchprojekt der österreichischen Akademie der Wissenschaften „Die Habsburgermonarchie 1848-1918“. Stourzh bestreitet das Neue des Forschungsbegriffs „nationale Indifferenz“ und weist die Vorwürfe einer nationalen oder gar nationalistischen Voreingenommenheit von Historikern in Mittel- und Osteuropa zurück. In seiner Kritik wird allerdings auch die Differenz der europäischen und der amerikanischen Wissenschaftskulturen spürbar. In beiden war und ist Stourzh akademisch beheimatet. Projekte wie das mehrbändige Unternehmen zur Habsburgermonarchie haben das Verdienst, einen materialreichen Überblick über die Geschichte der Habsburgermonarchie zu liefern. Die verwendeten Quellen belegen dabei Phänomene wie jenes der nationalen Indifferenz. Sie bringen es jedoch nicht auf den Begriff. Die Arbeiten von amerikanischen Historikern sind im Gegensatz dazu thesenfreudiger. Wie Stourzh' Systematisierung des Begriffs der nationalen Indifferenz zeigt, sind sie dabei selbst für denjenigen inspirierend, der ihnen nicht zustimmt.

Stourzh zweiter Einwand wiegt schwerer. Er attestiert der nordamerikanischen Geschichtswissenschaft eine Konzentration auf Nationalismus, „nation-building“

³ Zahra, Tara: Imagined Noncommunities. National Indifference as a Category of Analysis. In: *Slavic Review* 69 (2010) H. 1, 93-119. – Zur Abgrenzung gegenüber anderen Zugängen *ebenda* 94-97, 110-111.

⁴ *Ebenda* 98.

und „imagined communities“. Dieser Einwand trifft auf besondere Weise die Argumentation von Tara Zahra. Zahra verwendet „national indifference“ als historischen Quellenbegriff. Er sei eine Erfindung von Seiten der zeitgenössischen Nationalisten.⁵ Nationale Indifferenz sieht Zahra als die Kehrseite einer ins Totale ausgreifenden National- und Nationalitätenpolitik. Ihren postulierten Anspruch, eine neue Geschichte jenseits der Nationalismusgeschichte zu schreiben, nimmt sie dadurch meines Erachtens zurück. Stourzh fordert in seinem Aufsatz denn auch eine Erweiterung der Perspektive. Frage man wie Zahra nach politischen, kulturellen und sozialen Vergemeinschaftungsprozessen jenseits von nationalen Zugehörigkeiten, so dürfe man bestehende Gemeinschaften nicht außer Acht lassen. Grundlage für politische, kulturelle und soziale Kommunikation sei aber die Sprache: Eine der nationalen Indifferenz vergleichbare linguistische Indifferenz gebe es nicht (S. 206). Stourzh geht davon aus, dass die denkbaren Fälle einer sprachlichen Indifferenz wie der in Budějovice/Budweis praktizierte Bilingualismus zu den absoluten Ausnahmefällen in der Geschichte der Habsburgermonarchie zählen. Allerdings führt Zahra weitere Beispiele aus Städten in Böhmen und Oberschlesien an, die auf völkerrechtlicher Ebene schließlich zu einer teilweisen Anerkennung individueller Zweisprachigkeit führten.⁶ Wenngleich die Unmöglichkeit linguistischer Indifferenz demnach nicht ganz so offensichtlich ist, wie Stourzh annimmt, liefert die Sprachgeschichte von Sprachgebrauch, Mehrsprachigkeit und deren sozialen und politischen Implikationen doch wertvolle Ergänzungen und Hinweise auch für das Verständnis nationaler Indifferenz.

Stourzh und Zahra stimmen darin überein, dass die Möglichkeit nationaler Indifferenz dort aufhört, wo eine politische und rechtliche Ordnung errichtet wird, die auf der Zugehörigkeit des Einzelnen zu bestimmten als national definierten Kollektiven aufbaut. Stourzh zeigt mit seinen verfassungs- und strukturhistorischen Studien zum späten 19. Jahrhundert, dass Spielraum und Möglichkeit nationaler Mehrdeutigkeit schwanden. Seine Forschung steckt den kleiner werdenden Rahmen ab, in dem sich nationale Indifferenz entfalten konnte. Ist man wie Stourzh an der Geschichte dieses Rahmens interessiert, also an der Geschichte der altösterreichischen Staatlichkeit, kann man diese nur als Geschichte der – allerdings nicht notwendig nationalen – Differenz schreiben.

München

Jana Osterkamp

Kostrbová, Lucie / Ifkovits, Kurt / Doubek, Vratislav: Die Wiener Wochenschrift Die Zeit (1894-1904) als Mittler zwischen der Tschechischen und Wiener Moderne.

Masarykův ústav a Archiv AV ČR, Österreichisches Theatermuseum, Praha, Wien 2011, 502 S., ISBN 978-80-86495-72-9.

Die literarischen europäischen „Modernen“ rücken seit einiger Zeit in einen neuen Fokus. Nach dem Abklingen nationalgeschichtlich gestützter Entwicklungsmodelle

⁵ *Ebenda* 93, 105 f.

⁶ *Ebenda* 105-107.

werden Vernetzung, wechselseitige Beeinflussung und Transferleistungen der einzelnen kulturellen Zentren verstärkt untersucht. Hier knüpft der vorliegende Band an, wie die Autoren/Herausgeber einleitend schreiben. Als Ergebnis eines tschechisch-österreichischen Forschungsprojekts umfasst er Studien der Herausgeber, eine Dokumentation wichtiger Artikel der „Zeit“, eine Edition meist unveröffentlichter Quellen (Korrespondenz der wichtigsten Beteiligten ergänzt um zwei Erinnerungen) sowie eine ausführliche Bibliografie aller in der „Zeit“ erschienenen *Bohemia*. Kurzbiografien ihrer Mitarbeiter und ein Register, das alle im vorderen Teil gedruckten Texte umfasst, runden den Band ab.

Alle drei Herausgeber sind auf den involvierten Forschungsfeldern entweder schon einschlägig aktiv gewesen oder haben seit der Veröffentlichung des vorliegenden Bandes Detailstudien vorgelegt, die einige der hier nur angerissenen Themen vertiefen: Kurt Ifkovits als Fachmann für Leben und Werk Hermann Bahrs, Lucie Kostrbová als Expertin für die Tschechische Moderne im Allgemeinen und J. S. Machar im Besonderen, Vratislav Doubek schließlich als Kenner der tschechischen politischen Szene der 1890er Jahre mit einem Schwerpunkt auf dem Wirken Masaryks und der mit diesem assoziierten Realisten.

Die Einleitung von Kostrbová und Ifkovits führt in den Forschungsstand ein und formuliert einige prägnante Fragestellungen. Bestimmend ist hier ein Begriff von Kulturtransfer, der nicht zwischen statischen Einheiten vermitteln will, sondern Diskontinuitäten betont, dabei aber auch die Intentionen der jeweiligen Vermittler und Vermittelten berücksichtigt (S. 11 f.). Der Untersuchungsgegenstand, „Die Zeit“, und seine Behandlung fügen sich in dieses Konzept nahtlos ein. Für einige Jahre konnte die Wochenschrift tatsächlich eine einzigartige Mittlerposition zwischen Wiener und tschechischer Moderne einnehmen. Dass sowohl diese Position wie auch die Zusammenarbeit der Protagonisten auf beiden Seiten äußerst flüchtig waren, macht diese Phase umso interessanter.

In drei Studien beleuchten die Herausgeber das Phänomen der „Zeit“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Allen dreien ist hoch anzurechnen, dass sie einen Teil der in diesem Band veröffentlichten Quellen kunstvoll einarbeiten, zugleich aber auf weitere, zum großen Teil auch unveröffentlichte Bestände ausgreifen. So entsteht ein dichtes Geflecht einander überlagernder Perspektiven. Es mag dem Vorhaben geschuldet sein, den bislang dominierenden zentralistischen Wiener Blick zu unterlaufen, dass Quellenauswahl und -deutung sehr stark im tschechischen Kontext verankert sind. Das stört aber nicht, im Gegenteil, wird durch die Übersetzung ausgewählter Korrespondenz doch hoffentlich ein breiter Leserkreis erschlossen.¹ Die Qualität der drei Studien rechtfertigt es auch, sie zum Gegenstand der Rezension zu machen.

In der ersten der drei Studien verortet Vratislav Doubek die „Zeit“ im tschechischen intellektuellen Milieu, konkret in der Gruppe der Realisten um T. G. Masaryk. Doubek argumentiert, dass die „Zeit“ für eine kurze Zeitspanne noch einmal eine „letzte österreichische Vision“ schaffen konnte. Eng damit verbunden war der Ver-

¹ Die tschechische Korrespondenz ist jeweils im Original mit nachfolgender Übersetzung ins Deutsche abgedruckt.

such, eine gesamtösterreichische bürgerlich-intellektuelle Partei zu gründen, der sowohl den Herausgebern der *Zeit*, als auch ihrem Wiener Korrespondenten Machar vielversprechend erschien (S. 52-54). Auch die Pläne Masaryks, sich nach der Rückgabe seines Reichsratsmandates wieder politisch zu betätigen, schienen dem entgegenzuwirken. Diese Pläne waren wohl – so Doubek – von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Einzig der in Wien relativ isolierte Machar hielt einige Zeit daran fest und war dabei ironischerweise seinen Wiener Partnern Singer und Kanner in ihrer eingeschränkten Perspektive auf die politischen Verhältnisse in Prag verwandt. Die „*Zeit*“ blieb letztlich für ihre tschechischen Mitarbeiter zuvorderst eine deutschsprachige Tribüne mit großer Reichweite, nicht mehr und nicht weniger (S. 57).

Lucie Kostrbová verortet in ihrem Beitrag die tschechische Moderne ebenfalls im „realistischen“ Milieu, unterstreicht aber eher deren literarische und ästhetische Ziele. Dennoch wird deutlich, dass die gesamte Moderne und die von ihren Trägern beklagte krisenhafte Lage einer veränderten Wahrnehmung von Entwicklungen in Literatur, Wissenschaft und Politik geschuldet waren (S. 60). Kostrbová betont die einzigartige Stellung der „*Zeit*“ angesichts der Tatsache, dass die tschechische Moderne ihre Impulse ansonsten eben nicht aus Wien empfing und auch nicht empfangen wollte (S. 78). So leuchtet auch ein, dass die Verbindung nach Wien gerade kein allgemeines Phänomen der tschechischen Moderne war, sondern vor allem half, die Vorstellungen einer bestimmten Gruppe zu kommunizieren. T. G. Masaryk, J. S. Machar und F. V. Krejčí bildeten ein nahezu kongeniales Netzwerk, das eine sehr bestimmte Auffassung von Moderne über die „*Zeit*“ in die Öffentlichkeit brachte (S. 85-88). Dabei diente die deutschsprachige „*Zeit*“ oft als externe Referenz inner-tschechischer Debatten, die dann in den tschechischen modernistischen Zeitschriften aufgegriffen wurden. Machar fungierte durch seine Wiener Position fast als eine Art Pfortner, der nicht genehmen Publizisten den Zugang zur Öffentlichkeit der „*Zeit*“ verwehrte.

Kostrbová zeigt auch die verschiedenen Ebenen der Rezeption in Wien und Prag: Krejčís Beschreibung der literarischen Moderne löste in der tschechischen Öffentlichkeit die zu erwartende Debatte aus, war sie doch gleichermaßen Programm wie Kritik (S. 86). Zugleich lieferten solche Artikel dem Herausgeber und bis 1899 publizistischen Leiter der „*Zeit*“, Hermann Bahr, das symbolische Kapital, aus dem er sein junges Österreich zu bilden gedachte.² Kurt Ifkovits zeigt, dass, nicht anders als die tschechische Seite, auch die Wiener ein dezidiertes Distinktionsinteresse hatte, das die „*Zeit*“ durch ihre besondere Stellung vorübergehend befriedigen konnte. Nutzten Krejčí und seine Mitstreiter die publizistische Macht für die Etablierung einer bestimmten Spielart der Moderne innerhalb der tschechischen Debatten, so wollte Bahr sich vor allem von Berlin und den dortigen Strömungen abgrenzen (S. 98). Getreu den von Bahr formulierten Leitworten einer österreichischen Moderne, die unter anderem Österreich als Teil einer europäischen Vision beschrieben, lieferten die Einblicke aus dem tschechischen Milieu die verlangte Differenzierung.

Diese Vorstellungen waren in mancher Hinsicht kompatibel, oft widersprüchlich und fast nie übereinstimmend. Herausgearbeitet zu haben, wie diese sich über-

² Der Artikel ist im hinteren Teil des Bandes abgedruckt.

lagernden Deutungen ineinander griffen, wie sie funktionierten, woran sie aber auch scheiterten, ist ein großes Verdienst der Herausgeber. Darüber hinaus erlaubt die Auswahl der Quellen, die Argumentation nachzuvollziehen, liefert aber auch Material, das als Grundlage für weitere Studien dienen kann. Auch die Korrespondenz, vor allem zwischen Machar, Krejčí und Masaryk, aber auch Bahr lassen das publizistische Netzwerk um die „Zeit“ plastisch erkennen und die Intentionen der Verfasser kritisch einordnen. Man darf noch erwähnen, dass die Edition auch allen formalen Ansprüchen vollauf genügt. Der umfangreiche Anhang, in dem das sorgfältige Register sowie die erwähnte Bibliografie hervorstechen, schließt ein Werk ab, das Standards setzt.

Prag/München

Johannes Gleixner

Herzog, Markwart/Weigl, Huberta (Hgg.): Mitteleuropäische Klöster der Barockzeit. Vergegenwärtigung monastischer Vergangenheit in Wort und Bild.

UKV Verlagsgesellschaft, Konstanz 2011, 399 S., zahlr. Abb., (Irseer Schriften. Studien zur Wirtschafts-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte N.F. 5), ISBN 978-3-86764-189-0, ISSN 1619-3113.

Die „Schwabenakademie Irsee“ hat dem Thema „Klosterbarock“ bereits zwei Tagungen gewidmet und deren Ergebnisse in umfangreichen Tagungsbänden vorgelegt. In dem aus einem Kolloquium im Jahr 1999 erwachsenen und 2002 unter dem Titel „Himmel auf Erden oder Teufelsbauwurm? Wirtschaftliche und soziale Grundlagen des süddeutschen Klosterbarock“ erschienenen ersten Band stand die Frage nach der Kunstförderung und dem „Bauboom“ in süddeutschen Klöstern im 18. Jahrhundert im Mittelpunkt.¹ Der nun vorliegende zweite Band enthält die überarbeiteten Referate der 2006 unter dem Titel „Barocke Klöster in Mitteleuropa. Visualisierung monastischer Vergangenheit in Wissenschaft und Kunst“ veranstalteten Tagung sowie eine Reihe weiterer einschlägiger Beiträge.

Die 16 Aufsätze des zweiten Bandes betreffen vornehmlich Klöster in Altbayern, Österreich, Böhmen, Schwaben und in der Schweiz, vereinzelt auch in Franken und am Mittelrhein; nach der Ordenszugehörigkeit handelt es sich dabei vor allem um Stifte und Klöster der Benediktiner und Zisterzienser sowie der Augustiner-Chorherren und der Kreuzherren mit dem roten Stern; in einem Beitrag werden auch die Wilhelmiten in die Betrachtung einbezogen. Gegenstand der Untersuchungen sind die Stifterbilder, Gründungsurkunden und -legenden, die Geschichtsschreibung und die Beschäftigung mit den Wissenschaften, Historienbilder und Freskenzyklen, Schriftstellerlexika und Porträtgalerien, die Sorge um die Überlieferung der Ordensregel und die Geschichte der Ordensheiligen und Klosterangehörigen sowie die Restaurierung und Barockisierung der aus dem Mittelalter überkommenen Klosteranlagen.

Mit Blick auf die Ausrichtung der „Bohemia“ soll auf drei die Geschichte böhmischer Klöster in der Barockzeit betreffende Beiträge näher eingegangen werden:

¹ Besprochen u. a. von *Karsten*, Arne: www.sehepunkte.de/2002/12/1433.html (letzter Zugriff 01.05.2012).

Štěpán Vácha und Martin Mádl (Prag) behandeln unter dem Titel „Geschichte im Bild“ die Freskenausstattung im Konventgebäude des westböhmisches Zisterzienserklosters Plaß (Plasy) (S. 183-200). Die 1144/45 gegründete und von Langheim in Oberfranken besiedelte Zisterze wurde im Zug der hussitischen Revolution 1420 schwer beschädigt und im Lauf des 16. und frühen 17. Jahrhunderts wiederhergestellt. Unter Abt Eugen Tyttl (1699-1738) entstand ab 1710 ein neuer vierflügeliger, dreigeschossiger Konventbau, der nach Tyttls Konzept in den Jahren 1720-1737 (mit Ergänzungen im Jahr 1783) von Jakob Anton Pink, Franz Anton Müller und Josef Kramolin in qualitätvoller Weise freskiert wurde. Von dem umfangreichen Zyklus werden im vorliegenden Beitrag die Fresken im Umgang des ersten Geschosses und im Kapitelsaal analysiert. Sie zeigen legendenhafte mariologische Szenen sowie Darstellungen historisch belegter päpstlicher Schenkungen an den Zisterzienserorden. Vergleichbare ikonografische Verbindungen von historisch verbürgten Ereignissen der Ordensgeschichte mit legendären Szenen begegnen uns in Zisterzienserkirchen in Deutschland und Österreich mehrfach (so in Waldsassen, Fürstenfeld, Schlierbach oder Baumgartenberg), sie erreichen aber nach dem Urteil der beiden Verfasser nicht die künstlerische und inhaltliche Qualität des Zyklus in Plaß.

Der Beitrag von Anett Matl (Fulda) „Zum immerwährenden süßen Andencken des lieben Alterthums“ gilt der Barockisierung des 1192/93 gegründeten und von Waldsassen aus besiedelten Zisterzienserklosters Ossegg (Osek) am Fuß des Erzgebirges zu Beginn des 18. Jahrhunderts (S. 367-386). Wie Plaß erlitt auch Ossegg in der hussitischen Revolution schwere Schäden (1421). Nach dem Verlust zahlreicher Untertanen und Güter in der Zeit der Reformation wurde das Kloster 1580 aufgelöst; die verbliebenen Besitzungen wurden dem Tafelgut des Prager Erzbischofs eingegliedert. Das im Auftrag Kaiser Ferdinands II. durch Erzbischof Ernst Albrecht Graf von Harrach 1626 restituierte Kloster stieg ab der Mitte des 17. Jahrhunderts unter den Äbten Laurentius Scipio (1650-1691) und Benedikt Simon Littwerig (1691-1723) zu neuem Glanz auf. Bei den unter letzterem errichteten Neubauten sollten die erhaltenen mittelalterlichen Bauteile (Kapitelsaal, Kreuzgang, Refektorium) – wie der Ossegger Geschichtsschreiber Augustinus Sartorius (1663-1723) in seinem berühmten Werk „Verteutschtes Cistercium bistertium“ (Prag 1708) schreibt – „zum immerwährenden Andencken des lieben Alterthums und [der] werthesten Stifter unverruckt in ihrem alten Weesen gelassen werden“ (S. 371). Die behutsam erfolgte Barockisierung und die Einrichtung besonderer Orte der Erinnerung an die Kloster- und Ordensgeschichte im Klausurbereich lassen nach Matl „auf ein ausgeprägtes historisches Interesse des Ossegger Konvents schließen“ (S. 381), auf welches sie im folgenden Abschnitt unter Berufung auf Sartorius noch näher eingeht (S. 381-384). Die beiden Beiträge zeigen exemplarisch das als Folge der Umwälzungen nach der Schlacht am Weißen Berg einsetzende Bemühen innerhalb des Zisterzienserordens in Böhmen, durch Einbeziehen erhaltener Reste mittelalterlicher Bauten und den Rückgriff auf die frühen Quellen zur Geschichte ihrer Klöster an deren Glanzzeit vor der hussitischen Revolution anzuknüpfen, um damit ihre besondere Bedeutung innerhalb des eigenen Ordensgefüges und gegenüber anderen Orden sichtbar werden zu lassen.

Auch im Beitrag von Arkadiusz Wojtyła (Breslau) „Jerusalem oder Prag? Traditionsstiftung bei den Kreuzherren mit dem roten Stern“ geht es um die Standortbestimmung eines Klosters bzw. des gesamten Ordens in der Barockzeit (S. 269-290). Dieser hat sich schrittweise aus einer von der hl. Agnes von Böhmen, der Tochter des Böhmenkönigs Ottokar I., in den dreißiger Jahren des 13. Jahrhunderts begründeten laikalen Hospitalbruderschaft zum späteren Priester- und Seelsorgeorden und weiterhin zum ritterlichen Kreuzherrenorden mit zwei Zweigen, dem böhmischen und dem schlesisch-polnischen, entwickelt. Bereits im 16. Jahrhundert wurde im Orden selbst die Frage nach dem Ursprung des Ordens in Palästina gestellt, die seit dem Ende des 17. Jahrhunderts in einer Reihe gegensätzlicher Traktate eingehend abgehandelt wurde. Gegenüber dem im Prager Konvent wirkenden Geschichtsschreiber Jan Beckovský (1658-1725), der für die Entstehung des Ordens in Bethlehem und eine in die Zeit der Apostel und des Papstes Cletus zurückreichende, 800 Jahre dauernde Geschichte eintrat, setzte sich der Breslauer Ordensmeister Michael Joseph Fibiger († 1712) für die Entstehung in Böhmen im 13. Jahrhundert ein. Nach knappen Ausführungen über die Anfänge des Ordens und die Auseinandersetzungen um dessen Wurzeln geht Wojtyła auf die Bestrebungen um die Erhöhung des Ordens durch intensive Bildpropaganda bei den Kreuzherrenkirchen St. Georg zu Hloubětín bei Prag, Maria Kulm (Chlum Svaté Maří) in Nordwestböhmen, in Pöltzenberg (Hradiště Svatého Hypolita) bei Znaim (Znojmo) in Südmähren, im Matthiasstift zu Breslau (Wrocław) sowie am Schloss zu Deutsch Lissa (Leśnica) bei Breslau in der Barockzeit ein.

Auf Grund der einschlägigen Artikel zu den in dem Band behandelten böhmischen Klöstern in der von Pavel Vlček, Petr Sommer und Dušan Foltýn herausgegebenen „Encyklopedie českých klášterů“ (Praha 1997) hätten sich die Angaben an einzelnen Stellen noch ergänzen lassen. Doch zeichnen den lesenswerten Band Interdisziplinarität und Quellennähe der Beiträge – darauf hat schon Katja Hillebrand in ihrer Besprechung hingewiesen² – in ganz besonderer Weise aus.

Erlangen

Franz Machilek

Šimeček, Zdeněk: *Knižní obchod v Brně od sklonku 15. do konce 18. století [Der Buchhandel in Brünn vom ausgehenden 15. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts]*.

Statutární město Brno, Archiv města Brna, Brno 2011, 498 S., 57 Abb., deutsche Zusammenfassung (Brno v minulosti a dnes, Supplementum 13), ISBN 978-80-86736-23-5.

Als 1854 der verdienstvolle Brünner Forscher und Politiker Christian Ritter d'Elvert (1803-1896) seine „Geschichte des Bücher- und Steindruckes, des Buchhandels, der Bücher-Censur und der periodischen Literatur, so wie Nachträge zur Geschichte der historischen Literatur in Mähren und Oesterreich-Schlesien“ abschloss,¹ bemerkte er nicht ohne Befriedigung, dass es in Zukunft auf diesem Gebiet wohl nichts mehr

² Vgl. www.sehepunkte.de/2011/11/16639.html (letzter Zugriff 01.05.2012).

¹ d'Elvert, Christian Ritter: *Geschichte des Bücher- und Steindruckes, des Buchhandels, der Bücher-Censur und der periodischen Literatur, so wie Nachträge zur Geschichte der historischen Literatur in Mähren und Oesterreich-Schlesien*. Brünn 1854.

zu entdecken geben werde. Er hat sich geirrt. Fast 160 Jahre später ist ein Buch erschienen, das zumindest für die Geschichte des Buchhandels in Brünn und darüber hinaus vor 1800 reichlich Neues zu bieten hat.

Der Autor Zdeněk Šimeček gilt seit Jahrzehnten als ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet des Druckerei-, Buchhandels- und Zeitungswesens Böhmens und Mährens und hat sich auch im deutschsprachigen Raum einen Namen gemacht.² Seine nun vorliegende Publikation über die ersten drei Jahrhunderte der Geschichte des Brünner Buchhandels ist die Frucht einer langen Forschertätigkeit, die 1976 in dem Erscheinen einer Bibliografie der Brünner Zeitungen und Zeitschriften bis 1975 ihren ersten Niederschlag fand.³

Šimeček greift bei seiner Darstellung auf einen reichen Fundus an Archivalien zurück. Es handelt sich vor allem um Bestände aus dem Mährischen Landesarchiv (Moravský zemský archiv) und dem Stadtarchiv Brünn (Archiv města Brna), aber auch aus dem Prager Nationalarchiv (Národní archiv), dem Landesarchiv Troppau (Zemský archiv v Opavě), dem Staatlichen Bezirksarchiv Olmütz (Státní Okresní archiv v Olomouci), dem Wojewodschafts- und Stadtarchiv Breslau (Archiwum wojewódstwa i miasta we Wrocławiu), dem Oberösterreichischen Landesarchiv Linz, dem Stadt- und Landesarchiv Wien sowie dem Österreichischen Staatsarchiv Wien.

Die erste Druckerei in Brünn ist für das Jahr 1486 nachgewiesen: Konrad Stahel druckte mit seinem Helfer Matthias Preinlein in der Stadt die „Agenda Olomucensis“.⁴ Um diese Zeit (1480-1503) gab es in Brünn bereits eine erste Buchhandelsniederlage des Peter Drach aus Speyer, der auch in Prag, Brüx (Most), Kuttenberg (Kutná Hora), Iglau (Jihlava) und Olmütz (Olomouc) tätig war. Die ersten Buchlieferungen nach Brünn waren an den Buchhändler Johann Schmiedhoffer gerichtet, der in Leipzig in Drachs Diensten stand und den Buchhandel mit Böhmen organisierte. Weitere größere Sendungen sind für 1486 archivalisch belegt. Schmiedhoffer reiste von Leipzig aus zu Brünner Märkten. In der Folgezeit waren die Wiener Verleger und Buchhändler Leonhard und Lukas Allantsee in Brünn aktiv und legten den Grundstein zu einer bis zum Ende der Monarchie währenden engen Bindung an den dortigen Buchmarkt.

Für die folgende Zeit kennen wir keine Buchhändler und auch keine Buchdrucker in den Brünner Quellen, was aber nicht bedeutet, dass kein Buchmarkt existierte. Šimeček fand Verzeichnisse von Büchern aus dem Ausland, deren Verkauf erlaubt war. Die nächste Druckerei existierte in Olmütz, für den Absatz ihrer Produktion sorgten in der Stadt Buchbinder.

² Šimeček, Zdeněk: Geschichte des Buchhandels in Tschechien und in der Slowakei. Wiesbaden 2002. – In jüngster Zeit erschien: Šimeček, Zdeněk: Počátky novinového zpravodajství a novin v českých zemích (Do devadesátých let 18. století) [Die Anfänge der Zeitungsberichterstattung und der Zeitungen in den böhmischen Ländern (Bis in die neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts)]. Brno 2011.

³ Kubiček, Jaromír/Šimeček, Zdeněk: Brněnské noviny a časopisy od doby nejstarší až do roku 1975. [Brünner Zeitungen und Zeitschriften von der ältesten Zeit bis zum Jahr 1975] Brno 1976.

⁴ Vgl. Dokoupil, Vladislav: Počátky brněnského knihtisku. Prvotisky [Die Anfänge des Brünner Buchdrucks. Wiegendrucke]. Brno 1974.

1667 kam aus Bayern Johann Hueber, ein Kaufmann, der auch Bücher im Sortiment hatte. Er wurde bürgerlicher Buchhändler und arbeitete mit Johann Ziegler aus Nürnberg zusammen, mit dem er gemeinsame Angebotskataloge drucken ließ.

Für das 18. Jahrhundert stehen dem Autor mehr Quellen zur Verfügung. Nun hießen die (allesamt zugezogenen) Buchhändler Johann Georg Muffat, Georg Lehmann, Johann Paul Krauss oder Matthias Wagner. 1740-1772 betrieben Friedrich Matthias Obladen und Karl Franz Locatelli den Buchhandel in der mährischen Metropole. Sie hatten Beziehungen zum deutschen und französischen Buchmarkt, ihre Hauptkundschaft fanden sie im Adel. Alles in allem scheint jedoch der Buchhandel wohl finanziell wenig interessant gewesen zu sein, was auch an der langen vergeblichen Suche nach einem Nachfolger Locatellis deutlich wird.

Eine entscheidende Neuerung brachte die Buchhändlerordnung von 1772, mit der die Regierung die Bedeutung des Buchhandels würdigte. Allerdings diente sie zugleich auch den sich verstärkenden Zensurbestrebungen. Für diese Zeit kann Šimeček auch den Buchhandel in anderen Städten Mährens beobachten, in Olmütz, Troppau (Opava) und Nikolsburg (Mikulov). Interessant sind auch seine Bemerkungen zum Sortiment, das natürlich von gut verkäuflicher volkstümlicher Lektüre dominiert war, aber auch anspruchsvollere Titel umfasste. Die Bücher waren in der weit überwiegenden Zahl in Deutsch verfasst, es wurden jedoch auch tschechischsprachige Publikationen angeboten und verkauft.

Das Buch wird mit einem Exkurs zum Handel mit hebräischen Drucken im 18. Jahrhundert abgerundet. Über dieses Spezialgebiet gibt es bisher nur wenige Veröffentlichungen. Umso verdienstvoller sind Šimečeks neue Erkenntnisse. Schon im dritten Kapitel streift der Autor die Rolle jüdischer Krämer und Hausierer für die Buchdistribution. Erwähnt werden auch der Neophyht Josef Ptinský (oder Pdinský) aus Eiwanowitz (Ivanovice na Hané), der in Wischau (Vyškov) ein Buchlager besaß, und der antijüdische „Bestseller“ der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus der Feder des Elias Liborius Roblík, Dekan in Großmeseritsch (Velké Meziříčí), „Jüdische Augen-Gläser“.⁵ In seinem Exkurs geht der Autor auf die Existenz früher jüdischer Druckereien in Mähren ein, über die wir nur geringe Kenntnisse haben, etwa in Proßnitz (Prostějov) um 1600 oder mit einem wohl nie realisierten Projekt auf der Herrschaft Austerlitz (Slavkov).⁶ Zentrum des jüdischen Buchhandels war ursprünglich – sicher nicht ohne Unterstützung der Dietrichsteinschen Herrschaft – Nikolsburg, wohin Anfang des 18. Jahrhunderts hebräische Bücher aus Prag und Schlesien gelangten. Über Nikolsburg lief auch in größerem Umfang der Handel mit unzensierten hebräischen Büchern, die fast selbstverständlich auch auf Brüner Märkten verkauft wurden. Der Handel mit einheimischen Drucken ist erst 1750

⁵ *Roblík*, Elias Liborius: Jüdische Augen-Gläser. Das ist Ein- in Zwey Theil verfasstes, und denen Juden zur Erkenntnuß des wahren Glaubens vorgestelltes Buch [...]. Brünn: Maria Barb[ara] Swoboda 1741; Znaim: Anton Joh[ann] Preyß 21743; Königgrätz: Wentzl Johann Tibelli 1743.

⁶ Hier wäre noch ein Beitrag des Rezensenten in der Bibliografie zu ergänzen: *Teufel*, Helmut: Gersonidové na Moravě [Gersoniden in Mähren]. In: *Židé na Moravě* [Juden in Mähren] 1 (1994) 63-66.

belegt, als die Hofämter beschlossen, eine hebräische Druckerei für Mähren und Österreichisch-Schlesien einzurichten. Den Zuschlag erhielt der Brünner Bürger und Kaffeehausbesitzer Josef Franz Neumann, der 1753 privilegiert wurde. Neumanns Witwe Anna Franziska verlegte die Druckerei nach Nikolsburg, 1777 erneut nach Brünn. Die Neumannsche Druckerei und ihre Nachfolger produzierten und vertrieben ein breites Angebot für Christen und Juden, wobei jüdische Drucke in Mähren immer wieder Opfer der Zensur wurden.

Die Publikation entspricht auch äußerlich dem Stoff. Sie ist typografisch gut gemacht, in quadratischem Format, ausgestattet mit reichem Bildmaterial – wobei sich der Leser die Bildlegenden leider aus dem separaten Abbildungsverzeichnis zusammensuchen muss –, Quellen- und Literaturverzeichnis, umfangreicher deutscher Zusammenfassung, Namens- und Ortsregister sowie einer Bibliografie der Werke des Autors aus den Jahren 1952 bis 2009.

Zwei kleine Anmerkungen zum Schluss: Im Literaturverzeichnis taucht zweimal ein Daniel Kocman auf. Zweifellos handelt es sich aber um Pavel Kocman. Auf S. 420, dritte Zeile von oben, ist Förd (Förth) sicher Fürth bei Nürnberg.

Großostheim

Helmut Teufel

Šmahel, František: Život a dílo Jeronýma Pražského. Zpráva o výzkumu [Leben und Werk des Hieronymus von Prag. Ein Forschungsbericht].

Argo, Praha 2010, 392 S., ISBN 978-80-257-0269-7.

Als František Šmahel 1966 seine Biografie des Hieronymus von Prag einem breiten Leserkreis übergab, sah er sie als eine Vorarbeit zu einem wissenschaftlichen Werk über den böhmischen Philosophen und „Nonkonformisten“ an. Vier Jahrzehnte später ist Hieronymus immer noch Šmahels Lieblingsfigur in der Geschichte des frühen Hussitismus und er legt ein neues Buch zu dieser vor, das er selbst nahezu entschuldigend als „Forschungsbericht“ bezeichnet (S. 15). Zu einer captatio benevolentiae gibt es jedoch keinen Grund. Obgleich im vorliegenden Buch die größeren historischen Zusammenhänge zugunsten detaillierter Quellenanalysen und biografischer Teilstudien in den Hintergrund treten, bietet es eine gut lesbare Lebensschilderung des Haupthelden, eine wertvolle Einführung in dessen Philosophie sowie materialreiche Quellen- und Literaturverzeichnisse. Damit fasst es die Ergebnisse einer Auseinandersetzung mit dem Thema zusammen. Da Šmahel zusammen mit Gabriel Silagi im selben Jahr auch eine komplette kritische Edition von Hieronymus' Schriften vorbereitet hatte,¹ stellt er die Hussitismus-Forschung sowie die Geschichte der spätmittelalterlichen Philosophie in puncto Hieronymus auf eine neue, solide Grundlage.

Der erste Teil des Buches (S. 15-89) schildert den Lebenslauf des Hieronymus von Prag, der in 16 kurze Kapitel gegliedert ist. Ab Kapitel 3 handelt es sich im Wesentlichen um die tschechische Fassung der im „Corpus christianorum“ auf

¹ Šmahel, František/Silagi, Gabriel (Hgg.): *Magistri Hieronymi de Praga Quaestiones, polemica, epistulae*. Turnhout 2010 (Corpus christianorum. Continuatio mediaevalis 222).

Deutsch abgedruckten Einleitung. Die ersten zwei Abschnitte, die die Anfänge von Hieronymus' Leben und Studium untersuchen, schöpfen aus einer früheren Studie.² Offensichtlich regte die detaillierte, minuziöse Bearbeitung der Biografie aufgrund von Quellenmangel mitunter zu hypothetischen Lösungen an, die aber vom Autor stets als solche kenntlich gemacht sind. So bleibt die Vermutung, der Vater von Hieronymus könnte mit dem Prager Bürger Václav Češř identisch gewesen sein (S. 18), bloße Spekulation, ähnlich wie der Versuch, die Verwaltung der Studienstiftung von Adalbert Ranconis den Domherren abzusprechen (S. 24). Doch führen gerade detaillierte Überlegungen dieser Art zu wertvollen Ergebnissen, etwa wenn Šmahel gegenüber der älteren Forschung überzeugend die Reihenfolge von Hieronymus' Immatrikulationen in Köln und Heidelberg umdreht (S. 30 f.).

Die Biografie wird von drei Exkursen begleitet. Der erste behandelt die verlorenen Akten des Konstanzer Prozesses gegen Hieronymus, der zweite seine Pilgerfahrt nach Jerusalem und der dritte die Konstanzer Polemik gegen Hieronymus über die Slawen und Germanen aus der Feder Dietrichs von Niem. Zwei dieser Exkurse wurden dem internationalen Publikum schon zuvor auf Deutsch bzw. Englisch zur Verfügung gestellt.³ Der dritte stellt einen Versuch dar, Hieronymus' Besuch im Heiligen Land näher zu datieren, wobei Šmahel zu der Auffassung neigt, dass dieser in den Jahren 1407-1408 stattgefunden hat; seine weiteren Ausführungen bleiben „vom Spinnewebe der Hypothesen bedeckt“ (S. 107). Trotzdem bietet Šmahel eine außerordentlich wertvolle Zusammenstellung von Quellenbelegen zu böhmischen Jerusalem-pilgern um 1400. Zu der Äußerung von Jan Hus, viele seiner Zuhörer seien 1407 in Rom und Jerusalem gewesen, bemerkt Šmahel abermals, dass diese Pilger keine Spur in den Quellen hinterlassen haben (S. 101 und 102). Die Erklärung verbirgt sich meiner Meinung nach im Verständnis von Hussens Zitat. Er verteidigt sich hier gegen den Vorwurf, er habe gegen die kirchlichen Beschlüsse „vor allen Menschen“ gepredigt (*coram omni multitudine populi*).⁴ Da nimmt er die Ankläger beim Wort und sagt, er habe nicht zu allen Menschen gesprochen, da er z.B. den Einwohnern von Rom oder Jerusalem nicht gepredigt habe. Der Satz ist also nicht als ein Hinweis auf die Reise einer Schar seiner Zuhörer zu den heiligen Stätten zu lesen.

Der zweite Teil des Bandes ist als „Prolegomena zum Prager Streit über die *universalia realia*“ betitelt. Der Universalienstreit um 1400 gilt als zentrales Problem der

² Šmahel, František: Drobné otázky a záhady v studentském životě mistra Jeronýma Pražského [Kleinere Fragen und Rätsel im Studentenleben des Magister Hieronymus von Prag]. In: *Český časopis historický* 106 (2008) H. 1, 1-18.

³ Šmahel, František: Polemik über die kulturelle und andere Überlegenheit der Tschechen und Deutschen auf dem Konstanzer Konzil. In: *Pešek, Jiří/Vorel, Petr* (Hgg.): Neue tschechische Interpretationen der Fragen des tschechisch-deutschen Zusammenlebens. Magdeburg 2011, 9-20. – Šmahel, František: The Acta of the Constance Trial of Master Jerome of Prague. In: *Barr, Helen/Hutchison, Ann M.* (Hgg.): *Text and Controversy from Wyclif to Bale. Essays in Honour of Anne Hudson*. Turnhour 2005, 323-334 (tschechisch bereits in: *Studie o rukopisech* 24 (2001) 85-96).

⁴ *Novotný, Václav* (Hg.): *M. Jana Husi Korespondence a dokumenty* [Die Korrespondenz und Dokumente des Magister Jan Hus]. Praha 1920, 31.

Geschichte der mittelalterlichen Philosophie in Böhmen, er erfreut sich in letzter Zeit einer erneuten Aufmerksamkeit der Forscher und Editoren.⁵ František Šmahel bietet eine breit gefasste Einführung in die Problematik von den frühen Aristoteles-Kommentaren bis zu Hieronymus und seinen Kollegen, allen voran Hus und Pálec (S. 161-238). Das ist eine große Leistung, läuft doch jeder Versuch einer zugänglichen Schilderung der Themen der mittelalterlichen Philosophie Gefahr, für Fachleute zu vereinfacht und für Laien zu kompliziert auszufallen. Der Abschnitt über Hieronymus' Bibliothek und die von ihm zitierten Quellen bildet schon einen Übergang zum dritten Teil, dem Werkverzeichnis von Hieronymus. Für Šmahel bildete das weitgehende Fehlen der bekannten Werke des berühmten Magisters den ersten Impuls, sich der Handschriftenforschung zu widmen (S. 11), nun legt er die Ergebnisse dieser Arbeit vor. Das Verzeichnis in der tschechischen Ausgabe (S. 239-337) ist demjenigen in der Edition von Šmahel und Silagi vorzuziehen, denn anders als im „Corpus christianorum“ ist hier jede Schrift mit einem eingehenden Kommentar versehen, der sich mitunter zu einer separaten Fallstudie auswächst: so z. B. die sich auf zwanzig Seiten erstreckende Erläuterung zu Hieronymus' „Schild des Glaubens“ (S. 273-293), die den Text von Šmahels schon zuvor auf Deutsch veröffentlichter Studie zum Thema wiedergibt, deren tschechische Fassung bisher nur in gekürzter Form vorlag.⁶

Die detaillierte Bibliografie sowie das Schriftenverzeichnis machen die Hieronymus-Monografie geradezu zu einem Nachschlagewerk. Umso mehr ist zu bedauern, dass der Verlag dem Text nicht etwas mehr Sorgfalt gewidmet hat. Die Druckfehler sind zahlreich, darunter auch an Stellen, an denen sie in den Parallel- oder anderssprachigen Abdrucken korrigiert wurden. Hier sei nur auf einige Tippfehler in Daten hingewiesen, die den Leser irreführen könnten: Das Interdikt über Prag wurde im Juni 1411 verhängt, nicht 1412 (S. 55); der älteste datierte Wyclif-Codex aus Böhmen stammt aus dem Jahr 1397, nicht von 1398 (S. 21, vgl. S. 24); Hieronymus disputierte in Krakau im März 1413, nicht 1412 (S. 66, vgl. S. 63 f.).⁷ Dazu kommen gelegentliche Uneinheitlichkeiten in der Schreibweise von Namen (Nikolaus Zeiselmeyer, Johannes Naz). An mehreren Stellen ist sichtbar, dass der Text

⁵ Siehe neben der Edition von Šmahel und Silagi auch Müller, Ivan (Hg.): *Commentarius in I-IX capitula tractatus De universalibus Iohannis Wyclif Stephano de Palecz ascriptus*. Praha 2009.

⁶ Šmahel, František: Das Scutum fidei christianae magistri Hieronymi Pragensis in der Entwicklung der mittelalterlichen trinitarischen Diagramme. In: Patschovsky, Alexander (Hg.): *Die Bildwelt der Diagramme Joachims von Fiore. Zur Medialität religiös-politischer Programme im Mittelalter*. Ostfildern 2003, 185-210. – Šmahel, František: *Príspevek k soupisu literární pozůstalosti M. Jeronýma Pražského: trinitární diagramy* [Beitrag zum Inventar des Nachlasses des Magister Hieronymus von Prag: trinitarische Diagramme]. In: *Studie o rukopisech* 33 (1999-2000) 29-45. – Auch der Kommentar zum Lob der Freien Künste (S. 293-302) reproduziert eine verkürzte Fassung von Šmahels Studie aus den frühen 1970er Jahren (deutsche Übertragung in *ders.: Die Prager Universität im Mittelalter*. Leiden, Boston 2007, 387-404).

⁷ Anm. 136 auf S. 129 führt die Editionen der „Heidelberger Quaestio“ und der „Quaestio UVGS“ an, als ob es sich um zwei verschiedene Werke handelte, obwohl es ein und dieselbe Schrift ist (wie auch dem Schriftenverzeichnis S. 239-242 zu entnehmen ist).

ursprünglich für eine deutsche Übersetzung erstellt wurde,⁸ so klingen einige Stellen im Tschechischen ungewöhnlich („dóm Naší milé Paní“ für die Frauenkirche anstatt des üblichen „chrám Panny Marie“, S. 73) oder sind an der Grenze der Verständlichkeit (S. 106 „Cairo“ statt des tschechischen „Káhira“).

Mit der Hieronymus-Monografie legt František Šmahel die Summe seiner jahrzehntelangen unermüdlichen Forschung vor. Dank seiner eifrigen Publikations-tätigkeit ist ein guter Teil davon bereits auch der internationalen Fachöffentlichkeit zugänglich. Dass jeder Forscher, der sich nun mit Hieronymus beschäftigt wird, nach dem Šmahelschen Band greifen muss, steht außer Frage. Doch auch wer sich mit der frühen Reformation, dem spätmittelalterlichen Universalienstreit und mit der Universitätsgeschichte im Allgemeinen beschäftigt, wird kaum an dem Buch vorbeikommen. Das kommentierte Schriftenverzeichnis hat hohen Gebrauchswert, die minutiös ausgearbeitete Biografie und die Ausflüge des Verfassers in Philosophie-, Buch- und Textgeschichte machen das Werk zu einer vorbildlichen nicht nur historischen, sondern im besten Sinne mediävistischen Arbeit.

Berlin

Pavel Soukup

Žemlička, Josef: Přemysl Otakar II. Král na rozhraní věků [Přemysl Ottokar II. Ein König an der Zeitenwende].

Lidové noviny, Praha 2011, 752 S., zahlr. s/w-Abb., ISBN 978-80-7422-118-7.

Unter den „Erinnerungsorten eines Jahrtausends“ sucht man die Namen Dürnkrut und Jedenspeigen vergeblich. Doch ist mit diesen Orten im heutigen Niederösterreich die Schlacht auf dem Marchfeld von 1278 verbunden, die den ambitionierten Böhmenkönig Přemysl Ottokar II. in der direkten militärischen Konfrontation mit dem römisch-deutschen König Rudolf I. von Habsburg das Leben kostete und das Königreich des gefallenen Helden in gewaltige politische Turbulenzen stürzte. Was bleibt von einem Herrscher mit mitteleuropäischer Strahlkraft, der als „rex magnificus et potentissimus“ den Ruhm seines böhmischen Geschlechts auf ungeahnte, freilich gefährliche Höhen machtpolitischen Ehrgeizes zu steigern suchte und dabei im Kampf um die römisch-deutsche Königskrone, in Acht und Kirchenbann geschlagen, den Tod auf dem Schlachtfeld fand?

Přemysl Ottokar II. (um 1230-1278), der „goldene und eiserne König“, war unbestritten eine der markantesten Herrscherpersönlichkeiten des Mittelalters. „König Ottokars Glück und Ende“, wie Franz Grillparzer sein 1823 entstandenes Stück in romantischer Verklärung nannte, hat die Geschichtsschreibung und Dichtung immer wieder zu höchst kontroversen Wertungen veranlasst. Schon mit dem Tod setzte die Legendenbildung ein, wobei der Interpretationsspielraum von panegyrisch übertriebenen Nekrologen über die Kritik an den vermeintlich deutschfreundlichen Tendenzen des Königs bis hin zur Charakterisierung als unberechenbarer Tyrann und un-

⁸ Die Wiedergabe des Spitznamens Bischof Zbyněks „Abeceda“ als „ABCD“ (S. 48) ist im Tschechischen überflüssig, genauso wie der Zusatz „damals Nikolsburg“ zum Ortsnamen Mikulov (S. 58).

moralischer Bösewicht reichte. Erst 1989 konnte Jörg K. Hoensch eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biografie des Böhmenkönigs vorlegen.¹

Josef Žemlička, einer der führenden Mediävisten in der Tschechischen Republik, hat bereits 2007 eine (etwa mit Blick auf die Terminologie) in Teilen nicht unumstrittene Geschichte Böhmens in der Fürstenzeit vorgelegt.² Seit mehr als 25 Jahren setzt er sich intensiv mit dem Jahrhundert der letzten Přemysliden auseinander, so dass die jetzt vorliegende Biografie als logische Konsequenz seiner Forschungstätigkeit erscheinen kann. Doch betont Žemlička einleitend, er habe ursprünglich – nach dem Böhmen der Fürstenzeit und dem königlichen Böhmen – als Abschluss der Trilogie die drei letzten přemyslidischen Herrscher (Přemysl Ottokar II., Wenzel II. und Wenzel III.) zusammenfassen wollen. Das sei jedoch an der Stofffülle gescheitert, so dass die vorliegende Monografie ausgegliedert wurde.³ Dies kommt unbestritten den vielfältigen Problemen und Entwicklungstendenzen zugute, die sich in der Herrschaftszeit Přemysl Ottokars II. in Politik, Wirtschaft, Kultur, Recht, Urbanisierung und territorialer Ausformung ergaben.

In sieben umfangreichen Kapiteln geht es um die entscheidenden Grundfragen der Regierung Přemysl Ottokars II.: Wie gestaltete sich die Herrschaft des fünften Königs aus dem Geschlecht der Přemysliden in den böhmischen Erblanden und in den übrigen Teilen seines „Großreiches“? Welche Faktoren ermöglichten den Aufstieg des Königs, welche Erscheinungen, Tendenzen und Ursachen führten zu seinem Fall? Wer waren Gegner und Verbündete, wie gestaltete sich das Verhältnis zum einheimischen und fremden Adel und worin sind die materiellen Quellen der Herrschaft Ottokars zu sehen?

Jedes der sieben Kapitel ist in thematische Unterkapitel gegliedert. Zunächst wird ein historiografischer Überblick geboten, an den eine quellenkritische Betrachtung des diplomatischen und chronikalischen Materials anschließt. In Kapitel 2 geht es unter dem Titel „Im Banne der Kontinuität“ zum einen um die Stellung der böhmischen Länder in einem Europa, das seine „Vielfalt“ entdeckt hatte und in dem Böhmen geopolitisch am engsten mit der westlichen Nachbarschaft, d. h. dem *Sacrum Imperium Romanum*, verbunden war. Zum anderen werden die gesellschaftlichen Strukturen im Königreich Böhmen (Städte, Adel, Zentrum und Regionen) behandelt, das durch die Sizilische Goldbulle von 1212 die erbliche Königswürde besaß und durch Heiraten mit zahlreichen Adelsfamilien in den Nachbarländern verwandt war. Und schließlich wird die prägende soziale Schichtung der ländlichen Gesellschaft thematisiert, die nicht zuletzt durch die ihrem Höhepunkt zustrebende Kolonisation einen längerfristigen demografischen Aufschwung erlebte, aber eben auch eine weitere Differenzierung. Dass in der Darstellung Termini wie der in der Forschung kontrovers diskutierte *hereditas*-(Erbrechts)-Begriff einer inhaltlichen

¹ Hoensch, Jörg K.: Přemysl Ottokar II. von Böhmen. Der goldene König. Graz, Wien, Köln 1989.

² Žemlička, Josef: Čechy v době knížecí (1034–1198) [Böhmen im Zeitalter der Fürstenherrschaft (1034–1198)]. Praha 2007.

³ Verwiesen sei hier insbesondere auf die Biografie Josef Žemličky über Přemysl Ottokar I. (Praha 1990) sowie seine Darstellung *Století posledních Přemyslovců* [Das Jahrhundert der letzten Přemysliden]. Praha 1986.

Klärung bedürfen, ist unstrittig, doch in den Text einbezogene seitenlange Polemiken gegen andere Auffassungen in der tschechischen Mediävistik (S. 69-74) wirken deplatziert, hindern den Lesefluss und gehören in Kurzform in den Anmerkungsapparat!

Die Folgekapitel sind unter den Titeln „Staatenbund“ (Kap. 3) und „König in einer pulsierenden Gesellschaft“ (Kap. 4) insbesondere der Frage gewidmet, welche Faktoren den machtpolitischen Aufstieg Přemysl Ottokars II. innerhalb und außerhalb Böhmens begünstigten. Dabei geht der Autor auf die bereits angesprochene hochmittelalterliche Kolonisation und die feste Verankerung Böhmens im dynastischen Netz in Europa ein, beschreibt den Zustand des Hl. Römischen Reiches nach dem Untergang der Stauer und nennt auch das sich anschließende so genannte Interregnum sowie die machtpolitische und kirchenrechtliche Sonderstellung des Erzbischofs von Salzburg. Um 1270 beherrschte der außerordentlich mobile Přemysl Ottokar II. ein umfangreiches, freilich asymmetrisches „Reichsgebilde“, das neben dem böhmischen „regnum“ mehrere Reichshertzogtümer mit eigener Vergangenheit und „staatlicher“ Tradition umfasste, was deren Beherrschung keineswegs einfach gestaltete. Damit sind wiederum zwei Fragen verbunden: Hatte erstens das räumliche Ausgreifen nach Süden eine konzeptionelle Grundlage, oder war es vielmehr dem dynastischen Zufall (vor allem dem Aussterben der Babenberger) geschuldet, wie zuletzt Reinhard Härtel mit überzeugenden Argumenten dargelegt hat?⁴ Welche Rolle kam, zweitens, dem sich gegen Städte, Niederadel und Landesherrn abgrenzenden Adel in diesem Machtspiel zu?

Žemlička beleuchtet besonders in seinem vierten und fünften Kapitel eine Vielzahl von relevanten Detailfragen, etwa zu den Stützen des Königs, den Einnahmen und Ausgaben der königlichen Kammer, der Stellung der Juden, dem mittelalterlichen „Staat“, der Stellung Mährens, der Rolle der Landesgemeinde als Repräsentantin des Adels, der Landesverwaltung, dem Gerichtswesen sowie der allgegenwärtigen Kirche, aber auch der „neuen Frömmigkeit“, die nicht allein in der Intensität der dynastischen Heiligen und im Sankt-Wenzels-Kult ihre Reflexion fand, sondern sich auch vor dem Hintergrund einer latenten Christianisierung abspielte. Diese große Menge an Einzelfragen macht es dem Leser nicht immer leicht, der biografischen Grundstruktur des Werkes zu folgen – zumal wenn in die Darstellung erneut seitenlange scharfe Polemiken gegen den Brünner Mediävisten Libor Jan (S. 290-296) eingebunden sind, die nur als störend empfunden werden können.

Auf mehr als 130 Seiten werden in Kapitel 6 und 7 das Ende der Großmachtambitionen Přemysl Ottokars II., die Konfrontation mit dem neuen römisch-deutschen König Rudolf I. von Habsburg, die Revindikationspolitik, die machtpolitisch begründeten Spannungen mit dem einheimischen Adel, die Schlacht auf dem Marchfeld im Sommer 1278 sowie die politischen Folgen für die weitere Geschichte des Königreichs Böhmen aufgezeigt. Den Habsburgern eröffnete der Sieg bei Dürnkrut und Jedenspeigen den langen erfolgreichen Weg nach Mitteleuropa. Den in Böhmen

⁴ Härtel, Reinhard: Böhmens Ausgriff nach Süden. In: *Hlaváček, Ivan / Patschovsky, Alexander* (Hgg.): *Böhmen und seine Nachbarn in der Přemyslidenzeit*. Ostfildern 2011, 204-245, hier 243.

regierenden Přemysliden blieb noch wenig mehr als ein Vierteljahrhundert, in dem freilich zahlreiche Grundlagen für die Blütezeit unter dem Luxemburger Karl IV. im nachfolgenden 14. Jahrhundert gelegt wurden.

Ein immerhin 100 Seiten umfassender Anmerkungsapparat, ein fast ebenso gewaltiges Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Namens-, Orts- und Sachregister sowie ein englisches Resümee beschließen die Biografie. Insgesamt bietet sich ein zwiespältiger Eindruck: Auf der einen Seite liefert der Autor ohne Zweifel eine hochintelligente, kenntnisreiche, mit unzähligen Details versehene Darstellung, die die internationale Forschung umfassend reflektiert. Auf der anderen Seite hinterlassen die vielen Verästelungen bei Detailfragen sowie die polemischen Ausfälle einen für den Leser verwirrenden Eindruck, den man bei anderer Struktureinteilung hätte vermeiden können.

Leipzig

Thomas Krzenek

Kubín, Petr: Sedm přemyslovských kultů [Sieben přemyslidische Kulte].

Ústav Dějin Křesťanského Umění Katolické Teologické Fakulty Univ. Karlovy/Togga, Praha 2011, 369 S., 80 s/w-Abb., (Opera Facultatis theologiae catholicae Universitatis Carolinae Pragensis, Historia et historia artium 12), ISBN 978-80-87258-19-4.

Nicht allein die böhmischen Landespatrone – allen voran der hl. Wenzel – sind Identifikationsfiguren, auf die die postmoderne, vielfach säkularisierte Zivilgesellschaft in unserem Nachbarland noch immer (oder wieder?) zurückgreift.¹ Die böhmischen Länder verfügen in der historischen Retrospektive zudem über eine lange Reihe von Identifikationsgestalten, zu denen auch die im vorliegenden Band behandelten Persönlichkeiten zählen. Sie alle sind mit der Dynastie der Přemysliden verbunden, wobei die Zeitspanne von den zwanziger Jahren des 10. bis in die beginnenden achtziger Jahre des 13. Jahrhunderts reicht. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf dem 10. und 11. Jahrhundert.

Konkret geht es um vier Männer und drei Frauen, die – mit Ausnahme des Eremiten Gunther – allesamt aus Böhmen stammten und die in ihrer Heimat kultische Verehrung genossen. Die ihnen gewidmeten Kulte unterschieden sich hinsichtlich ihrer Verbreitung und Ausstrahlung, doch gilt übergreifend, dass sie eng mit der herrschenden Dynastie verbunden waren und somit auch eine staatstragende Funktion erfüllten.

Petr Kubín, Dozent für Kirchengeschichte des Altertums und des Mittelalters an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karlsuniversität, beschäftigt sich seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten mit dem hier behandelten Thema. Er wurde im Jahr 2000 mit einer Arbeit über den 1897 seliggesprochenen Hroznata von Ovevec (um 1160-1217), Stifter des Klosters Tepl und prämonstratensischer Märtyrer mit přemyslidischen Wurzeln, promoviert. Darüber hinaus stammen aus seiner Feder zahlreiche Beiträge zur mittelalterlichen Hagiografie, 2010 zeichnete er zudem als

¹ Samerski, Stefan (Hg.): Die Landespatrone der böhmischen Länder. Geschichte – Verehrung – Gegenwart. Paderborn, München, Wien, Zürich 2009, 10. Dieses Werk fehlt im Literaturverzeichnis bei Kubín.

Herausgeber für einen Band über den hl. Wenzel verantwortlich.² Die vorliegende Untersuchung wurde als Habilitationsschrift verfasst.

In einem ersten Teil präsentiert der Autor auf gut 70 Seiten eine Tour d'horizon über Heiligenkulte und Heiligsprechung in der Geschichte des Christentums, beginnend mit den ersten Christen, denen die Verehrung von Heiligen aus den eigenen Reihen noch fremd war, über altchristliche Märtyrer im Zusammenhang mit den Christenverfolgungen im Imperium Romanum, den nachfolgenden Kultwandel, heidnische Einflüsse, Translation und Patrozinien, die Verbindung von Märtyrergab und Altar bis hin zu Fragen der Kanonisierung und Hagiografie. Dabei betont er, dass die konkreten Entstehungsumstände von Legenden, die im Mittelalter zu den beliebtesten literarischen Texten gehörten, zu berücksichtigen sind. Kubín zeigt, wie die Heiligsprechung von örtlichen Bischöfen auf die Päpste überging, wobei sich ein eigener Ritus etablierte. In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass Innozenz III. der größte Anteil an der Konstituierung des Kanonisierungsprozesses zufällt und, wie an mehreren Beispielen exemplarisch verdeutlicht wird, die päpstliche Kanonisierungspolitik im Mittelalter generell auch ein wirksames machtpolitisches Mittel darstellte. Das zeigt auch eine Typologie der Heiliggesprochenen: In der Zeit zwischen dem 13. und dem 15. Jahrhundert waren 40 Prozent von ihnen Bischöfe und nur 26 Prozent Laien, 60 Prozent aller kanonisierten Personen kamen aus adeligen Familien.

Wann und auf welche Weise ein Mann oder eine Frau im christlichen Sinne den Status der „Sanctitas“ erlangte, hing von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ab.³ Gleichwohl bildete die „imitatio Christi“ stets eine Grundbedingung für eine Verehrung und eine Heiligsprechung. Dies gilt selbstredend auch für den im zweiten Teil des Buches vorgestellten Personenkreis kultisch verehrter, den Přemysliden nahestehender Männer und Frauen.

Drei Kernfragen sind es, die Kubín vor allem interessieren: Wer hat den Kult manifestiert? Wie wurde er von der Kirche sanktioniert? Warum wird er als přemyslidischer Kult bezeichnet? Bei weitgehend unveränderter Quellenlage geht es hier also um neue Fragen an ein altes Thema. Bereits im Titel jedes Beitrags wird dabei die přemyslidische Konnotation angezeigt. Insgesamt stehen bei allen behandelten Persönlichkeiten nicht Fakten und biografische Daten im Fokus, sondern das Aufkommen der kultischen Verehrung.

Den Auftakt bildet die 921 ermordete hl. Ludmilla von Böhmen, Großmutter und Erzieherin des hl. Wenzel, erste christliche Herrscherin Böhmens und erste Heilige des Landes. Anders als es die so genannte Christianslegende suggeriert, entstand ihr Kult nicht unmittelbar nach ihrem Tod, sondern erst rund vier Jahrzehnte später auf der Prager Burg auf Veranlassung von Ludmillas Urenkelin Mlada. In den Kreis der böhmischen Landespatrone stieg die „mater bona“ erst später, nämlich im 12. Jahrhundert auf.

² Vgl. Kubín, Petr (Hg.): Svatý Václav. Na památku 1100. výročí narození knížete Václava svatého [Der hl. Wenzel. Zur Erinnerung an den 1100. Jahrestag der Geburt des hl. Herzogs Wenzel]. Praha 2010 (Opera Facultatis theologiae catholicae Universitatis Carolinae Praagensis. Historia et historia artium; vol. XI).

³ Vgl. hierzu Prinz, Friedrich: Das wahre Leben der Heiligen. München 2003, 9.

Mehr als jeder andere Heilige wird der 935 ermordete Wenzel, der Hauspatron der Přemysliden, als die Verkörperung „nationaler“ – also böhmischer (tschechischer) – Staatlichkeit angesehen. Er zog die größte Aufmerksamkeit der Hagiografen auf sich, wobei Kubín die Anfänge und die Ausformung des Wenzel-Kultes quellennah verfolgt, was u. a. in der vereinfachten Filiation der Wenzels- und Ludmilla-Legenden (S.149) sowie der wohlüberlegten Bildauswahl anschaulich wird. In diesem Zusammenhang muss nicht nur auf den von Kubín herausgegebenen Band verwiesen werden, sondern auch auf die 2008/09 im Prager Agnes-Kloster gezeigte Ausstellung und den entsprechenden Katalog.⁴ Die Aktualität der nationalen Identifikation wurde zuletzt im Dezember 2011 sichtbar, als sich nach dem Tod des ersten tschechischen Präsidenten Václav Havel im Dezember 2011 tausende Prager vor dem Denkmal des böhmischen Nationalheiligen auf dem Wenzelsplatz versammelten.

Weniger bekannte Persönlichkeiten wechseln mit vertrauten: Zur ersten Gruppe gehören die Prinzessin Mlada als erste Äbtissin des Georgsklosters auf der Prager Burg und der aus Thüringen stammende Eremit Gunther, der als Heiliger nicht offiziell kanonisiert wurde, aber im bayerisch-böhmischen Grenzraum hohe Verehrung genießt. Der zweiten Gruppe zuzurechnen sind indessen der Benediktinerabt und Landespatron Prokop, der 1032 das Mönchskloster Sasau (Sazava) gründete, wie der hl. Adalbert/Vojtěch, der als Missionar bei den Pruzzen 997 den Märtyrertod fand, bald darauf heiliggesprochen wurde und im Reich Ottos III. hohe Verehrung genoss. Während sein Kult in Böhmen rasch verblasste, avancierte er in Polen zum Landespatron. Und schließlich gehört auch die Äbtissin Agnes von Böhmen (1211-1282) zu den sehr populären Heiligen, Gründerin des heute nach ihr benannten Klarissinnenklosters in Prag. Anlässlich ihres 800. Geburtstags stand die Přemyslidenprinzessin 2011 im Mittelpunkt einer Ausstellung an historischer Stätte in Prag. Erst 1989, mitten in der „Samtenen Revolution“, wurde Agnes heiliggesprochen und damit zugleich Symbol der neu gewonnenen Freiheit. Agnes steht nicht nur nominell am Ende der Reihe der hier präsentierten Heiligen: Ihr Kult war das Resultat eines ganz anderen geistigen Klimas, nämlich des Zeitalters der letzten Přemysliden im 13. Jahrhundert.

Von allen Kulturen erwiesen sich diejenigen als die wichtigsten, die die Existenz und den Fortbestand des přemyslidenischen Staatswesens in hohem Maße garantierten und sanktionierten. Schon allein unter diesem Aspekt bilden die hier präsentierten přemyslidenischen Heiligen keine homogene Gruppe. Unter Karl IV. fanden vier von ihnen – Ludmilla, Wenzel, Adalbert/Vojtěch und Prokop – Aufnahme in das Ensemble der Landespatrone und bildkünstlerisch Eingang in die 1370/71 geschaffene so genannte Goldene Pforte am Prager Veitsdom.

Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie eine englische Zusammenfassung bilden den Abschluss dieser übersichtlichen und anregenden Publikation.

Leipzig

Thomas Krzenck

⁴ *Stehliková, Dana* (Hg.): *Svatý Václav, ochránce České země* [Der Heilige Wenzel, Patron des Landes Böhmen]. Praha 2008.

Hanuš, Jiří/Vlček, Radomír (Hgg.): Historik v proměnách doby a prostředí 20. století [Der Historiker im Wandel der Zeit und der Verhältnisse des 20. Jahrhunderts].

Matice moravská, Brno 2009, 395 S., ISBN 978-80-86-488-59-2.

Der vorliegende Sammelband will den Nachweis erbringen, dass die heutige tschechische Geschichtswissenschaft mit all jenen Forschungstrends vertraut ist, die in der Geschichte der Historiografie des 20. Jahrhunderts allgemeine Anerkennung erlangt haben. Eine Reihe von tschechischen Autorinnen und Autoren (dazu kommen ein slowakischer und ein polnischer Autor), überwiegend Angehörige der Generation der etwa Vierzigjährigen, stellen in ihren Beiträgen die tschechische Rezeption historischer Schulen und Trends vor. Von dem Bemühen, das Unternehmen zusammenzubinden, zeugt die Einleitung der Herausgeber Jiří Hanuš und Radomír Vlček, in der diese das Ziel definieren, „anhand von einigen markanten und weniger bekannten Beispielen die historiografischen Trends des 20. Jahrhunderts aufzuzeigen, Westeuropa mit Osteuropa und den USA zu vergleichen und dabei die Interaktion zwischen dem Historiker und seiner Zeit, in der er lebte, hervorzuheben“ (S. 7).¹

Hanuš und Vlček stellen zunächst einen Zusammenhang zwischen den Erschütterungen und Umbrüchen des 20. Jahrhunderts und der historiografischen Entwicklung her. Zuzustimmen ist ihrer Feststellung, dass nach dem Zerfall der Annales-Schule allmählich der Anspruch aus der Historiografie verschwunden ist, eine allgemein gültige bzw. „allumfassende“ Methode zur Erforschung der Vergangenheit zu finden.

In den einleitenden Bemerkungen zur Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert von Petr Horák, wie immer gut informiert über den neuesten Stand der Literatur, findet sich die Aufforderung, in den historiografischen Trends des vergangenen Jahrhunderts nicht nur diskursive Konstrukte unseres Geistes zu sehen. Man solle sie dekonstruieren, um hinter den Interpretationshorizont zu gelangen, in dem „jemand“ „irgendwann“ Aussagen über „etwas“ trifft, das es eigentlich „nicht gibt“, und diesem dient oder nicht dient. Nicht minder wesentlich ist, in welchem Maße die methodologischen Prozeduren, die ihr Renommee in unterschiedlichen Forscher- und Gesellschaftskontexten erlangt haben, auf ein Umfeld übertragbar sind, das von anderen kulturbedingten Werten ausgeht. Dadurch gelangen wir erneut nicht nur zur Frage der Validität von Informationen, die die historischen Forschungen mit sich bringen, sondern auch zu dem Problem, warum manche historiografischen Herangehensweisen an die Vergangenheit einflussreicher und „übertragbarer“ sind als andere, und unter welchen Umständen diese ihre „guten“ Eigenschaften verlieren.

Der Beziehung zwischen den Narrativen eines Historikers als autoreferenzielle Struktur und seiner Erklärung der Vergangenheit als Text, der nicht nur auf andere Texte, sondern auch auf außertextliche Tatsachen verweist, kommen meines Erachtens Jan Horský und Daniela Tinková in ihrem Aufsatz „Roger Chartier: Neue intellektuelle Geschichte und Kulturgeschichte als historiografische Antwort auf die

¹ Ein ähnlich konzipierter Band der Herausgeber liegt bereits zum 19. Jahrhundert vor: *Hanuš, Jiří/Vlček, Radomír (Hgg.): Historik v proměnách doby a prostředí 19. století [Der Historiker im Wandel der Zeit und der Umstände des 19. Jahrhunderts].* Brno 2007.

Herausforderungen der postmodernen Kritiken“ am nächsten. Im Kontext der französischen Historiografie bewegen sich neben Petr Horák auch die eher faktografischen Aufsätze von Tomáš Malý zu Philippe Ariès und Milan Řepa über Marc Bloch als „Wissenschaftler und Mann der Tat“.

Die angelsächsische Historiografie ist in dem Band etwa gleich stark vertreten wie die französische, und zwar mit den Aufsätzen zu Eric J. Hobsbawm (Jan Randák), Norman Davies (Václav Veber), William Owen Chadwick (Jiří Hanuš), dem „kritischen Outsider“ George L. Mosse (Václav Petrbock), Jesse Lemisch (Svatava Raková) und Lynn Hunt (Denisa Nečasová). Mit einer gewissen Berechtigung kann man diesem Kreis auch den Beitrag über Oskar Halecki von Marek Kornat zuordnen, denn sein Protagonist wirkte von 1940 an in den USA.

In den Abhandlungen über Hobsbawm und Lemisch sind Passagen enthalten, die sich der Beziehung der Protagonisten zum Marxismus widmen; dieses Thema wird auch in dem Aufsatz über František Graus von Martin Wihoda angesprochen.² Besonders lesenswert ist der Aufsatz „Frank Ankersmit, Problematik des Charakters historischer Narrationen“ von Juraj Šuch, der dem holländischen Gelehrten eine bemerkenswerte Monografie gewidmet hat.³

Der deutschen Historiografie gilt hier ein einziger Aufsatz: von Jan Dobeš zu „Theodor Schieder – Historiker in der Versuchung der Politik“. Freilich kann man argumentieren, dass die Annales wichtiger waren, die zunächst über František Graus und Jaroslav Marek, später dann über Jaroslav Kudrna und Ivana Holzbachová bekannt wurden und von deren Methode Josef Macek, František Šmahel, Josef Petráň, Josef Válka, Pavla Horská, Eduard Maur und andere deutlich geprägt waren. Doch dass die Bielefelder Schule überhaupt nicht vorkommt, ist enttäuschend. Schließlich übte sie schon vor 1990 einen nicht zu leugnenden Einfluss auf die tschechische Historiografie aus, namentlich auf Otto Urban, Jiří Kořalka, Jan Havránek und Milan Myška. Der russischen Historiografie sind immerhin zwei Studien gewidmet: „Der ‚sowjetische Karamzin‘ – Michail Nikolajewitsch Pokrowski“ von Josef Šaur und „Nikolaj Ivanovič Karejev (1850-1931)“ aus der Feder von Radomír Vlček.

Der Essay „Zeit des Subjektgeschehens, Zeit des Erzählens, historische Zeit“ von Martin Kučera entzieht sich dann dem stark an Personen orientierten Konzept des Buches und stellt sich gegen das Bestreben, die Vergangenheit ständig zugunsten des Konzepts ihrer „um Verständnis bemühten“ [porozumivého] Eroberung zu kritisieren (S. 115 f.).

Es sei betont, dass keiner der hier abgedruckten Aufsätze als unterdurchschnittlich zu bezeichnen ist. Ausländische Interessenten wird es freuen, dass die rezen-

² Hierzu vgl. zumindest Beneš, Zdeněk / Jiroušek, Bohumil / Kostlán, Antonín (Hgg.): František Graus – člověk a historik [František Graus – der Mensch und der Historiker]. Praha 2004, und Jiroušek, Bohumil (Hg.): Proměny diskurzu české marxistické historiografie (Kapitoly z historiografie 20. století) [Diskursmetamorphosen in der tschechischen marxistischen Historiografie (Kapitel aus der Historiografie des 20. Jahrhunderts.)]. České Budějovice 2008.

³ Šuch, Juraj: Naratívny konstruktivizmus Haydena Whita a Franka Ankersmita [Der narrative Konstruktivismus Hayden Whites und Frank Ankersmits]. Ostrava 2010.

sierte Publikation mit einem englischen Resümee versehen ist (S. 385-391). Auch wird deutlich, dass in der tschechischen historischen Forschung eine jüngere Generation aktiv ist, die es als selbstverständlich ansieht, einen lebendigen Kontakt zu den konzeptionellen Trends ihres Fachs zu pflegen.

Klischees vom Typ „worin die tschechische Reflexion der modernen Historiografie hinter den ‚weiter entwickelten‘ herhinkt“ halte ich allgemein für wenig sinnvoll. Auch möchte ich nicht beurteilen, ob solche synthetischen Zusammenschauen in der Lage sind, ein „ausgewogenes“ Bild dessen zu präsentieren, was „für uns“ ausschlaggebend ist. Dennoch würde ich es begrüßen, wenn Publikationen wie die vorliegende auch Aufsätze darüber enthalten würden, wie die Historiker in der sowjetischen Einflussosphäre mit „westlichen“ methodologischen Innovationen zurechtkamen. Beginnen könnte man mit denjenigen, die ein gewisses Echo im Ausland fanden, z.B. mit Jürgen Kuczynski (1904-1997), Jerzy Topolski (1928-1998) und A. J. Gurevič (1924-2006). Unter den tschechischen Historikern wäre etwa an den Mediävisten František Graus (1921-1989) zu denken oder Jaroslav Purš (1922-1994), den Wirtschaftshistoriker, der als führender „Normalisierer“ der tschechischen Historiografie aufgetreten ist. In beiden Fällen kann man sich nämlich die Frage stellen, welche Bedeutung für die historiografische Entwicklung eigentlich die Tatsache hatte, dass sich Graus und Purš zunächst als marxistische Historiker profilierten, sich am Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften begegneten und nach 1969 sowohl in ihren Ansichten über die Geschichte als auch menschlich getrennte Wege gingen.

Prag

Jiří Štaif

Dudeková, Gabriela u. a. (Hgg.): Na ceste k modernej žene. Kapitoly z dejín rodových vzťahov na Slovensku [Auf dem Weg zur modernen Frau. Kapitel aus der Geschichte der Familienbeziehungen in der Slowakei].

Svet vedy, Bratislava 2011, 773 S., ISBN 978-80-224-1189-9.

Die gewichtige Publikation ist das Resultat eines Projekts am Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften zu den „Möglichkeiten beruflicher und gesellschaftlicher Verwirklichung von Frauen in der modernen Geschichte“,¹ an dem Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Disziplinen beteiligt waren (Geschichte, Gender Studies, Anthropologie, Demografie, Ethnologie, Kunstgeschichte, Wissenschaftsgeschichte, Soziologie und Literaturgeschichte). Dieses ambitionierte Unternehmen wurde Mitte der neunziger Jahre mit dem Ziel begonnen, die perspektivische Verengung der „Frauengeschichte“ zugunsten einer erweiterten Gendergeschichte zu überwinden. Im breiten historischen Rahmen vom 16. Jahrhundert bis zum sozialistischen Experiment des 20. Jahrhunderts sollte in diesem Projekt untersucht werden, wie sich soziale Normen und Genderrollen veränderten und wie die Identität von Frauen und Männern konstruiert wurde. Konzeptionell wurde von der Unterscheidung von „Geschlecht“ (sex) als biologisch gegebener Kategorie ein-

¹ Možnosti profesní a společenské realizace žen v moderních dějinách. VEGA č. 2 /7181/27

erseite und als historisch gewachsenem kulturellem und sozialem Konstrukt andererseits ausgegangen. Gender wird als Set gesellschaftlicher Normen und Praktiken definiert, das für Männer und Frauen in einer konkreten Gesellschaft zu einem konkreten Zeitpunkt Gültigkeit besitzt.²

In der Einführung erläutert Gabriela Dudeková, Herausgeberin und Autorin mehrerer Beiträge, die Fragestellungen des Projekts: Erstens sollten Idealvorstellungen von Männern und Frauen rekonstruiert werden, zweitens deren konkrete Lebenssituation, wobei – drittens – individuelle Strategien im Umgang mit den durch die Geschlechtszugehörigkeit gegebenen Lebensumständen identifiziert werden sollten. Das Ergebnis dieses umfangreichen Forschungsprogramms sind 42 Aufsätze in fünf großen Kapiteln und 20 thematischen Unterkapiteln, die chronologisch aufgebaut sind.

Im ersten Kapitel „Das Idealbild – Normen von Männlichkeit und Weiblichkeit in traditionellen Gesellschaften“ – widmet sich Tünde Lengyel Genderstereotypen in traditionellen Gesellschaften, Ingrid Štibravá schildert die Erziehung und Ausbildung von Aristokratinnen. Dem Idealbild von Frauen im 18. und 19. Jahrhundert wird anhand von Studien zur Literatur, einer Zeitschriftenanalyse (Erika Brtářová, Dana Hučková) und der bildenden Kunst nachgegangen (Katarína Beňová reich bebildert zu Frauenporträts aus dem frühen 19. Jahrhundert). Abgeschlossen wird das Kapitel von drei Beiträgen, die den Akzent auf die Analyse von Normen und Stereotypen legen. Grundlegend ist hier die Studie von Gabriela Dudeková, die den Diskurs über die Rolle gebildeter Frauen vor und nach 1918 untersucht, der sich vor dem Hintergrund des wachsenden Bildungsniveaus von Frauen abspielte. Sowohl im magyarischen als auch im slowakischen Milieu dominierten Vorstellungen von der „natürlichen“ Aufgabe von Frauen und Vorurteile gegen gebildete Frauen, insbesondere Hochschulabsolventinnen, und zwar vor allem in der Mittelschicht, die das patriarchalische Modell der bürgerlichen Familie verinnerlicht hatte. Wurde die Ausbildung von Frauen befürwortet, dann nur aus der Perspektive, dass ein eigener Beruf einer bürgerlichen Frau das Auskommen sichern konnte, falls aus der „idealen Karriere“ – also der Ehe – nichts wurde. Dass Frauen aus „niederen“ Gesellschaftsschichten berufstätig zu sein hatten, wurde indessen niemals in Frage gestellt. Anhand einer Umfrage aus den vierziger Jahren kann Dudeková die überraschende Beständigkeit solcher Vorstellungen nachweisen, die sich hielten, obgleich sich die soziale Realität radikal veränderte. Das Fortleben der „traditionellen Vorstellungen der Geschlechterordnung auf der Grundlage der christlichen Moral“, in der die Frau dem Mann untergeordnet ist, habe zur Stabilisierung der alten Ordnung beigetragen bzw. zu deren Idealisierung (S. 115).

Das führt zu der Frage, welche Auswirkung der Staatssozialismus auf tradierte Rollenerwartungen hatte. Der tschechische Soziologe Ivan Vodochodský spricht vom „Patriarchat auf sozialistische Art“ und von der widersprüchlichen Stellung von Männern in der sozialistischen Gesellschaft und wirft die provokative Frage auf, ob die Emanzipation der Frauen im Sozialismus positiv zu sehen sei. Diese charak-

² Scott, Joan W.: Gender – a Useful Category of Historical Analyses. In: *American Historical Review* 91 (December 1986) 1053-1075.

terisiert er mit Jiřina Šiklová als „Pseudoemanzipation“ oder zumindest als unvollendet. Was der Realsozialismus für die Geschlechterverhältnisse bedeutete, ist offenbar umstritten: Während der tschechische Soziologe Ivo Mořný in diesem einen Angriff auf den Zusammenhalt der Familien und eine Schwächung der Männer dadurch sieht,³ dass ihnen die Fähigkeit genommen wurde, die Familie zu ernähren, beschreibt Hana Havelková die Familie als die Sphäre, zu der das Regime in den siebziger und achtziger Jahren keinen Zugang hatte.⁴ Folglich habe sich hier ein Raum geöffnet, der in vieler Hinsicht Kompensation bot. Es scheint, dass die Genderunterschiede in der sozialistischen Gesellschaft sekundäre Bedeutung hatten. So sahen es auf jeden Fall die Frauen im Dissidentenmilieu, die der Verteidigung der Menschenrechte den Vorzug vor dem Feminismus gaben.

Insgesamt neun Beiträge unterstreichen im Kapitel „Vom heimischen Herd in die Politik“ die Bedeutung der Bildung für die Emanzipation. Einen paradigmatischen Weg zeichnet Milan Podřimavský anhand des Schicksals von Elena Šoltésová nach: Im Frauenverband „Živena“ und auf den Seiten der „Dennice“, der ersten Zeitschrift für Frauen in der Slowakei, beteiligten sich Frauen Ende des 19. Jahrhunderts an der slowakischen Nationalbewegung. Doch bremste nicht nur der ungarische Staat diese Aktivitäten aus – und zwar auch mit polizeilichen Mitteln –, auch in der slowakischen Nationalbewegung wurden Vorbehalte laut. Diese richteten sich besonders gegen die Bildungsbestrebungen der Frauen, schließlich ordneten die national orientierten slowakischen Frauen ihr Emanzipationsinteresse dem Kampf um die Emanzipation der Nation unter.

In einem weiteren Beitrag unter dem Titel „Konservative Feministinnen“ setzt sich Gabriela Dudeková kritisch mit der auf die zwanziger Jahre zurückgehenden Tradition der Geschichtsschreibung zur Frauenbewegung auseinander, die diese ausschließlich als Teil des nationalemanzipatorischen Kampfes verstand und nur die slowakische Eilte im slowakischsprachigen Milieu Ungarns in den Blick nahm. Dudeková macht indessen die Parallelen zwischen den hierarchischen Beziehungen innerhalb der Familie und innerhalb des Staates deutlich: Der Mythos von der Harmonie zwischen den Geschlechtern sei im Zusammenhang mit der untergeordneten Position zu sehen, die die Slowaken in der Habsburgermonarchie einnahmen, er lasse sich auch in der zeitgenössischen Rhetorik der tschechischen Nationalbewegung nachweisen. Insofern habe die Schriftstellerin Bořena Viková-Kunětická, die 1912 als erste Frau in den böhmischen Landtag gewählt wurde, auch keine echte Bedeutung für die Emanzipation der Frauen gehabt, ihre Wahl sei allein politischem Kalkül gefolgt, sollte sie doch die Fortschrittlichkeit der tschechischen Gesellschaft demonstrieren. Dudeková beschreibt die tschechische Nationalbewegung als widersprüchliche Mischung aus progressiven und konservativen Elementen und konstatiert, dass alle Nationalismen dieser Zeit darauf zielten, nach außen ein positives Bild von der Stellung der Frauen in der eigenen Nation zu vermitteln.

³ Mořný, Ivo: Proč tak snadno? Některé rodinné důvody sametové revoluce [Warum so einfach? Einige familienbezogene Gründe der Samtenen Revolution]. Praha 1999, 154.

⁴ Havelková, Hana: Dimenze „gender“ ve vztahu soukromé a veřejné sféry [Die „Gender“-Dimension im Verhältnis zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre]. In: Sociologický časopis (1995) H. 1, 25-38.

Weitere Thesen zu Multiethnizität und der Stellung der Frauen entwickelt Dudeková in dem folgenden Text über die politische Partizipation von Frauen: Bei allen Nationen sei die Frau als Mutter und Patriotin glorifiziert worden, die die Kinder im nationalen Geist erzieht. Genau hier sei eine entscheidende Grenze für die Emanzipation verlaufen: Frauen konnten durchaus an der Seite der Männer im politischen Kampf stehen, doch hatten sie keinen Anspruch auf die Artikulation eigener Forderungen. Das änderte sich erst nach dem Ersten Weltkrieg. Doch auch die Entwicklung während der Ersten Republik beurteilt Dudeková skeptisch: Zwar habe der demokratische Staat Frauen neue Rechte gebracht, auch sei eine Ausdifferenzierung von Rollenmustern erfolgt, doch seien viele Barrieren im Berufsleben wie in der Familie bestehen geblieben. Auch gelang es nicht, das Familienrecht zu demokratisieren und zu vereinheitlichen. In der Slowakei brachten neue Gesetze wie die Abschaffung der Zivilehe sogar einen Rückschritt.

Dudeková thematisiert auch die unterschiedlichen Wertungen, die die Beteiligung von Frauen an der „hohen Politik“ erfährt. Zwar waren Frauen mit 3-4 Prozent der Abgeordneten im tschechoslowakischen Parlament und Senat etwas besser vertreten als in den Nachbarländern, doch machte ihnen die Parteidisziplin ein solidarisches Auftreten unmöglich. Ob man ihnen für ihr politisches Engagement Anerkennung zollte, hing vor allem davon ab, ob dieses „im öffentlichen Interesse“ stand, wobei dieses „höhere Interesse“ von Männern definiert wurde. In diesem Rahmen konnten sich Frauen seit den Zeiten der Aufklärung politisches Engagement an der Seite von Männern leisten (S. 288).

Das Oberkapitel zur realen Stellung von Frauen in der Gesellschaft wird von Überlegungen zur Entwicklung von Frauen betreffenden Rechten eröffnet. Gabriela Dudeková und Tünde Lengyel konzentrieren sich in ihrer konzisen Überblicksdarstellung auf die Frage, inwiefern die Legislative und die Praxis soziale Normen konstituierten und konservierten. Anhand konkreter Beispiele, die bis zu den Anfängen des ungarischen Staates im 10. Jahrhundert zurückgehen, arbeiten sie vor allem den Zusammenhang von Standes- bzw. Schichtenzugehörigkeit, Besitz und rechtlicher Stellung heraus. Dabei werden einerseits Freiräume innerhalb von Systemen sichtbar, die die Partizipation von Frauen eigentlich nicht vorsahen – so z.B. in den Gilden, zu deren Sitzungen Frauen, die in der städtischen Politik gar nicht vorkamen, zugelassen waren. Andererseits machen die Autorinnen deutlich, dass die Abhängigkeit der Frauen von Männern nicht notwendigerweise als Diskriminierung empfunden wurde, sondern z.B. auch als ökonomischer Schutz. Und schließlich zeigen die Autorinnen, dass Frauen mitunter in (klein-)bäuerlichen Schichten relativ große Selbstständigkeit genossen – etwa wenn sie als Witwen oder Frauen von Männern, die dauerhaft an einem anderen Ort arbeiteten, mehr oder minder allein verantwortlich waren für den eigenen Hof, oder auch in der Folge der Erbrechtsreform, die sie Mitte des 19. Jahrhunderts zu gleichberechtigten Erbinnen machte. Familienrechtlich waren verheiratete Frauen allerdings bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts nahezu rechtlos, die Kinder gehörten rechtlich zum Ehemann. Das änderte sich erst in der Folge einer Reihe von Reformen und liberalen Gesetzen. Doch auch dann noch war das ungarische Recht Frauen gegenüber restriktiver als das österreichische Bürgerliche Gesetzbuch von 1811.

Nach der Entstehung der ČSR wurde lange Jahre über die Reform des Eherechts verhandelt, wobei eher politische Fragen wie das Maß der Säkularisierung als die Verbesserung der rechtlichen Position von Frauen den Kern des Themas bildeten.⁵ Erst 1937 kam es mit der Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches zu einer Einigung, und erst 1949 wurde das Familien- und Eherecht in der gesamten Tschechoslowakei vereinheitlicht, eine vollständige Säkularisierung der Ehe, die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter sowie innerhalb wie außerhalb der Ehe geborener Kinder durchgesetzt.

Der letzte Teil dieses Kapitels nimmt die Entwicklung von Familienbeziehungen „unter dem Druck der politischen Regimes des 20. Jahrhunderts“ in den Blick. Drei Beiträge sind dem Slowakischen Staat gewidmet, einer der Zeit des Realsozialismus. Matej Šemšej dokumentiert den Druck, den das klerikale Regime ausübte, um die Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium zu begrenzen. Marina Zavacká hat unter der Überschrift „Die neue Frau mit altem Staubtuch“ Äußerungen bürgerlichen Widerstands in einer katholischen Frauenzeitschrift zusammengetragen und damit eine ganz unbekannt Seite laizistischen christlichen Feminismus zu Tage gefördert. Die Redaktion der Zeitschrift „Katolícká jednota žien“ (Katholische Frauenunion) konnte in den Jahren 1939 und 1940 ihre antimilitaristische Haltung publik machen, wobei sie sich auf die offizielle Politik der Neutralität des Vatikans stützte. Zudem verteidigte sie weiterhin das Recht junger Frauen auf höhere Bildung. Zwar wurde nach außen hin Übereinstimmung mit dem Regime und den Aktivitäten der Hlinka-Garde signalisiert, doch zeigt der genauere Blick auf das Alltagsleben einer Gruppe von Aktivistinnen der „Katolícká jednota“, dass deren anfängliche Sympathie für den neuen Slowakischen Staat rasch abnahm.

Natália Veselská widmet sich in eher journalistischem Stil dem Thema Frauen im Berufsleben der sozialistischen Zeit, wobei sie den Akzent auf Gewalt und Manipulation setzt. Dabei führt ihr Anliegen, die Verzerrungen der kommunistischen Propaganda geradezurücken, sie mitunter selbst zu eindimensionalen Einschätzungen: Alle Bestrebungen nach 1948, Frauen besser auszubilden und ihre Berufstätigkeit zu fördern, sieht sie den „Bedürfnissen der kommunistischen Macht“ geschuldet, die in „hochtrabende ideologische Phrasen gehüllt“ (S. 423) gewesen seien: Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben deutet Veselská primär im Kontext der Rekrutierung von Arbeitskräften; im Aufbau von Institutionen der Kinderbetreuung sieht sie vor allem das Bestreben, die Jüngsten ideologisch zu beeinflussen. Auch behauptet sie, der Staat habe sich der Sorge um Kinder und Jugendliche „eifrig angenommen“ (S. 432). Damit übersieht sie nicht nur die Tradition der Zwischenkriegszeit, in der sich Pädagogen und Kinderärzte für eine gute öffentliche Betreuung von Kindern stark machten,⁶ sondern auch die Tatsache, dass sich noch lange nach dem Krieg in erster Linie Mütter und Großmütter um die Kinder kümmerten und es fast

⁵ Musilová, Dana: Z ženského pohledu. Poslankyně a senátorky Národního shromáždění ČSR 1918-1939 [Aus weiblicher Sicht. Weibliche Abgeordnete und Senatorinnen der Nationalversammlung der ČSR 1918-1939]. Hradec Králové 2007.

⁶ Scott, Hilda: Does Socialism Liberate Women? Experience from Eastern Europe. Boston 1974.

drei Jahrzehnte dauern sollte, bis in der Tschechoslowakei ein ausreichendes und für alle zugängliches Netz von Betreuungsinstitutionen geschaffen war. Auch ihre Analyse der Beteiligung von Frauen an der Politik greift zu kurz. Allein deren prozentuale Vertretung im Parlament, die damals im Übrigen höher lag als in der Gegenwart,⁷ erklärt nicht, warum Frauen keinen Einfluss auf die Politik hatten. Um dies zu ergründen, müsste man das konkrete Funktionieren von Institutionen untersuchen, nicht, wie es Jürgen Kocka so treffend formuliert hat, über die Konzentration des wissenschaftlichen Interesses auf die repressiven Methoden des Regimes die eigene Perspektive einschränken.⁸

Kapitel fünf ist den Berufen von Frauen gewidmet, hier wird der grundsätzliche Unterschied in der Arbeitsteilung erklärt, der zwischen der traditionellen und der industriellen Gesellschaft besteht. Zwei Beiträge befassen sich mit der vorindustriellen Gesellschaft, in der die Arbeitssphären von Männern und Frauen eng miteinander verbunden waren: Tünde Lengyel widmet sich Frauenberufen in der Frühen Neuzeit, Ingrid Kušniarová der Arbeit in bäuerlichen Gemeinschaften. Im industriellen Zeitalter wurde die Tätigkeit von Frauen von der von Männern getrennt und auf pflegerische und sorgende Tätigkeiten konzentriert. Mit Frauen im Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge beschäftigt sich Anna Falisová, mit Frauen als Dienerrinnen und Mägden Roman Holec, mit Näherinnen Magdaléna Zubercová. In der Folge zunehmender Bildung und der Emanzipation von Frauen entstanden aber auch neue Berufsfelder: Während sich der Beruf der Lehrerin als typischer gebildeter Frauenberuf etablierte, finden sich in Berufen mit noch höherem Sozialprestige – also etwa unter Schriftstellern, Übersetzern und Juristen – wenig Frauen. Ihren Status im Schatten von Männern analysieren Daniela Kodajová und Katarína Závacká; weitere Studien sind Frauen in künstlerischen Berufen gewidmet (Jana Lengyelová, Katarína Beňová, Mária Orišková). Das letzte Kapitel präsentiert dann fünf Lebensläufe außergewöhnlicher Frauen und zeigt, wie z. B. die erste slowakische Ärztin Mária Bellová (Karol Hollý) oder die erste Medizindozent in der Slowakei Božena Štúrová-Kuklová (Anna Falisová) auf die ihnen gesetzten Grenzen reagierten.

Das reich illustrierte, grafisch schön gestaltete Buch bietet ein gewaltiges historisches Mosaik zur Gendergeschichte der Slowakei. Diese Breite ist ein großer Vorteil, führt aber auch dazu, dass das Buch keine wirklich überzeugende Struktur hat und nicht alle Beiträge sinnvoll eingeordnet sind. Die meisten Leser werden die über 700 Seiten wohl eher selektiv lesen. Dabei können sie sich über den Stand der Forschung zur Geschlechtergeschichte und -problematik in der Slowakei informieren und werden mit sehr unterschiedlichen Beiträgen konfrontiert: Einige Aufsätze präsentieren die Ergebnisse neuester Forschungen zur Konstruktion von Geschlecht, vor allem

⁷ Wolchik, Sharon: Women and Politics: The East European Experience. In: Lovendovski, Ioni/Hills, Jill (eds.): The Politics of the Second Electorate, Women and Public Participation: Britain, USA, Canada, Australia, France, Spain, West Germany, Italy, Sweden, Finland, Eastern Europe, USSR, Japan. Michigan 1981, 252-277.

⁸ Hier nach: Rákosník, Jakub: Sovětizace sociálního státu [Die Sowjetisierung des Sozialstaates]. Praha 2010, 88.

die Beiträge von Dudeková, Lengyel, Holec und Marína und Katarína Zavacká lassen intensive Beschäftigung mit dem Themenfeld erkennen und überzeugen in der Darstellung. Andere Texte wären eher als Werkstattbericht zu bezeichnen; insbesondere die Beiträge zur sozialistischen Zeit stehen zum Teil noch ganz am Anfang.

Das Forschungsprojekt und das Buch, das aus ihm nun hervorgegangen ist, bestätigt den Eindruck, dass Gendergeschichte in Mitteleuropa noch komplizierter ist als die politische Geschichte. Und es reagiert auf den Wunsch, den westliche Feministinnen vor zehn Jahren im Kontext der EU-Osterweiterung formuliert und mit der Enwise-Initiative auf den Weg gebracht haben: die historische Erfahrung der Frauen in Ostmitteleuropa zu erforschen.

Praha

Květa Jechová

Gall, Sieghard: Erinnerungen, Ansichten, Einsichten. Ein Psychogramm Vertriebener aus Böhmen. Studien zur Rezeptionsforschung.

REACTOS-Medienforschung, München 2012, 182 S., graph. Darst., ASIN B000PY42JQ.

Über zwei Jahre lang war Sieghard Gall, ein aus Ostböhmen stammender Meinungsforscher, unterwegs, um zu erkunden, wie die einst in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ansässigen Deutschen heute über die Geschichte und Gegenwart von Tschechen und Deutschen denken. Das ist umso verdienstvoller, als sich die so genannte Erlebnissgeneration inzwischen mehrheitlich aus Menschen zusammensetzt, die etwa zwischen 1925 und 1945 geboren wurden. Ihre Erlebnisse und Erfahrungen in der Heimat, also das deutsch-tschechische Zusammenleben im letzten Jahrzehnt der Ersten Tschechoslowakischen Republik, die Protektoratszeit und vor allem auch die Vertreibung nach dem Kriege und schließlich ihre Ankunft in Deutschland gehen auf die Zeit zurück, in der sie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene waren.

Mehr als 200 Personen hat Gall in Gruppen von je acht bis zwölf Männern und Frauen nach ihren Einstellungen zu historischen und aktuellen Themen befragt, die diese mit einem einfach zu bedienenden Gerät aufzeichneten. Diese Daten wurden per Computer ausgewertet, die Analyse um eine kompakte, thematisch beschränkte Befragung von etwa 250 Teilnehmern ergänzt.

Der Autor verdient hohes Lob für die geschickte und sensible Auswahl der Fragen, die von persönlichen Erfahrungen bei der Vertreibung über die Zustimmung bzw. Ablehnung zu bestimmten Begriffen und Stereotypen bis hin zu aktuellen Debatten etwa um die Darstellung der Vertreibung in den Medien oder das geplante Zentrum gegen Vertreibungen reichen. Nicht zuletzt befasst er sich mit der Rezeption des deutsch-tschechisch-österreichischen Spielfilms „Habermann“ durch die Erlebnissgeneration. In diesem Film versucht der aus der Slowakei stammende tschechische Regisseur Juraj Herz die schwierigen Verhältnisse in den gemischtnationalen Sudetengebieten zwischen 1937 und 1945 ausgewogen darzustellen. Schließlich enthält das Buch sechzehn ausgewählte Erinnerungstexte, die vermitteln, wie intensiv die Erlebnisse von 1945 noch heute bei den Betroffenen nachwirken.

Ohne emotionale Polemik dokumentieren die Erzählungen die tiefen Spuren, die die Vertreibung bei den Zeitzeugen hinterlassen hat.

Sieghard Galls Projekt bietet ein Psychogramm der direkt Betroffenen nahezu sieben Jahrzehnte nach dem erzwungenen Verlassen ihrer Heimat. Es belegt auf sehr sachliche, zurückhaltende Weise die teilweise ähnlichen, teilweise aber auch unterschiedlichen Ansichten von Menschen, die verschiedenen Gruppen unter dem Dach der Sudetendeutschen Landsmannschaft nahe stehen: dem Witiko-Bund, der Ackermann-Gemeinde und der Seliger-Gemeinde. Festgehalten wurden ihre Haltung zu Begriffen wie „Heimat“, zur Ersten Tschechoslowakischen Republik, ihre Mutmaßungen über die Gründe für den nur mäßigen Erfolg der aktivistischen Parteien und die Durchsetzung der Sudetendeutschen Partei, ihre Beurteilung der tschechischen Haltung gegenüber den Deutschen damals und heute, des Nebeneinanders der Ethnien und schließlich ihre Beurteilung von so komplexen Themen wie „Opfer, Täter, Unrecht und Schuld“. Dass die Beteiligten zu letzterem Thema keine annähernd einheitliche Einschätzung erkennen ließen, dürfte kaum überraschen.

Für den überwiegenden Teil der Befragten ist das Thema Vertreibung nicht abgeschlossen. Je stärker die Gefühle von Verlust und Trauer sind, die sie noch heute hegen, je mehr sie Verbitterung über die Erlebnisse von 1945/1946 empfinden, umso weniger scheint ihnen ein Schlussstrich unter die Vergangenheit hinnehmbar. Als verstärkendes Moment kommt in vielen Fällen die negativ erinnerte Aufnahme der Vertriebenen in Deutschland hinzu.

Das Buch erfordert konzentrierte Lektüre. Die Schlussredaktion des Textes hätte sorgfältiger ausfallen können. Doch ist es eine wertvolle und gültige Bestandsaufnahme der Haltungen der Erlebnisgeneration. Sieghard Gall kam bei seiner Arbeit sicher zugute, dass er selbst Vertriebener ist, das Resultat ist für Sudetendeutsche – und vor allem für Funktionsträger der sudetendeutschen Organisationen – eine besonders wertvolle Lektüre, bietet darüber hinaus aber allen, die sich mit der Verarbeitung von Zwangsmigration befassen, zahlreiche Einsichten.